HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.

# Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 56

Mit 70 Abbildungen

2002

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

P ZH 4772, 56.2002 LS
0 640

ISSN 0179-1842
Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.
Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck
unter Mitarbeit von Wolfgang Läpple, Asperg
Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.
Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: ARA-Druck GmbH + Co, Stuttgart
Geschäftsstelle des Historischen Vereins:
Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 71636 Ludwigsburg

# Inhalt


Mitarbeiter an diesem Band 4

Vorwort *(Wolfgang Bollacher)* 5

Die Hartgenossenschaft im Streit mit ihren Nachbarn
Der Vergleich vom 20. Juli 1478
von *Stephan Molitor* 7

Von der Urfehde bis zur Hinrichtung
Kriminalfälle in Marbach zwischen 1500 und 1750
von *Albrecht Gühring* 11

Historische Alleen in Ludwigsburg
von *Günther Bergan* 37

»Die Kirche in der Mitte der Stadt«
Zur Geschichte der Ludwigsburger Stadtkirche
von *Albert Sting* 59

Drill für Ludwigsburgs Soldaten
Der Große Exerzierplatz und das Schießtal
von *Eduard Theiner* 85

August Lämmle (1876–1962)
Vom Oßweiler Bauernsohn zum schwäbischen Heimatdichter
und Volkskundler
von *Paul Sauer* 115

Die Marbacher Schillerverehrung im Wandel der Zeiten
von *Hermann Schick* 129

Die Entstehung des »Großkreises« Ludwigsburg
Bemerkungen zur Kreisreform von 1973
von *Thomas Schulz* 153

Berichte und Notizen
Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 2001/2002 *(Wolfgang Läpple)* 169

Rückblick auf das Jahr 2001 *(Thomas Schulz)* 179

Buchbesprechungen 191

Bildnachweis 201

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2002 203

Beilage: Der Vergleich vom 20. Juli 1478
(Faksimile) 3. Umschlagseite

# Mitarbeiter an diesem Band

Bergan, Günther, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
Bollacher, Dr. Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
Gühring, Albrecht, Stadtarchivamtsrat, Möglingen
Klusemann, Wolfgang, Oberstleutnant a. D., Ludwigsburg
Kretzschmar, Dr. Robert, Ltd. Archivdirektor, Ingersheim
Läpple, Wolfgang, Stadtarchivrat, Asperg
Molitor, Dr. Stephan, Archivdirektor, Marbach a. N.
Sauer, Prof. Dr. Paul, Ltd. Stadtarchivdirektor a. D., Tamm
Schick, Dr. Hermann, Studiendirektor i. R., Marbach a. N.
Schulz, Dr. Thomas, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.
Sting, Dr. Albert, Direktor i. R. der Karlshöhe Ludwigsburg, Löchgau
Theiner, Eduard, Archivar, Altbach
Viehöfer, Dr. Erich, Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg, Marbach a. N.
Zimmerstädt, Karl-Heinz, Verkaufsleiter, Steinheim a. d. Murr

# Vorwort

Es gehört zu den spätherbstlichen Arbeiten des Vorsitzenden, für den jeweils jüngsten Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter ein Vorwort zu schreiben, damit er noch vor Weihnachten den Mitgliedern des Vereins und der Öffentlichkeit übergeben werden kann. So ist es auch in diesem Jahr. Der 56. Band liegt vor. Er wurde von Dr. Thomas Schulz mit bewährter Kompetenz und sicherer Hand redigiert und enthält neben Berichten zum Vereinsleben, Notizen, Rückblicken und Buchbesprechungen, also den »Regularien«, Aufsätze zum Leben des Heimatdichters August Lämmle (Paul Sauer), zur Marbacher Schillerverehrung im Wandel der Zeiten (Hermann Schick), zur Entstehung des »Großkreises Ludwigsburg« 1973 (Thomas Schulz), zu Marbacher Kriminalfällen zwischen 1500 und 1750 (Albrecht Gühring) und zu Ludwigsburg, nämlich seinen »Historischen Alleen« (Günther Bergan), seiner Stadtkirche (Albert Sting) und seinem »Großen Exerzierplatz« (Eduard Theiner). Vorangestellt ist dem Band wieder die Erläuterung und Edition einer für unseren Raum wichtigen Urkunde, nämlich derjenigen von 1478, in der die Genossenschaft des Hartwaldes, die wahrscheinlich bis in die frühalamannische Zeit zurückreicht, erstmals erwähnt ist (Stephan Molitor).

Der Leser nehme den neuen Band zur Hand, studiere ihn und vergesse darüber, was ihm an Niederdrückendem und Unverständlichem täglich in Bild und Ton vorgesetzt wird: Turbokapitalismus, Aktiencrash, Arbeitslosigkeit, leere Kassen, »Burn-out-Syndrom«, Terrorakte, Angst machende Muskelspiele verfeindeter Staaten, Fusionsfieber, aber auch Wellness- und Anti-Aging-Kult. Vielleicht beruhigt ihn die Beschäftigung mit der Geschichte und lehrt ihn Gelassenheit, Contenance und die Fähigkeit, neben den vielen Erscheinungsformen der Kraft-, Lust- und Freudlosigkeit auch Gemeinsinn, Hilfsbereitschaft und Solidarität wahrzunehmen, wie sie sich vor allem bei der Flutkatastrophe an Elbe und Mulde im August eindrucksvoll gezeigt haben.

Die vom Historischen Verein im zurückliegenden Jahr, dem ersten Jahr mit der Euro-Währung, veranstalteten Vorträge und Exkursionen stellten Bodenfunde vor, Urkunden, Bau- und Kunstwerke sowie Leistungen der Technik und Wissenschaft, historische »Tatsachen« also, die alle »erzählt«, interpretiert und in dem Gedanken der großen geschichtlichen Kontinuität gefasst wurden. Sie gaben Zeugnis von dem Geist, der die Geschichte bewegt und erfüllt. Die in dieser Weise praktizierte Darstellung der Geschichte hat Johann Gustav Droysen (1808–1884), der bedeutendste Geschichtstheoretiker deutscher Sprache, in seinem »Grundriss der Historik« die »didaktische« genannt. Angesichts der vielen weißen Flecke in unserem historischen Wissen, welche die Forschung nicht oder noch nicht auszufüllen vermag, sind dabei »Erzählungen« und Interpretationen desto »wissenschaftlicher«, je mehr sich »Erzähler« und Interpret der Bruchstückhaftigkeit ihres Wissens bewusst bleiben und sich entsprechend zurücknehmen. Dem wurde Rechnung getragen.

Bei der »didaktischen« Geschichtsdarstellung ist übrigens der Satz »Historia magistra vitae« nicht dahin zu verstehen, dass die Geschichte Muster zur Nachahmung und Regeln zur Wiederanwendung liefert, sondern dahin, dass sie im Geiste durchlebt, nachgelebt und begriffen wird. Darin liegt ihre Lehrhaftigkeit. Das Durchleben und Nachleben der Geschichte, das auch der Fantasie Platz lässt, ist eine geistige Übung, die historische Bildung zu vermitteln und zu helfen vermag, den Nutzen der Geschichte für die Gegenwart zu erkennen. Dieser Nutzen kann zum Beispiel in der Aneignung der oben erwähnten Gelassenheit, Contenance und Fähigkeit bestehen, dem aufmerksam beobachteten Leben auch die positiven Aspekte abzugewinnen, womit dann sogar ein Stück Ars vivendi verwirklicht ist.

Der Verfasser verabschiedet sich mit diesen Gedanken als Vorwortschreiber. Er legt sein Amt, das er 25 Jahre lang innegehabt hat, in jüngere Hände und wünscht diesen, dem Verein und seiner Arbeit Glück, Gottes Segen und eine gute Zukunft.

Im November 2002 *Dr. Wolfgang Bollacher*

# Die Hartgenossenschaft im Streit mit ihren Nachbarn

## Der Vergleich vom 20. Juli 1478*

von Stephan Molitor

Als »früheste eindeutige und ausführliche Erwähnung der besonderen Verhältnisse in der Hart« hat bereits Rudolf Kieß[1] eine Urkunde herangezogen, die erstmals Licht auf Struktur und Organisation einer mittelalterlichen »Waldbesitzergemeinschaft« wirft, die von sieben im Umkreis der Murrmündung gelegenen Orten gebildet wurde. Die Orte, die das nordöstlich von Steinheim gelegene Waldgebiet vom Mittelalter bis zu seiner endgültigen Aufteilung im Jahre 1840 in gemeinschaftlichem Grund- und Nutzungsbesitz hatten, sind bekannt: Marbach, Erdmannhausen, Steinheim, Murr, Pleidelsheim, Beihingen und Benningen. Auf die auffällige Tatsache, dass nur einer der genannten Orte, nämlich Steinheim, mit seiner Markung an die Hart angrenzt, alle anderen aber mehr oder weniger weit davon entfernt liegen, Benningen und Beihingen sogar jenseits des Neckars, hingegen unmittelbare Anrainer der Hart wie Rielingshausen oder Kleinaspach hier aber keinen Waldbesitz hatten, wurde bereits mehrfach hingewiesen.[2]

Als Ausgangspunkt für eine intensivere Beschäftigung mit der Geschichte der Hart galt der neueren Forschung die 1580 aufgestellte »Große« Hartordnung, die – wie zu Recht hervorgehoben wurde – »ganz unter dem Zeichen landesfürstlicher Autorität«, also der herzoglich-württembergischen Landesherrschaft, stand.[3] Dabei wurde meist übersehen, dass es bereits eine ältere »Ordnung« aus dem Jahre 1553 gibt, die ebenfalls im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrt wird.[4]

Ältestes bekanntes Zeugnis für die Hartgenossenschaft ist indessen der Vergleich vom 20. Juli 1484. In dieser nur als Abschrift auf Papier erhaltenen, im Original besiegelten Urkunde[5] schlichten die württembergischen Räte Konrad Schenk von Winterstetten, Wolf von Tachenhausen, Werner Nothaft d. Ä., Konrad von Tierberg und Konrad Widman Streitigkeiten (»spen«, »Spänne«) zwischen Wilhelm von Urbach, als Lehnsherr von Schaubeck, sowie den Leuten von Kleinbottwar auf der einen und denen von Marbach und anderen – hier nicht namentlich genannten – in die Hart gehörigen Dörfern auf der anderen Seite. Es ging dabei um den Viehtrieb (»vichtrib«) in die Hart, also um das Recht, Vieh zur Weide in den Wald treiben zu dürfen, ein Nutzungsrecht von großer wirtschaftlicher Bedeutung, welches das nicht zur Hartgenossenschaft gehörige Kleinbottwar für sich beanspruchte.

Quasi nebenbei erfahren wir im Zuge des Schlichtungsverfahrens, dass wesentliche Elemente der späteren Hartordnungen bereits im 15. Jahrhundert ausgeprägt

---

* Eine farbige fotografische Wiedergabe der heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter der Signatur A 602 Nr. 10685 verwahrten Urkunde ist Beilage zu diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist für die Reproduktionsvorlage und die Abdruckerlaubnis zu danken.

waren.[6] Wir hören von einem Hartschultheißen, von 16 Richtern – den »Sechzehnern« (zu denen der genannte Schultheiß gehörte) – und von einem Hartschützen. In Übereinstimmung mit den später schriftlich ausgearbeiteten Ordnungen erscheint mit dem St. Jörgentag (23. April) einer der vier bekannten Termine, an denen sich das Hartgericht alljährlich zusammenfand. Die Erwähnung von »gebott und verpott« sowie »gesetz und ordnung« der Genossenschaft und ein offenbar festliegendes Strafmaß (»pen und straf«) bei Verstößen lassen nicht zwingend auf eine bereits schriftlich vorliegende Hartordnung schließen. Die Regularien dürften jedenfalls allgemein bekannt gewesen sein. Dazu passt, dass in unserer Urkunde nicht einmal der Ort angegeben werden musste, an dem sich Wilhelm von Urbach und die Vertreter von Kleinbottwar am 23. April einzufinden hatten, um die jeweils auf ein Jahr begrenzte Erlaubnis für den Viehtrieb einzuholen. Dies war offensichtlich nicht nötig, da jeder einfach wusste, dass die Zusammenkunft des Gerichts am Jörgentag seit Menschengedenken in Murr stattfand. Zu den ausdrücklich erwähnten Besonderheiten gehört die Bestimmung, dass anfallende Strafen, Geldzahlungen, deren Höhe ja ebenfalls als bekannt vorausgesetzt wird, vom Marbacher Vogt, zugleich Vertreter der württembergischen Obrigkeit, eingetrieben werden konnten, wenn das Frauenkloster Steinheim oder Wilhelm von Urbach ihren diesbezüglichen Pflichten im Hinblick auf ihre Untertanen nicht nachkommen sollten.

Kleinbottwar konnte sein Weidenutzungsrecht behaupten. Auch in einem Zusatz zur Hartordnung von 1553 erscheinen die Einwohner des Orts zusammen mit denen von Großbottwar und Kleinaspach unter der Rubrik »Ausländer«, deren Recht zum Viehtrieb in die Hart entsprechend der Vereinbarung von 1478 geregelt ist.

| Zeile | **Edition**[7] |
|---|---|
| 1 | *Wir diß nachgeschriben Conratt Schenck von Wintterstetten, ritter, Wolf von Dachen*[8]- |
| 2 | *husen, hoffmaister, Wernher Notthafft der elter, Conratt von Tyerbe[r]g und Conratt Widman, vogt zu* |
| 3 | *Marppach, be[ke]nnen und thun kundt offenbar menglich mit diesem brief, alß spen erwachssen sind zwischen* |
| 4 | *dem vesten Wilhelm von Urbach, Schuobeck*[9] *berurend, und von Kleynenbottwar eyns und der von* |
| 5 | *Marppach mittsampt anderen ettlichen dorffern in die Hartt gehörig annderns teyls eynes vichtrybs halb,* |
| 6 | *so die gmelten Wilhelm von Urbach und die von Kleynenbottwar in die Hartt zu haben vermeintten,* |
| 7 | *der selben spen halben der hochgeporne unser gnediger herr Ulrich, grave zu Wirttenberg und zu* |
| 8 | *Mumppelgartt etc.*[10]*, den vorgemelten parthyen uff heut tag gesetzt und uns den vorgenanten rätten bevol-* |
| 9 | *hen hat, sie zu horn und sie, ob wir mogen, betragen. Dannach haben wir sie gehort und liessen die genanten* |
| 10 | *von Marppach und ir zugewantten iren redner also furtragen: Sie hetten ein waldt, nemlich die Hartt,* |

*der wer ir aygen mit grundt und bodem und aller gerechtsame, darin hetten sie zu gepietten und ver-*
*pietten, den zu besetzen und entsetzen und den nach aller irer notturfft zu gebrauchen und zu niessen on*
*menigklichs intrage. Dareyn die vorgemelten, ir widerparthey, vermeintten ein vichtrib zu haben, des sie*
*getraütten sich nyemerer erfinden noch recht sein solt; wolten inen das auch nit gestatten und erbätten sich*
*darumb gegen den genantten irer wyderparthien rechts an zymlich und billich ennde, dahin sie des von*
*dem genantten unserm gnedigen herrn beschieden würden. Darauf der genant Wilhe[l]m von Urbach*
*von wegen der von Kleynenbottwar also redt: Sie bekantten wol, das das aygenthumb der Hartt der von*
*Marppach und ander ettlicher dörffer irer zugewantten were, hetten inen auch nye darin getragen, aber*
*sie und ir eltern hetten den vichtrib in die genantten Hartt gehapt langer den menschen gedächtnuß,*
*welten den auch füro behalten, alß sie getrütten. Wer sie aber darauß triben wolt, mochten noch wolten*
*sie dem rechtes nicht fur sin. Und wytter redt der genant Wilhelm von Urbach von sein selbs wegen*
*also: Im wer Schoubeck mit seiner zuhorde von genanttem unserm gnedigen herren gelihen und gehört*
*der obegemelte vichtrib auch darzu und wer auch von seynen eltern also her uff in komen, getrütte*
*ouch der genant unser gnediger herr, solt in darbey hanthaben und wer in deß halb vordrung*
*nit vertragen mocht, dem wolt er darumb gerecht werden. Von den mannen und mit mer wortten*
*von bayden teylen vor uns gebraucht haben wir sie freuntlich vereynt und als[o] betragen, das der*
*genant Wilhe[l]m von Urbach oder ettwar von seynen wegen und seyn nachkomen und die von Kleynen-*
*bottwar all jare jerlich uff sanct Jorgen tag ongeverlich*[11] *zu den sechßzehennern, so den uber die*
*Hartt gesetzt sind und geschworn haben, schicken sollen und sie lassen bitten, den vichtrib in die Hartt*
*zu vergunden und zu erlauben. Und wann solich bitt also geschicht, sollen sie der gewert und*
*innen das nit versagt werden, doch also, das sie alle gepott und verpott, alle gesetz und ordnung der*
*Hartt halten und darwyder nit seyn sollen und ob eyner gerügt würde oder sunst groben frevel begien-*
*ge, das dan die amtleute ernstlich daran weren und eynen schultheyssen der Hartt beholffen seyen,*
*das solich pen*[12] *und straf von denselben eingebracht oder sunst nach iren statten oder gelegenheyt der sachen*

*darumb gestrafft wurden. Ob aber eyner weytter dan ein gemain rügung were mißgehandelt als obstatt und von seynen obern, es weren die frauen von Stainhain oder Wilhe[l]m von Urbach, ob er die pen der Hart als ein ußman*[13] *nit sunderlich gestrafft würde, so solt ein vogt zu Marppach macht haben, denselben umb solichen mißhandel zu straffen nach der gelegenheyt der geschicht on irrunge und intrege der genantten frauen von Steinhain oder Wilhelms von Urbach und irer nachkommen. Es sollen auch die von Kleynen-bottwar eym yeden hartschützen geben seynen gewonlichen zymlichen löne, wie dan von alter herkomen ist. Und wellichs jars sie uff sant Jorgen tag wie obstat umb solich vichtrib nit betten, so sollen sie furo-hin ußbeleiben mit irem vich und key[n] vorderung mer darnach haben. Und was die genantten parthyen furo der ding gegeneinannder zu handeln hetten oder gewünnen, sol nach altem herkomen und gewonheytten der Hartt gehalten und gehandelt werden ongevärlich. Und des zu urkunt so haben wir, die genan-tten Conratt Schenk von Winterstetten, ritter, und Wolff von Dachenhusen, hoffmeyster, unsere aygne insigel offennlich thon hencken an diesen brief, uns, unsern erben onschedlich, der geben ist uff montag vor sant Marie Magdalenen tag nach Christi gepurt, als man zalt thusendt vierhundert siebentzig und im achten jare.*

## Anmerkungen

1 Rudolf Kieß, Zur Geschichte der Hart bei Steinheim an der Murr, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 20, 1968, S. 112–135, S. 115. – Neben der dort genannten älteren Literatur vgl. zur Hart neuerdings: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Bd. 1 (bis 1871), Ubstadt-Weiher 2002, S. 174 ff.
2 Kieß (wie Anm. 1) S. 112.
3 Ebd. unter Verweis auf Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 373 Bü 46.
4 Eine Edition dieser wesentlich kürzeren Quelle wird zurzeit vorbereitet.
5 HStAS A 602 Nr. 10685.
6 Vgl. Kieß (wie Anm. 1).
7 Die Transkription folgt den gebräuchlichen Richtlinien. Soweit »w« in vokalischem Gebrauch erscheint, wird es wie »v« als »u« wiedergegeben. Bei sprachlich irrelevanten Konsonantenverdopplungen am Wortende erfolgt – Eigennamen ausgenommen – eine Reduktion auf einen Buchstaben.
8 Nach »Dachen-« wohl versehentlich nochmals »hu«.
9 Schaubeck, Schloss und Hof.
10 Graf Ulrich V., »der Vielgeliebte« (1413–1480).
11 »ongeverlich« mit Verweisungszeichen am Rand korrigiert.
12 »pen« von lat. »poena« (Strafe).
13 »ußman« = Mann von außerhalb.

# Von der Urfehde bis zur Hinrichtung

## Kriminalfälle in Marbach zwischen 1500 und 1750*

von Albrecht Gühring

### *Strafbefugnis und Strafgelder*

Mit dem Jahr 1500 kennzeichnet man landläufig den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Marbach war damals bereits mehrere Jahrhunderte lang im Besitz der Grafen, seit 1495 Herzöge von Württemberg und als Amtsstadt der politische und juristische Mittelpunkt des Marbacher Amtsbezirkes. Somit galten die Grundgesetze des Herzogtums Württemberg, nach denen leichtere Vergehen mit Geld- und Haftstrafen, hingegen schwerere Verbrechen mit Landesverweisung, ja oft auch mit Leibes- und Todesstrafen vergolten wurden. Grundlage für die Urteile war ab 1555 die neue württembergische Landesordnung, aber auch Reichsgesetze, wie beispielsweise die 1530 vom Reichstag in Augsburg beschlossene Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V., galt es zu beachten.[1]

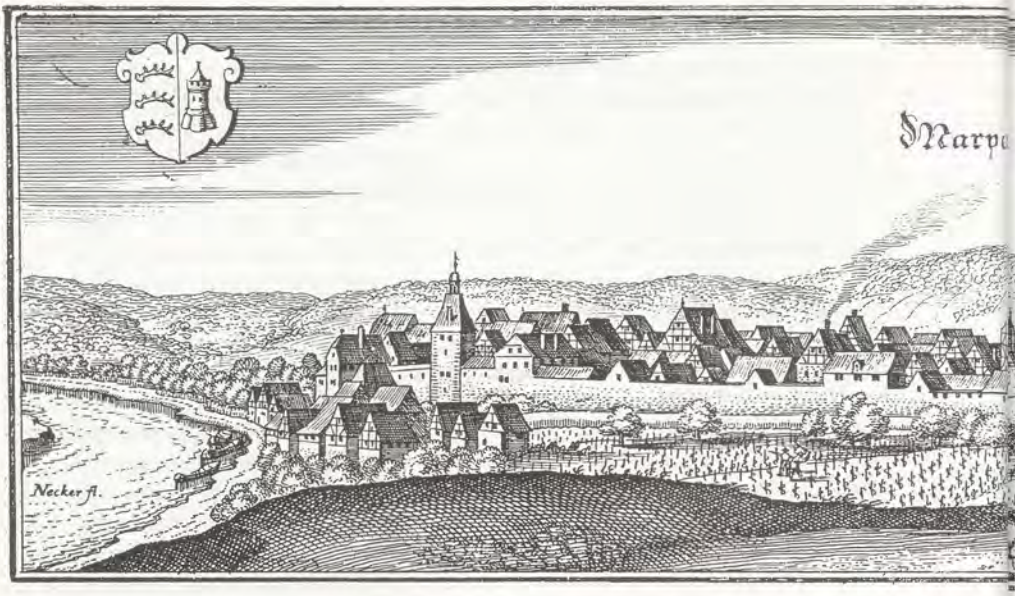
Neben grundsätzlichen Vorgaben unterschieden sich die Bestrafungen in den einzelnen Amtsbezirken durchaus voneinander. In Stadt und Amt Marbach wurde bei Geldstrafen der Große Frevel oder der Kleine Frevel verhängt, hingegen fehlte hier der in manchen Orten übliche Frauenfrevel, also eine meist gemäßigtere Strafe für das weibliche Geschlecht. Der Marbacher Frauenfrevel entsprach schon im 16. Jahrhundert dem Männerfrevel. Dies war eine frühe, aber keineswegs vorteilhafte Gleichberechtigung. Ein Großer Frevel kostete 13 Pfund 10 Schilling Heller und ein Kleiner Frevel 3 Pfund 5 Schilling Heller, wovon die 13 bzw. 3 Pfund die Landesherrschaft erhielt und der Rest dem Stadtgericht blieb.[2]

Im späten 16. Jahrhundert werden in Marbach auch Metzger- und Bäckerstrafen erwähnt. Die Marbacher und Benninger Einwohner waren in die Neckarmühle gebannt, mussten also dort ihr Korn mahlen lassen. Bei Zuwiderhandlung wurde eine Mühlstrafe verhängt, so zum Beispiel 1609 gegen den hiesigen Bäcker Michael Scheff, der in der Erdmannhäuser Mühle hatte mahlen lassen.[3]

Wer verhängte vor Ort die Strafen oder schlug sie vor? Hier müssen wir kurz auf das städtische Gericht – eine Art Vorläufer des Gemeinderats, jedoch nicht gewählt, aber mit strafrechtlichen Befugnissen – eingehen. Eine Anzahl ausgewählter Bürger übte nach altem Selbstverwaltungsrecht in den Städten und auf den Dörfern die Rechtsprechung und Verwaltung als sog. Gericht aus. Das Gericht ergänzte sich im Regelfall durch Wahl aus dem nachgeordneten Rat, der meist vom Gericht bestimmt, manchmal auch von der Bürgerschaft gewählt wurde. Den Vorsitz des Gerichts hatte auf den Dörfern der Schultheiß und in den Städten der Untervogt, der zugleich Landesbeamter für das ganze Amt war.[4]

---

* Überarbeitete und um die Anmerkungen erweiterte Fassung eines am 18. Februar 2002 beim Marbacher Schillerverein gehaltenen Vortrags.

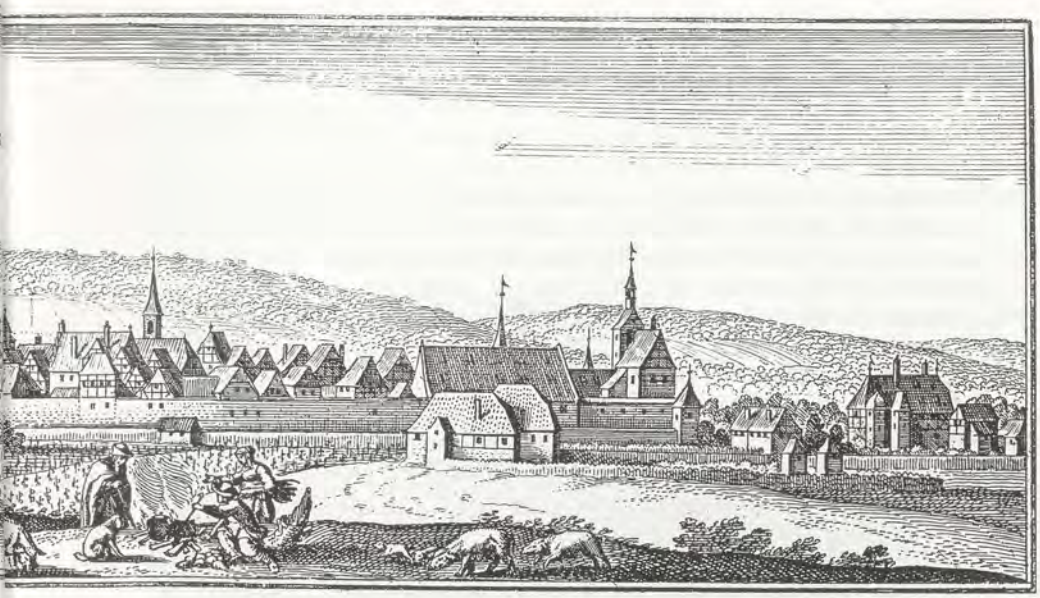



*Der von Matthäus Merian für sein 1643 gedrucktes Werk »Topographia Sueviae« angefertigte Kupferstich zeigt noch den Zustand der Stadt Marbach vor den Zerstörungen durch den Dreißigjährigen Krieg. Von links nach rechts sind zu sehen: Das Mühlenviertel am Neckar, das Physikat auf der westlichen*

Nach dem genannten Landrecht von 1555 sollten vor Vogt und Gericht alle Kriminalfälle sowie Zivilstreitigkeiten bis zu einem Streitwert von 5 Pfund Heller verhandelt werden. Durch Umfrage wurde das Urteil gefällt.[5] Als nächsthöhere Instanz fungierte das Hofgericht, das seinen Sitz die meiste Zeit in Tübingen hatte, und manchmal das Reichskammergericht, besonders bei Streitigkeiten mit reichsunmittelbaren Herrschaften wie Reichsrittern, Reichsstädten oder Klöstern. Da die Stadtgerichte aus Bürgern der Stadt ohne große juristische Kenntnisse bestanden, holte man oft, später regelmäßig ein Gutachten der Tübinger Juristenfakultät ein, nach dem sich das Stadtgericht meistens richtete. Das Marbacher Stadtgericht konnte als sog. Halsgericht unter Vorsitz des Vogts als Vertreter des Herzogs die Todesstrafe aussprechen. Voraus ging meist ein peinlicher Prozess, also ein Strafprozess, der oft mit Folter verbunden war.

Als weiteres lokales Gremium, das mit Strafgewalt ausgestattet war, ist der Kirchenkonvent zu nennen, der ab 1642/44 in allen Gemeinden des Herzogtums gebildet worden war. Vor ihm wurden namentlich sittliche und moralische Vergehen verhandelt und diese mit Geldstrafen, gelegentlich auch mit Freiheitsentzug geahndet. Die verhängten Geldstrafen waren bisweilen recht hoch. So bestrafte der Marbacher Kirchenkonvent 1699 den Zimmermann Jakob Linderer mit 2 Pfund Heller schwer, weil er im Kelterstüblein den Sohn des Friedrich Quernt vor etlichen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts »entblößt« hatte.[6]

Amtliche Kontrollinstanz der Stadt- und Gemeindeverwaltungen war neben der



*Stadtmauer, das Neckartor (später Frauengefängnis), das Rathaus (mit Arrestzelle), ein Steinhaus mit Zinnengiebel, der Malefizturm (Gefängnis) auf der südlichen Stadtmauer und der Schlossbereich mit Oberem Torturm (Gefängnis).*

Kirchen- und Schulvisitation das Vogtgericht. Dabei konnten Klagen, aber auch Bitten vorgetragen werden, über die letztendlich der Obervogt entschied. Beim Vogtgericht 1688 wurde verhandelt, dass die Wache in der Stadt und in den Amtsorten fleißiger versehen werden sollte, »dieweilen das nächtliche Gassenlaufen und leichtfertige Chartenspielen der ledigen Purschen bis gegen den hellen Tag allhier sehr überhand nimbt, woraus aber gemeiniglich Zank und Zwietracht und öfters Schlägereyen, Verwundungen oder gar Todtschläge erfolgen«. Im Amt waren nächtliche Diebstähle und Einwerfen von Fenstern nichts Ungewöhnliches und die Marbacher waren im ganzen »Revier« verschrieen. Es seien, so der Bericht, »schon einige erschröckliche Mordthaten offentlich ausgebrochen und an Tag kommen«, wofür man die Kindererziehung verantwortlich machte. Für manche Eltern sei es besser, so das harte Urteil, dass »ihnen ein Mühlstein am Halß hienge und wurden ersäuft im Meer, wo es am tiefesten ist, wie sie dann dermal vor Gott deswegen für die versaumende Seel ihrer Kinder schwehre Rechenschaft zu geben haben«.[7] Missetäter waren beim ersten Vergehen ins »Zuchthäuslin« zu stecken, wohingegen Wiederholungstäter mit einer Turmstrafe in Marbach zu rechnen hatten.

Das Marbacher Stadtgericht war, wie alle Stadtgerichte im Land, im 18. Jahrhundert immer weniger strafrechtlich tätig und wurde mehr eine Verwaltungsbehörde. Allerdings blieb die Amtsstadt weiterhin Gefängnis- und Hinrichtungsort für Delinquenten aus Stadt und Amt und in Einzelfällen darüber hinaus. 1737 berichtete Vogt Johann Carl Venninger nach Stuttgart, es sei noch immer kein

Scharfrichter oder Kleemeister in Stadt und Amt, daher bediene man sich desjenigen aus Neckarrems.[8]

*Gefängnisse, Pranger und Galgen*

Zur Untersuchungshaft und für Gefängnisstrafen unterhielt die Kellerei Marbach drei Gefängnisse in der Amtsstadt, die in erster Linie für Einwohner von Stadt und Amt, aber auch für auswärtige Übeltäter, die man im Amtsbezirk gefangen hatte, dienten. 1609 verbüßte Jörg Ehinger aus Göppingen eine vierwöchige Gefängnisstrafe in Marbach, weil er Hühner gestohlen und fünf uneheliche Kinder gezeugt hatte.[9]

1583 und 1592 werden als Gefängnisse das »Narrenhäußlin« und der sog. Turm,

*Der Malefizturm, das Gefängnis auf der südlichen Stadtmauer, wurde in seiner heutigen Form 1719/20 wieder aufgebaut.*

wohl der 1584/85 erwähnte Diebs- oder Malefizturm auf der südlichen Stadtmauer, erwähnt.[10] Er wurde, genauso wie der als Gefängnis genutzte Bürgerturm (heute Haspelturm), von »gnädigster Herrschaft« allein im Bau erhalten, während sonst die Baulast für Mauern und Zwinger bei Stadt und Amt lag.[11]

Für die Säuberung der Gefängnisse erhielt der Stadtknecht pro Jahr 30 Kreuzer. 1639/40 wurde von der Kellerei am Gefängnis im »Narrenhäußlin« die von Soldaten eingeschlagene Tür erneuert, ebenso erhielt der »Küllinsturn« (heute vermau-

ert im Gebäude Niklastorstraße 35) zwei neue Schlösser und eine starke Eichenstange über das Loch, durch das die Gefangenen hinuntergelassen wurden.[12] 1642 wurde Johann Eustachius von Buchholz erst im Ratsstüblein des Rathauses und dann im üblichen Gefängnis im städtischen Kornhaus arrestiert.[13]

Das »Narrenhäußlin« begegnet uns 1660 nochmals, als die Frau des Hans Jakob Trautwein dort inhaftiert wurde. Vogt Amend berichtete am 28. Juli nach Stuttgart, sie habe dort schon fünf Tage ihrer achttägigen Strafe abgesessen und der Mann bitte, ihr wegen ihrer vier kleinen Not leidenden Kinder den Rest zu erlassen. Zudem sei sie nicht in ein »Weiber-Gefängnus«, sondern in das »Narrenhäußlin« gekommen. Der Vogt teilte auch die Hintergründe mit: Nach dem Verhör am 26. Juni war die Frau ohne Erlaubnis nach Stuttgart geflohen und hatte die Kinder allein im Haus zurückgelassen. Das älteste, elf Jahre alte Kind verursachte bei dem Versuch, für die Geschwister zu kochen, fast einen Brand, den die Nachbarn aber verhindern konnten. Die Mutter kam am 18. Juli wieder heim, da ein Kind krank geworden war. Dieser Umstand und die bevorstehende Ernte führten dann zum Aufschub der Strafe. Doch dann meldete sie sich fälschlicherweise mit Seitenstechen krank und gab vor, sie müsse zur Ader gelassen werden. Stattdessen floh die Frau erneut mit ihrem Mann aus der Stadt. Als sie wieder zurückkehrten, wurde die Strafe sofort vollzogen. Aus diesen Gründen waren Bürgermeister und Gericht gegen eine Strafverkürzung, zumal sie im richtigen Weibergefängnis sei, das wie die anderen bürgerlichen Gefängnisse an der Stadtmauer liege und »allein per abusum [missbräuchlich] das Narrenhäußlin genennet« werde.[14]

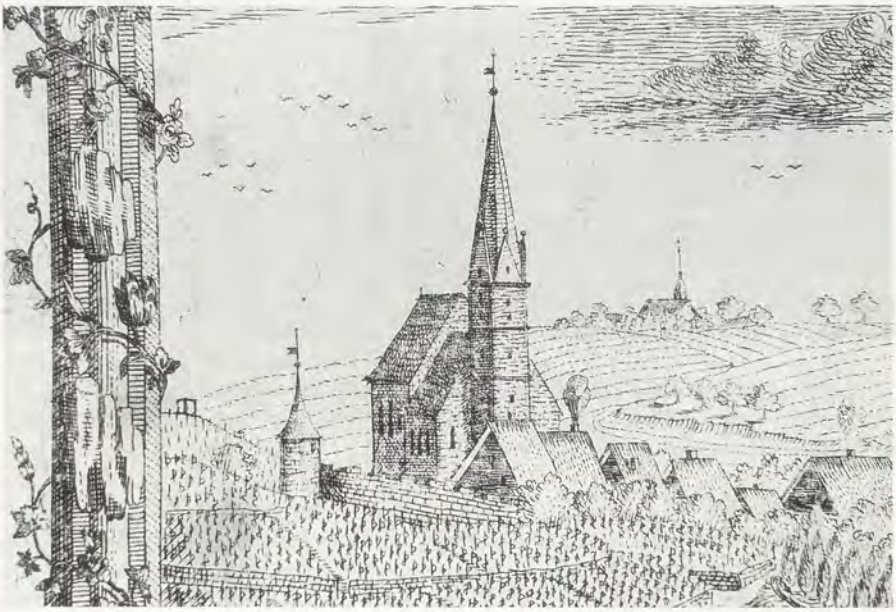
*Im heute überbauten Küllinsturm, einem Rondellturm der nördlichen äußeren Stadtmauer, befand sich schon im 16. Jahrhundert ein Gefängnis.*

In der Kellereirechnung 1669/70 werden vier Gefängnisse, darunter namentlich der »Kiliansthurn« und der »Ober Thurn« (wohl der Obere Torturm) erwähnt. Nach dem Stadtbrand von 1693 unterhielt die Vogtei in Marbach nur noch zwei Gefängnisse, nämlich den Bürgerturm (der heutige Haspelturm) und das Gefängnis unter dem Stadtknechtshäuslein im Schlosshof. Da aber 1719/20 drei Gefan-

gene unterzubringen waren, musste der 1693 ausgebrannte Malefizturm auf der südlichen Stadtmauer wieder zu zwei Gefängnissen ausgebaut werden. Es entstanden zwei Böden samt Türen und Stiegen, dabei »ein viereckichts Loch mit einer Fallthür zue einem Torthur Gestell« sowie eine Haspel beim Abgang in das untere Gefängnis. Sie stand auf einem großen Lochstein, durch den die Malefikanten hinuntergelassen und heraufgezogen wurden. Das bisher unten angebrachte »Secret« wurde herausgebrochen, das Loch zugemauert und der Abtritt am oberen Stockwerk angemauert, wo er noch heute zu sehen ist. 1726/27 wird das Gefängnis im Neckartorturm erwähnt, das man wohl kurz vorher aufgrund der zahlreichen Gefangenen und Verdächtigen, die nach Marbach geliefert wurden, hatte einrichten müssen. Es diente als Frauengefängnis.[15]

Oft wurden Verurteilte an den Pranger gestellt. Der Marbacher Pranger stand nicht, wie es eine Überlieferung behauptet, am Eingang zur Mittleren Holdergasse, sondern am Rathaus. Er war 1689 »gantz eingefallen und darvon nichts mehr zugegen gewesen«. Zimmermann Hans Michael Deschler baute daher für 40 Kreuzer einen neuen Pranger mit »8-schuhiger Leiter« und zwei Ankettringen.[16]

Zur Vollstreckung der Todesstrafe stand in Marbach ein Galgen nördlich der Stadt oberhalb der Alexanderkirche, der als Hochgericht 1555 erwähnt wird.[17] Die Galgen standen meist an der Markungsgrenze, so wie der alte Galgen von Murr an der Grenze gegen Pleidelsheim. Sein 1574 noch mit dem Flurnamen »bey dem alten Galgen« bezeichneter Standpunkt hatte einst zentrale Bedeutung und wurde dann durch den neuen Marbacher Galgen für den Marbacher Amtsbezirk abgelöst. Auch der Marbacher Galgen war, obwohl er fast einen Kilometer von der Erdmannhäuser Markungsgrenze entfernt lag, ursprünglich ein »Grenzpfahl«: An



*Auf einer 1786 von Elias Nüssle gestochenen Handwerkskundschaft mit Stadtansicht ist nordöstlich (links) von der Alexanderkirche der Marbacher Galgen zu sehen.*

ihn stießen die noch im 18. Jahrhundert besonders versteinten Hospitalgüter, die zur längst verschwundenen Markung Weikershausen gehörten. Vor dem Abgang dieser Siedlung stand der Galgen also vermutlich direkt an der westlichen Markungsgrenze Marbachs.[18]

Die letzte aktenkundige Hinrichtung am Marbacher Galgen, unter dem seit mindestens Ende des 17. Jahrhunderts nur noch geköpft wurde, fand 1733 statt.[19] 1751 wurde der Galgen nochmals instand gesetzt, weil, so der Magistrat, das Hochgericht so »schadhaft sey, dass der auf den 2 steinernen Säul quer ligende Balcken mürb [war] und von einem starcken Wind gar leicht herunter geschmißen werden könnte«.[20] Der neue Balken von zehn Schuh Länge und einem Schuh Durchmesser wurde mit einem Flaschenzug auf die Säulen gelegt und erhielt eine Überdachung.[21] Offenbar wurde der Galgen später wieder verändert, denn auf Stadtansichten von 1786 und 1796 sind drei Säulen mit aufgelegten Balken zu sehen.

### *Urfehden, Alkoholmissbrauch und Bestrafung sittlicher und moralischer Delikte*

Nur beim Urteilsspruch beließ man es im 16. Jahrhundert im Regelfall nicht bewenden. Der Verurteilte musste mit einer Urkunde, der sog. Urfehde, beglaubigen, dass er die Strafe einhielt. Besonders viele der heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrten Urfehden datieren in die Zeit des Bauernaufstands »Armer Konrad« im Jahr 1514 und in die Zeit des Bauernkrieges 1525.

Auf den Hintergrund dieser zwei Ereignisse kann hier nicht näher eingegangen werden, jedoch spielte Marbach 1514 eine Rolle als Treffpunkt aufständischer Bauern unter ihrem Wortführer, dem berühmten Arzt Dr. Alexander Seitz, und als Tagungsort des sog. Marbacher Städtetags. Elf Jahre später entbrannte im Frühjahr 1525 der Bauernkrieg. In Marbach scheiterte ein sog. Kleiner Landtag und die Bauern aus Stadt und Amt Marbach schlossen sich den Bottwartälern unter Hauptmann Matern Feuerbacher an. Schon am 12. Mai 1525 wurde das Bauernheer zwischen Böblingen und Sindelfingen geschlagen.[22] Die Stadt Marbach musste ein hohes Strafgeld entrichten, ebenso wurden fünf Bürger bestraft. Erhard Scherer, der als Schultheiß unter Matern Feuerbacher fungiert hatte, hatte das schlimmste Los. Er musste nach Abgabe seines Vermögens mit Frau und Kindern das Herzogtum Württemberg verlassen. Die anderen vier verurteilten Marbacher Bauern bekamen eine Geldstrafe bzw. ein- bis vierwöchige Turmstrafen, mussten Wehr und Harnisch ablegen sowie offene Zechen und Gesellschaften meiden. Als Waffe war ihnen nur ein abgebrochenes Brotmesser erlaubt.[23]

Aber auch aus anderen Gründen musste Urfehde geschworen werden. So verbot die Landesordnung den Handel mit Juden. 1538 wurde der Marbacher Johannes Frantz mit Frau und Kindern des Landes verwiesen, unter anderem, weil er in Poppenweiler Geld bei Juden geliehen und mit ihnen gehandelt hatte. Martin Schrepfer erhielt deswegen 1551 dieselbe Strafe, durfte jedoch auf Bitten seiner Freunde und mit dem Versprechen, nie wieder mit Juden zu handeln, wieder heimkehren.[24]

Ein häufiger Grund für Bestrafungen war der Alkoholmissbrauch, der für viel Streit und Armut sorgte. Trotz harter Strafen wurden die meisten Trinker rückfällig. Die Protokolle der Kirchenvisitationen sind eine aussagekräftige Quelle für

dieses Vergehen. Ein prominentes Beispiel ist der berühmte Marbacher Präzeptor Simon Studion, der das Römerkastell Benningen entdeckte und als Begründer der Landesarchäologie gilt. Gerade der Schuldienst wurde aber von Studion immer wieder vernachlässigt. Bei den Kirchenvisitationen von 1584 und 1585 wurden zwar seine pädagogischen Fähigkeiten gelobt, aber seine »Trinkfreude« kritisiert. Der Wein liebende Zecher fing des öfteren Streit mit Vogt und Pfarrer an und bezeichnete seine Gehilfen als »faule Esel«. Nach kurzzeitiger Besserung bekam Studion 1589 Schwierigkeiten mit dem Synodus wegen »Zecherei und Versäumen der Schule«.[25] Auch 1592 heißt es, »sein Schulhaus sei wie ein Würtshaus«.[26]

Ein gut belegter Fall des sozialen Abstiegs eines Trinkers betrifft den Marbacher Burkhardt Fimpelin, der von der reichen Markgröninger Familie Wimpelin abstammte. 1601 wurde bei der Visitation hervorgehoben, dass er nicht mehr in der Stadt sei und man ihn in den Niederlanden vermute, jedoch 1602 war Fimpelin nach einem Aufenthalt in Koblenz wieder in Marbach und wir erfahren, dass er ein »zechhaftes und ärgerliches« Leben führte, sich aber gebessert habe. Im darauf folgenden Jahr erlitt Fimpelin einen Rückfall, verkaufte alle seine Marbacher Güter und zog nach Freudenstadt.[27] Noch 1592 hatte er zu den geachteten Marbacher Bürgern gehört[28] und 1597 wurde er beim Militär sogar in der ersten Wahl als einer der zwei Schlachtschwertträger gemustert.[29]

*Der Marbacher Lateinschulpräzeptor Simon Studion im Jahr 1593.*

Die »Johlen Graitt«, deren richtigen Namen wir nicht kennen, hatte, so heißt es 1602, mit dem Zechen aufgehört, seit der Wein teurer geworden war; sie habe sich daher gebessert, auch besuche sie die Predigten wieder. Strenger untersucht wurde die Klage des Martin Hoffsäß, dass er und seine Frau zwar seit 15 Jahren Haus und Tisch teilten, aber seitdem keine »eheliche Beywohnung« vollzogen hätten. Auch müsse er »oftermahlen übel geschmeltzte Kost essen und dürfe nicht keckhlich einen Trunckh Weins vor ihr thun«. Die Frau brachte vor, sie seien alte Leute, die sich nicht mehr begehrten, aber vor allem habe ihr Ehemann vor 15 Jahren einen Ehebruch begangen, den sie ihren Kindern zuliebe verheimlicht habe. Seitdem verweigere sie ihm das eheliche Beilager, wolle den Fall aber gerne vom Ehegericht behandeln lassen. Dazu kam es wohl nicht, denn im Jahr darauf wurde »nichts darüber angebracht oder klagt«.[30]

Gelegentlich entwickelten sich nach Alkoholgenuss handfeste Streitigkeiten. 1665 reparierte Elias Veyhl eine Dachrinne am Deutschen Schulhaus und erhielt danach den üblichen Trunk für Handwerker. Auf dem Heimweg blieb er im Haus seines Nachbarn, des Gassenwirts Kaspar Meisterlen, »stecken« und ließ sich auf Diskussionen ein, so mit Jörg Steeb, »der sich zur Artillerey in Ungarn gebrau-

chen lassen«. Metzger Matthäus Fuchs mischte sich in den Streit, wohl um das Militär, ein und nannte Veyhl einen Flegel. Der wiederum versetzte dem Metzger eine Ohrfeige, die postwendend erwidert wurde. Daraufhin ging der wütende Veyhl »in der Hitz« nach Hause, holte seinen Degen und strebte damit dem Wirtshaus zu. Seinem Nachbarn Hans Kluntzinger gelang es zunächst, ihn mit guten Worten nach Hause zu führen, wo er ihn einschloss, doch Veyhl sprang mit bloßem Degen zu seinem »Kramlädlen« heraus auf die Gasse. Kluntzinger – niemand anders traute sich – versuchte dreimal, Veyhl wieder zu beruhigen, fühlte sich dann aber so bedroht, dass er nach einem Prügel griff. Jetzt wurde der Degenmann noch zorniger, schlug auf Kluntzinger ein und verletzte ihn an der Hand. Der Täter gab später an, er wisse wegen des Weins, der ihm zu schaffen gemacht habe, nicht, ob er ihn getroffen oder ob dieser selbst »darein geschlagen« habe. Das Gericht bestrafte Veyhl hoch mit einem Großen und einem Kleinen Frevel, also 16 Gulden 45 Kreuzer. Auf sein Bitten beim Herzog wurde ihm die Hälfte erlassen, da er selbst Soldat gewesen war und als solcher noch »mit keinem Menschen Craceel« gehabt hatte. Zudem sei er auch sonst ein »bottmassiger, stiller und verträglicher Mensch« mit zwei Kindern, wenig Vermögen, jedoch vielen Schulden.[31]

1688 stritt Stadtzinkenist Kopp mit der Wirtin zum Wilden Mann wegen der Zeche und geriet mit dem Wirt in ein Handgemenge. Er ging nach Hause und bestellte den Wirt zu sich, dem der Musiker aber gleich im Hausflur »seinen Stab auf das Maul [stieß], dass er davon wund worden und sich des Barbierers bedienen müssen«. Der Zinkenist, so erfahren wir, hatte das »Praedicat eines zanksüchtigen Menschen«. Kopp wurde mit einem Großen und der Wirt mit einem Kleinen Frevel bestraft.[32]

Bei anderen Dingen, die nicht den allgemeinen Vorstellungen von Anstand, Sitte und Moral entsprachen, erhob vor allem die Kirche den moralischen Zeigefinger. So berichtete 1602 der Marbacher Dekan, dass die Lust der Jugend zu öffentlichen Tänzen das Versäumen des Katechismusunterrichts durch die jungen Männer und Mädchen zur Folge habe; ihr Hang zum Zechen, Spielen, Balgen und zur Unzucht sei ein »greulich Ärgernis«.[33]

Aber auch für heutige Verhältnisse völlig unspektakuläre Ereignisse wie uneheliche Geburten wurden bei der Kirchenvisitation mitunter genau untersucht. 1584 hatte sich eine »ledige Tochter« aus Besigheim mit Hans Kodweiß in Marbach verheiratet und 29 Wochen später bereits ein Kind bekommen. Sofort machte in Marbach das Gerücht die Runde, das Kind sei nicht von Kodweiß. Ihm wurde angeblich von seiner Frau und anderen »listigen Weibern« eingeredet, dass es doch von ihm sei, denn bei erstgebärenden Frauen sei es ganz anders als mit anderen, zumal wenn noch Glück dazu komme. Kodweiß war damit »wol content und zufriden«. Aber der Marbacher Vogt untersuchte weiter und schließlich gab die Frau zu, dass ein Knecht ihres Vaters in Besigheim sie geschwängert habe. Da er davongezogen sei, habe sie den Kodweiß genommen, mit dem sie vor der Hochzeit keinen Kontakt gehabt hätte. Da dieser das Kind lieb habe und denke, dass es sein Kind sei, bitte sie darum, ihm die Wahrheit nicht zu eröffnen. Notfalls wollte sie sogar die doppelte Strafe tragen. Tatsächlich waren die Marbacher Richter mit dem Deal einverstanden, da man ansonsten eine Zerrüttung der Ehe und eine schlechte Erziehung des Kindes befürchtete. Zudem stammte die Frau aus dem damals badischen, also ausländischen Besigheim, und so hätten sich bei genauer Untersu-

chung der Angelegenheit viel Schreibarbeit und andere Verwicklungen ergeben.[34]

Beim Vogtgericht 1644 wurde Albrecht Grüneisen, Marbacher Wirt und Vorfahre Friedrich Schillers, als sog. früher Beischläfer, d. h. für Beischlaf vor der Eheschließung, bestraft. Der frühere Knecht Grüneisens war nicht besser. Er musste eine Turmstrafe verbüßen, weil er bei der »Sichel-Henckhen«, also dem Abschluss der Ernte, seine Braut mit einem Messer erstechen wollte, sich jedoch eines Besseren besann.[35]

Durch den Dreißigjährigen Krieg wurde die Gewohnheit des Tabaktrinkens, also Tabakrauchens verbreitet. Ein Generalreskript von 1652 verbot das Tabaktrinken »als ein sowohl der Gesundheit halber, als wegen Feuersgefahr und sonsten in viel Weg hochschädliches Wesen«. Kaufleute, die Tabak verkauften, und Tabaktrinker wurden mit hohen Strafen bedroht. Glimpflich erging es dem in Marbach wohnenden Schweizer Hans Reichert, der wegen Tabaktrinkens nur 30 Kreuzer Strafe zahlen musste.[36]

### *Geld-, Gefängnis- und Leibesstrafen*

Die häufigste Bestrafung waren Geldstrafen, die seit 1621 in Gulden und Kreuzer, und zwar den Schilling zu drei Kreuzer und das Pfund zu einem Gulden, eingezogen wurden. Davor waren auch Adelige nicht gefeit, wie folgender Fall zeigt:

In Marbach wohnte Johann Eustachius von Buchholz mit seiner Familie. 1641 geriet er in große Schwierigkeiten, weil er am 7. Dezember bei Murr Georg Ludwig Thumb von Neuburg und Stetten zu Köngen durch einen Pistolenschuss so schwer verletzt hatte, dass dieser kurz darauf starb. Das Marbacher Gericht verhörte verschiedene Zeugen, auch Buchholz selbst. Thumb hatte wohl schon öfter Streit mit Buchholz gehabt, der ihn der üblen Nachrede bezichtigte. Am betreffenden Tag hatten sich die beiden Männer zufällig in der Nähe der Marbacher Bachmühle am Strenzelbach getroffen. Thumb beschimpfte Buchholz und schlug ihn auf den Rücken, worauf dieser seine Pistole abschoss, jedoch angeblich nur, um Thumb abzuschrecken. Der arrestierte Buchholz kam wenig später gegen eine Kaution von 3000 Gulden auf freien Fuß. Der peinliche Prozess, dem das übliche Gutachten der Tübinger Juristenfakultät folgte, zog sich bis Mitte 1642 hin und endete mit dem Urteil, Buchholz mit dem Schwert zu enthaupten. Der Verurteilte wurde mit acht Musketieren von Mundelsheim ins Marbacher Gefängnis überführt. Nicht nur seine Frau bat beim Herzog um Gnade, auch Buchholz selbst führte ins Feld, dass schon sein Vater dem Vater des jetzigen Herzogs gedient habe und er selbst in seiner Jugend auf der Insel Malta gegen den »Erbfeind« gekämpft habe. Auch die Marbacher Bürgerschaft bat, ihn am Leben zu lassen, da sie Mitleid mit dem alten Mann hatte. Er sei, so die Bürger, zwar katholisch, habe sich aber nach dem Einfall von 1634 als Marbacher für die Bürgerschaft und nicht für die Soldaten eingesetzt. Tatsächlich wurde Buchholz begnadigt und für zwei Jahre »in den Zehnten von Marbach constennirt«, das heißt, er durfte wohl die Markung Marbach während dieser Zeit nicht verlassen. Zudem musste er 1000 Gulden Strafe zahlen.

Auch ein anderer Totschlag zog keine Todesstrafe nach sich. Der Marbacher Weberknecht Hans Kling aus Kleinaspach, der 1661 die Tochter des Marbacher Bürgers und Bäckers Johann Sebastian Mehrer wohl versehentlich erschossen

*Eines der Marbacher Gefängnisse war im 16. Jahrhundert der Haspelturm, der damals noch Bürgerturm hieß.*

hatte, wurde nur mit Zwangsarbeit in herzoglichen Gebäuden sowie Erstattung der Gerichtskosten bestraft.[37]

Ebenfalls häufig verhängt wurden Gefängnisstrafen. Im ältesten erhaltenen Synodalprotokoll von 1581 wird mit Missfallen vermerkt, dass Elisabeth Butzer trotz Ermahnung des Pfarrers dem Abendmahl fernblieb. Elisabeth, so heißt es, sei 80 Jahre alt, aber bei gutem Verstand. 1583 wurde sie acht Tage »incarceriert«, worauf sie gegenüber dem Vogt äußerte, »sie könde wol so lang im Narrenhäußlin, als er [daheim] uff dem Lotterbett ligen«. Da zudem das »Geschrey starck« wurde, dass Elisabeth Butzer Zwinglianerin sei, erhielt der Pfarrer den Auftrag, dies zu »examinieren«. Ob sie bestraft wurde, bleibt offen.[38] Margaretha Bart wurde 1592 erneut ermahnt, da sie vier Jahre nicht beim Abendmahl gewesen war. Sie war ein »bös gottloses Weib, so oft im Narrenheuslin gelegen«, und da bei ihr keine Strafe half, wurde sie in der Kirche auf obrigkeitlichen Befehl auf ein »sonder Stüelin« gesetzt.[39] Es handelte sich bei den Personen, die der Predigt und dem Abendmahl fernblieben, häufig um Angehörige der im 16. Jahrhundert weit verbreiteten Sekte der Wiedertäufer, denen die Teilnahme an diesen Veranstaltungen oft untersagt wurde.

Die Missetäter kamen übrigens aus allen Bevölkerungsschichten. 1728 war Maria Elisabetha Wunderlich acht Wochen im Ludwigsburger Gefängnis gesessen; eigentlich sollte sie ans Halseisen, doch ließ man es bei der Ausweisung aus dem Herzogtum. Es handelt sich bei ihr vermutlich um die 1704 geborene Tochter des Kaufmanns Daniel Wunderlich aus der ehemals reichsten Marbacher Familie und Enkelin des Geistlichen Verwalters Rathmann. Schon 1730 war die Wunderlich

wieder im Land und wurde erneut wegen Beleidigung, Diebstahl und Ehebruch verurteilt. 1736 beging sie einen Kleider- und Zinntellerdiebstahl in Ludwigsburg und wurde »mit der Geigen gestrafft«. Im selben Jahr kam sie wegen weiterer Diebstähle ins Zucht- und Arbeitshaus Ludwigsburg und dann zur Behandlung ins Stuttgarter Siechenhaus, wo sie aber ausbrechen konnte. Ende 1736 folgten Diebstähle in Backnang, Steinheim und Großaspach, worauf die Marbacherin wieder gefangen wurde. Die von einem Soldaten schwangere Arrestantin Wunderlich brach Ende Januar 1737 erneut aus, wurde erneut gefasst und kam am 11. März im Backnanger Gefängnis mit einem toten Kind nieder. Das Gutachten der Tübinger Juristen vom Mai 1737 kam zu dem Schluss, dass nach Artikel 162 der Peinlichen Halsgerichtsordnung die Todesstrafe zu verhängen sei, aber sie empfahlen, und dem wurde auch gefolgt, die Wunderlich ins Ludwigsburger Zuchthaus zu bringen, wo sie »sogleich empfindlich gezüchtiget« werden sollte. Diese Strafe war vierteljährlich zu wiederholen.[40]

*Bestrafung mit der »Halsgeige«, einem Halseisen. Kupferstich aus dem 17. Jahrhundert.*

Selbst aus dem entfernten, aber zum Marbacher Gerichtsstab zählenden Spiegelberg wurde 1710 von Musketieren der 54-jährige Johann Jakob Reyhlen nach Marbach geführt. Er hatte, wohl in einem Anfall von geistiger Umnachtung, seinen einjährigen Sohn mit einem Sensenschnitt in den Hals umgebracht und war darüber in höchste Verzweiflung geraten. Er wurde deshalb nur zur Bestreitung der Gerichtskosten und einem halben Jahr Zwangsarbeit verurteilt, die allerdings so lange ausgesetzt wurde, bis der gesundheitlich angeschlagene Verurteilte wieder kräftig genug war. Schmerzhafter war der Prozess 1711 für die Bettelleute Jörg Zöhrer und Susanna Weiglin aus der Steiermark, die einen zehnjährigen Knaben mit einem Stock zu Tode geprügelt hatten. Zöhrer, der blind war, wurde in Marbach gefoltert, indem man ihn mehrmals jeweils ein halbe Viertelstunde an den wohl auf den Rücken gebundenen Armen hochzog, allerdings ohne eine definitive Aussage von ihm zu bekommen. Er wurde zu einer Prügelstrafe verurteilt und des Landes verwiesen. Die Weiglin war epileptisch und konnte deswegen in Marbach nicht an das Halseisen des Prangers angeschlossen wer-

den. Daher fuhr man sie auf einem Karren zur Stadt hinaus und verabreichte ihr währenddessen Schläge. Auch sie wurde aus dem Herzogtum ausgewiesen.[41]

*Hexerei und Aberglaube*

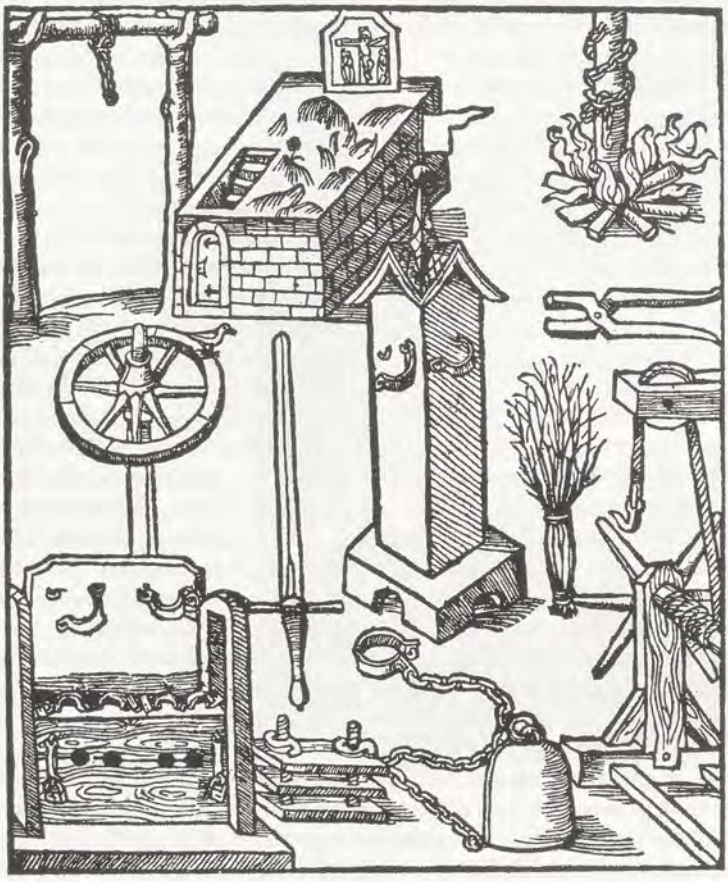
Das Marbacher Stadtgericht wurde aus nicht bekannten Gründen im 16. Jahrhundert bevorzugt als Gericht für der Hexerei und des Aberglaubens beschuldigte Personen aus verschiedenen Teilen des Herzogtums angerufen, so dass Karl Förstner in seinem Heimatbuch von 1923 zu dem Schluss kommt: »Marbach war die Stadt der Foltern.« Beispielsweise wurde 1562 eine Frau von Ottendorf bei Schwäbisch Hall wegen des Verdachts der Zauberei und Hexerei ins Marbacher Gefängnis gesperrt und dort »für weh gestellt und peinlich zerplagt«. Trotz Folter blieb sie standhaft und wurde entlassen, musste aber versprechen, keine Rache zu nehmen und künftig einen christlichen Lebenswandel zu führen.[42]

1668 beschuldigte die sog. Reuttschmiden Witwe aus Poppenweiler Maria, die Ehefrau des Marbacher Weingärtners Klaus Voltz, sie habe ihre, also der Poppenweilerin Tochter, die bei Gustav Trautwein in Marbach in Diensten stand, verhext. Das Mädchen behauptete, auf dem Marbacher Jahrmarkt am 6. Mai 1668 sei ihr die böse Frau begegnet, von der die Leute sagten, sie könne hexen. Diese fasste sie am Arm und fragte: »Potz Mägdlein, was thuet dein Frau?«, womit die Dienstherrin gemeint war. Daraufhin tat dem Mädchen angeblich der Arm so weh, dass es sich zu Bett legen musste. Der Arm sei lahm geworden und in derselben Nacht wäre etwas in ihre Kammer gekommen und auf sie gefallen, das die Krankheit noch verschlimmert habe. Trautwein wollte das Mädchen, dessen Arm schwarz angelaufen und dessen Kopf angeschwollen war, nicht länger im Haus behalten, weshalb sie von ihrer Mutter heim nach Poppenweiler geholt wurde. Die Pfarrfrau aus Benningen gab ihr hilfsbereit Kräuter als Gegenmittel gegen Hexerei, die vier Stunden gekocht werden mussten. Als der Topf auf dem Feuer und die Mutter auf dem Feld war, kam angeblich die Hexe von Marbach durch die verschlossene Tür ins Haus und die Stiege herauf. Sie habe gefragt, was gekocht werde, den Deckel gehoben und hineingerochen. Auf einen Stoß des Mädchens sei sie wie vom Erdboden verschluckt gewesen und verschwunden.

Die angebliche Hexe wurde vor das Marbacher Vogtgericht zur peinlichen Untersuchung geladen. Sie gab an, das Mädchen weder gesehen noch angerührt zu haben und drei Jahre nicht in Poppenweiler gewesen zu sein. Nach Meinung des Protokollanten leugnete sie alles ab, blieb auf manche Frage die Antwort schuldig und wollte auch durch Weinen und Schreien ihre Unschuld bezeugen. Angeblich konnte sie aber keine einzige Träne vergießen. So kam auch die herzogliche Kanzlei zu dem Schluss, dass die 60-jährige Frau der Hexerei sehr verdächtig sei, weshalb befohlen wurde, die Untersuchung scharf fortzusetzen und der Frau mit einem langwierigen Prozess und Gefängnisstrafe zu drohen. Das Vogtgericht sollte sie zudem bespitzeln lassen. Vermutlich blieben diese Drangsale aber ohne Ergebnis.[43]

Der Aberglaube war auch im 18. Jahrhundert noch weit verbreitet. Bekannt ist der Teufelspakt des aus Marbach stammenden und um 1687 geborenen Heinrich Jakob Amend, Sohn des 1699 als Soldat im Durlachischen Regiment in Heilbronn gestorbenen Hauptmanns Johann Christian Amend. Dessen Witwe heiratete in

zweiter Ehe den Kirchberger Pfarrer Johann Jakob Dreher. Der um 1704 als Student in Tübingen immatrikulierte Heinrich Jakob Amend geriet jedoch in finanzielle Schwierigkeiten. Die Gläubiger drängten ihn zur Zahlung und da von den Eltern nichts zu erwarten war, verschrieb sich Amend dem Teufel. Den Zettel mit dem Teufelspakt, den ein Ordonanzbursche in seiner Hose fand, konnte Amend noch zerreißen und zum Fenster hinauswerfen, jedoch wurden die Fragmente eingesammelt. Eine Anzeige erging, worauf Amend zu Fuß nach Marbach floh. Mit-



*Darstellung der gebräuchlichsten Strafwerkzeuge: Galgen, Schafott, Marterpfahl, Rad, Richtschwert, Pranger, Besen, Zange, Folterwerkzeuge. Holzschnitt von 1508.*

tels Steckbrief, der ihn als »kurtz und besetzt von Statur, blaichen Gesichts, kurtzer gerader Haaren« beschrieb, wurde er bei württembergischen Truppen entdeckt und verhaftet. Ab 7. April 1707 fand in Tübingen sein Verhör statt, das der Akademische Senat in eigener Verantwortung ohne die Stuttgarter Behörden führen durfte.

Amend gab an, er sei betrübt über die vielen Forderungen gewesen und da sei

ihm »der Faust« eingefallen, den er in Marbach von Barbier Römer bekommen habe. Faust war für die Tübinger ein rotes Tuch, seit Ende des 16. Jahrhunderts eine gedruckte Ausgabe für Aufruhr gesorgt hatte, so dass Amend jetzt ausführlich befragt wurde. Er hatte auch etliche Frauennamen auf dem Zettel stehen und erhoffte sich von seinem Teufelspakt nicht nur Geld, sondern auch die Zuneigung dieser Damen sowie Glück und Erfolg im Kriegsdienst, den er wohl anstrebte. Es stand aber lediglich »D.F.D.W.« auf dem Zettel, was »Du Fürst der Welt« bedeutete, und auch die Teufelsformel des Faust wusste Amend nicht. Trotzdem kam es zu einem sehr harten Urteil. Er wurde mit Urteil vom 4. Juli 1707 zu öffentlicher Kirchenbuße, einem halben Jahr Verbannung ins Haus des Stiefvaters Dreher nach Kirchberg an der Murr zur Umerziehung und dann zur Ausweisung aus Württemberg auf Lebenszeit verurteilt.[44]

1716 fiel der 27-jährige Marbacher Bürger und Steinhauer Matthäus Ritz auf den württembergischen Dragoner Sigel herein, der ihm ein »Geldtmändlen« versprochen hatte. Ritz traf den in Murr im Quartier liegenden Soldaten erstmals in der Ludwigsburger Wirtschaft »Adler« und dann in Murr, als Ritz bei seinem Schwager Leonhard Pfuderer arbeitete. Sigel behauptete, er kenne einen Dragoner namens Zeyh in Pleidelsheim, der ein Geldmännlein habe und dieses um 13 Gulden verkaufe. Zeyh bestellte Ritz morgens um sechs Uhr zur Murrer Bergkelter und machte dort mit seinem Pallasch (Reitersäbel) drei Kreuze auf den Boden. Er wies ihn an, sich auf das Ende des einen Kreuzes zu stellen, während er sich auf das andere so stellte, dass das mittlere Kreuz frei blieb. Ritz musste mit einer Hand dem Dragoner das Geld geben und mit der anderen das vermeintliche Geldmännlein fassen und dann nach hinten gehen. Von Zeyh erhielt Ritz ein »Schächtelen«, in dem er »nichts als einen Lumpen mit Roß Koth« fand. Als er den Dragoner des Betrugs bezichtigte, gab ihm dieser mit dem Pallasch zwei Schläge auf den Rücken, worauf zwei weitere Dragoner aus der Kelter gesprungen kamen und alle drei mit seinem Geld forteilten.

Ritz wurde in Marbach inhaftiert und von Dekan Tafel verhört, wobei er zu Protokoll gab, dass er erstmals in Ludwigsburg von der Sache gehört habe und vorher keinen solchen Aberglauben kannte. Er wolle sich, so Ritz, nie mehr versündigen gegen Gott und sich auf so teuflische Dinge einlassen. Der Grund seien seine Eltern gewesen, die ihm finanziell sehr auf dem Hals lägen. Weiter kam heraus, dass Ritz schon Selbstmordabsichten geäußert hatte und »desparate« Gedanken habe. Er wollte sich angeblich schon erhängen und ertränken, was er allerdings abstritt. Seine erste Frau war nach drei Ehejahren gestorben, ebenso die Tochter aus dieser Ehe. Die Eltern des Ritz wurden, da sie kränklich waren, daheim vom Dekan verhört. Sie gaben an, der Sohn habe ihnen die Hälfte ihrer Güter abgezwungen. Zuletzt stellten Vogt und Dekan fest, dass die Mutter als ein »hartes, rohes Weib« schuld sei und ihn zur Beschaffung von Geld und wohl auch in die Depression getrieben habe. Ritz wurde freigelassen unter der Bedingung, sich nie mehr auf solche Dinge einzulassen.[45]

1739 bis 1741 wurde der letzte aktenkundig bekannte Hexenprozess im Amt Marbach verhandelt. Ein Verwandter zeigte 1739 die 13-jährige Margaretha Wagner aus Murr wegen der Ausübung von Hexen- und Zauberkünsten beim Marbacher Vogtgericht an. Das Mädchen, dessen Vater Soldat in Preußen war und dessen Mutter aus Murr stammte, lebte die ersten sieben Jahre in der Pfalz bei der Großmutter väterlicherseits und seither bei seiner Tante in Murr. Margaretha wurde

verhaftet und zu den anderen Frauen ins Marbacher Frauengefängnis gesperrt.

Das erste Verhör ergab wenig, deshalb musste »mit mancherlei Mitteln« nachgeholfen werden. So gab das Mädchen wohl unter Folter zu, dass sie bei Nacht unsichtbar zu Leuten gehen, sich auf dieselben legen und sie drücken könne. Auch verstehe sie es, durch eine Salbe, deren Rezept nur sie kenne, aus wenig Milch viel Butter zu machen. Wenn man mit dieser Salbe Schippe, Schaufel, Gabel oder Besen einreibe, könne man damit ausfahren. Solche Fahrten habe sie in der Pfalz und auch elf- bis zwölfmal in Murr gemacht. Es sei, wie wenn man auf einem Wagen sitze, wobei die Füße den Boden streiften. Auf einer Anhöhe über der Murr wären viele Leute auf dem Feld zusammengekommen und miteinander über das Wasser gefahren. Es habe dabei Essen, Trinken und Musik gegeben und ein reicher Mann am Tisch habe andere das Handwerk gelehrt, wie Kühe mehr Milch gäben, wie man Raupen regnen lasse oder wie man das Wetter beeinflusse. Das meiste habe sie aber von der Großmutter in der Pfalz gelernt. Die drei mitgefangenen Frauen, davon eine mit Kind, sagten aus, in der ersten Nacht sei die Gestalt eines Männleins, dann eines großen Mannes und dann einer großen schwarzen Katze erschienen, die einige Stunden geblieben seien und sich bei Margaretha »gar viel zu schaffen« gemacht hätten. In der nächsten Nacht seien sie von der Katze geschlagen und in der übernächsten Nacht eingeschläfert worden. Als man Margaretha Wagner mit einem Wächter in die Wohnung des Stadtknechts brachte, kam es dort zu keinen Erscheinungen mehr, so dass die Frauen wohl eine rege Phantasie hatten.[46]

Aus Stuttgart, wo die Anklage erörtert wurde, kam im Oktober 1739 der Befehl, das Mädchen in ein verschlossenes Einzelzimmer im Stuttgarter Waisenhaus zu bringen. Das verängstigte Kind gab auch dort zunächst alles zu, was es in Marbach gesagt hatte, doch dann setzte der Verstand ein und Margaretha widerrief. Alles, was sie ausgesagt hatte, habe sie nur bei Lichtkarzen gehört (bei diesen meist heimlichen Jugendtreffen wurden gerne Spukgeschichten erzählt). Die Falschaussagen in Marbach waren der Angst vor Züchtigung und Todesstrafe entsprungen, denn dort hatte man Margaretha geschlagen und ihr durch den Stadtknecht Daumenschrauben anlegen lassen sowie den Stuttgarter Scharfrichter neben sie gestellt. Weiter gab sie an, ein Wächter habe ihr gesagt, sie werde ein halbes Jahr gefangen gehalten und dann hingerichtet, wodurch die Angst noch größer geworden sei. Die mitgefangenen Frauen in Marbach hätten versucht, ihr die Erscheinungen einzureden, sie selbst habe aber nichts dergleichen gesehen. Die Stuttgarter Stadtärzte bescheinigten dem Mädchen durch seine schlechte Erziehung zwar Arglist, Erfindungsreichtum und Bosheit, aber keinerlei Zauberei. Die Spukgeschichten kannte das Kind tatsächlich nur aus Erzählungen.

Nun wiederum richtete sich die Anklage gegen den Marbacher Vogt Venninger, dem vorgeworfen wurde, er habe dem Mädchen Antworten vorgesagt, Daumenschrauben befohlen und den Scharfrichter bestellt, »der sie auch angegriffen habe«. Die Untersuchung durch den Ludwigsburger Expeditionsrat Leibius ergab, dass der Vogt mit seinem Bruder, dem Ingersheimer Pfarrer, dem schweigsamen Mädchen Suggestivfragen in der Art »Nicht wahr, so hast du es gemacht?« gestellt hatte. Da keine Daumenschrauben in der Vogtei gefunden wurden, kam heraus, dass der Stadtknecht die Daumen der 13-jährigen Margaretha mit Bindfaden und doppelten Hölzchen zusammengeschnürt hatte. Als sie einmal nicht gleich antwortete, zog der Stadtknecht sie vor die Tür und schlug sie mit einem

dicken Stock, worauf sie zu Boden ging und alles zugeben wollte. Scharfrichter Johann Christoph Neher aus Stuttgart hingegen hatte dem Mädchen nichts angetan, sondern nur schweigend neben ihr gestanden; Neher war wegen der »Execution« einer Prügelstrafe in Marbach gewesen. Anfang Januar 1741 kam Margaretha Wagner ins Ludwigsburger Zuchthaus, wo sie konfirmiert wurde und zur Schule ging, um dann nach tadelloser Führung nach Hause entlassen zu werden. Vogt Venninger erhielt einen Verweis und erntete das besondere Missfallen des Herzogs. Zwar wurde ihm die Geldstrafe von 14 Gulden, zu der er verurteilt worden war, wieder erlassen, doch musste er die 85 Gulden Gerichtskosten bezahlen.[47]

*Todesstrafen*

Erstmals erfahren wir im Jahr 1563 von einer Hinrichtung in Marbach. Damals wurde eine Beihinger Einwohnerin wegen Kindesmord nach Marbach geliefert mit der Bestimmung, dass »sie dem Nachrichter an Hand geantwortet, der sie aus der Stadt an Neckar zum großen Schiff führen und daselbsten mit dem Wasser vom Leben zum Tod richten, folgends von dannen unter den Galgen führen und allda sieben Schuh tief unter die Erde vergraben soll«.[48]

Mehrere Hinrichtungen sind für Marbach in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bezeugt. 1678 bat der kranke Stuttgarter Scharfrichter Andreas Bickel die Stadt Stuttgart, seinen Sohn mit einer Hinrichtung zu betrauen. Der habe bereits

*Hinrichtung nach dem Urteilsspruch. Holzschnitt von 1508.*

in Marbach, Schorndorf und Knittlingen Hinrichtungen »feliciter« – also glücklich im Sinne von erfolgreich – vollzogen.[49] 1690 berichtete der Stadtknecht Tobias Mayer, der Großvater des gleichnamigen Astronomen und Mathematikers, dass er während seiner zwölfjährigen Dienstzeit als Stadtknecht bereits elf Personen verwahren musste, die hingerichtet wurden.[50]

1677 erschreckte ein kaltblütig geplanter Mord die Marbacher Einwohner. Ihre Mitbürgerin Anna Elisabetha Hunn hatte ihren Mann, den Marbacher Tuchscherer Johann Sebastian Hunn, »durch bestellte Hans Georg Veyhel, einen Bordenwircker zu Marbach, und Hans Peiler von Hoff, Bottwarer Amts, den 2. Junii 1676 im Bett und Schlaf« erwürgen lassen. Dies geschah mit Zustimmung ihres Liebhabers Georg Friedrich Schwab, eines Schreibers, den sie ein halbes Jahr später heiratete. Erst 1677 kam die Tat ans Licht, und die Täter sowie die Frau und ihr neuer Ehemann wurden gefangen genommen.[51] Bis dahin hatte man geglaubt, Hunn habe sich mit dem Strang selbst das Leben genommen und er wurde deswegen als Selbstmörder unter dem Hochgericht, also dem Galgen, begraben.

Der 23-jährige Schwab und die 24-jährige Ehefrau Hunns hatten den zwei Mördern 50 Reichstaler bezahlt, damit sie Hunn erwürgten und ihn im Stall mit einem Strick an einen Balken hängten, um Selbstmord vorzutäuschen. Mitangeklagt wurden der Marbacher Trompeter Hans Jörg Betz und die Mutter der Anna Elisabetha Hunn, Magdalena Wien in Großbottwar, die beide von der Tat wussten oder sie zumindest vermuten konnten. Noch bevor der peinliche Prozess begann, exhumierte man Johann Sebastian Hunn und begrub ihn ehrenvoll auf dem Kirchhof. Magdalena Wien wurde nach dreivierteljähriger Gefangenschaft des Landes verwiesen, später jedoch begnadigt. Betz bat vergeblich um Verschonung vom Läuten des Malefizglöckchens bei seiner Vorführung und wurde ebenfalls des Landes verwiesen. Er durfte noch 1680 trotz Bittschreiben von Frau und Kindern nicht wieder heimkehren. Nebenbei kam noch heraus, dass Anna Elisabetha Hunn auch mit dem Bürger und »Bruchschneider« bzw. Wundarzt Paul Ludwig Jenisch, der seit 1670 mit der Schwester des Ermordeten verheiratet war, Ehebruch begangen hatte. Jenisch hatte sich allerdings wenige Tage vor seiner Verhaftung vorübergehend abgesetzt und in Kriegsdienste begeben. Im Juni 1677 erging der Befehl an das Marbacher Halsgericht, die zwei Malefikanten, nämlich den Skribenten Schwab und die Anna Elisabetha Hunn, durch den Stuttgarter Scharfrichter hinrichten zu lassen. Des Weiteren wurde angeordnet, den Kopf der Anna Elisabetha auf einen Pfahl neben dem Hochgericht zu stecken, wo er auf unbestimmte Zeit als Abschreckung bleiben sollte.[52]

Doch damit war die Geschichte noch nicht zu Ende. Diesen Schädel nahm nach eineinhalb Jahren, am Dreikönigstag 1679, Hans Eichlen aus der Augsburger Gegend, Knecht bei Kaspar Hey in Steinheim, vom Pfahl herunter und steckte ihn als makabren Scherz in ein Luftloch des Viehstalls seines Meisters. Dessen Frau wiederum packte ihn mit einem Pfahl und warf ihn vor Schreck in den Garten des Steinheimer Klosterhofmeisters. Der damals schon 15 Jahre in Württemberg lebende Eichlen wurde in Marbach ausführlich befragt und es kam heraus, dass er von einem Badergesellen angestiftet worden war, der ihm Geld für die Tat geboten hatte. Als Eichlen den Schädel, der bereits schief hing, mit eine Hacke herunterholte und zu dem Gesellen brachte, wollte der nichts mehr davon wissen, worauf Eichlen den Kopf in das Luftloch steckte. Er wurde zu vier Wochen Arbeitshaft auf dem Hohenasperg verurteilt.[53] Auf herzoglichen Befehl vom 25. April 1679

wurde »der decollirtin Hunnin Kopf« durch den Kleemeister zu Großbottwar »zum Cörper begraben«.[54]

Erst Anfang 1682 wurde einer der gedungenen Mörder, Hans Peiler, bei einem Diebstahl in der Nähe von Beilstein gefangen und in Marbach verhört. Er war 38 Jahre alt, stammte aus der Schweiz und gab an, dass Anna Elisabetha Hunn und ihre Mutter ursprünglich von ihm verlangt hätten, »Schaidwasser« (Salpetersäure) aus Heilbronn zu holen, das Johann Sebastian Hunn die Därme »aufreißen möchte«. Daher wurde erneut die inzwischen 71-jährige Mutter der Hingerichteten verhört und dann doch noch zum Tode verurteilt. Auch ihr Kopf wurde beim Marbacher Galgen auf einen Pfahl gesteckt. Peiler wurde ebenfalls dort enthauptet und sein Leichnam auf das Rad geflochten. Mitte Juni 1686 heißt es, dass der Kopf der Magdalena Wien wenige Tage zuvor heruntergefallen sei und vom Großbottwarer Kleemeister begraben werden sollte. Der wollte dafür aber einen besonderen Lohn, worauf man in Stuttgart nachfragte. Dort war es jedoch üblich, dass der Scharfrichter für das Begraben der Gehängten, wenn diese vom Galgen abfielen, nie etwas Zusätzliches erhalten hatte. Also erging an den Großbottwarer Kleemeister der Befehl zum Begraben des Kopfes und zur Zahlung einer Strafe.[55]

*Peinliches Befragen. Links: Folterung durch Brennen. Im Hintergrund: Abhacken der Hand. Rechts: Hochziehen an den Armen mit einem Gewicht an den Füßen. Holzschnitt von 1508.*

Wenige Jahre später, Ende 1689, erschütterte die Marbacher ein Kindesmordprozess, der zwar keine Marbacher Einwohner betraf, aber in der Amtsstadt verhandelt und vollstreckt wurde. Maria Johanna Mayer aus Höpfigheim hatte ein uneheliches Kind geboren und offenbar mit Hilfe ihrer Mutter Katharina Rukwid lebendig begraben. Angeblich hatte das Kind noch zweimal geschrien, als die Frauen es in die Grube warfen, wohingegen ein Teil der Mediziner der Auffassung war, das Kind sei schon tot zur Welt gekommen.[56] Im Februar 1690 war das Marbacher Gericht der Meinung, man habe »die Wahrheit ohne die Tortur [Folter] gänzlich herauß gebracht«, doch im März widerriefen die Frauen ihre Aussagen.[57]

Um Klarheit zu schaffen, wurde nach mehreren Vernehmungen in Marbach im März 1690 der Scharfrichter zur Folter bestellt. Die Kindsmutter wurde an den Armen »aufgezogen« und befragt, während sie hing. Dabei gab sie zu Protokoll,

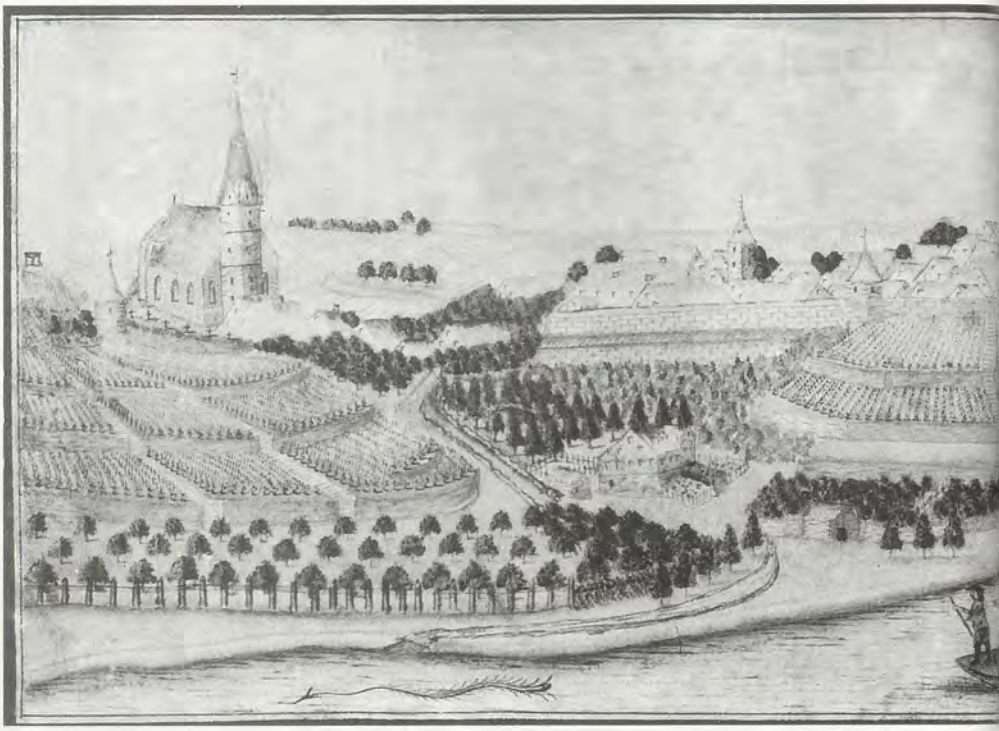
dass sie befürchtete, ihren Mann zu verlieren, wenn er von dem Kind erfahren hätte, und als die Kräuter ihrer Mutter keine Fehlgeburt herbeiführten, beschlossen sie, das Kind umzubringen. Das Kind habe gelebt und ihr sei zweimal im Gefängnis nachts ein weißer Mann erschienen, der gesagt habe, es gehe nur gut zu Ende, wenn sie dies zugebe. Die Mutter hingegen behauptete, ihre Tochter sage die Unwahrheit, das Kind sei schon im Kübel tot gewesen. Daraufhin wurde auch sie »ad locum torturae« geführt. Da sie bei ihrer Aussage blieb, wurde ihr der Scharfrichter »mit seinen Instrumenten auch an die Seithen gestellt«, und als sie hochgezogen wurde, begehrte sie »umb wider Herablassung mit versprechen, alles zu offenbahren«. Sie bestätigte jetzt die Aussage ihrer Tochter. Das vorherige Leugnen begründete sie mit der Angst, man haue ihr den Kopf ab. Kurz darauf erging dann das Urteil, beide Frauen zu enthaupten und zur Abschreckung die Köpfe auf Pfähle neben dem Galgen zu stecken.[58] Am 3. April 1690 wurde, nachdem der Geistliche einen letzten Besuch gemacht und dafür ein Essen für 56 Kreuzer erhalten hatte, das Urteil vollstreckt, und wir erfahren, dass bei Hinrichtungen ein Kreis um die Richtstatt gebildet wurde: »Den ausgewählten, welche bey decollierung der 2 Höpffiger Weiber, Mueter und Dochter, uff dem Richtplaz den Craiß beschlossen«, wurden 1 Imi 9 Maß Wein auf städtische Kosten gegeben.[59]

Auch Diebstahl und Raub konnten zur Todesstrafe führen. Dem aus Hausen an der Murr bei Murrhardt stammenden etwa 30 Jahre alten Weber Hans Rohr wurde 1690 vor dem Marbacher Halsgericht der Prozess wegen wiederholten Diebstahls von Lebensmitteln und Tieren in den zwölf Jahren zuvor in der Gegend von Marbach, Backnang und Murrhardt gemacht. Der erst in Murrhardt inhaftierte Dieb wurde nach Marbach überstellt, in dessen Malefizgerechtigkeit damals auch Murrhardt gehörte. Er war zuvor in Kleinbottwar in »Eisen und Band« geschlossen gewesen, hatte sich aber befreien können. Seine Flucht war jedoch bald zu Ende, und ein weiterer Fluchtversuch aus dem Murrhardter Gefängnis misslang. Rohr war schon mehrfach vorbestraft: So war er zum Beispiel 1676 in Backnang wegen Traubendiebstahls »über den Giesskübel herab ins Wasser gesprengt«, also »getunkt« worden. Auch in Marbach hatte Rohr schon hinter Gittern gesessen, nachdem er erwischt worden war, wie er in Hoheneck gestohlenen Honig auf dem »freyen Markt« in Marbach verkaufte. Hier wurde er jetzt nach Artikel 162 der Peinlichen Halsgerichtsordnung wegen wiederholten gefährlichen Diebstahls dem Scharfrichter »an Hand und Band gelüfert, von ihm auf die gewöhnliche Richtstatt geführet und allda ihm zu wohlverdiente Straffe, andern aber zum abscheulichen Exempel mit dem Strang vom Leben zum Todt hingerichtet«. Die Kosten musste, da Rohr mittellos und nirgends verbürgert war, das Marbacher Vogtamt übernehmen.[60]

Das Hängen oder Köpfen war im Gegensatz zum Rädern, bei dem die Knochen mit einem Rad zertrümmert und die Glieder dann zwischen die Speichen geflochten wurden, eine gnädige Todesart. 1683 sollten nach dem üblichen Gutachten der juristischen Fakultät Tübingen wegen Straßenraub und Mord Georg Federer und Hans Jakob Weiß aus Poppenweiler »mit dem Rad vom Leben zum Tod gerichtet« werden. Die Strafe wurde noch abgeschwächt, indem sie auf der Marbacher Richtstatt erst geköpft und dann ihre Körper in ein aufgerichtetes Rad eingeflochten wurden.[61]

Auch im 18. Jahrhundert wurde in Marbach noch die Todesstrafe verhängt, so beispielsweise 1729 über die Dienstmagd Anna Magdalena Schipp aus Großbott-

*Hinrichtungs- und Strafmethoden: Verbrennen, Hängen, Blenden, Aufschlitzen, Rädern, Auspeitschen mit Ruten, Enthaupten, Hand abhauen. Holzschnitt von 1508.*



*Ansicht der Stadt Marbach, kolorierte Federzeichnung von 1796. Ganz links ist der wenige Jahre später abgebrochene Galgen zu erkennen. Die Türme sind von links nach rechts: Alexanderkirchturm, Niklas- oder Wicklinstorturm, Haspelturm*

war, ebenfalls wegen wiederholten Diebstahls. Sie hatte Ende 1725 ihrem Dienstherrn, dem Geistlichen Verwalter Joachim Schmid in Großbottwar, ungefähr 1800 Gulden gestohlen. Bei ihrem Verhör in Marbach wurde sie offenbar gefoltert, denn »als der peinlich Beklagten auf dem Rathhaus weh und übel« wurde, lieferte Apotheker Georg Friedrich Wohlgemuth einen Schoppen »spannischen Wein« und 1/4 Pfund Zuckerbrot. Der Stuttgarter Scharfrichter Christoph Jakob Neher, der damals drei weitere Frauen an den Marbacher Pranger stellte, erhielt 40 Kreuzer, weil er auch die Schipp »an Pranger gestellt und mit Ruthen ausgehauen« hatte, dazu Taggeld und Zehrung. Zugleich bezahlte man ihn für das »brandtmahlen und außführen« von drei Männern. Offenbar besserte sich die Schipp nicht, denn 1729 saß sie wegen mehrerer Diebstähle erneut im Gefängnis, floh und wurde wieder gefasst. Der peinliche Prozess führte dazu, dass ihr am 7. Dezember 1729 »das Leben abgesprochen« wurde. Am 10. Dezember führte man die Verurteilte auf das Rathaus, wo nochmals das Todesurteil verlesen wurde. Dann ging es direkt zum Galgen, wo sie »mit dem Schwerd vom Leben zum Tod gerichtet« wurde. Vollstrecker war wieder Scharfrichter Neher aus Stuttgart, der »vor der Urthel zu vollziehen und die Malficantin mit dem Schwerd hinzurichten«

*(Gefängnis, damals noch Bürgerturm genannt), Stadtkirchenturm, Oberer Torturm (Gefängnis), Rathausturm und Neckartorturm (Frauengefängnis).*

30 Kreuzer und »vor das arme Sünder Mahl« 20 Kreuzer erhielt. Mit weiteren Spesen verdiente er insgesamt 10 Gulden 10 Kreuzer. Auf herzoglichen Befehl wurde der »Cadaver zu dem theatro anatomico« nach Tübingen überstellt.[62]

Am 11. Oktober 1732 wurde eine landesweite »General Straiff« angeordnet, bei der im Marbacher Gerichtsbezirk in Spiegelberg Bernhard Siller, aus der Pfalz stammend, und die Frau des 1731 in Brackenheim gehängten »Erzjauners« Bartholomäus Preßner gefasst wurden. Wegen seiner Vergehen lautete Ende 1732 das Urteil für Siller, dass er »von oben herab geradbrechet« und sein Körper »auf das Rad geflochten« werden sollte. Doch der Marbacher Vogt Kornbeck bat in einer Eingabe um die Umwandlung der »Strafe des Radbrechens« in eine »Schwerdsstrafe«, da »das hiesige Hochgericht nicht wohl 6 Schritt von einer sehr strengen Landstraßen einerseits, andererseits aber eben so nahe bey dene Saamen Äckern ist, weithin denen vorbey Passierenden sowohl als Inhabern der Güther ein so terribler aspectus, besonders aber der Geruch bey sommerheißen Tägen sehr beschwerlich fallen würde«. Außerdem sei der Delinquent ein Mensch von nicht mehr als 19 Jahren, »dessen einige Bitten und Flehen dahin gehet«, dass sein Körper »unter die Erden kommen möchte«. Er sei, so der Vogt weiter, durch seine

Eltern verdorben worden, habe schon vier Strafen wegen Diebstahls hinter sich und kein Menschenleben auf dem Gewissen. Der Herzog genehmigte die Umwandlung der Strafe und das Begräbnis. Beides wurde am 29. Januar 1733 vollzogen.[63] Es war die letzte aktenmäßig belegte Hinrichtung am Marbacher Galgen, der dann 1811, wie alle Galgen an Vizinal- oder Landstraßen, auf ein königliches Dekret hin abgebaut wurde.[64] Seinen Standort bezeichnet jedoch bis heute die Freizeitanlage »Galgen«.

## Anmerkungen

1 Württembergisches Städtebuch, Stuttgart 1962, S. 157; zur Halsgerichtsordnung siehe Johann Gottfried Pahl: Geschichte von Wirtemberg für das wirtembergische Volk, Bd. 3, Stuttgart 1828, S. 226.
2 Hauptstaatsarchiv (HStAS) H 101 Bd. 1026.
3 HStAS A 302 Bd. 8022.
4 Fritz Klemm: Die württembergische Gemeindeverfassung von 1822 und ihre Vorläufer, Diss. Tübingen 1976, S. 3.
5 Hans Eugen Specker: Die Verfassung und Verwaltung der württembergischen Amtsstädte im 17. und 18. Jahrhundert, in: Verwaltung und Gesellschaft in der südwestdeutschen Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1969, S. 4 f.
6 Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKA), Dekanatarchiv Marbach Bd. 332.
7 Stadtarchiv Marbach (StAM) B 145.
8 HStAS A 213 Bü 8303.
9 HStAS A 302 Bd. 8022.
10 HStAS A 38 Bü 10; LKA A 1 Bd. 4.
11 HStAS H 101 Bd. 1028.
12 HStAS A 302 Bd. 8023 u. 8025.
13 HStAS A 209 Bü 1546.
14 HStAS A 202 Bü 1006.
15 HStAS A 302 Bd. 8029, 8031, 8111, 8113 f. u. 8116.
16 HStAS A 302 Bd. 8029 u. 8031.
17 HStAS H 107/14 Bd. 2; Paul Sauer: Affalterbach 972–1972, Affalterbach 1972, S. 18.
18 Willi Müller: Hochgerichtsstätten als Grenzpfähle, in: Hie gut Württemberg 1, 1950, S. 35 f.
19 HStAS A 209 Bü 1580.
20 StAM B 45.
21 Carl Seilacher: Ein denkwürdiger Abschnitt in der Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte NF 20, 1911, S. 113–125; Eugen Munz/Otto Kleinknecht: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Stuttgart 1972, S. 185.
22 Paul Sauer: Marbach im Mittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit, in: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Bd. 1 (bis 1871), Ubstadt-Weiher 2002, S. 145–230, hier S. 191 ff., 201 ff.; Munz/Kleinknecht (wie Anm. 21) S. 81 f., 91 ff.
23 HStAS A 44 U 2876, 2877, 2879–2881.
24 HStAS A 44 U 3208, 2904.
25 Thomas Schulz: Die ehemaligen Lateinschulen im Kreis Ludwigsburg, Ludwigsburg 1995, S. 167 ff.
26 HStAS A 38 Bü 10.
27 HStAS A 281 Bü 314 ff.
28 HStAS A 38 Bü 10.
29 HStAS A 28a M 404.
30 HStAS A 281 Bü 315 f.
31 HStAS A 202 Bü 1006.

32 HStAS A 214 Bü 557.
33 Paul Sauer: Geschichte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Der Kreis Ludwigsburg, Stuttgart 1994, S. 121.
34 LKA A 1 Bd. 7.
35 HStAS A 214 Bü 556.
36 Sauer, Affalterbach (wie Anm. 17) S. 112.
37 HStAS A 209 Bü 1546, 1558.
38 LKA A 1 Bd. 1, 2, 4–6, 8.
39 HStAS A 38 Bü 10.
40 HStAS A 209 Bü 135.
41 HStAS A 209 Bü 1576 f.
42 Karl Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach, Marbach 1923, S. 179.
43 HStAS A 209 Bü 1552; Förstner (wie Anm. 42) S. 214 f.
44 StAM Munz-Aufsatz Nr. 147; Volker Schäfer: Tübinger Teufelspakte, in: Tübinger Universitätszeitung 2, 1977, S. 14–16; Walter Jens: Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik, München 1977, S. 152 ff.
45 HStAS A 209 Bü 625.
46 HStAS A 209 Bü 1587; Förstner (wie Anm. 42) S. 247 ff.
47 Ebd.
48 Albrecht Ritz: Gestalten und Ereignisse aus Beihingen am Neckar, Ludwigsburg 1939, S. 134.
49 Paul Sauer: Geschichte der Stadt Stuttgart, Bd. 2, Stuttgart 1993, S. 291.
50 HStAS A 209 Bü 1564; vgl. Wolfgang Scheffknecht: Scharfrichter. Eine Randgruppe im frühneuzeitlichen Vorarlberg, Konstanz 1995.
51 HStAS A 281 Bü 823.
52 HStAS A 209 Bü 1557.
53 Ebd.
54 HStAS A 302 Bd. 8030.
55 HStAS A 209 Bü 1557.
56 HStAS A 209 Bü 1564.
57 HStAS A 582 Bü 202.
58 HStAS A 209 Bü 1564; Munz/Kleinknecht (wie Anm. 21) S. 185.
59 HStAS A 582 Bü 202.
60 HStAS A 209 Bü 556.
61 HStAS A 209 Bü 1561.
62 HStAS A 302 Bd. 8113 f.
63 HStAS A 209 Bü 1580.
64 Staatsarchiv Ludwigsburg D 75 Bü 147; Munz/Kleinknecht (wie Anm. 21) S. 209.

# Historische Alleen in Ludwigsburg*

von Günther Bergan

Dekan Zilling schreibt 1777 in seinem Ludwigsburger Notabilienbuch: »Zur besonderen Zierde und Verschönerung der Stadt gereichen die breiten und langen Alleen, welche gleich anfangs sowohl innerhalb als außerhalb der Stadt angelegt worden, nachher aber sogar auch bis an die umliegenden Dorfschaften erweitert wurden, so daß die Stadt in der Ferne und bei jedem Anblick einem prächtigen weiten Lustgarten gleicht.«

Bevor im Folgenden auf die einzelnen historischen Alleen Ludwigsburgs näher eingegangen wird, soll kurz vorgestellt werden, wie es zur Anlage des Ludwigsburger Alleennetzes gekommen ist und welche Funktion die Alleen hatten.

## *Die Allee als Symbol herzoglicher Pracht und Macht*

Herzog Carl Eugen übernahm 1744 als Sechzehnjähriger die Regierung. Der Wunsch, seinen Hof zu einem der glänzendsten in Europa zu machen, kannte keine Grenzen. Die engen mittelalterlichen Verhältnisse in Stuttgart waren seiner Prachtentfaltung im Wege, aber in Ludwigsburg, der 2. Residenzstadt des Landes, stand alles zur Verfügung, was für eine prunkvolle Hofhaltung benötigt wurde: ein neu erbautes Schloss und vor allem viel frei verfügbarer Raum sowohl in der Stadt als auch in der näheren Umgebung.

Ludwigsburg sollte nach seinem Willen und seinen Vorstellungen unverzüglich zu einem glanz- und prunkvollen Ort für fürstliche Repräsentation und höfische Vergnügungen ausgebaut werden. Die Macht des Fürsten und die Pracht seines Hofes sollten dabei jeden Besucher mit Neid erfüllen und tief beeindruckt wieder heimkehren lassen. Vor allem moderne, nach zeitgenössischen französischen Vorbildern gestaltete Gartenanlagen und schnurgerade Alleen waren dazu hervorragend geeignet, ebenso wie luxuriös eingerichtete Räume im Schloss oder mit feinem Porzellan aus der eigenen Manufaktur gedeckte Festtafeln.

Vom Stadtgründer Eberhard Ludwig konnte der junge Herzog nur den barocken Nord- bzw. Südgarten, die dominierende, in der Hauptachse des Schlosses gelegene »Dicke Allee«, die heutige Königsallee, mit dem Lustwäldchen auf der Warth, dem Salonwald, sowie die Anlagen um das Favoriteschlösschen übernehmen, was ihm natürlich nicht genügen konnte. Bestehende Anlagen mussten deshalb vergrößert, vor allem aber neue geschaffen werden. Ein neues und aufwendig gestaltetes Alleennetz wurde ohne Rücksicht auf bestehende Besitzverhältnisse oder landschaftliche Begebenheiten bis etwa 1760 innerhalb und außerhalb der Stadt angelegt.

---

* Der folgende Beitrag ist die Zusammenfassung einer umfangreichen Materialsammlung des Stadtarchivs Ludwigsburg, die der Verfasser 1999/2001 im Auftrag des Tiefbau- und Grünflächenamts Ludwigsburg zu den historischen Alleen anfertigte.

Unter den historischen Alleen, die der Herzog anlegen ließ, kann heute zwischen drei Grundtypen unterschieden werden: die Alleen innerhalb der vom Herzog errichteten Stadtmauer, die Chaussee-Alleen zu den Nachbarorten und die Feldalleen.

*Die Alleen innerhalb der Stadt*

Bei der Planung der innerstädtischen Alleen hielten sich die Verantwortlichen streng an das bereits vorhandene, für Ludwigsburg typische, rechtwinklige Rastersystem der Straßen. Die neuen Alleen, die hauptsächlich im Süden des Schlosses in den herrschaftlichen Besitzungen angelegt wurden, verliefen deswegen alle in Nord-Süd- oder in Ost-West-Richtung. Eine Ausnahme bildeten nur die Alleen, welche den bereits zu Eberhard Ludwigs Zeiten angelegten Salonwald umgaben.

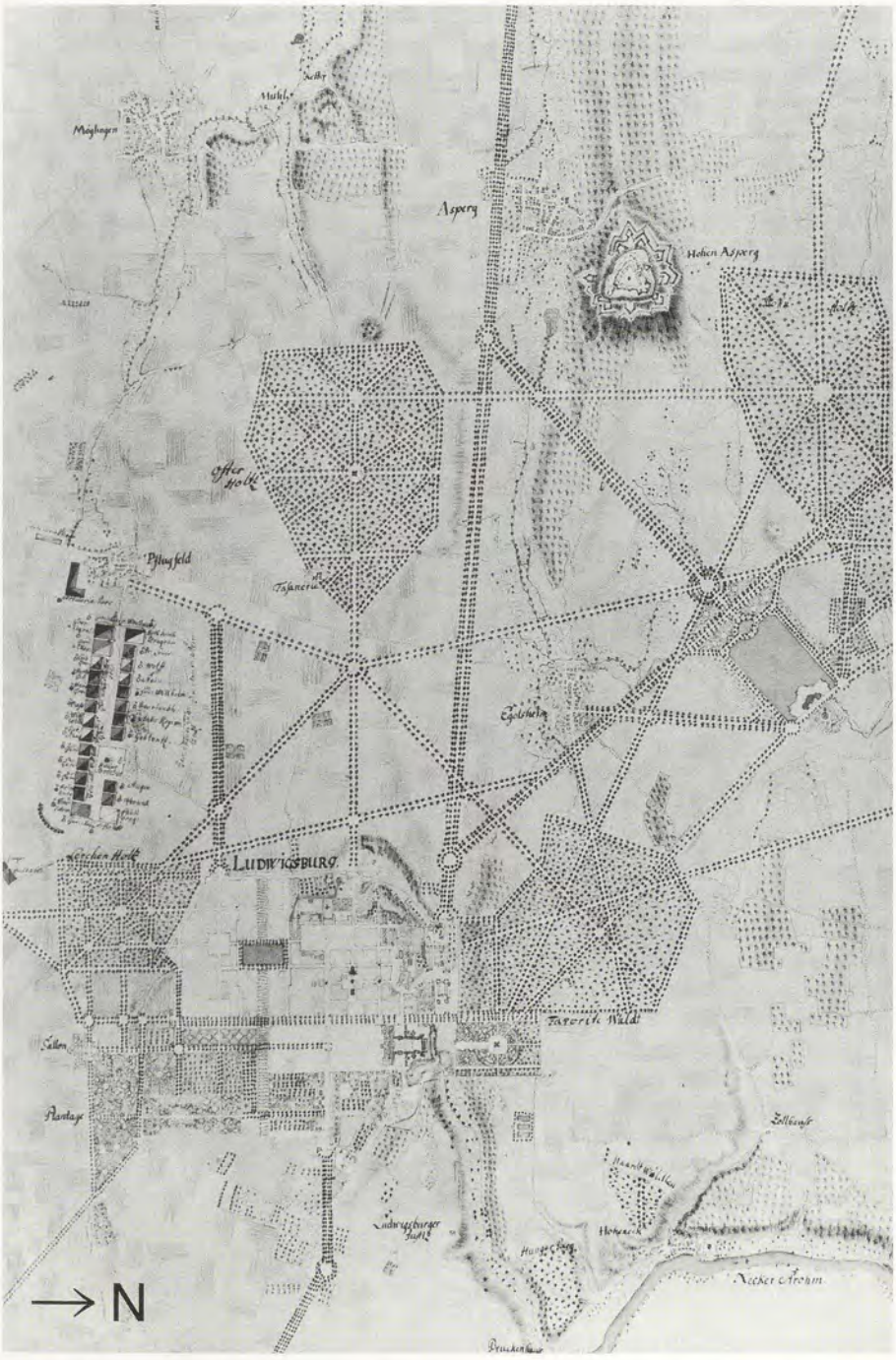
Es fällt auf, dass die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Alleen alle einen eigenen Namen besitzen (Stadtmauer-, Porzellan-, Opern-, Nussbaum-, Dicke-, Vordere Allee), während die Ost-West-Alleen mit Ausnahme der Sechsfachen Allee immer nur als Queralleen bezeichnet werden, was ihre Identifizierung heute oftmals erschwert.

Die Nord-Süd-Alleen innerhalb der Stadt wurden wohl vom Hof benützt und hatten den Charakter von Repräsentationsalleen. Sie führten von den Schlossanlagen zu wichtigen Punkten des höfischen Lebens in der Stadt oder am Stadtrand. So verband die Opernallee zusammen mit der Porzellanallee die östlichen Schlossanlagen beim Opernhaus mit der Porzellanmanufaktur und der großen Menagerie in der Nähe des Aldinger Tors. Die Dicke Allee als die älteste und bedeutendste Allee verband das Schloss mit den Lustanlagen im Salonwald. Die Vordere Allee, eine imposante fünffache Allee, flankierte die Staatsstraße, auf der die von Stuttgart kommenden Besucher zum Schloss gelangten.

Die namenlosen Queralleen dagegen führten alle von der Stuttgarter Straße zur östlichen Stadtmauer. Sie erfüllten eher die Funktion von Zubringeralleen, denn über sie konnten die herrschaftlichen Jägerhofgüter und später die bürgerlichen Gartengrundstücke in den Fasanengärten erreicht und versorgt werden. Zwei weitere Queralleen außerhalb der Stadt verbanden den Salonwald mit der Anlage im Lerchenholz.

Bei den Alleen innerhalb der Stadt handelte es sich in der Regel um einfache Alleen, d. h. ein Alleenweg wurde zu beiden Seiten von je einer Baumreihe flankiert. Die Alleen waren ursprünglich mit Linden bepflanzt. Gräben zu beiden Seiten sorgten für trockene Alleenwege, die mit Kies aufgeschüttet waren. Die Fahralleen (z. B. die Jägerhofallee) waren auf beiden Seiten, außerhalb der Baumreihen, von Fußwegen begleitet. Hainbuchen-Hecken oder hölzerne Schranken begrenzten die Promenadealleen (z. B. die Königsallee) seitlich, während Schlagbäume diese Alleen stirnseitig abschlossen. Auf Hinweisschildern wurden die Vorschriften zur Benutzung der Alleen sowie auch die teils drastischen Strafen bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften angeschlagen, deren Einhaltung livrierte Alleenaufseher überwachten.

Der bekannteste dieser Alleenaufseher ist zweifellos der 1803 nach rund 40 Dienstjahren gestorbene Alleenknecht Friedrich Beutel, der in den Kastanienal-




*Das Ludwigsburger Alleennetz um 1770 (Ausschnitt aus einer Karte von Fischer).*

leen seinen Dienst so eifrig versehen haben muss, dass er der Überlieferung zufolge »Kastanien-Beutel« genannt wurde und damit für den Spitznamen der Ludwigsburger verantwortlich sein soll.

### *Die Chaussee-Alleen außerhalb der Stadt*

In die unter Herzog Carl Eugen angelegte Stadtmauer waren große, von Torhäusern flankierte Stadttore eingebaut, von denen Fahrwege oder Chausseen zu den Nachbarorten Kornwestheim, Pflugfelden, Eglosheim, Oßweil und Aldingen führten. Diese Chausseen waren als vierfache oder sog. doppelte Alleen angelegt, d. h. zu beiden Seiten der Chaussee verlief eine Nebenallee. Eine dieser Nebenalleen wurde für die herrschaftliche Benutzung reserviert und entsprechend aufwendig gewartet, während die andere von Fußgängern benutzt werden konnte. Schlagbäume schlossen die Nebenalleen ab, um widerrechtlichen Missbrauch zu verhindern.

Die Chaussee-Alleen waren ursprünglich ebenfalls mit Linden bepflanzt, mit Ausnahme der Allee nach Aldingen (Hainbuchen). Die Chaussee von Kornwestheim über Ludwigsburg nach Eglosheim genoss als Staatsstraße eine gewisse Vorzugsstellung. Während die Allee nach Aldingen bereits nach 20 Jahren wieder abgeholzt wurde und in den Alleen nach Pflugfelden und Oßweil die Linden schon verhältnismäßig bald durch fruchtbare Obstbäume ersetzt wurden, blieben die Linden an der Staatsstraße trotz der Forderungen der Anlieger, auch sie durch Obstbäume zu ersetzen, bis in unsere Zeit erhalten.

### *Die Feldalleen*

Die Feldalleen sollten den Herzog oder die Hofgesellschaft auf dem schnellsten und angenehmsten Weg zu wichtigen Punkten oder Orten des höfischen Lebens außerhalb der Stadt führen. Das war auch der Grund, warum die Feldalleen, mit dem Lineal geplant, schnurgerade über das freie Feld verliefen. Unter anderem führten sie von der Stadt aus zu den beiden Lustschlössern Monrepos und Solitude oder sie verbanden die einzelnen Lustwäldchen Salonwald, Lerchenholz, Osterholz und Favorite untereinander.

Die Feldalleen waren somit an einzelne Objekte gebunden und verschwanden deshalb oft genauso schnell wie sie entstanden waren, wenn das herzogliche Interesse an dem Ort, der über sie schnell zu erreichen sein sollte, erloschen war. Die wichtigste und längste Feldallee, die Allee zum Schloss Solitude, hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, während die Alleen zum Bonholz bei Asperg zusammen mit der Rodung dieses kleinen Wäldchens auch ausgehauen wurden.

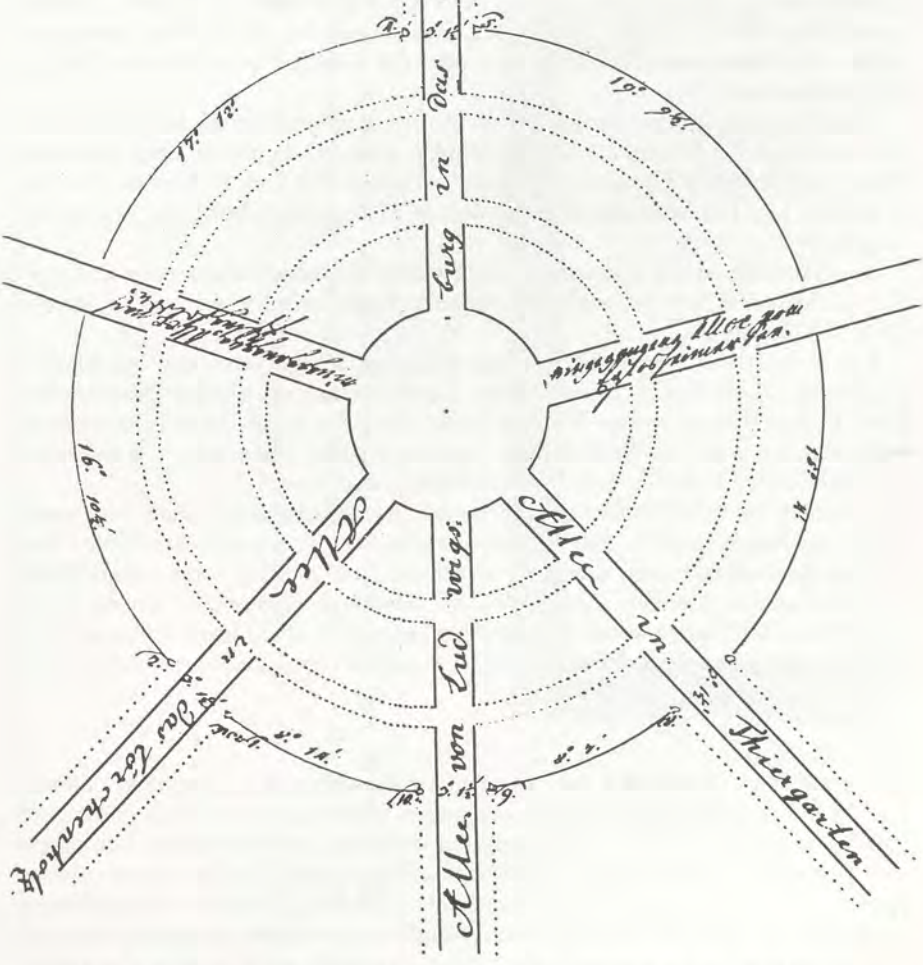
### *Das Alleennetz*

Die Alleen innerhalb der Stadt waren mit den Chaussee-Alleen und den Feldalleen zu einem in sich geschlossenen Netzwerk verbunden. Aus der Zeit von Herzog Carl Eugen lassen sich heute etwa 40 historische Alleen nachweisen, die in enge-

rem räumlichen Zusammenhang mit der Residenzstadt Ludwigsburg standen. Bis auf einige wenige Alleen, die vollständig verschwanden, sind alle anderen historischen Alleen auch heute noch im Ludwigsburger Straßenbild erkennbar, manchmal allerdings nicht mehr in der historischen Länge oder aber ausgebaut zu einer Hauptdurchgangsstraße.

In dieses Netzwerk integriert waren auch die Wege- und Alleenanlagen im Salonwald, im Lerchen- und im Osterholz sowie im Favoritewald.

Die Ausrichtung nach dem rechtwinkligen Raster des Stadtplans konnte bei den Feldalleen logischerweise gar nicht, bei den Chausee-Alleen nur noch vereinzelt eingehalten werden. Die Wege- und Alleenanlagen im Lerchen- und im Osterholz waren exakt nach dem Raster ausgerichtet, aber dessen strenge Form durch die lockerten Einführung der Diagonale als Winkelhalbierende auf.




*Der Gänsfuß in der Osterholzallee 1803, Knotenpunkt von sechs Alleen.*

So genannte Rondelle, die Vorläufer unseres heutigen Kreisverkehrs, bildeten die Kreuzungen bzw. Verbindungen mehrerer Alleen und in einigen Fällen auch die Endpunkte der Alleen vor den Stadttoren. Dominierendes Rondell des Alleennetzes im Westen der Stadt war der »Gänsfuß«, in dem ursprünglich einmal sechs Alleen miteinander verbunden waren.

### *Die Bepflanzung der Alleen*

*Erstbepflanzung*

Die Erstbepflanzung der Alleen unter Eberhard Ludwig und Carl Eugen erfolgte in aller Regel mit Linden. Ausnahmen bildeten die Allee nach Aldingen, die von Anfang an mit Hainbuchen, sowie die Osterholzallee und die Solitudeallee, die mit Obstbäumen angelegt wurden.

Ausgesetzt wurden kleine Linden, etwa 4,5 Meter hoch, und große Linden, etwa 8 Meter hoch. Kleine Hainbuchen dagegen wurden für Hecken verwendet, welche die Alleen seitlich abschlossen, oder für Boskette innerhalb der Garten- und Parkanlagen.

In einfachen Alleen schwankte, je nach Allee, der Setzabstand der Bäume zwischen 5,2 und 7,5 Metern (18 und 26 Schuh), während die Breite einer einfachen Allee, von Stamm zu Stamm gemessen, zwischen 7,5 und 12 Metern (26 und 42 Schuh) lag. Die breiteste Allee mit fast 14 Metern (48 Schuh) war und ist die Königsallee.

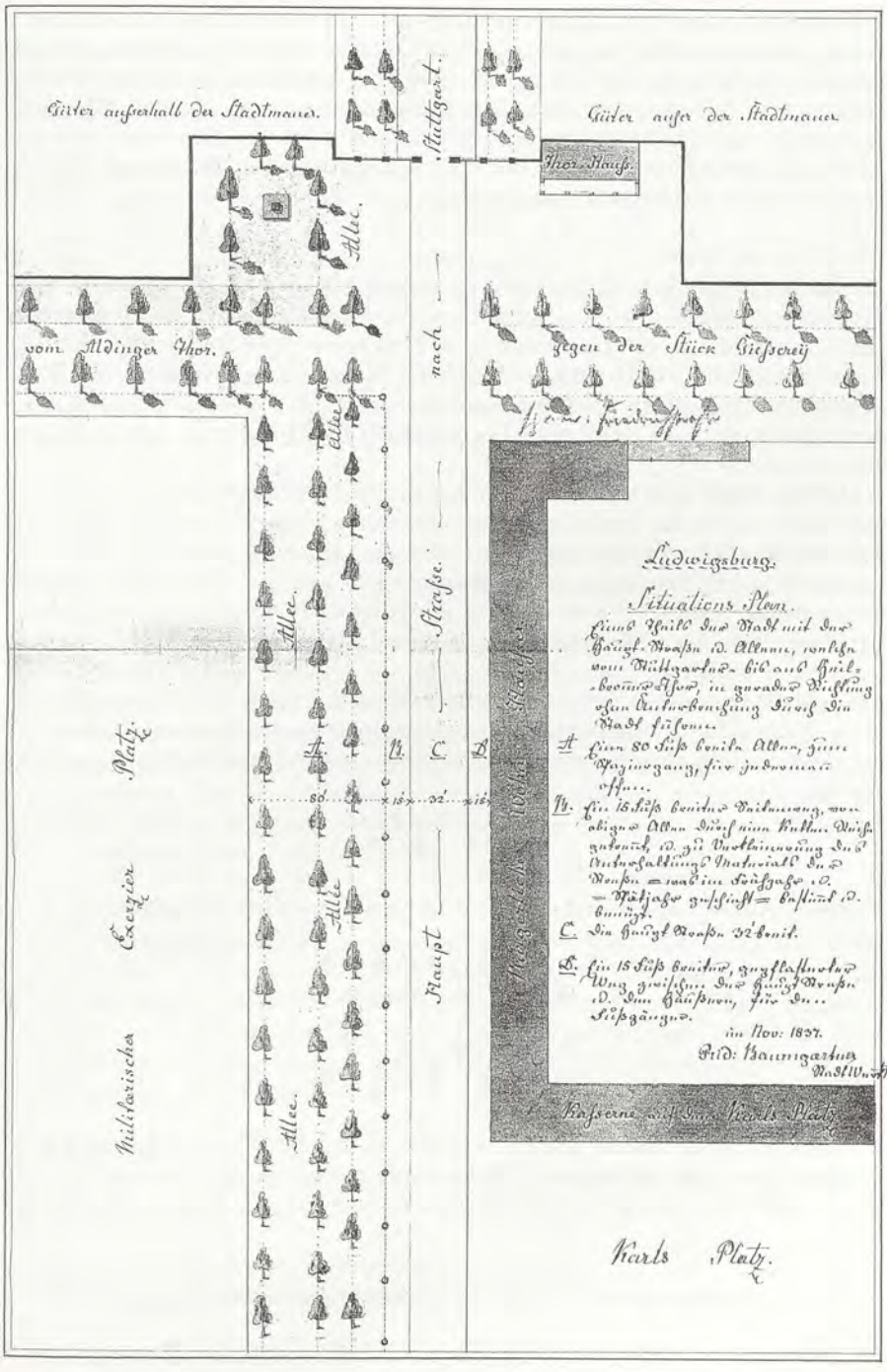
Die Nebenalleen der doppelten Alleen waren wesentlich enger gesetzt: Ungefähr 4,3 Meter (15 Schuh) Setzabstand bei einer Breite zwischen 4,3 und 5,7 Metern (15 und 20 Schuh).

Zur Gesamtbreite einer Allee wurde noch ein Schattenmaß von 3,5 Metern (12 Schuh) auf jeder Seite dazugerechnet. Das Schattenmaß, ein eher theoretischer Wert für den Bereich an den Rändern einer Allee, der durch deren Schattenwurf betroffen war, gehörte ebenfalls zum herrschaftlichen Alleenbesitz, wurde aber den Anrainern zur kostenlosen Bewirtschaftung überlassen.

Vor allem bei den Feldalleen gab es immer wieder Unzufriedenheit und Streit wegen des Schattenmaßes. Die Bauern sahen durch den Schatten der Bäume ihre Erträge gemindert, hatten aber ihrerseits außer Beschwerden keine Möglichkeit, an den fremden Bäumen irgendetwas zu verändern. Bestenfalls wurde ihnen erlaubt, das im Herbst abfallende Laub unentgeltlich als Dünger zu verwenden bzw. schattenverträgliche Pflanzen ohne besondere Genehmigungen in der Nähe der Alleen zu setzen.

*Nachpflanzung*

Die Alleen waren dauernden Veränderungen unterworfen. Bäume gingen ein, weil sie in der Eile schlecht oder auf ungeeigneten Böden gesetzt worden waren, sie wurden falsch gestutzt und verkümmerten deshalb oder wurden von Baumfrevlern mutwillig beschädigt und waren deshalb unansehnlich. Der Ersatz dieser abgegangenen Bäume gestaltete sich oft recht schwierig. Zu kleine neugepflanzte Bäume wurden infolge der engen Setzabstände meistens von den großen Bäumen erstickt, und bei ungeeigneten Böden gediehen auch die nachgesetzten Exemplare nicht, solange sie von derselben Sorte waren.




*Situationsplan der Stuttgarter Straße am Stuttgarter Torhaus, 1837.*

Nachpflanzungen und Ausbesserungen mit widerstandsfähigeren oder auch gerade vorhandenen Sorten waren deshalb üblich. Es wurde auch bunt gemischt. Besonders beliebt waren wilde Birnen, aber auch Kastanien (Stuttgarter Straße), Hainbuchen, Silberpappeln (Seeschlossallee), Ahorn, sogar Akazien (Mömpelgardstraße) und Maulbeerbäume sind verwendet worden. Ein Kuriosum unter den Ludwigsburger Alleen ist sicher die Allee in der Fasanenstraße, die seit 1817 als Nussbaumallee nachgewiesen werden kann.

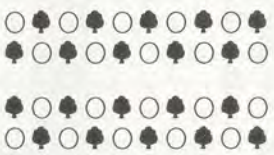
*Die Pflege der Alleen*

Die baumpflegerischen Maßnahmen, die an den Alleebäumen durchgeführt wurden, beschränkten sich auf das Ausputzen, Ausästen, Auslichten und Einstutzen. Vom Zuschneiden in eine bestimmte Form ist in keiner der bekannten Quellen die Rede. Bestenfalls wurde gefordert, dass die Kronen in eine ordentliche Form gebracht werden sollen. Im Zusammenhang mit der Königsallee findet sich 1842 der Hinweis, dass auf eine Baumhöhe von ca. 17 bis 22 Meter zurückgeschnitten werden soll.

Hauptproblem aller Ludwigsburger Alleen war der geringe Abstand der Bäume innerhalb einer Reihe. Besonders bei der vierfachen Lindenallee an der (Vorderen) Schlossstraße führte dies zu Schwierigkeiten, weil bei dieser Allee alle vier Baumreihen ohne Mittelchaussee nebeneinander lagen und der Abstand der Bäume untereinander nur ca. 4,3 Meter betrug. Als Folge davon schossen die beiden Mittelreihen als Stangenwald nach oben, während die beiden Außenreihen normal ausgebildet waren.

Als Maßnahme gegen den zu engen Baumstand von einfachen Alleen wurde ein Durchforsten der Alleen durchgeführt, wobei jeder zweite Baum im Wechsel mit der gegenüberliegenden Seite nach der so genannte Kleeblattmethode ausgestockt wurde:

Doppelte Alleen wurden nach dem Schema eines Schachbretts durchforstet:



Die Durchführung solcher Maßnahmen rief bei der Bevölkerung immer wieder Proteste hervor und veranlasste 1839 den Stadtrat, der ebenfalls um die Alleen als Zierde von Ludwigsburg besorgt war, sogar zu einer Eingabe direkt an den König.

*Kurzinformationen zu den historischen Alleen in Ludwigsburg*

Im Folgenden sind die historischen Alleen von Ludwigsburg in einer stichwortartigen Beschreibung zusammengestellt. Dabei bedeuten die in Klammern gestellten Namen früher gebräuchliche Namensvarianten.

Da die verschiedenen alten Bezeichnungen der Alleen mit den heute gebräuchlichen Straßennamen meist nicht mehr übereinstimmen, soll eine als Anhang beigefügte Konkordanzliste die Beziehung zwischen den historischen Alleennamen und den heutigen amtlichen Straßennamen herstellen.

*1. Allee Favorite-Bonholz* (abgegangen)
1749/50 angelegt. 1819/20 ausgehauen und verkauft.

*2. Allee Favorite-Neckarweihingen* (abgegangen)
1760 angelegte Lindenallee durch Weinberge auf Hohenecker Gemarkung. Ab 1770 Ersatz durch Obstbäume.

*3. Alleen um den Feuersee* (abgegangen)
Seebegrenzung durch Solitudestraße, Seestraße, Mathildenstraße, Karlstraße. Zwischen 1750 und 1760 angelegt, zusammen mit einer Verbindungsallee ins Lerchenholz.

*4. Aldinger Straße*
1752 über Oßweiler, Kornwestheimer und Aldinger Gemarkung außerhalb des Aldinger Tores nach Aldingen angelegte Hainbuchenallee. Zwischen 1776 und 1783 wieder ausgehauen.

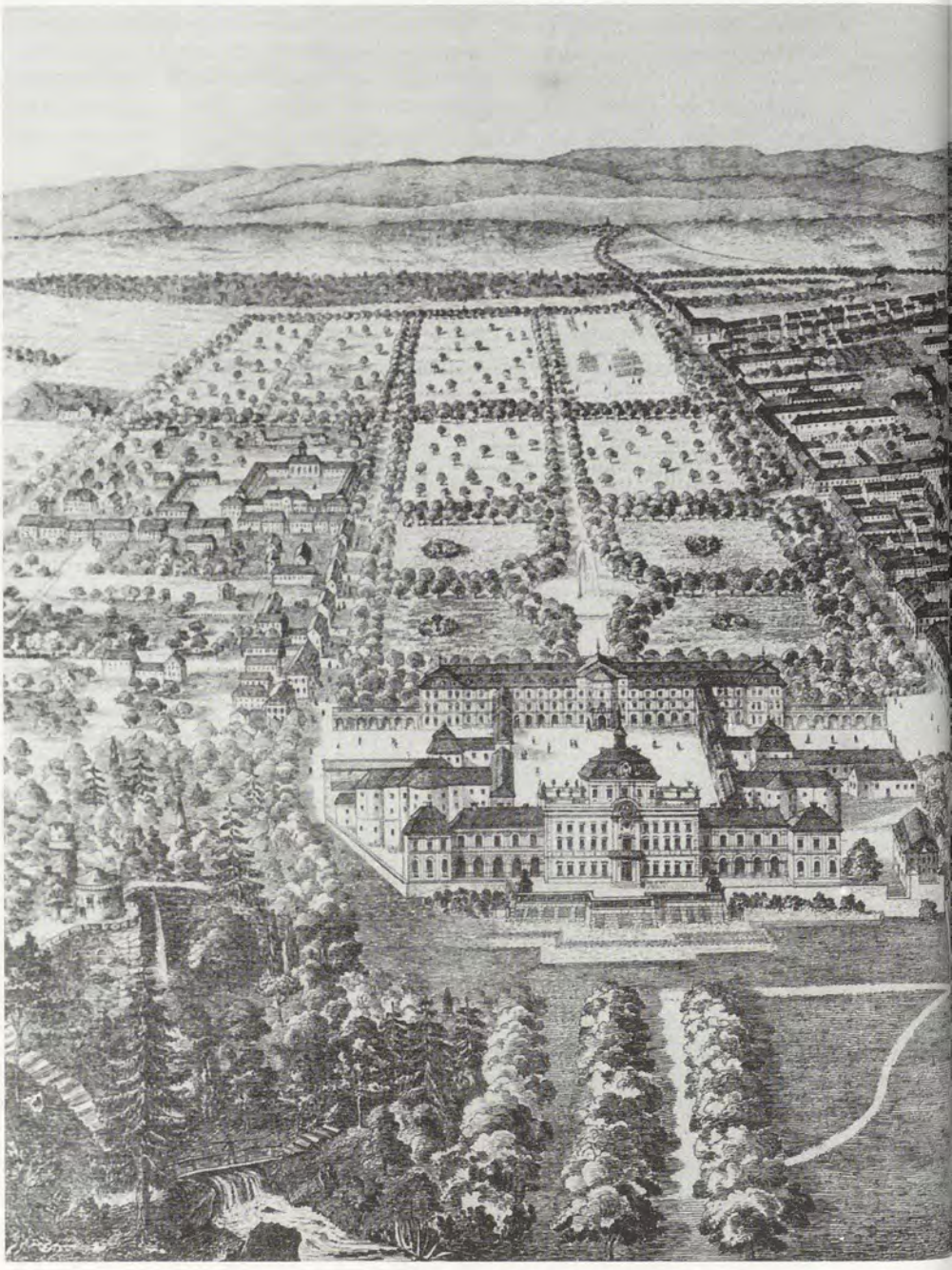
*5. Alt-Württemberg-Allee* (Allee Nr. 4, Porzellanallee, Salonstraße)
1760 angelegte Lindenallee. Unterbrochen durch den Jägerhof. 1821 Abbruch des Jägerhofs und Nachpflanzung der Allee in diesem Bereich. Die Verlängerung der Allee in südliche Richtung durchschneidet den Salonwald und trennt dort die alte von der neuen Plantage. Die Verlängerung in nördlicher Richtung endet am Opernhaus in den östlichen Schlossgartenanlagen (siehe Nr. 25, Mühlstraße). Breite 36 Schuh, Baumabstand 26 Schuh.

*6. Asperger Straße*
1749/50 ursprünglich in Verlängerung der Ost-West-Achse der Stadtkirche angelegte, bis zum großen Stern im Osterholz durchgehende Obstbaumallee. 1760 durch den Bau der Stadtmauer unterbrochen, seither Allee innerhalb der Stadt. Um 1800 als Lindenallee nachgewiesen. 1817 sind die meisten Linden der Allee innerhalb der Stadt eingegangen. 1841/42 Pflanzung einer Obstbaumallee geplant. (Siehe auch Nr. 26, Osterholzallee)

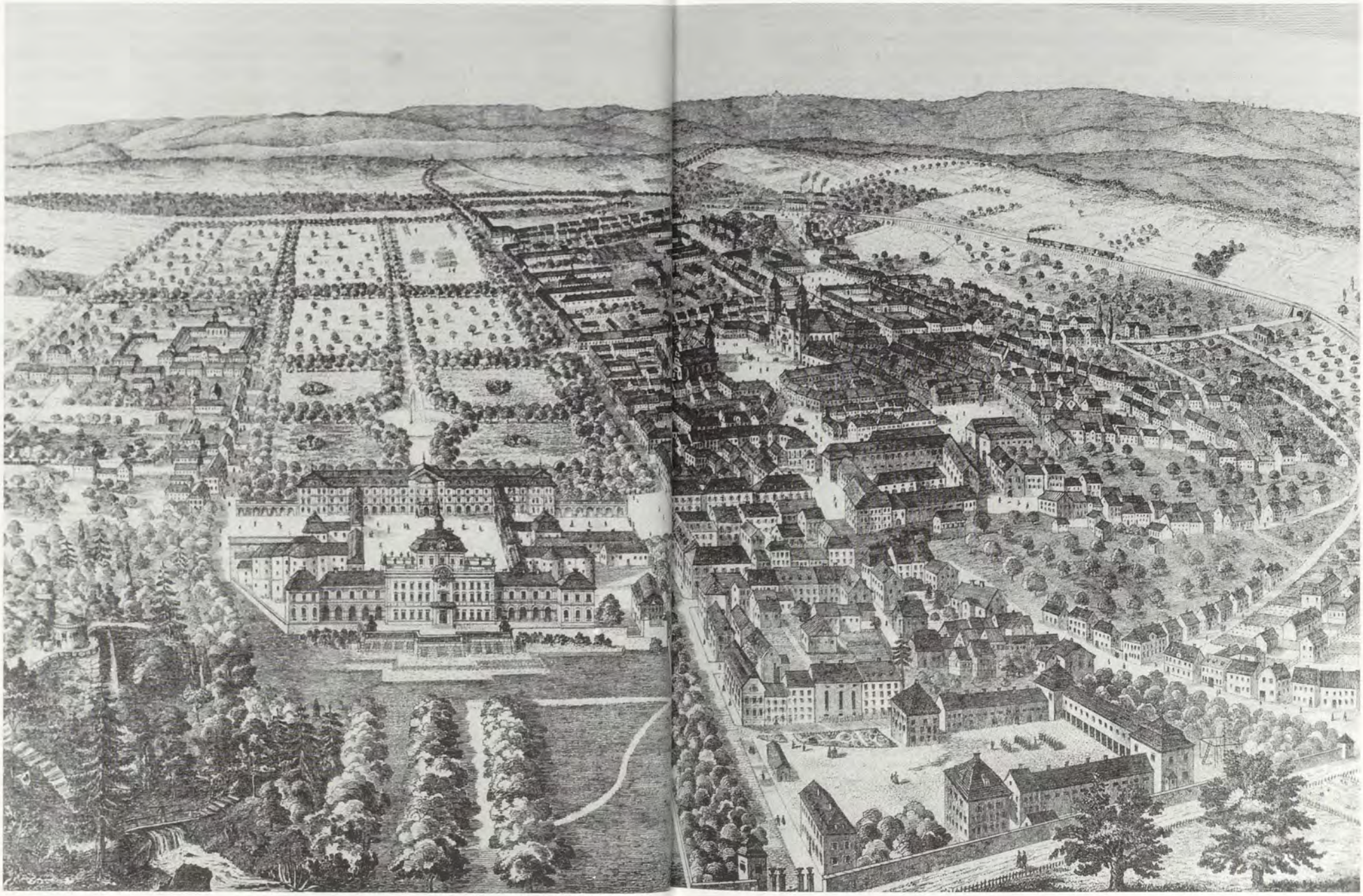
*7. Eugenstraße*
Lindenallee ohne eigenen historischen Namen. Westliche Begrenzung der ehemaligen Jägerhofgüter.

*8. Fasanenstraße* (Allee Nr. 8, Nussbaumallee, Allee an der Waisenhausmauer)
Östliche Begrenzung der Bärenwiese. Bereits 1817 mit Nussbäumen bepflanzt.

*9. Friedrich-Ebert-Straße* (Allee Nr. 7, Querallee vom großen See gegen die Stadtmauer, sechsfache Allee, Spinnhausallee, Alleenstraße)
Ab 1758 als sechsfache Lindenallee zunächst vom Feuersee bis zur Stuttgarter



*Ludwigsburg aus der Vogelschau, um 1860.*



*Ludwigsburg aus der Vogelschau, um 1860.*

Straße angelegt. Um 1780 bis zur östlichen Stadtmauer verlängert. Vor 1814 Umwandlung des Abschnitts vom Feuersee bis zur Stuttgarter Straße in einen privaten Garten (Pommerscher Garten). 1817 wird der Alleenteil östlich der Königsallee in den kleinen Exerzierplatz einbezogen. Ein weiterer Teil wird bis 1820 von Pionieren als Schanzplatz verwendet. Ab 1820 existiert nur noch das Teilstück von der Stuttgarter Straße bis zur Königsallee als sechsfache Allee. Abstand der Baumreihen 28 Schuh, Baumabstand 22 Schuh.

*10. Friedrichstraße, östlich der Stuttgarter Straße* (Allee Nr. 6, Allee oberhalb des Exerzierplatzes, Querallee unterhalb des Salontors, Allee vom Stuttgarter Tor gegen die Stadtmauer)
Nach 1750 angelegte Lindenallee durch den Jägerhof bis zur östlichen Stadtmauer.

*Die westliche Friedrichstraße um 1910.*

*11. Friedrichstraße, westlich der Stuttgarter Straße* (Allee Nr. 9, Ezdorfsche Allee, Gießhausallee)
Um 1750 als Verbindung zwischen dem Stuttgarter Tor und dem Lerchenholztor angelegte Lindenallee. Der nach Südwesten abknickende Alleenteil bildet eine der beiden Hauptdiagonalen des Lerchenholzes. Nach Rodung des Lerchenholzes (ab 1777) führt die Allee nur noch bis zur Stückgießerei an der Ecke der heutigen Richard-Wagner-Straße und Gießhausstraße. Breite 40 Schuh, Baumabstand 20 Schuh.

*12. Gänsfuß-Rondell* (Gänsfuß-Remise)
Einmündung von Gänsfuß- und Talallee in die Osterholzallee. Gänsfuß- und

Talallee treffen unter jeweils 45 Grad auf die Osterholzallee als durchgehende Ost-West-Achse und bilden zusammen eine sog. »Patte d'oie«, einen Gänsfuß. 1750 mit zwei kreisförmigen Linden-Reihen angelegt. 1762 um eine Obstbaumallee nach Pflugfelden und eine weitere Allee zum Seegut Monrepos vergrößert. 1774 Fällung dieser beiden Alleen.

*13. Gänsfußallee/Siegesstraße* (Allee Nr. 12, Allee vom Gänsfuß-Rondell zur Pflugfelder Straße, Talackerallee, Lerchenholzallee)
Um 1750 als Lindenallee angelegte Feldallee. Verbindung zwischen dem Lerchenholz und dem Osterholz. Eine der beiden Hauptdiagonalen der Wegeanlage im Lerchenholz. Bildet zusammen mit der Osterholzallee und der Talallee einen Gänsfuß. Durchschneidet das rechtwinklige Ludwigsburger Straßenraster unter 45 Grad. Breite 26 Schuh, Baumabstand 22 Schuh.

*14. »Grüne Bettlade«*
Garten-Salon oder »Grand cabinet de verdure«. Abschluss der Königsallee auf der Höhe des Salonwaldes. Erste Anlage als »Point de vue« ab 1707 zusammen mit der Königsallee. Ab 1749 Neugestaltung. Ein Rechteck aus Hainbuchen-Hecken (etwa 33 × 44 m) ist als lebende grüne Wand mit Fenstern und Türen zugestutzt. Es umschließt ein niedriges Hecken-Rechteck (etwa 10 × 22 m) mit einem hölzernen Pavillon, einem sog. Schirm. Die zwei inneren Rechtecke werden von einem dritten Rechteck (etwa 75 × 100 m) umgeben, der Zwischenraum ist mit Bäumen in regelmäßigen Abständen nach dem Schema eines Schachbretts bepflanzt. Instandsetzung der Anlage unter König Friedrich. 1822 Abbruch des Pavillons.

*15. Hartensteinallee/Elmar-Doch-Straße* (Untere Querallee, 1. Querallee, Allee von der Plantage in das Lerchenholz, Kurze Allee)
Ab 1753 über die ehem. Seidenäcker angelegte Querallee vom Salonwald ins Lerchenholz (Linden und Kastanien). Zusammen mit der Oberen Querallee, der Königinallee, Teil der Wegeanlage im Lerchenholz. Endet ab 1777, nach der Rodung des Lerchenholzes, an der Solitudeallee. Teilstück westlich der Stuttgarter Straße 1830 ausgehauen. Gebiet westlich der Bahnanlagen heute überbaut. Breite 29 Schuh, Baumabstand 19 Schuh.

*16. Heilbronner Straße* (Allee Nr. 13, Allee nach Eglosheim)
1759 entlang der Straße nach Eglosheim angelegte Chaussee-Allee. Doppelte Lindenallee. 1836/37 werden die Linden der südlichen Baumreihe ausgehauen und durch Birnen ersetzt. Breite jeder Nebenallee 15 Schuh, Abstand der Bäume 15 Schuh.

*17. Hindenburgstraße* (Leonberger Straße)
Querallee unterhalb der Friedrichstraße. 1759 als Lindenallee von der Königsallee aus in östlicher Richtung bis zur Stadtmauer angelegt. 1895 Verlängerung nach Westen quer durch den kleinen Exerzierplatz bis zur Stuttgarter Straße als Fortsetzung der Leonberger Straße.

*18. Jägerhofallee* (Allee Nr. 5, Stadtmauerallee)
1758 entlang der östlichen Stadtmauer angelegte Lindenallee. Kürzeste Verbin-

dung zwischen dem Schorndorfer und dem Aldinger Tor. Teile der Allee im Bereich der Jägerhof-Kaserne dienen bis 1914 als Galoppierbahn. Breite 26 Schuh, Baumabstand 22 Schuh.

*19. Königinallee/Erich-Schmid-Straße/Köhlstraße* (Obere Querallee, 2. Querallee, Allee vom Salon ins Lerchenholz)
Ab 1753 über die ehem. Seidenäcker angelegte Querallee vom Salonwald ins Lerchenholz. Lindenallee. Zusammen mit der Unteren Querallee, der Hartensteinallee, Teil der Wegeanlage im Lerchenholz und gleichzeitig südliche Begrenzung des Salonwalds. Endet ab 1777, nach der Rodung des Lerchenholzes, an der Solitudeallee. Teilstück westlich der Stuttgarter Straße 1830 ausgehauen.

*20. Königsallee* (Allee Nr. 2, Dicke Allee, Große Allee, Hauptallee, Mittlere Allee, Allee zum Salon, Königstraße)
Ab 1707 unter Eberhard Ludwig zusammen mit den südlichen Gartenanlagen und dem Salonwald angelegte Lindenallee. Vom Südgarten bis zum Salontor und darüber hinaus bis zur »Grünen Bettlade« als Endpunkt. Als Verlängerung der Schlossachse nach Süden die zentrale und damit bedeutendste Allee Ludwigsburgs. Mit flankierenden Hainbuchenhecken und Gräben, Zäunen und Schlagbäumen abgeschlossene Promenadenallee. Ausgestattet mit hölzernen Bänken, Taxisbäumchen in Kübeln, Zierbögen und Bahnen für Boule-Spiele. Breite 48 Schuh, Baumabstand 22 Schuh.

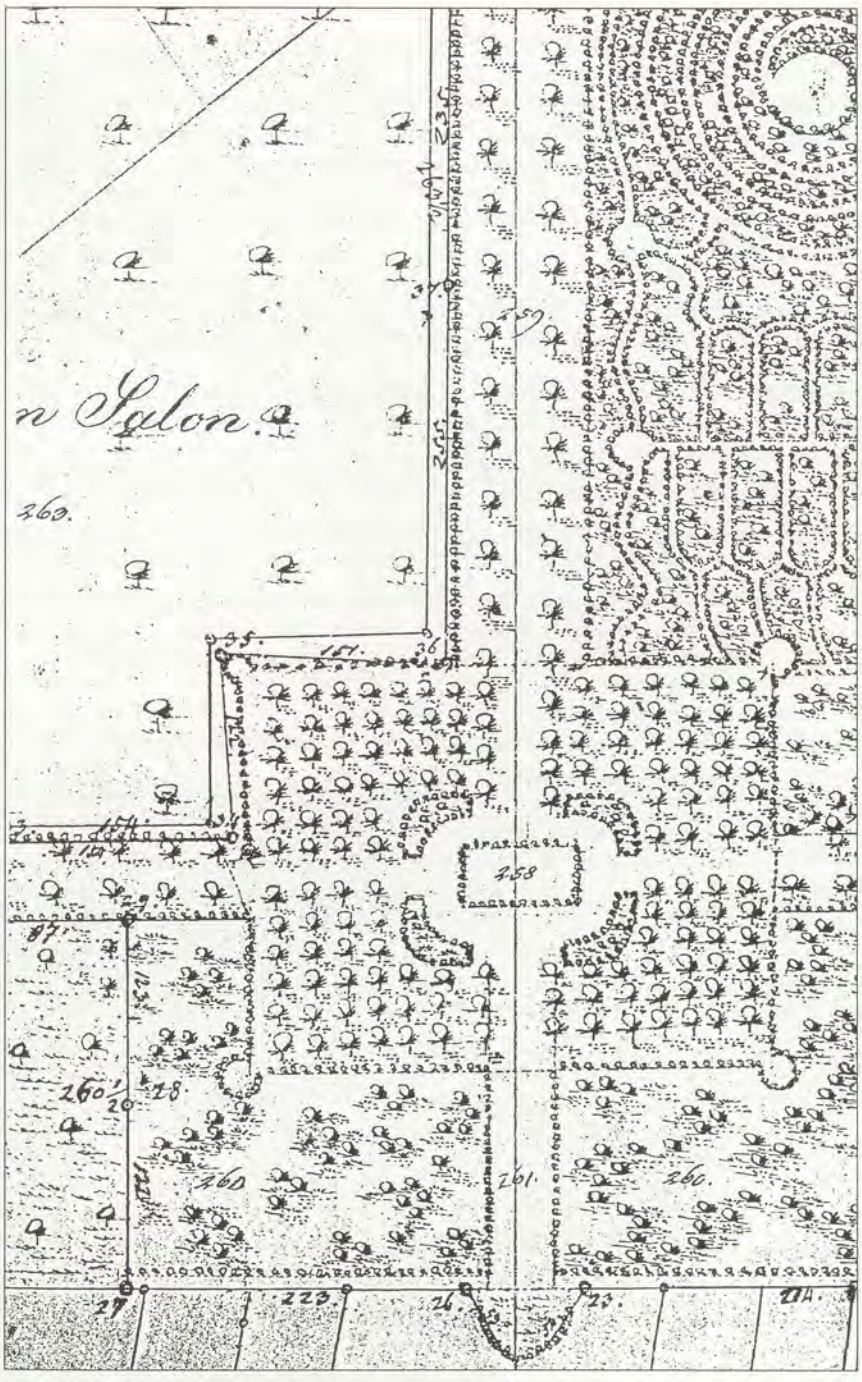
*21. Lindenstraße/Kaffeeberg* (Metzgerstraße)
Eine der unter Eberhard Ludwig im Stadtinnern angelegten Lindenalleen. 1731 wie alle anderen innerstädtischen Alleen ausgehauen.

*22. Martin-Luther-Straße/Kurfürstenstraße* (Allee vom Lerchenholz zur Eglosheimer Straße, Allee »In der alten Besigheimer Landstraße bis zur neuen Ludwigsburger Straße«, Militärstraße bis Eglosheim, Franzosenstraße)
Die Allee folgt dem historischen Wegeverlauf von Kornwestheim nach Eglosheim. 1759 ausgesetzte Lindenallee, 1805 zu einer Militärstraße ausgebaut, um durchziehende französische Truppen an Ludwigsburg vorbeiführen zu können.

*23. Mömpelgardstraße* (Hintere Schlossstraße)
Nur von der äußeren Wirkung her eine Allee, denn die Bäume der Kastanienallee stehen im Schlossgarten. 1823 befindet sich zwischen Schlossgarten und Straße eine Akazienallee.

*24. Monreposstraße*
Doppelte Allee von Eglosheim zum Seegut Monrepos. Ab 1754 angelegt. Bis zum Rondell am See gleichzeitig auch Fahrweg nach Heutingsheim. Die Seitenalleen sind mit Obstbäumen, zwischenzeitlich mit Linden bepflanzt.

*25. Mühlstraße* (Opernallee, Handzwehlallee)
1822 als Obstbaumallee erwähnt, führt als nördliche Verlängerung der Alt-Württemberg-Allee zum Opernhaus in den östlichen Schlossgartenanlagen.




*Die »Grüne Bettlade« als Endpunkt der Königsallee (Auschnitt aus der Flurkarte von 1831).*

*26. Osterholzallee/Asperger Straße* (Allee zum Osterholz)
1749/50 in Verlängerung der Ost-West-Achse der Stadtkirche als Obstbaumallee angelegte Feldallee. Durchschneidet das Gänsfuß-Rondell und endet am großen Stern im Osterholz. 1760 durch den Bau der Stadtmauer unterbrochen. Um 1800 Lindenallee. 1823 Versuch, den steilen Osterholzberg außerhalb des Tores durch Aufschüttungen abzuflachen, Obstbaumpflanzung in diesem Abschnitt. Ab 1840 in der restlichen Allee die Linden durch Obstbäume ersetzt. (Siehe auch Nr. 6, Asperger Straße)

*27. Robert-Franck-Allee, östlich der Königsallee* (Allee Nr. 3, Allee gegen das Aldinger Tor, Allee vom Aldinger Tor an der oberen Stadtmauer gegen das Salontor, Aldinger Straße)
Ursprünglich als Querallee an der Nordseite des Salons vom Aldinger Tor bis zur Stuttgarter Straße angelegt. Im Stadtplan von Leger (1726) angedeutet. Durch den Bau der Stadtmauer an der Königsallee beim Salontor vom westlichen Teil abgetrennt (siehe auch Nr. 28). Lindenallee. Breite 42 Schuh, Baumabstand 24 Schuh.

*28. Robert-Franck-Allee, westlich der Königsallee* (Allee Nr. 11, Querallee gegen das Salontor)
Durch den Bau der Stadtmauer abgeschnittener, durchgangsloser Rest der Allee zum Aldinger Tor zwischen Stuttgarter Straße und Königsallee (siehe auch Nr. 27). 1817 Kastanienallee, 1832 Lindenallee, 1839 Ersatz durch Obstbäume.

*29. Rosenstraße* (Ochsenallee)
Querallee von der Mömpelgardstraße in Richtung der ehemaligen Meierei. Kastanienallee. Breite 26 Schuh, Baumabstand 18 Schuh.

*30. Salonwald* (Alte Plantage, neue Plantage, auf der Warth)
Von Alleen umgebene bzw. durchzogene Boskett-Anlage auf einer Anhöhe im Süden von Ludwigsburg, größtenteils auf Kornwestheimer Gemarkung. Königsallee als westliche Begrenzung und gleichzeitig Verbindung zu den Schlossanlagen mit der »Grünen Bettlade« als Endpunkt. Robert-Franck-Allee als nördliche, Aldinger Straße als östliche und Königinallee als südliche Begrenzung. Verbindung mit dem Lerchenholz durch zwei Queralleen. Alte Plantage zwischen Königsallee und Verlängerung der Alt-Württemberg-Allee unter Eberhard Ludwig angelegt. Ab 1749 Erweiterung nach Osten, sog. neue Plantage, und Anlage der unterschiedlichen Boskett-Räume (Labyrinth, Heckentheater, Eremitage usw.). Systematische Aufforstung nach dem Tod von Königin Mathilde. 1907 Eingemeindung nach Ludwigsburg.

*31. Schorndorfer Straße*
Beginn der historischen Schorndorfer Straße an der Fasanenstraße. Im Stadtplan von Leger (1726) als Allee eingetragen, spätere Stadtpläne zeigen die Straße ohne Baumbestand. 1838 wird eine einfache Kastanienbaumreihe zwischen Schlossgarten und Bärenwiese auf der Seite der Bärenwiese erwähnt.

*32. Schorndorfer Straße/Friesenstraße* (Allee Nr. 14 – südlich der Straße, Allee Nr. 15 – nördlich der Straße, Allee von Ludwigsburg nach Oßweil, Oßweiler Allee)

Zusammen mit dem Bau der Stadtmauer 1759/60 außerhalb des Schorndorfer Tors angelegte Chaussee-Allee. 1. Abschnitt vom Schorndorfer Tor bis zum Rondell bei der Brucknerstraße als doppelte Lindenallee, 2. Abschnitt bis Oßweil als einfache Lindenallee. 1769 Umpflanzung zu einer Obstbaumallee. Ab 1843 an Anrainer verkauft und schrittweise ausgehauen. 1864/65 Erweiterung des alten Friedhofs bis zur Straße.

*33. Schwieberdinger Straße/Franckstraße* (Allee vom Leonberger Tor nach Pflugfelden, Pflugfelder Allee, Leonberger Straße)
Zusammen mit dem Bau der Stadtmauer 1760 außerhalb des Leonberger Tors angelegte Chaussee-Allee. Doppelte Lindenallee. 1769 Umpflanzung zu einer Obstbaumallee. 1841/42 Pflanzung einer Obstbaumallee auch innerhalb der Stadtmauer in Verlängerung der bereits bestehenden Allee geplant.

*34. Seeschlossallee* (Allee von der Favorite zum Seehaus)
1754 angelegte doppelte Allee zu beiden Seiten einer 30 Schuh breiten Straße. 1774 ausgehauen. Im Zuge der Restaurierung von Monrepos unter König Friedrich wieder angelegt. 1820 Akazien- und Pappelallee. 1913 Ersatz der Pappeln durch Ahorn.

*35. Solitudeallee*
1763/64 als Obstbaumallee angelegte schnurgerade Feldallee. Verpachtung des Baumbestands. September/Oktober 1820 Vermessung der Allee zwischen Schloss Solitude und Ortseingang Ludwigsburg als Grundlage der württembergischen

*Pferdemarkt in der Allee neben der Stuttgarter Straße, 1937.*

# Rettet die Allee!

Das einmalige städtebauliche Bild von Schloß und Allee ist in Gefahr!

Es soll durch einen neuzeitlichen Ingenieurbau verändert werden, ganze Baumreihen sollen fallen! Bürger aller Altersklassen und Berufe sind darüber bestürzt. Sie wenden sich wie wir mit Nachdruck gegen den Bau einer technisch vielleicht interessanten, sicher aber auffallenden Verkehrsschlucht in unmittelbarer Nachbarschaft des Schlosses.

Die nötige Erleichterung am Stern wird durch die Ableitung des Durchgangsverkehrs besser geschaffen als durch die Verkehrsschlucht. Der geplante Ausbau würde zudem weiteren Durchgangsverkehr anziehen. Denkt dabei an den Ausbau der oberen Stuttgarter Straße! Die Grünflächen unserer Stadt dürfen nicht mehr verkleinert werden.

Mitbürger, denkt an die Folgen der geplanten Maßnahmen und macht von Eurem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch! Tragt Euch ein in die aufgelegten und herumgereichten Listen und bekennt Euch damit dazu, daß das einmalige städtebauliche Bild von Schloß und Allee erhalten bleibt.

**Im Auftrage eines Arbeitskreises Ludwigsburger Bürger:**

**Prof. Dr. Oskar Paret**
Vorsitzender des
Historischen Vereins

**Theodor Behle**
Vertrauensmann des
Schwäbischen Albvereins

**J. Aigner**
Buchhändler

**Dr. Rudolf Frey**
Reg.-Dir. i. R.

**Paul Baetzner**
Reg.-Branddirektor

**Dr. Eberhard Hettenbach**
Kaufmann

**Hans Gauger**
Oberregierungsrat

**Heinrich Gaese**
Studiendirektor

**Eintragungslisten liegen auf bei:**

Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8 — Büro Behle, Wilhelmsbau
A. Rabsch, Lebensmittelgeschäft, Ecke Hofer- und Martin-Luther-Straße
Constanzer, Lebensmittelgeschäft, Hoheneck

*Anzeige in der Ludwigsburger Kreiszeitung vom 3. Februar 1961.*

Landesvermessung. 1837 Kauf des eigenen Markungsanteils an der Obstbaumallee durch die Gemeinde Kornwestheim. Baumabstand 16 Schuh.

*36. Stuttgarter Straße/Schlossstraße* (Allee Nr. 1, Allee vom Stuttgarter Tor zum Heilbronner Tor, fünffache Allee, vierfache Allee, Vordere Allee, Schlossallee, Vordere Schlossstraße)
Eine ursprünglich fünffache Lindenallee, östlich der Straße gelegen. Angelegt in drei Abschnitten: 1747 Teilstück Schlosseingang-Stern, ab 1751 Teilstück Stern-Stuttgarter Tor, ab 1761 Teilstück Schlosseingang-Favorite. 1817 Fällung der westlichen, fünften Baumreihe und Errichtung der mit Ketten verbundenen Steinsäulen als seitliche Alleenbegrenzung, dabei Teilstück Stuttgarter Straße: Kastanienallee, Teilstück Schlossstraße: Lindenallee. Breite der mittleren Baumreihen 30 Schuh, der seitlichen Baumreihen 21 Schuh, Baumabstand 15 Schuh. Ab 1960 Planung zum Ausbau der B 27, Bürgeraktion »Rettet die Allee«.

*37. Stuttgarter Straße/Salonallee/Ludwigsburger Straße* (Allee Nr. 10, Allee vom Stuttgarter Tor nach Kornwestheim)
Größtenteils über Kornwestheimer Gemarkung verlaufende Chaussee-Allee. 1739 Begradigung des zwischen Kornwestheim und Ludwigsburg bestehenden Weges. 1745 mit einer einfachen Lindenallee bepflanzt, 1751 zu einer doppelten Lindenallee erweitert. Die östliche Nebenallee ist für herrschaftliche Benutzung reserviert, wird aber trotzdem von der Allgemeinheit befahren. Zwischenzeitlich teilweise auch mit Hainbuchen bzw. Obstbäumen bepflanzt. Breite 20 Schuh, Baumabstand 16 Schuh. 1955 grundsätzliche Neugestaltung der Stuttgarter Straße, Ausbau der B 27.

*38. Talallee* (Allee vom Gänsfuß-Rondell in den Favoritewald, Talackerallee)
Um 1750 als Feldallee angelegte Lindenallee. Verbindung zwischen dem Osterholz und dem Favoritewald. Bildet zusammen mit der Osterholzallee und der Gänsfußallee einen Gänsfuß. Durchschneidet das rechtwinklige Ludwigsburger Straßenraster unter 45 Grad. 1830 wird das Teilstück jenseits der Heilbronner Straße in Richtung Favoritewald ausgehauen. 1847 Abtrennung eines weiteres Teilstücks durch den Bau der Eisenbahnlinie. Breite 26 Schuh, Baumabstand 22 Schuh.

*Konkordanz historischer Alleenname – heutiger Straßenname*

| | |
|---|---|
| 1. Querallee | Hartensteinallee/Elmar-Doch-Straße |
| 2. Querallee | Königinallee/Erich-Schmid-Straße |
| Aldinger Straße (nördl. Salonwald) | Robert-Franck-Allee, östl. Königsallee |
| Allee Aldinger Tor – Salontor | Robert-Franck-Allee, östl. Königsallee |
| Allee beim Spinnhaus | Fasanenstraße |
| Allee Favorite – Seegut oder Seehaus | Seeschlossallee |
| Allee Gänsfuß – Favorite | Talallee |
| Allee Gänsfuß – Leonberger Straße | Gänsfußallee |
| Allee Gänsfuß – Pflugfelder Straße | Gänsfußallee |
| Allee Leonberger Tor – Pflugfelden | Schwieberdinger Straße |

| | |
|---|---|
| Allee Lerchenholz – Eglosheimer Str. | Martin-Luther-Straße/Kurfürstenstraße |
| Allee nach Aldingen | Aldinger Straße |
| Allee nach Eglosheim | Heilbronner Straße |
| Allee nach Kornwestheim | Stuttgarter Straße/Salonallee |
| Allee nach Oßweil | Schorndorfer Straße/Friesenstraße |
| Allee nach Pflugfelden | Schwieberdinger Straße |
| Allee Nr. 1* | Stuttgarter Straße/Schlossstraße |
| Allee Nr. 2* | Königsallee |
| Allee Nr. 3* | Robert-Franck-Allee, östl. Königsallee |
| Allee Nr. 4* | Alt-Württemberg-Allee |
| Allee Nr. 5* | Jägerhofallee |
| Allee Nr. 6* | Friedrichstraße, östl. Stuttgarter Straße |
| Allee Nr. 7* | Friedrich-Ebert-Straße |
| Allee Nr. 8* | Fasanenstraße |
| Allee Nr. 9* | Friedrichstraße, westl. Stuttgarter Straße |
| Allee Nr. 10* | Stuttgarter Straße, südl. Stuttgarter Tor |
| Allee Nr. 11* | Robert-Franck-Allee, westl. Königsallee |
| Allee Nr. 12* | Gänsfußallee |
| Allee Nr. 13* | Heilbronner Straße |
| Allee Nr. 14* und Nr. 15* | Schorndorfer Straße/Friesenstraße |
| Allee oberhalb Exerzierplatz | Friedrichstraße, östl. Stuttgarter Straße |
| Allee Plantage – Lerchenholz | Hartensteinallee/Elmar-Doch-Straße |
| Allee Salon – Lerchenholz | Königinallee/Erich-Schmid-Straße |
| Allee Salontor – Stuttgarter Straße | Robert-Franck-Allee, westl. Königsallee |
| Allee Stuttgarter Tor – Stadtmauer | Friedrichstraße, östl. Stuttgarter Straße |
| Allee zum Salon | Königsallee |
| Alleen an der Leonberger Straße | Schwieberdinger Straße |
| Alleenstraße (östl. Stuttgarter Straße) | Friedrich-Ebert-Straße |
| Alte Plantage | Salonwald |
| Auf der Warth | Salonwald |
| Dicke Allee | Königsallee |
| Ezdorfsche Allee | Friedrichstraße, westl. Stuttgarter Straße |
| Franzosenstraße | Martin-Luther-Straße/Kurfürstenstraße |
| Fünffache Allee | Stuttgarter Straße/Schlossstraße |
| Gießhausallee | Friedrichstraße, westl. Stuttgarter Straße |
| Göppinger Allee | Querallee im Salonwald |
| Große Allee | Königsallee |
| Handzwehlallee | Mühlstraße |
| Hauptallee | Königsallee |
| Hintere Schlossstraße | Mömpelgardstraße |
| Königsstraße | Königsallee |
| Kurze Allee | Hartensteinallee |
| Leonberger Straße | Schwieberdinger Straße/Franckstraße |
| Leonberger Straße, östl. Stuttgarter Str. | Hindenburgstraße |

*) Durchnummerierung der Alleen nach dem Primärkataster von 1836/38 und einer Liste des Kameralamts vom 10. Mai 1895.

| | |
|---|---|
| Lerchenholzallee | Gänsfußallee |
| Metzgerstraße | Kaffeeberg |
| Militärstraße | Martin-Luther-Straße/Kurfürstenstraße |
| Mittlere Allee | Königsallee |
| Neue Plantage | Salonwald |
| Nuss(baum)allee | Fasanenstraße |
| Obere Querallee | Königinallee/Erich-Schmid-Straße |
| Ochsenallee | Rosenstraße |
| Opernallee | Mühlstraße |
| Oßweiler Allee | Schorndorfer Straße/Friesenstraße |
| Osterholzallee (innerhalb des Tores) | Asperger Straße |

*Blick vom Turm der Friedenskirche in die Hindenburgstraße, 1913.*

| | |
|---|---|
| Osterholzstraße | Asperger Straße |
| Pflugfelder Allee | Schwieberdinger Straße |
| Plantage | Salonwald |
| Porzellanallee | Alt-Württemberg-Allee |
| Querallee Dicke Allee – Menagerie | Hindenburgstraße |
| Querallee großer See – Stadtmauer | Friedrich-Ebert-Straße |
| Querallee unterhalb Salontor | Friedrichstraße, östl. Stuttgarter Straße |
| Queralleen ins Lerchenholz | Königinallee/Erich-Schmid-Straße bzw. Hartensteinallee/Elmar-Doch-Straße |
| Salonallee auf Aldingen | Königinallee |
| Salonstraße | Alt-Württemberg-Allee |
| Schlossallee | Schlossstraße |
| Sechsfache Allee | Friedrich-Ebert-Straße |
| Seealleen | Alleen um den Feuersee |

| | |
|---|---|
| Spinnhausallee | Friedrich-Ebert-Straße |
| Stadtmauerallee | Jägerhofallee |
| Talackerallee | Talallee, z. T. auch Gänsfußallee |
| Untere Querallee | Hartensteinallee/Elmar-Doch-Straße |
| Vierfache Allee | Stuttgarter Straße/Schlossstraße |
| Vordere Allee | Stuttgarter Straße/Schlossstraße |
| Vordere Schlossstraße | Schlossstraße |

## Quellen und Literatur


Stadtarchiv Ludwigsburg
S 3/I Nr. 19, 1999/2001 (Materialsammlung Alleen)

*Belschner, Christian:* Geschichte des Salons bei Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 8, 1916, S. 31 ff.

*Belschner, Christian:* Der Alleenbesitzer, in: Schwäbischer Humor. Anekdoten und Geschichten, Ludwigsburg 1938, S. 177 ff.

*Bergan, Günther:* Das Lerchenholz, in: Hie gut Württemberg 51, 2000, S. 17 ff.

*Berger-Fix, Andrea und Merten, Klaus:* Die Gärten der Herzöge von Württemberg, Ausstellungskatalog, Worms 1981.

Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, Stuttgart 1859, S. 109 f.

*Burkhardt, Hermann:* Barockalleen rund um Eglosheim, in: Eglosheim. Ein Ort im Wandel der Jahrhunderte, Ludwigsburg 1991, S. 175 ff.

*Czymczyk-Eggert, Elisabeth:* Der Ludwigsburger Schlossgarten, Diss. Stuttgart, 1988.

*Gaese, Gislinde:* Zur Geschichte der Ludwigsburger Alleen, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 18, 1966, S. 163 ff. und 19, 1967, S. 113 ff.

*Hasch, Christine:* Der Salon, ein Rokoko-Boskettwald, Dipl.-Arbeit FH Nürtingen, 1993/94.

*Hlawatsch, Birgit:* Monrepos. 400 Jahre württembergische Geschichte, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 45, 1991, S. 39 ff.

*Lober, Christian:* Orts- und Gemarkungskunde von Kornwestheim, Typoskript 1931, Stadtarchiv Kornwestheim.

*Marquart. A.:* Ludwigsburger Alleen, in: Ludwigsburger Zeitung 27. Mai 1905.

*Merten, Klaus:* Der Ludwigsburger Schlossgarten im 18. Jahrhundert, in: Schwäbische Heimat 1978, S. 169 ff.

*Meyer-Ilschen, Wilhelm:* Die Pappelallee von Favorite-Monrepos, in: Schwäbisches Heimatbuch 1913, S. 44, Taf. 26, 27.

*Paret, Oscar:* Die Ewigkeitsallee und andere Straßen im Bezirk, in: Ludwigsburger Zeitung 19. Oktober 1933.

*Paret, Oscar:* Von den alten Wäldern und Alleen bei Ludwigsburg, in: Ludwigsburg und das Land um den Asperg, Ludwigsburg 1934, S. 305 ff.

# »Die Kirche in der Mitte der Stadt«

## Zur Geschichte der Ludwigsburger Stadtkirche*

von Albert Sting

Selten wohl hat eine Kirche im Land so genau übereinstimmenden Anteil genommen an der Entwicklung einer Stadt wie die Ludwigsburger Stadtkirche. Sie trägt daher die schlichte funktionale Bezeichnung »Stadtkirche« bis heute zu Recht.

Das Schloss war seit 1704 im Bau. Es wuchs sich immer weiter, man möchte sagen: fast unkontrolliert aus. Eine Ansiedlung von Menschen, die mit dem Schloss, sei es mit seinem Bau oder seiner vielfältigen Funktion, zu tun hatten, fügte sich an. Beides, die Entstehung von Schloss und Stadt, geschah ausschließlich auf Grund des Willens eines Mannes, der konsequent, ja stur an seiner Absicht, hier zu residieren, festhielt. Als ihm einmal eine durchaus attraktive Alternative zum Bau in Ludwigsburg, nämlich in der Nähe von Stuttgart beim Weiler Berg, vorgelegt wurde, antwortete er: »Das Fass ist angestochen, der Wein muss getrunken werden.«

Ging nun der Bau des Schlosses und der Stadt auf das Betreiben des Herzogs allein zurück, so wurde der Bau der Kirche in dieser Stadt, obwohl grundsätzlich geplant, eher auf das inständige Bitten und Drängen der jungen Gemeinde hin zu Stande gebracht.

Die Gemeinde versammelte sich zunächst in den Räumen des Schlosses, schließlich im Orangeriegebäude, der so genannten »Pomeranzenkirche«. Dies aber war eine auf die Dauer höchst unbefriedigende Lösung. Selbst Retti und Frisoni wollten die Gottesdienstbesucher am liebsten dort draußen haben und ärgerten sie dadurch, dass sie die im Garten stehenden empfindlichen Bäume und großen Topfpflanzen im Herbst in den Raum stellten, wo sonntags der Gottesdienst stattfinden sollte, mit den Worten: »Sie erfrieren sonst draußen über Nacht.«

Der Herzog aber hatte ja nie genug Geld. In die Stadt wollte er eigentlich nicht investieren. Bauen sollten die eingeladenen Bauwilligen oder die Oberämter im Land, die die Amtshäuser in der Stadt auf ihre Kosten zu errichten hatten.

Wer sollte nun eine Kirche bezahlen? Die Finanzkraft der evangelischen Bürger unter den 600, die 1718 hier lebten, war wirklich nicht groß. Messerscharf argumentierte der Herzog: Das Gelände, auf dem Schloss und Stadt gebaut werden, gehörte zu Geisnang und Geisnang war ein Hof des Klosters Bebenhausen gewesen. Nach der Reformation wurden all diese klösterlichen Besitzungen dem Kirchengut übereignet und wurden dann vom Kirchenrat verwaltet. Also muss der Kirchenrat von seinem Geld die Kirche bauen.

Schon 1713 gab Herzog Eberhard Ludwig dem Kirchenrat die Weisung, einen ersten Anfang zum Bau einer Kirche in Ludwigsburg zu machen. Der Stadtplaner

---

* Leicht überarbeitete Fassung des am 18. September 2001 in der Stadtkirche zum 275-jährigen Kirchenjubiläum gehaltenen Vortrags.

*Entwurf von Frisoni für die Fassade der Stadtkirche, 1717.*

Frisoni hatte einen Plan für die Stadt auf dem Reißbrett gemacht, in dem er auch zwei große Flächen für Kirchen am Marktplatz auswies: im Westen einen Kirchenplatz für die evangelisch-lutherische Gemeinde und im Osten einen für die kleinere reformierte Gemeinde. Jede Kirchenfläche hatte die Größe von einem Viertel des gesamtem Marktplatzes, nämlich 47 Meter im Quadrat.

Als 1717 schließlich die Pflöcke zur Kennzeichnung des Marktplatzes und der Straßen eingeschlagen waren, machte sich Frisoni daran, Pläne für die Stadtkirche zu erstellen, »unter denen Serenissimus choisieren [auswählen] werde, welcher am wenigsten koste«. Der Herzog erließ an alle Dekane, Vögte und Schultheißen einen Spendenaufruf; nach vier Jahren waren jedoch gerade 8000 Gulden zusammengekommen.

Am 25. August 1718, dem Ludwigstag, dem Namenstag des Herzogs und des Erbprinzen also, wurde der Grundstein gelegt. Der Vogt von Pöllnitz hielt eine feierliche Rede. Es ist ein Unikum, dass im gleichen Jahr 1718, in dem die Siedlung Ludwigsburg zur Stadt erhoben worden ist, auch der Grundstein für den Kirchbau gelegt wurde. Gründung der Stadt und der Kirche waren gleichzeitig.

Der Grundstein, in den man ein Bildnis des Herzogs und allerlei Schriften legte, lag noch längere Zeit ganz allein auf dem freien Feld. Das erste Haus am Marktplatz wurde erst 1719 gebaut. Der Chronist notierte: »Gottloses Gesindel [versuchte] bei Nacht den Grundstein wieder auszugraben.«

Anfang 1720 wurden die Pfarrhäuser nördlich des Grundsteins erbaut. Dekan Schmidlin und Oberhelfer Gmelin zogen, kaum waren die Wände trocken, dort ein. Gegen Ende des Jahres rückten dann die Handwerker zum Kirchbau an, die Arbeit ging aber nur sehr zögerlich voran, so dass der Dekan beim Herzog des Öfteren intervenieren musste. Dieser drängte den Kirchenrat, von den vorhandenen 8000 Gulden endlich eine gewisse Summe an die Bauleute in Ludwigsburg anzuweisen, damit diese dort weiterbauen könnten. Aber der Kirchenrat hatte in seiner Not von diesem Geld den Fortgang des Schlosskirchenbaus finanziert, der auch in der Gefahr war, zu stagnieren. Der Herzog wollte daraufhin den Kirchenräten die fehlende Summe von ihrer Besoldung einbehalten.

*Die von Herzog Eberhard Ludwig 1726 gestiftete große Glocke im Nordturm der Stadtkirche.*

1722 kam es sogar dahin, dass die Bauunternehmer Leopoldo und Paolo Retti, die mit der Ausführung der Bauarbeiten beauftragt worden waren, den Burgfrieden brachen, in eine Sitzung des Kirchenrats eindrangen und die Räte verhöhnten. Den Kirchenkassenverwalter beleidigten sie und drohten allen Ratsmitgliedern,

ihnen mehr als hundert Tagelöhner wegen der offenen Lohnforderungen auf den Hals zu schicken. Als die Räte sich beim Herzog beschwerten, hat der sich wohl insgeheim gefreut, dem Kollegium keine Genugtuung gewährt und den frechen Bauleuten keine Strafe verabfolgt.

Danach ging das Werk zwar etwas flotter voran, doch die Finanzierung bereitete nach wie vor große Sorge. Auch eine »christliche Kirchenbau-Steuer«, die im Mai 1724 für die »Ausführung des angefangenen Stadt-Kirchenbaues in der Residenz« erhoben wurde, erbrachte längst nicht das nötige Geld. Frisoni hat das Kunststück fertig gebracht, eine Kirche zu planen, die ganz schlicht sein, möglichst wenig Geld kosten, aber doch die Residenzstadt würdig repräsentieren sollte. Auf Glocken, Orgel und Schmuck in der Kirche musste fürs Erste verzichtet werden. Die Orgel konnte erst 1742 angeschafft werden.

Die Stadtkirche war als eine große Hallenkirche mit zwei Türmen geplant. Als einziger Nebenraum war die Sakristei im Westen angehängt. Als die Kirche fertig war, fanden alle, der Prospekt der Kirche – vor allem zum Marktplatz hin, dessen südlicher Teil damals noch nicht bebaut war – sei für die Residenzstadt unbefriedigend. Zudem: Ganz ohne Glocken gehe es nun wirklich nicht. So stiftete der Herzog vier Glocken aus eigener Schatulle. Weil diese Glocken aber auf den kleinen Türmen keinen Platz hatten, wurden sie vor der Kirche auf dem Platz in hölzernen Stühlen aufgehängt und konnten so zur Einweihung läuten. Vier Eichenbalken musste man sich dafür von der Kellerei Marbach geben lassen. Doch bezahlten die Ludwigsburger die Balken den Marbachern erst nach etlichen Mahnungen.

### *Die Einweihung 1726 und weitere Baumaßnahmen bis 1730*

Die Einweihung fand am 18. September 1726 statt, dem 50. Geburtstag Eberhard Ludwigs. Der Herzog konnte allerdings nicht selbst daran teilnehmen, da er sich gerade zur Kur in Teinach aufhielt. An seiner Stelle nahm Obervogt von Pöllnitz die Dankes-Huldigung der Gemeinde entgegen, die damals bereits auf »über 2400 Seelen gewachsen« war. Die Einweihungsfeier wird im alten Kirchenregister wie folgt beschrieben:

»Am Sonntag zuvor wurde die bevorstehende Einweyhung auf den Mittwoch verkündet, mit dem Zusaz, daß Dienstags vorher, abends um 4 Uhr, mit den Glocken werde geläutet und dadurch ein jeder Haus-Vatter zum Gebet um Erhaltung des göttlichen Worts und evangelischer Lehre aufgefordert werde.

Die Einweihung ging Mittwochs, den 18. September folgenderweise vor sich: Auf die um 8 und halb 9 Uhr morgens gegebenen beiden Glockenzeichen versammelte sich schon der größere Teil der Gemeinde in der Kirche. Um 9 Uhr aber, und unter Zusammenläuten aller Glocken und Donner der Geschütze, fuhr der zu solcher Feierlichkeit vom Herzog abgeordnete Präsident und Obervogt von Pöllnitz samt verschiedenen Hofkavaliers und herzoglichen Räten in Staatswagen dorthin. Darauf folgten 12 Geistliche aus der Stadt und der damaligen Diöcese, nebst dem gesamten Stadtmagistrat, von der Obervogtey [dem heutigen Dekanatsgebäude] aus zur Kirche. Von dem Decanatshaus [dem Haus Stadtkirchenplatz 1] aber her kam die sämtliche Schuljugend mit ihren Lehrern.

Die Geistlichen trugen in schwarzes Ziegenleder mit goldenem Schnitt neu

*Gesamtansicht der Stadtkirche vom Marktplatz aus, 1904.*

gebundene Bücher und neu verfertigte Kirchengefäße in folgender Reihe: Der Superintendent Schmidlin die Bibel; der erste Diaconus Lang die Symbolischen Bücher, Wirtembergische Confession und große Kirchenordnung; der zweite Diaconus Neuffer das Kirchengebetbuch, die Kinderlehre und Biedenbachs Manuale; Stadtpfarrer Scharfenstein von Markgröningen das silberne Taufbecken; Pfarrer Bardili von Asperg die silberne Taufkannte; Pfarrer Kuhorst von Kornwestheim die schwarzsamtene, mit Silber verbrämte Hostienkapsel; Pfarrer Kapf von Hoheneck das silberne und vergoldete Hostienplättlein; Pfarrer Klemens von Zuffenhausen den silbernen und zierlich vergoldeten Kelch; die Pfarrer Stockmayer von Beihingen, Gräter von Neckarweihingen, Diaconus Jenisch von Markgröningen, vormals Vicarius allhier, und Pfarrer Schmidlin von Münchingen jeder eine silberne und zierlich vergoldete Altarkannte. Jedes Schulkind aber trug das neue Konfirmationsbüchlein [die Konfirmation war 1723 in Württemberg eingeführt worden], mit den Worten ›Ludwigsburger Stadtkirch-Einweihung, den 18. Sept. 1726‹ bezeichnet, in der Hand. Bei ihrem Eintritt in die Kirche stimmten sie mit der Gemeinde das Lied an ›Nun lob mein Seel den Herren‹. Die 12 Geistlichen aber setzten inzwischen die Kirchengefäße und Bücher auf den Altar und Taufstein.

Dann trat der Superintendent Schmidlin als erster vor den Altar und verlas das herrliche Einweihungsgebet Salomonis aus 2. Chronik 6 und den 100. Psalm. Dann bestieg er die Kanzel. Nach Absingung des Liedes ›Herr Gott, dich loben wir‹ und unter vollständiger Musik ließ er nach einem kurzen Eingang das Lied anstimmen ›Herr Jesu Christ, dich zu uns wend‹ und hielt darauf eine angemessene erbauliche Predigt über den vorgeschriebenen Text Psalm 118, Verse 23–29: ›Das ist von Herrn geschehen – und seine Güte währet ewiglich‹. Er führte unter anderem aus: ›Was sollst du, mein liebes Ludwigsburg, an deinem heutigen Freudentag ausrufen? Das ist der Tag, den der Herr macht! Bedenkst du deinen ersten Anfang, so haben sich kaum wenige Personen vormalen allhier gefunden, und jetzo bist du zur Residenz eines großen Fürsten erhoben.‹

Sodann wurden zwey neugeborene Kinder in der Kirche getauft: Ludwig Heinrich Hardten und Johann Heinrich Krieger. Beim ersten übernahmen Serenissimus samt dem Durchlauchtigsten Erbprinzen, der Erbprinzessin und der Landhofmeisterin [Grävenitz], jedoch nur durch Abgeordnete, und beim zweyten aber der Superintendent Schmidlin, Pfarrer Schmidlin von Münchingen, die Stadtapothekerin Bischoffin Patenstelle.

Nach gesprochenem Segen wurden aus dem Lied ›Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut‹ die drei letzten Verse abgesungen und damit der erste öffentliche Gottesdienst in dieser neuen Kirche unter einer abermaligen starken Musik geendet. Die vorige Prozession aber ging wiederum zurück vor die Obervogtey und das Decanatshaus und hernach erst von dort auseinander.«

Obwohl Ludwigsburg schon seit 1719 eine eigene Parochie war, begann ein regelmäßiges gottesdienstliches Leben erst mit der fertigen Stadtkirche. Große Hoffnungen wurden daher mit ihr verbunden. So heißt es im Visitationsbericht von 1726:

»Der neue Tempel scheint einen neuen Eifer der Hörer [Gottesdienstbesucher] inspiriert zu haben. Es ist nun abzuwarten, wie lange er anhält. Denn noch ist keineswegs alles so, wie man sich das wünschen möchte. Die Entheiligung des Sonntags ist noch arg groß und es scheinen keine Mittel zulänglich zu sein, diesem Übelstand abzuhelfen.«

Der »Umgang« war noch nicht eingerichtet. Er sollte von den »Umgängern«, von ehrbaren Männern durchgeführt werden, die während des Gottesdienstes durch die Stadt und auch durch die Häuser gehen, um nachzusehen, ob alle gesunden Personen auch in der Kirche sind, ob keine Hantierung geschieht, die am Sonntag nicht erlaubt ist. Und, was gar nicht so unwichtig war, die aufpassen, dass sich nicht Diebe ans Werk machen, während die Häuser leer stehen. Dies alles aber sollte jetzt geordnet werden, damit »bessere Zucht und Ordnung eingeführt und erhalten werden möge«.

Das Äußere der neuen Kirche aber, so war man sich einig, erfordere doch einiges mehr an Schmuck und Größe zur angemessenen Repräsentation für die Residenzstadt. Die Türme sollten erhöht und mit einem Umgang samt Türmerwohnung versehen werden, damit ein Türmer über der Stadt wache und Choräle in die Stadt hinabgeblasen werden könnten.

Die Türme wurden erhöht und so konnten die Glocken an geeignetem Platz aufgehängt und schließlich Uhren an allen Seiten zur Stadt hin angebracht werden. Die Front zum Marktplatz versah man mit einem hohen Giebel, hinter dem das große Dach des Kirchenschiffs ganz verschwand. Voluten und Vasen samt Schmuck-

*Der schmuckvolle Giebel zum Marktplatz hin.*

werk kamen hinzu. Das »EL« des Herzogs und der Herzogshut finden sich überall und mehrfach, dazu reich geschmückt, von Engeln getragen das Wappen.

Die Kirche in der Stadt Ludwigsburg zeigt als Helmzier über den Türmen weder Hahn noch Kreuz, sondern Krone und Namen ihres Gründers. Dies ist an einer Kirche ebenso singulär wie die richtige Schreibweise der römischen Ziffer »IV« auf den Zifferblättern. Zudem ist die Stadtkirche die einzige barocke Kirche im Land, die von Anfang an einer evangelischen Gemeinde gewidmet war.

Am 25. August 1730, wieder am Namenstag des Herzogs Eberhard Ludwig, war die Kirche ganz fertig, nachdem im selben Jahr die Längswände des Kirchenschiffs nach Westen verlängert worden waren, so dass zu beiden Seiten der mittigen Sakristei zweigeschossige Bauten mit rhombischem Grundriss entstanden sind. Die Wände dieser Räume hat man zum Kirchenschiff hin durchgebrochen und mit Glasfenstern versehen. Die somit gewonnenen Logen nannte man daher »Glasstübchen«. Die südliche Loge war das »Männerglasstübchen« und die nördliche das »Frauenglasstübchen«. Sie wurden zu Kirchenstühlen der Hofgesellschaft bestimmt und entsprechend aufwendiger bestuhlt. Über den Fensterbögen der Glasstübchen wurden die Embleme des Herzogs gesetzt: »EL« und »HzW« (Herzog zu Württemberg).

*Die Helmzier mit dem Herzogshut und den Initialen »EL«.*

Zur Finanzierung der genannten ergänzenden Baumaßnahmen widmete der Herzog die 2000 Gulden Beitragsgelder aus den »Piis Corporibus«, aus den Armenkassen des Landes, die für das Waisenhaus in Stuttgart bestimmt waren, um und führte sie dem Stadtkirchen-Bau-Fonds zu. Weitere 1000 Gulden lieh man von der Universität Tübingen aus. Da diese auch kein Geld flüssig hatte, war der Kanzler Pfaff bereit, einen entsprechenden Betrag bei seinem Schwiegervater v. Raumer in Augsburg zu beschaffen.

An der Stadtkirche, die bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die einzige evangelische Kirche in der Stadt war – in der rasch wachsenden Gemeinde erhob sich daher schon bald die Klage, die Kirche fange an, bei den Sonntagsgottesdiensten zu klein zu werden –, taten drei Geistliche Dienst: der Superintendent oder Spezial als 1. Pfarrer, der Oberhelfer als 2. Pfarrer und der Helfer oder Diakonus als 3. Pfarrer.

### *Die Mitbenützung der Stadtkirche durch die Garnisonsgemeinde*

Seit 1737 gab es eine Garnison in Ludwigsburg und einen Militärpfarrer, der seine Militärgemeinde seelsorgerlich und mit Gottesdiensten zu versehen suchte. Die bürgerliche Gemeinde musste die Stadtkirche ab 1750 mit der Garnisonsgemeinde teilen. Dies gab fortwährend Anlass zu Ärger, und zwar schon aus »organisatorischen« Gründen, zum Beispiel wenn der Gottesdienst der Soldaten, der manch-

mal zeitlich vor dem der bürgerliche Gemeinde lag, etwa durch die Feier des Abendmahls länger dauerte. Dann stand die Gemeinde, besonders im Winter, recht verdrossen wartend auf dem Marktplatz. Die dem Gottesdienst folgende Kinderlehre konnte dann meist gar nicht mehr durchgeführt werden. Man musste die Kinder heimschicken. Fand andererseits der Garnisonsgottesdienst nach dem Gottesdienst der Stadtgemeinde statt und dauerte dieser länger als vorgesehen, mussten die Soldaten draußen warten.

Anderes kam hinzu: Die Soldaten strapazierten mit ihren schweren Stiefeln den Boden ganz erheblich. Auch soll es vorgekommen sein, dass sie die Türen zu den Kirchenstühlen aufrissen und auch die Kästchen, in denen die Stuhlinhaber ihre Gesangbücher und anderes aufzubewahren pflegten, aufbrachen. Auch fürchtete man eine stärkere Abnutzung der Orgel durch den Militärorganisten. Zu alledem ging das Opfer aus den Garnisonsgottesdiensten nicht an den bürgerlichen Kirchenkasten, das heißt: Setzten sich die Ludwigsburger zu den Soldaten in den Gottesdienst, so entging das Opfer der Bürger dem bürgerlichen Kirchenkasten.

Die Probleme, die sich aus der Mitbenützung der Stadtkirche durch die Garnisonsgemeinde ergaben, konnten erst gelöst werden, nachdem die Reformierten – nach langen Verhandlungen und nicht ohne Druck von Herzog Carl Eugen – ihre an der Ostseite des Marktplatzes gelegene, noch unfertige Kirche aufgegeben hatten. Der Herzog ließ den Bau vervollständigen und 1781 zur Garnisonskirche umwidmen. Dadurch endete für die Stadtkirche und die bürgerliche Gemeinde das wöchentliche Dilemma mit den Soldaten. Die Stadtkirchengemeinde dankte überschwänglich und bot der Garnison eine gute Zusammenarbeit an.

### *Kirchenstühle und Klingelbeutel*

Die Kirche hatte von Anfang an Bänke. Die so genannten Kirchenstühle waren durch Holzwände und Türen voneinander getrennt. Die Kirchenstühle boten unterschiedlich vielen Besuchern Platz. Man konnte sie mieten. Den entsprechenden Antrag hierzu musste man beim Kirchenpfleger stellen. Dann entschied der Kirchenkonvent über den Zuschlag und den Mietpreis je nach Größe der Stühle. Das Kirchenkonventsprotokoll zeigt, dass es um diese Stühle manchen Streit gab, den es zu schlichten galt.

Die Kirchenstuhltaxe war die Form der Kirchensteuer in jener Zeit. Dazu kam noch die Kollekte, die mit dem Klingelbeutel eingesammelt wurde. Aber auch dies konnte zu Misshelligkeiten führen, wie ein Protokolleintrag zeigt: Von Johann Pfäfler kam die Klage, dass ihm, als er »vor einiger Zeit in der Kirch gewesen, der Opfereinsammler Caway nicht allein den Klingelbeutel, weil er nichts darein gegeben habe, vor die Nase und das Gesicht gehalten, sondern auch vorher mit dem Klingelbeutel vor dem Gesicht gerüttelt, über dies ihn einen groben Gesellen geheißen habe«. Weil er sich das nicht gefallen lassen müsse, bitte er um »Satisfaktion«.

Da aber auch Pfäfler den Caway beschimpft hatte, musste nach Spruch des Kirchenkonvents jeder 2 Pfund Heller in den Armenkasten legen. Caway bat darauf, ihm das Amt abzunehmen, »zumal er sich bald diese, bald jene Spottrede von den Leuten anhören müsse«. 1844 wurde der Klingelbeutel mit seiner störenden Runde abgeschafft.

*Das Geläut*

Glockengeläute leistete die Stadtkirche zu vielerlei Anlässen. Oft, wenn die fürstlichen Personen in die Stadt einzogen, so etwa als Carl Eugen 1767 von Venedig wieder ins Land und in seine Residenz nach Ludwigsburg kam, oder wenn ein Fürst oder eine Fürstin verstorben war.

Das konnte sehr anstrengend sein, denn die vier Glocken wurden von Hand, von Läutebuben, bedient. Als König Friedrich gestorben war, wurde ein Trauergeläut in der Residenzstadt Ludwigsburg angeordnet vom 2. November bis 22. Dezember, sieben Wochen lang also, täglich von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Geläutet wurde bei Siegen der eigenen und der verbündeten Truppen auf den verschiedensten Schlachtfeldern. So läutete man unter König Friedrich zunächst für und später gegen Napoleon. Ebenfalls war Geläut verordnet am Krönungstag, dem 1. Januar. Nur 1813, als die Kunde von der Katastrophe in Russland eingetroffen war, schwiegen die Glocken an diesem Tag. Die Glocken läuteten auch im Sommer 1817, als nach grauenhafter Hungersnot der erste Erntewagen in die Stadt einfuhr und zum Erntedank vor der Stadtkirche anhielt. Und selbstverständlich war regelmäßig das Zeitläuten zu verschiedenen Tageszeiten zu hören, mit dem zum Gebet gerufen, aber auch den Bürgern die Tageszeit mitgeteilt wurde.

Da von der Stadtkirche nicht für Gottesdienste der Katholiken geläutet werden durfte, ihnen auch keine eigene Glocke erlaubt war, nahmen sie die Gelegenheit eines Zeitläutens, etwa um 5 Uhr, wahr, um in diesen Minuten ihre Toten doch unter Geläut auf den Friedhof zu führen. Das Trauergeläut für Katholiken wurde übrigens selbst dann verweigert, wenn es sich um einen »prominenten« Toten handelte, so zum Beispiel 1735 für Giuseppe Donato Frisoni, den Erbauer wesentlicher Teile des Schlosses und der Stadt sowie Planer der Stadtkirche. Paulo Retti hatte vergebens darum gebeten, dem katholischen Italiener ein Trauergeläut so lange zu gewähren, bis der Leichnam, der in Öffingen bestattet wurde, durch das Schorndorfer Tor hinaus geführt worden war.

*Kirchenjubiläum 1826*

1825 hatte sich ein Kirchengesangverein gebildet. Er konnte bei der hundertsten Wiederkehr der Kircheneinweihung am 18. September 1826 zum ersten Mal hier in der Kirche singen.

Das Kirchenkonventsprotokoll vom 1. September 1826 erwähnt folgenden Vorgang: »Da auf den 18. September 1826 die 100-jährige Feyer der Stiftung der hiesigen Stadtkirche fällt, so wird, nachdem die Kirche zu dem Ende mit nicht geringen Kosten repariert worden ist, beschlossen, diese Feyer mit einem öffentlichen Gottesdienst zu begehen. Deshalb soll an dem unmittelbar vorangehenden Sonntag verkündigt werden, dass das Opfer, das bey dieser Gelegenheit fällt, zur Speisung von Hausarmen sowie für die Speisung der Armen im Spital und der armen Kinder im öffentlichen Armen-Institut verwendet wird.« Das Opfer betrug 105 Gulden 17 Kreuzer.

Aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Stadtkirche führte auch die Ludwigsburger Schützengesellschaft am 18. September 1826 ein erstes großes Frei-

schießen durch. Ein Silberpokal wurde als zweiter Preis dem Arsenalkommissär Wunder überreicht. Diesen Kelch mit der Gravur »Auf das 100-jährige Kirchen-Jubiläum« benützt die Schützengilde bei ihren Jahresfesten noch heute.

*Die Orgel*

Die 1742 aufgestellte Orgel, auf der Christian Friedrich Daniel Schubart gespielt und den Herzog sowie alle Ludwigsburger begeistert hatte, war Mitte des 19. Jahrhunderts alt und klapprig geworden. Eine neue Orgel tat Not, und nachdem der in Ludwigsburg geborene französische General Ferdinand von Mylius 8000 Gulden gestiftet und den Orgelbaumeister Eberhard Friedrich Walcker mit dem Bau einer neuen Orgel beauftragt hatte, konnte am Reformationsfest 1858 ein Werk mit 31 Registern eingeweiht werden.

Mit dem Einbau dieser ersten Walcker-Orgel begann eine mehr als vier Jahrzehnte dauernde Phase der Planung und Durchführung einer großen, gründlich umgestaltenden Renovation der Kirche.

*Die erste Renovation*

Die erste Äußerung im Blick auf eine notwendige Verbesserung findet sich in einer Leserzuschrift im Ludwigsburger Tagblatt vom 8. Dezember 1857, in der sich der Schreiber darüber beschwert, dass die Uhr »fünf Mal in der Stunde Viertel« schlage und um mehr als 10 Minuten vorgehe. Man möge sich für die »alte Dame« Stadtkirche ein Vorbild nehmen an den Eisenbahnuhren, die jeden Tag telegrafisch reguliert würden. Zwei Jahre später wird in der Zeitung mit Freude berichtet, dass die beiden von Gemeindegliedern gestifteten farbigen Orgelfenster des Glasmalers Scheerer aus München eingetroffen seien und man sie, bis sie eingebaut werden, im Rathaus besichtigen könne.

Ab 1878 nahm der Wunsch nach Verbesserungen und Verschönerung der Stadtkirche deutlichere Formen an, als auf Antrag von Dekan Raiffeisen durch den Stiftungsrat dem Stadtbauamt der Planungsauftrag erteilt wurde. Da das Land in der so genannten »Gründerzeit« nach dem Krieg 1870/71 in wirtschaftlichem Aufschwung stand, traute man sich auch für die Stadtkirche eine aufwendigere Maßnahme zu.

Die geforderten Pläne und Kostenvoranschläge zur Renovierung des Äußeren und des Inneren legte der Stadtbaumeister Mößner 1880 vor. Sie wurden geprüft und ergänzt, was fünf Jahre dauerte. Gänzlich neue Kirchenbänke sollten eingebracht werden, da die alten Kirchenstühle zu körperlichen Qualen führen würden. Plafond und Wände waren zu erneuern, was insgesamt 6000 Mark kosten sollte. Das war der Baukommission entschieden zu viel. Nach Kürzungen gab sie 3064 Mark frei. Dann gingen aber Spenden von auswärts und von Ludwigsburgern ein, so dass man sogar Ausgaben bis zu 15 000 Mark für möglich hielt.

Die Wunschliste war in der Zwischenzeit allerdings auch gewachsen. Zwei gemalte Fenster zu beiden Seiten des Altars an den Glasstübchen, größere Emporen und Gasbeleuchtung, um Abendgottesdienste einführen zu können, sind Beispiele dafür. Ein »Anlehen von 30 000 Mark« sollte aufgenommen werden. Am

7. März 1888 baten Dekan Walcker und Oberbürgermeister Abel die Ludwigsburger in einem Aufruf um Spenden.

Am 26. Oktober 1888, als schon alle Pläne für diese Maßnahmen perfekt waren, kam aus der Gemeinde der Vorschlag, die Westwand herauszunehmen, einen Chor einzubauen und die Westfassade völlig neu zu gestalten. In einem Leserbrief hieß es hierzu: »Der kastenartige Raum unserer Kirche würde auf einmal ein ganz anderes Gesicht erhalten, wenn ihr ein Chor gegeben würde. Die unmäßige große, massige, gewiss nicht schöne Kanzel müsste ganz weichen, ein großer schöner Bogen würde die westliche Wand durchbrechen und der Sakristeiraum, durch ein

*Der westliche Chorabschluss nach dem Umbau von 1889.*

prächtiges Tonnengewölbe überdeckt, würde zum Chor. Welch schönes Licht würde das große Fenster des Westgiebels in die Kirche herein werfen. Dieses Fenster würde ebenfalls Glasmalerei erhalten, etwa einen segnenden Christus. Die Kosten zu einer solchen Veränderung können im Verhältnis zu dem Gesamtaufwand nicht schwer ins Gewicht fallen.«

Das alles würde 34 200 Mark zusätzlich kosten. Man war damit bei einer Bausumme von 43 500 Mark angekommen. Die neue Idee wurde spontan begrüßt und beschlossen. Als man sich die Konsequenzen dann genauer ansah, erwies sich als zwingend, die Fenster und Türen des Westbaus zu vergrößern und in ihrer Gestalt den übrigen Fenstern der Kirche anzupassen. Und das würde weitere 2615 Mark kosten.

Dann wurden die Türme als sehr schadhaft erkannt. Allein die Anbringung des Gerüstes, das erforderlich war, um die Schäden genau betrachten zu können, bedeutete Mehrkosten von 2900 Mark. Bei der Einschätzung der Kosten für die Reparaturen an den Türmen waren die Fachleute anfangs der Meinung, dass man diese mit 1500 Mark bewältigen könnte. Nach der genauen Inspektion aber war klar, man würde dafür 54 482 Mark brauchen.

So stand der Stiftungsrat 1889 vor einer zu erwartenden Bausumme von rund 106 500 Mark. Rechnet man den für den Anbau vorgesehenen Betrag von 18 000 Mark hinzu, waren es fast 125 000 Mark. Jetzt war eine zweite Anleihe bei der Stadt in Höhe von 62 000 Mark nötig. Wenn wir noch hinzunehmen, was für den Altar, den Taufstein, ein neues Orgelgehäuse und Unvorhergesehenes hinzuzählen war, werden sich die Gesamtbaukosten noch um einiges erhöht haben.

Wenn das alles stimmt, dann war der Stiftungsrat, der ursprünglich die Summe von 3064 Mark bewilligt hatte, gezwungen, diese Zahl um ein Vielfaches zu überschreiten. Ein Vorgang, der in der Geschichte der Stadtkirche einmalig geblieben ist.

Aber die Arbeiten gingen flott voran. Moderne Gestaltungselemente fanden Anwendung, namentlich das leicht zu formende Pappmaché. Die geformten Teile kamen aus Zwickau in Sachsen und wurden einfach aufgenagelt. Dieser Deckenbelag förderte die Akustik in dem sonst leeren Kirchenraum merklich.

Das mittlere Bild an der Decke hatte der Münchener Künstler Lesker hergestellt. Es zeigte den himmelauffahrenden Christus. Das Werk wurde damals hochgelobt, doch später für künstlerisch wenig bedeutend gehalten.

Eine neue Kanzel war zwingend, weil sie jetzt auf die Seite gesetzt werden musste. Die Firma Orgel-Walcker hat sie hergestellt. Ehe sie eingebaut wurde, konnten die Ludwigsburger die Kanzel im Orgelsaal der Firma besichtigen, und bei den Veranstaltungen zum 25. Regierungsjubiläum von König Karl im Juni 1889 wurde sie in Stuttgart ausgestellt. Die Kanzel trug am Schalldeckel die Umschrift: »Selig sind die Gottes Wort hören und bewahren«. Die alte Kanzel war geschmückt gewesen mit dem Wort: »Verbum domini manet in Aeternum« (Das Wort des Herrn bleibt in Ewigkeit).

Außen an der Kirche befand sich ein abenteuerlich anzuschauendes Holzgerüst bis an die Spitze des Turmes. Kein Unfall verdüsterte die Bauarbeiten. Zum Glück auch dann nicht, als vom Gerüst ein Steinbrocken herabstürzte, ein Fenster der benachbarten Schule durchbrach und auf dem Platz eines Schülers einschlug. Der Schüler war an diesem Tag wegen Unwohlseins nicht zur Schule gekommen.

Ende des Jahres 1889 erreichte den Stiftungsrat eine unerwartete Spende. Am

*Das Deckengemälde.*

*Nordseite des Kirchenschiffs mit der nach vorne gezogenen Empore, den nach oben verlängerten Fenstern und den in die Decke eingeschnittenen Kappen.*

20. Oktober 1889 war auf Kronprinz Wilhelm, den späteren König Wilhelm II., vor der Marienwahl ein Pistolenattentat verübt worden. Aus Dank dafür, dass er und seine Tochter Pauline unverletzt geblieben waren, spendete er 7000 Mark für die Erneuerung der Stadtkirche.

Im Dezember 1889 war das Werk vollendet und am 4. Advent konnte die Wiedereröffnung des Gotteshauses gefeiert werden. Drei Gottesdienste wurden gehalten: Am Vormittag die Festpredigt, um 2 Uhr Predigt mit Tauffeier und um 5 Uhr ein Abendgottesdienst. Die Gemeinde war hochbeglückt. Aber auch an Kritik hat es nicht gefehlt, da ja doch starke Eingriffe in die Frisoni'sche Bausubstanz vorgenommen worden waren. Dies geschah vor allem durch die Vergrößerung der Fenster und das Einschneiden von Kappen in das Gewölbe, die noch heute deutlich zu sehen sind. Während der gesamten Bauzeit war die Stadtkirchengemeinde in der gegenüberliegenden Garnisonskirche zu Gast gewesen.

*Welche Personen hatten an der Stadtkirche hauptamtlich oder ehrenamtlich zu tun?*

Da waren zuerst die drei Pfarrer. Einer war der Dekan, und so war die Stadtkirche – und ist sie es noch heute – die Hauptkirche des Kirchenbezirks.

Es gab den Organisten, oft war es ein Lehrer gewesen. Er konnte die Orgeltreter, die Kalkanten, nicht entbehren. Einer berichtet: »Während des Zusammenläutens musterte der Mesner uns Volksschüler mit Kennerblicken, dann winkte er zweie heraus, die auf der Schranne nun die Orgeltreiber machen mussten. Die Blasebälge wurden nämlich nicht getreten, sondern durch einen Triebel in Gang gesetzt. Das war ein ziemlich anstrengendes Geschäft, und wir waren allemal froh, wenn der Zeiger meldete, dass die Windladen gefüllt waren und wir ein wenig ausschnaufen konnten. Und wenn der Prediger eine größere Anzahl von Versen singen ließ, so spürten wir unsere Arme noch beim Mittagessen.«

Der Mesner war wichtig für alle Obliegenheiten der Ordnung und Sauberkeit. Er hatte zu Gehilfen Reinemachepersonen, den Heizer für die vier Öfen und den Klingelbeutelträger. Die Läutebuben brauchte man, um die vier Glocken zu bedienen. Es war schön, in rhythmischem Schwung direkt unter dem dröhnenden Schall der mächtigen Glocken zu stehen und sich dann beim Bremsen des gewaltigen Schwungs am Seil meterhoch hinauf tragen zu lassen.

Eine in früheren Zeiten sehr wichtige Aufgabe oblag dem Türmer, der in dem Zweizimmer-Appartement auf dem Südturm wohnte. Bei Tag und Nacht musste er die Stadt im Auge haben, um zu erkennen, ob sich ein Brand oder Aufruhr zeigte. In einem solchen Fall hatte er Alarm zu läuten.

Einmal war der Türmer ein Schuhmacher. Jeder, der Schuhe brachte oder abholte, musste als Teil des Lohnes einen Eimer Wasser in die Türmerwohnung hinauftragen. Der letzte Türmer war übrigens eine Türmerin, Karoline Brunner, »Turm-Karlene« genannt. Sie versah ihren Dienst bis 1925.

Ferner sind die Zinkenisten zu nennen (ein Horn oder eine Trompete nannte man früher einen »Zinken«). Der Zinkenist, dessen Amt es in Ludwigsburg schon seit 1720, also bereits vor Fertigstellung der Stadtkirche gab, war als »Hof- und Stadtmusicus« von der Stadt angestellt. Nach seiner Instruktion hatte er drei Gehilfen zu halten, wenn nötig zu Gottesdiensten, Hochzeiten, Beerdigungen, Kirchweih und dergleichen zu spielen, jungen Burschen Musikunterricht zu ertei-

len und dreimal täglich vom Turm zu blasen. Zu seiner Besoldung gehörte der Nießnutz aus einem Garten vor der Stadtmauer. Der letzte Zinkenist, Paul Noa, tat seinen Dienst bis in die sechziger Jahre.

Noch heute lassen an Sonn- und Markttagen nach dem Zwölf-Uhr-Läuten die Turmbläser einen Choral nach allen vier Himmelsrichtungen über die Stadt erklingen. Da dieser Dienst für alle Bürger der Stadt geschieht, bezahlt bis heute die bürgerliche Gemeinde einen Teil des Zinkenistenlohns.

Zu guter Letzt brauchte man den Uhraufzieher. Meist war dies ein ortsansässiger Uhrmacher, der auch das Uhrwerk pflegte. Einmal in der Woche musste er die mächtigen Gewichte bis unter die Türmerwohnung hinaufziehen. Da die Uhr und der Uhrschlag für alle Ludwigsburger da ist, übernimmt noch immer die Stadt die Hälfte auch dieser Aufwandskosten.

Von 1823 an war Ludwigsburg Sitz der Prälatur. Für die Prälatur war die Stadtkirche die zentrale Kirche und an ihr bestand für die Prälaten die so genannte »Frühpredigerstelle«. 1956 wurde die Prälatur hier abgezogen. 36 Jahren danach, im Jahr 1992, trat in die wieder installierte Ludwigsburger Prälatur Pfarrerin Dorothea Margenfeld als Prälatin ein.

### *In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*

1906 war es möglich geworden, die Orgel von 1858 durch ein neues, wieder von der Firma Walcker gefertigtes Orgelwerk zu ersetzen. 1917 mussten dann deren Prospektpfeifen und ein Jahr später alle Pfeifen aus Zinn zu Kriegszwecken abgegeben werden. Sie wurden durch Pfeifen aus Zink ersetzt.

Im Juni 1917 holte man drei der vier von Herzog Eberhard Ludwig gestifteten Glocken vom Turm. Kurz vorher waren sie mit einen elektrischen Läutwerk versehen worden. Bereits 1920 konnte eine erste neue Glocke erworben werden, 1926 kamen zwei weitere dazu, so dass zur 200-Jahr-Feier wieder vier Glocken läuteten. Vier Jahre zuvor, 1922, hatte man alle Gasleuchten in der Kirche durch elektrisches Licht ersetzt.

Im Jubiläumsjahr 1926 hatten sich wieder Schäden an den Türmen und am Hauptsims des Kirchenschiffs gezeigt. Trotz der noch notvollen Zeit war die Ausbesserung und ein neuer rötlicher Anstrich möglich. Diese Reparaturen waren bis zum 18. September 1926, dem Jubiläumstag, zu Stande gebracht. Sie kosteten insgesamt 102 000 Mark.

Noch immer war die Stadtkirche der einzige Gottesdienstort für die gesamte Ludwigsburger Gemeinde. Diese hatte sich inzwischen vor allem nach Süden hin ausgedehnt. So wurde 1923 der dritte Pfarrer der Stadtkirche an die Garnisonskirche (heute Friedenskirche) beordert, zumal die Militärgemeinde stark abgenommen hatte. Pfarrer Dr. Max Sting war damit der erste zivile Pfarrer, der an der Garnisonskirche Dienst tat und von dort aus eine Südgemeinde aufbaute.

Ein Jahrzehnt später kam die Zeit der Fahnen und Aufmärsche. Anfangs zogen die Formationen der NSDAP noch geschlossen in die Stadtkirche. Die Kirche füllte sich, viele Menschen traten wieder in die Kirche ein. Die Zahl der Eheschließungen, der Taufen und der Abendmahlsbesucher stieg an. Dekan Dörrfuß sprach anfangs von »einem Frühling auch über dem Leben der Kirche«.

Dann aber wurde bald das wahre Gesicht des NS-Regimes mit seiner Blut-und-

*Innenansicht seit dem Umbau von 1992/94.*

*Innenansicht seit dem Umbau von 1992/94.*

Boden-Ideologie erkennbar. Am 21. Oktober 1934 fand im Bahnhotel (heute Musikhalle) eine Kundgebung der Deutschen Christen mit dem geistlichen Kommissar Eberhard Krauß statt. Dazu berichtete Dekan Dörrfuß später: »Eine öffentliche ›Gegenversammlung‹ war uns gemäß Verbot unmöglich. Aber möglich war uns ein Gottesdienst in der Stadtkirche. Wir durften ihn nicht in der Zeitung anzeigen, durften auch nicht durch Handzettel einladen, die Einladung konnte am Freitagnachmittag nur von Mund zu Mund weitergegeben werden. Unsere Helferkreise taten es. Abends zu gleicher Stunde, als die DC-Veranstaltung stattfand, läuteten die Glocken der Stadtkirche, und während sich nur 600 Besucher bei deren Versammlung einfanden, war die Stadtkirche bis auf den letzten Platz und dazu noch mit Hunderten von Stehenden gefüllt, insgesamt mindestens 1700 Besucher. Im Chor der Kirche aber saßen der Gemeinde gegenüber in ihrem Amtsornat sämtliche Amtsbrüder des Kirchenbezirks, 37 Geistliche, nur 2 DC und 1 Unentschiedener fehlten. Das Eindrucksvollste aber war, dass der Redner, Prälat Schrenk aus Stuttgart, kein einziges Wort von Kirchenpolitik sagte, sondern nur rein religiös über das Wort Christi aus Matthäus 16,18 sprach: ›Ich baue meine Gemeinde‹. Die Wirkung auf die Versammelten war mächtig.«

Drei Wochen nach der Pogromnacht, am 27. November 1938, dem 1. Advent, wurden zwei Bürger, die ihre Kontakte zu jüdischen Mitbürgern nicht abgebrochen hatten, von einer wilden Horde als »Judenknechte« bezeichnet, durch die Stadt bis vor die Stadtkirche geführt und schlimm gedemütigt. Der Schall aller Glocken, die zum Gottesdienst läuteten, gab den Geplagten ein wenig Schutz, indem man nichts von dem Hohn verstehen konnte, bis der amtierende Kriminalkommissar Stahl die Männer in Sicherheit brachte.

Im selben Jahr hielt der Kreisleiter der NSDAP, Otto Trefz, eine Rede angesichts der Stadtkirche u. a. mit den Worten: »Wir sind nicht erbsündig, sondern erbadelig; wir sind nicht demütig, sondern stolz. Wir lieben unsere Freunde und hassen unsere Feinde!« Ein Hass, der so vielen Menschen unsägliches Leid brachte.

Der Krieg, den Hitler 1939 entfesselte, ging auch an der Stadtkirche nicht spurlos vorüber. Im Januar 1942 wurden wieder drei Glocken abgenommen. Am 26. November 1943 zerstörte der Luftdruck einer Luftmine, die das Warenhaus Stern in der Körnerstraße getroffen hatte, neben vielen anderen Scheiben in der Gegend auch die Kirchenfenster mitsamt dem farbigen Chorfenster. Bei dem nächtlichen Luftangriff am 21. Februar 1944 fiel eine Stabbrandbombe in den Dachstuhl und blieb dort stecken. Dem rasche Zugriff von Mesner Bertsch, der im Turm und nicht im Luftschutzkeller war, ist es zu verdanken, dass kein Schaden entstand. Zuletzt schlug am 10. April 1945 noch eine Granate an der Südwestecke der Stadtkirche ein, freilich ohne großen Schaden anzurichten, die Fenster waren ja schon geborsten.

Nach Ende des Krieges hatte jedermann alle Hände voll zu tun, den verarmten Menschen, den Ausgebombten, den Heimatvertriebenen, damals noch Flüchtlinge genannt, den Kriegsversehrten, den fremden Menschen aus aller Herren Länder, die es nach Ludwigsburg gespült hatte, den ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, »displaced persons« (DPs), einigermaßen in ihren Nöten beizustehen, sie zu integrieren. Die Stadtkirche war der Ort, wo alle ohne Unterschied sich zusammenfinden konnten vor Gott und untereinander.

Als der provisorische Verschluss der Fenster im Westen schadhaft geworden

war, vermauerte man das Chorfenster und fügte in die Kuppel des Chores ein Oberlicht ein. Der Bildhauer Erwin Scheerer schuf ein Eichenholz-Kruzifix, das 1951 hinter dem Altar aufgestellt wurde. Im März 1957 konnten wieder drei Glocken im Südturm aufgehängt werden. Dadurch erklang nach 15 Jahren das alte Geläut in ganzer Fülle wieder.

*Ankunft der drei neuen Glocken am 25. März 1957.*

*Wieder eine Renovation*

Seit der Einweihung der erneuerten Stadtkirche im Jahr 1889 waren fast sieben Jahrzehnte vergangen. Eine gründliche Erneuerung des Innenraums war jetzt auch dringend nötig. Als die Wirtschaft sich langsam wieder erholt hatte, konnte der Kirchengemeinderat an die Renovation denken. Sie musste aber zurückgestellt werden, weil anderes Vorrang hatte: Das Gemeindehaus bei der Oststadtkirche, das Gemeindehaus in Grünbühl, das Gemeindehaus in der Gartenstraße, das Gemeindehaus in der Friedenstraße, der Wiederaufbau der Erlöserkirche im Westen und Kindergärten.

Im Herbst 1957 begann man zu planen: eine vollständige Überholung des Äußeren, helle Farben im Innern, Verglasung der Fenster, neue Beleuchtung und

elektrische Heizung. Das Denkmalamt trat für die Wiederherstellung der alten Raumgestalt, so wie Frisoni sie gebaut hatte, ein: für Beseitigung des Chores, Verkürzung bzw. Entfernung der seitlichen Emporen und Verkleinerung der Fenster. Ende August 1959 begannen die Bauarbeiten. Wieder wurde ein Gerüst an der Kirchenfront und an den Türmen aufgerichtet. Pläne für eine neue Walcker-Orgel wurden geschmiedet und sogar zu Stande gebracht. Man veränderte das Gehäuse leicht und setzte ein Positiv vor die Emporenbrüstung. Der elektrisch betriebene Spieltisch wurde beweglich gestaltet.

Auch sonst ging man innen kräftig ans Werk. Die für Stuck gehaltene Pappmaché riss man herunter und konnte sich eines mitleidigen Lächelns über diese Verzierung nicht erwehren. Später, als alles schön hell fertig war, verging manchem das Lächeln, denn bei den kahl getünchten Wänden hatte die Akustik stark gelitten. Mit aufgebrachten Dämmplatten und Lautsprecheranlage suchten die Fachleute der Sache Herr zu werden. Für die Pfarrer gab es tragbare Mikrofone. Doch die waren so groß und plump, dass man sie am Talar nicht tragen konnte. So kam diese Methode bald wieder außer Gebrauch. Das akustische Problem ist bis heute geblieben.

Große Meinungsunterschiede gab es bei der Frage, ob das Deckengemälde bleiben solle oder nicht. Die jetzigen Kunstsachverständigen hielten das Bild für gänzlich wertlos. Die Lösung war: Das Bild soll bestehen bleiben, wird aber durch einen leichten Anstrich verdeckt, der gegebenenfalls wieder abgenommen werden könnte. Es gelang dann noch, ein neues Gestühl, eine neue Kanzel, Altar und Taufstein zu finanzieren.

Kaum war alles fertig und die Wiedereinweihung am 27. November 1960 gefeiert, kam heftige Kritik auf: Der Parkettboden sei dauernd in Bewegung; die Akustik habe sich deutlich verschlechtert; die im Altarbereich verwendeten Steine zeigten vier verschiedene Grautöne, die nicht harmonieren; die Farbgebung und das einfallende Licht entspreche nicht barockem Vorbild; die elektrische Beleuchtung sei völlig unzureichend; die Außenfassade zeige Flecken. Fragen der Haftung für die Mängel zogen sich über Jahre hin und blieben letzten Endes erfolglos.

Die sechziger Jahre brachten auch an die Stadtkirche den Wunsch, allerlei Experimente im liturgischen Feld zu wagen. Mit Bild und Ton suchte man den Gottesdienst für die Gemeinde attraktiver zu gestalten. Der Vorbereitungsaufwand von etwa vier Wochen dafür war aber so groß, dass diese Bemühungen wieder einschliefen.

Dann kam die Zeit heftiger Atomdebatten überall im Land. Einige Atomgegner ließen sich am 17. Dezember 1985 völlig unbemerkt in der Kirche einschließen und verwehrten mit Ketten jedem den Zugang zu ihnen. Einen Spalt weit ließ sich die Haupttür öffnen; durch den konnte man mit den Demonstranten sprechen. Sorge im Blick auf die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage stellte sich ein. Dem Verhandlungsgeschick von Pfarrer Zeller war es zu verdanken, dass die jungen Männer am 19. Dezember die Kirche wieder verließen.

Ein Brandanschlag am 30. Januar 1991 führte zu einer so starken Verräucherung der Kirche, dass nichts anders übrig blieb, als das Innere ganz neu zu streichen. Die Gemeinde zog in die Schlosskirche so lange, bis das Nötigste getüncht, alles gereinigt und sichergestellt war, dass keine Gefahr mehr von giftigen Dämpfen ausging. Am 25. August konnte die Gemeinde wieder in die Stadtkirche einziehen.

*Der beim Umbau von 1889 neu gewonnene Chorraum mit Altar.*

Eine junge Frau fand sich eines Tages, weil sie den Mesner nicht weggehen gehört hatte, in der Kirche eingeschlossen. Ihr Klopfen hörte niemand, an die Schalter fürs Licht und die Glocken konnte sie nicht gelangen. So ergab sie sich in ihr Schicksal, bis zum Morgen warten zu müssen. Eine Zeit lang versuchte sie sich, was schon lange ihr Wunsch war, mit Predigtübungen von der Kanzel herab. Zu später Stunde schließlich bettete sie sich auf der Kanzel – mit dem Teppich, der vor dem Altar lag, als Unterlage und mit der Altardecke als Deckbett. Vorsichtig hat sie sich am Morgen, als der Mesner kam, bemerkbar gemacht, dass er nicht gar zu sehr erschrecke.

*Die dritte Renovation*

Schon 1978 hatte der Zustand des Äußeren der Kirche wieder eine Behandlung gefordert. Aber die Dinge ruhten zehn Jahre lang. 1988 musste dann der Baufachmann nach einer genauen Inspektion von einem Kran aus feststellen: »Es sind Riesenschäden zu beheben, das ist schon zum Fürchten!«. Selbst mit Absturz von Steinbrocken aus dem Turmsims musste gerechnet werden.

Erst 1992 konnten die Bauarbeiten beginnen. Diese Restauration sollte eine von solcher Gründlichkeit werden, wie dies vorher noch nie geschehen war. Von der Helmzier bis zum Fundament wurde alles erneuert. Um des Problems des fortwährenden Feuchtigkeiteinzugs in das Fundament ein für alle Mal Herr zu werden, hat man die ganze Kirche in der Höhe des Sockels mit einer Seilsäge durchgetrennt und eine Feuchtigkeitsperre aus Polyester eingebracht. Der Fußboden musste saniert, neue Elektroinstallationen eingelegt, WCs eingebaut werden und noch vieles mehr. Der noch original erhaltene Dachstuhl wurde mit roten Biber-

*Innenansicht nach dem Umbau von 1889.*

schwanzziegeln neu eingedeckt. Die lästige Taubenplage hat man mit Hunderten von senkrecht stehenden Drähten, die, ähnlich wie Weidezäune, elektrisch geladen sind, auf die Dauer überwunden.

Außen und innen wurde alles erneuert, was dessen bedurfte. Zu diesem Zweck wurde das gesamte Mobiliar aus der Kirche gebracht. Bei völlig leerem Kirchenraum konnte man die Weite und Größe der barocken Hallenkirche erst richtig erleben. Am 24. April 1994 war das Werk vollendet und wieder einmal konnte Einweihung gefeiert werden.

Da während der Bauarbeiten auch Bagger im Kirchenraum herumfuhren, geschah es, dass eine der Maschinen am 24. Mai 1993 plötzlich einbrach. Niemand mehr hatte gewusst, dass eine Gruft in der Kirche war. Zwei Personen waren dort beigesetzt worden. Aus alten Unterlagen konnte man erfahren, dass es sich bei den Toten um die Frau des Präsidenten von Schütz, einem Günstling der Grävenitz, und den Sohn des Direktors Pfau handelte, die 1737 dort ihre Ruhestätte gefunden hatten. Und noch etwas wurde bei den Bauarbeiten entdeckt: In einer vermauerten Nische lagen die lange vermissten Kirchenkonventsprotokolle.

Seit 275 Jahren steht die Stadtkirche an zentraler Stelle in der Stadtmitte von Ludwigsburg, unmittelbar auf der Fläche des Marktplatzes, nur zwei Stufen höher. Aber nahe bei den Menschen, im Sommer ihnen kräftigen Schatten spendend und im Winter ihnen vor scharfem Wind Schutz bietend – bei ihrer Gemeinde, bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei allen fremden Menschen. Vom Leben der Stadt umspült, eben »in der Mitte der Stadt«.

## Quellen und Literatur


Archiv der Stadtkirchengemeinde Ludwigsburg
Bauakten; Kirchenkonventsprotokolle; Kirchenregister
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
A 281 Bü 777 (Visitationsbericht von 1726)
Stadtarchiv Ludwigsburg
Ludwigsburger Tagblatt 8. 12. 1857, 20. 8. 1859; Ludwigsburger Zeitung 7. 3., 26. 5., 26. 10. 1888

*Dörrfuß, Adolf:* Die Evangelische Kirchengemeinde Ludwigsburg in den Jahren 1932–1946 (Ms. im Archiv der Stadtkirchengemeinde Ludwigsburg).

*Kolb, Christoph:* Geschichte der evangelischen Gemeinde Ludwigsburg, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 24, 1920, S. 1–54.

*Schönleber, Georg Friedrich Ludwig:* Historisch-Statistisch-topographische Nachrichten von der Stadt Ludwigsburg, 1835 (Handschrift im Stadtarchiv Ludwigsburg).

*Scholl, Fritz:* Leopold Retti, Ansbach 1930.

*Sting, Albert:* Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Band 1: Von der Vorgeschichte bis zum Jahr 1816, Ludwigsburg 2000.

*Zilling, Georg Sebastian:* Ludwigsburger Notabilienbuch, 1777 (Handschrift im Archiv der Stadtkirchengemeinde Ludwigsburg).

# Drill für Ludwigsburgs Soldaten

## Der Große Exerzierplatz und das Schießtal*

von Eduard Theiner

Höchste Staatstugend im Reiche König Wilhelms I. war die Sparsamkeit. Folglich trachtete seine Reorganisation des württembergischen Heeres von 1817 zuerst nach dessen Verminderung. Mochte damit auch der militärische Glanz eines Friedrich I. passé sein: Ludwigsburg blieb nach wie vor das »schwäbische Potsdam«. 7000 Mann stark war jetzt das württembergische Armeekorps, und 3000 davon standen in Ludwigsburg. Alle Waffengattungen waren hier vertreten: Infanterie, Reiterei, die gesamte Artillerie und der Generalquartiermeisterstab mit der Pionierkompanie.[1] Zur Ausbildung des Offiziersnachwuchses gründete König Wilhelm 1820 die Kriegsschule in der Mömpelgardstraße. 1821 ließ er einen Militärschießplatz einrichten, zwischen der Gießhaus- und der Hohenzollernstraße. Und es gab einen Exerzierplatz an der Stuttgarter Straße.[2]

Zedlers Universallexikon von 1734 definiert kurz und bündig: »Das Exerciren, die Kriegs-Übung, ist die Unterrichtung der Soldaten, wie dieselben mit dem Gewehr umgehen und sich in Ordnung sollen stellen lernen.«[3] Den Exerzierplatz bezeichnet Zedler auch als »Trill-Platz, wo die Soldaten ihre erlernte Exercitia, zu besserer Behaltung und Ausübung, täglich auch wohl zweymahl in Sommers-Zeit wiederhohlen müssen«. Und dieser Drill muss einst so intensiv gewesen sein, dass die Medizin den Fachbegriff des »Exerzierknochens« kannte: eine entzündliche Knochenneubildung vor allem »im Deltamuskel durch das Gewehrschultern«.[4] Die alten Exerzierreglements – sie sind für alle Waffenarten Württembergs im Druck erschienen – wurden 1919 von der »Ausbildungsvorschrift« abgelöst.[5] Seine überragende Rolle hat der Gamaschendienst mittlerweile ausgespielt; heute spricht man von der Formalausbildung.

Beim Exerzieren übte der Soldat also die Handhabung der Waffe – das »Griffe kloppen« –, und er wurde in der Ausführung taktischer Formen und Bewegungen gedrillt. Wenn etwa eine Marschkolonne Gefechtsformation annehmen sollte, mussten die Bataillone nebeneinander vorrücken. Gleichzeitig aber hatten sich die einzelnen Kompanien schachbrettartig aufzustellen.

Für die Rekrutendressur nun gab es besagten Exerzierplatz in der Stadt, im Karree von Stuttgarter Straße, Königsallee, Friedrich-Ebert-Straße und Friedrichstraße; dort also, wo heute unter anderem das Forum am Schlosspark und das Arbeitsamt stehen. Während er sich bereits im Stoll'schen Plan von 1782 findet, verzeichnen Stadtpläne aus der Zeit um 1760 hier noch eine Gartenanlage.[6] Möglicherweise haben die Ludwigsburger Soldaten seit 1773 auf diesem Exerzierplatz, der später als Kleiner Exerzierplatz bezeichnet wurde, ihren Schweiß vergossen.

---

* Überarbeitete und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 13. Dezember 2001 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

*Der Kleine Exerzierplatz ums Jahr 1910: Dragoner beim Exerzieren. Im Hintergrund das Proviantamt.*

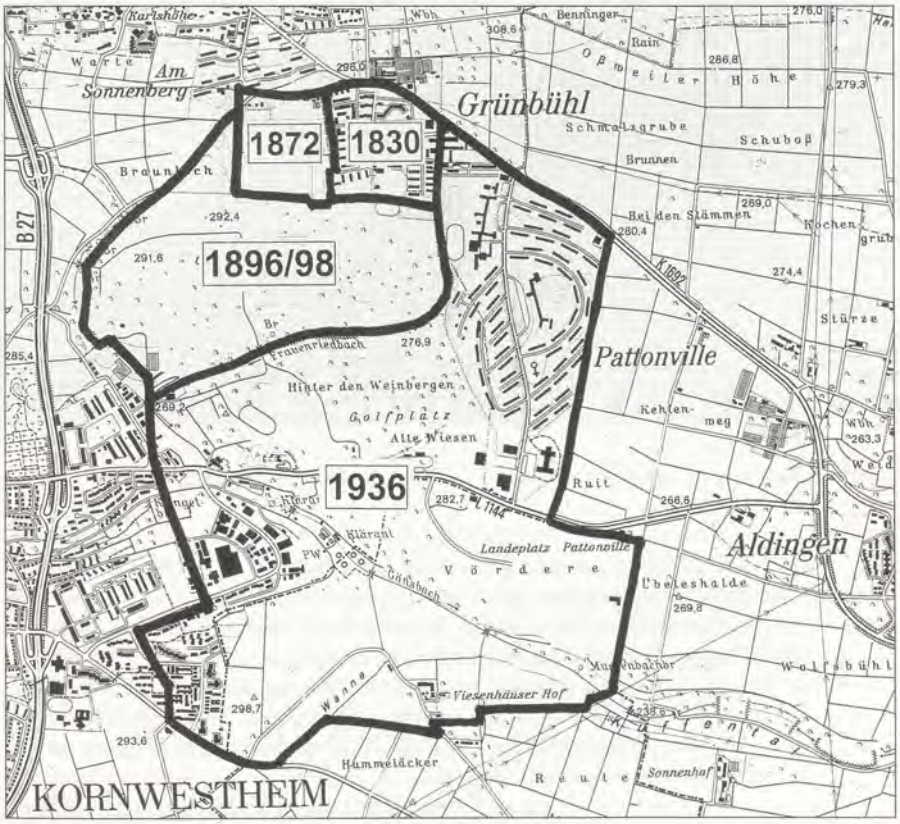
Denn laut Kornwestheimer Kaufbuch veräußerte die »gnädigste Herrschaft« in jenem Jahr eine 13,5 Morgen große Fläche, »einerseits der Stuttgarter Chausseestraß und anderseits neben der Lärchenholzallee gelegen, so bisher ein herrschaftlicher Exerzirplatz gewesen«.[7]

Das Geviert an der Stuttgarter Straße war 394 Meter lang und 126 Meter breit, maß also nicht ganz 5 Hektar und war damit als Exerzierplatz von Anfang an zu klein geraten. Man musste aus der Stadt hinaus, und so sahen sich die Militärs schon zu Beginn der 1820er Jahre nach einem tauglichen Stück Land um. Anfangs hatten sie eine Wiesenfläche im Oberen Schlossgarten im Auge, dann den Salon mit einer Fläche von gut 22 Hektar. Endlich fiel die Wahl auf ein Gelände der Markungen Aldingen und Kornwestheim. Ein Offizier des Generalquartiermeisterstabes ritt am Vormittag des 22. Oktober 1829 hinaus, um ein hinlängliches Areal im Gewann »Alter See« abzustecken. Und siehe da: Man hatte es gut getroffen. Das Terrain war zwar abschüssig, aber ziemlich plan und bildete ungefähr ein Quadrat mit einer Seitenlänge von rund 470 Metern.[8]

Als im Oktober 1829 die Amtsversammlung tagte, musste der Oberamtmann vorfühlen, wie die Schultheißen von Aldingen und Kornwestheim zu der Sache stünden und um welche Geldsumme sich der Kauf bewerkstelligen ließe. Die Kornwestheimer scheinen allerdings zu hohe Preisvorstellungen gehabt zu haben. Darum hätte das Kriegsministerium den Platz lieber ganz auf Aldinger Markung gelegt. Doch als sich die Kaufverhandlungen dann immer länger hinzogen, kamen auch die Aldinger auf den Geschmack, so dass das Gouvernement schrieb: die guten Leute wollten sich offenbar ihre kargen Äcker und sauren Wiesen teuer bezahlen lassen.[9]

Im Februar 1830 aber drängten die Militärs auf eine Entscheidung, denn die Manöverzeit rückte heran; außerdem wollten die Bauern ihre Felder düngen und bestellen. So kam es denn endlich am 31. März und am 1. April 1830 zum Kaufvertrag zwischen den Gemeinden Aldingen und Kornwestheim einerseits und dem Finanzministerium auf der andern Seite. Laut Messurkunde fasste der neue Exerzierplatz rund 22 Hektar. Dazu gaben 82 Grundbesitzer von Aldinger Markung 13,5 Hektar her, und zwar zum überwiegenden Teil Ackerland; keine zwei Hektar waren Wiesen. Die Kornwestheimer steuerten 6 Hektar bei. Außerdem lag auf ihrer Markung die 2 Hektar große so genannte Seeremise; die war bereits in Staatsbesitz und wurde ebenfalls dem Exerzierplatz zugeschlagen. Solche Remisen waren niedere Laubholzwäldchen, Gebüsche, die zur Hege des Jagdwildes dienten. Die Seeremise wurde also abgeholzt; zum Ausgleich dafür vergrößerte man die benachbarte Braunlochremise.[10]

Am 15. April 1830 erfolgte die Besitznahme: der Platz wurde »versteint«. Die Grenzsteine trugen zum Exerzierplatz hin das württembergische Hirschhorn, auf




*Das 22 Hektar große Areal des Exerzierplatzes von 1830 deckt sich mit der heutigen Grünbühlsiedlung. 1872 wurde die Fläche nach Westen hin nahezu verdoppelt. Mit der Erweiterung bis zum Frauenriedbach 1896/98 maß der Große Exerzierplatz 133 Hektar, und 1936 erreichte er mit 450 Hektar seine größte Ausdehnung.*

Aldinger und Kornwestheimer Seite zeigten sie ein großes A oder K. Untergänger beider Gemeinden waren anwesend, um die Steine der Markungsgrenze im Boden zu versenken. Rings um den Platz zog man einen Graben, 2 Fuß (60 cm) tief und 3 Fuß (90 cm) breit. Dieser Graben sollte zum einen die Grenze markieren, zugleich aber auch das Oberflächenwasser ableiten.[11]

Nun waren noch die Wurzelstöcke der Seeremise zu entfernen, damit sie keine Stolperfallen für die Pferde bildeten. Weil aber dieses Wurzelwerk ein regelrechtes »Gewebe« bildete, musste die 2 Hektar große Fläche komplett umgegraben werden, und zwar 30 bis 40 Zentimeter tief. Das günstigste Angebot dafür lautete zunächst auf stolze 379 Gulden. Angesichts der notorischen Kürzungen im Mili-

*Die Geschütze sind aufgefahren und in Stellung gebracht (um 1910).*

täretat musste das Kriegsministerium an allen Ecken und Enden haushalten, wollte es deshalb mit Gefangenen des Ludwigsburger Zuchthauses versuchen. Die kosteten nur 15 Kreuzer am Tag, plus 5 Kreuzer für Trunk und Brot. Bei veranschlagten 900 Tagewerken machte das runde 300 Gulden aus. Ein erster Test verlief zur Zufriedenheit, obwohl die Sträflinge aus Ludwigsburg körperlich geschwächt waren. Mittlerweile war aber ein Nachgebot eingegangen, vom Bauern Georg Sülzle aus Neckarweihingen. Und weil der das Umgraben für 225 Gulden besorgen wollte, bekam er auch den Zuschlag.[12]

Damit alles seine Ordnung hatte, wachten zwei Unteroffiziere des Pionierkorps über die Arbeiten. Der Eingang zum Exerzierplatz befand sich an der Markungsgrenze; Werkmeister Baumgärtner erhielt daher den Auftrag, genau dort eine steinerne Brücke über den Chausseegraben zu schlagen.[13]

Weil wie gesagt der Fiskus den Kauf getätigt hatte, sollte das Kriegsministerium fortan eine jährliche Pacht zahlen. Beide Behörden stritten sich zunächst aller-

dings ein paar Monate lang um die Höhe des Pachtzinses. Die Staatskasse veranschlagte den Aufwand für den Erwerb des Exerzierplatzes einschließlich der darauf lastenden Zehnten mit 16 723 Gulden; das Kriegsministerium hatte fürs Erste jährlich drei Prozent daraus als Pacht zu entrichten, mithin 502 Gulden.[14]

Nun besaß die Ludwigsburger Garnison zwar ihren Großen Exerzierplatz, aber der machte ihr wenig Freude. Im Mai 1830 regnete es so ausgiebig, dass Generalleutnant Roeder Anfang Juni klagte, der Platz sei zum Exerzieren kaum mehr brauchbar, solche Wasserrinnen hätten sich gebildet.[15] Auch die Straße von Ludwigsburg her war in einem erbärmlichen Zustand. Das Kriegsministerium forderte daher kurzerhand den Kornwestheimer Schultheißen auf, die Straße »chaus-

sieren« zu lassen. Doch der holte sich spornstreichs Schützenhilfe bei der Kreisregierung[16] und zog überdies eine königliche Verfügung vom 19. Juni 1828 hervor. Dort stand zu lesen, dass »Nachbarschaftsstraßen« von den Gemeinden in einem »wohlfahrbaren Zustand« zu erhalten seien. Das hieß: Man musste sie lediglich planieren und zu beiden Seiten mit Gräben versehen. Denn, so schrieb der wackere Schultheiß ans Kriegsministerium: »Aldingen und Ludwigsburg stehen und stunden bisher in so wenig Verbindung, dass weder jenes Dorf noch diese Stadt jemals einer Chaussee für ihren wechselseitigen Verkehr bedürfen.«

Vielmehr sei es doch in Wahrheit so, dass nur die schwere Artillerie und die Reiterei »eine sehr gute feste Chaussee« nötig hätten; dann aber solle bitteschön auch das Kriegsministerium dafür aufkommen – »zu Abwendung alles Rechtsweges«. So eine Kunststraße käme mindestens auf 1400 Gulden zu stehen, ganz abgesehen von den jährlichen Unterhaltungskosten, die man mit 150 Gulden veranschlagen müsse. Die Kornwestheimer selbst aber seien alles andere als wohlhabend. Erst im vergangenen Jahr habe ihr »neuer kostbarer Schulhausbau« ein tiefes Loch in den

Gemeindesäckel gerissen. Doch die Militärs ließen so rasch nicht locker. Zuerst willigten die Kornwestheimer ein, dass sie ein Viertel der Kosten übernehmen wollten. Als das Ministerium sie weiter unter Druck setzte, gaben sie am 15. Oktober 1831 schließlich vollends nach.[17]

Das Kriegsministerium saß eben am längeren Hebel. Das bekam auch Gottlieb Dreher zu spüren, seines Zeichens Bürger und Schäfer zu Aldingen. Für ihn war der Exerzierplatz »einer der vortheilhaftesten und nüzlichsten Weide-Pläze«. Also ließ er sich vom Notariatsgehilfen Stierlen in Eglosheim eine dreiseitige Eingabe verfassen »wegen billiger Entschädigung für entgangene Schafweide Nutzung«.[18] Jene 43 Morgen Land, die Aldingen für den Exerzierplatz abgetreten hatte, wären nämlich gerade anno 1830 in die Brache gefallen, argumentierte Dreher. Folglich hätte er diese 13,5 Hektar noch im Herbst befahren können. Nun aber musste er für 75 Stück Schafe eine andere Weide pachten, und er musste dabei – weil es schon hoch im September war – jeden Preis zahlen, den man verlangte, sprich 1 Gulden pro Tier. Machte zusammen 75 Gulden, und die wollte Dreher nun haben.

Aber auch der Aldinger Gemeindeschäfer blieb auf seiner Forderung sitzen; gleich im Frühjahr hätte er reklamieren müssen, belehrte ihn das Kriegsministerium. Doch genau betrachtet schlage ihm die Sache nur zum Vorteil aus. Denn das Militär werde den Platz ja nur vier bis fünf Monate im Jahr benützen. Und überhaupt: Konnte Dreher die Flächen bis dato nur dann befahren, wenn sie in der Brache lagen – also alle drei Jahre –, so standen sie ihm nun Jahr für Jahr zur Verfügung.[19]

Überhaupt waren die Aldinger noch ganz gut daran. Den Schaden vom Exerzierplatz hatten stets die Kornwestheimer. Und nicht bloß, weil sie die Straße instand halten mussten. Ständig lamentieren sie, dass ihre südlich angrenzenden Wiesen und Äcker überflutet seien. Deshalb hatten sie gleich im Juni 1830 mit eigener Hände Arbeit einen 1300 Meter langen, »sehr nachtheiligen und kostbar zu erhaltenden Wasser-Abzugsgraben« anlegen müssen; der sollte die Regenmassen wohl zum Frauenriedbach hin ableiten. Doch wenn sie den Schaden nicht ersetzt bekämen, wollten sie die Verfassung bemühen, drohten die erbosten Kornwestheimer Gemeindeväter.[20]

Als die Klagen sich Jahr für Jahr wiederholten[21] und es im Sommer 1834 besonders schlimm wurde, begab sich eine Kommission der Militärbehörde hinaus, um die Angelegenheit in Augenschein zu nehmen. Und man musste zugeben, dass »in Folge eines Platzregens auf den angrenzenden Wiesen der Kornwestheimer nicht unbedeutende Verwüstungen angerichtet worden sind«. Auch Oberamtmann Stump sah sich die Bescherung an, zusammen mit dem Gemeinderat. Man war sich einig, dass der verdichtete Boden des Übels Grund war, denn: »Da der ganze Exerzierplatz nicht mehr in gebautem Felde besteht, sondern immer mehr festgetreten wird, so verschluckt der Boden wenig oder kein Wasser mehr, und bei schnellen und starken Regengüssen strömt das Wasser über denselben herab in den Graben, der sich an der Grenze des Exerzierplatzes gegen die Wiesen der Kornwestheimer befindet.«[22]

Der Oberamtmann riet daher, eben diesen schmalen Graben an seiner tiefsten Stelle mit einem Abzugskanal zu versehen, der zudem mit Steinen auszupflastern sei. Für die Kornwestheimer Bauern müssten dann vier Brücken über diesen Kanal geschlagen werden, eine weitere Brücke sollte über den Graben des Exerzierplat-

zes führen. Doch die Zeiten waren schlecht, der neue Landtag feilschte soeben wieder um den Militäretat[23]; da waren die veranschlagten 267 Gulden nichts anderes als eine unnötige Geldausgabe.

Trotz alledem sah der Exerzierplatz auch glanzvolle Paraden. So berichtete beispielsweise das Ludwigsburger Tagblatt 1857 von einer »Revue«, bei der König Wilhelm I. – damals 76 Jahre alt – teilnahm: »Heute Vormittag fand auf dem großen Exerzierplatze durch Se. Majestät den König unter Anwesenheit Sr. K. Hoheit des Prinzen Friedrich, Sr. Exc. des Herrn Kriegsministers v. Miller und Sr. Exc. des Herrn Generallieutenants v. Baumbach und des Herrn Generalmajors Graf

*Dragonerregiment Königin Olga in Parade (um 1913).*

v. Linden eine große Revue über sämtliche Truppenkörper der hiesigen Garnison statt. ... Nachdem Se. Majestät, welche etwas vor 8 Uhr mit glänzender Suite auf dem Platze anlangten, die Fronten der in 3 Treffen aufgestellten Truppen unter Commando des Herrn Generalmajor v. Baur Exc. durchritten hatten, ließen Höchstdieselbe zum Schlusse sämtliche Truppen an sich vorbeidefilieren. Se. Majestät, trotz des vorgerückten Alters sich noch des kräftigsten Aussehens erfreuend, verfügten sich nach beendigter Revue unmittelbar nach Stuttgart zurück, nachdem Höchst Sie sich zuvor gegen den Commandirenden, Herrn Generalmajor v. Baur Exc., über die Ausführung und gute Haltung der Truppen in anerkennendster Weise aussprachen.«[24]

Kritischere Beobachter sahen das freilich etwas anders als König Wilhelm I., der »sich als Soldat fühlte und zeitlebens für einen großen Feldherrn hielt«. Den Inspektoren des Deutschen Bundes etwa fielen gerade in den 1850er Jahren die schwerfälligen Kommandos der Württemberger auf. Das provisorische Exerzierreglement von 1847 formulierte derart umständliche Orders, dass die Truppe

dadurch in ihrer Manövrierfähigkeit erheblich beeinträchtigt war.[25] In den Zeitungen und in den Akten finden sich darüber hinaus immer wieder leidige Vorfälle: Soldaten wurden verletzt, angeschossen oder gar getötet. Bei schwereren Verwundungen leitete man eine gerichtliche Untersuchung ein.[26] Weniger Aufhebens machte man, wenn zum Beispiel ein Pferd sich die Lanze acht Zoll tief in den Leib rannte und eine tödliche Leberverletzung erlitt.[27]

Der schlechte Zustand des Geländes führte vor allem bei der Kavallerie fast tagtäglich zu Unfällen. Doch die Lage sollte sich noch verschärfen. Die Revision der Bundeskriegsverfassung von 1853 erhöhte die Kontingente der Artillerie und verlängerte die Präsenz der Infanterie.[28] Mit der Mobilmachung des Bundesheeres

*Mit dem Geschütz durch den Graben; im Hintergrund der Salon (um 1913).*

während des Krimkriegs von 1855 wurde der Pferdebestand der Kavallerie aufgestockt und die Artillerie auf Kriegsstärke gebracht. Sämtliche Waffengattungen tummelten sich jetzt auf dem 22 Hektar großen Gelände des Exerzierplatzes. Hatte vordem eine Batterie in Ludwigsburg und eine in Schwäbisch Gmünd geübt, so waren jetzt drei Batterien mit 16 Geschützen zugange, dazu gleichzeitig ein Reiterregiment und ein Infanteriebataillon. An Vormittagen wurde obendrein noch Scheibenschießen trainiert, so dass tatsächlich kein Fleckchen Erde verschont blieb. Und je aufgewühlter der Boden dann war, umso leichteres Spiel hatte die erodierende Kraft des Regens. Mochte der Platz noch so feucht sein von schneereichen Wintern oder nassen Sommern – es wurde exerziert. Kein Wunder, dass von der Grasnarbe nicht viel übrig blieb. Entlastung brachten nur Stoppelfelder, die im Spätsommer nach der Ernte genutzt werden konnten.[29]

Das Desaster der Mobilmachung von 1859, dem Jahr der Solferino-Schlacht, ließ bereits das Versagen von 1866 ahnen. Freilich, selbst eine bessere Ausstattung des württembergischen Heeres musste an der Sparpolitik der Stände scheitern, die in jenen Jahren den Wehretat wieder einmal besonders rigoros zusammenstri-

chen.[30] Die Garnisonsverwaltung kann es 1864 nicht mehr mit ansehen, wie das Wasser auf dem Exerzierplatz Rinnen gräbt, »welche für das Gehen der Pferde in den verschiedenen Gangarten ganz besonders gefährlich sind und nicht selten schon Ursache schwerer Unfälle und mancherlei Beschädigungen der Pferde durch Sehnenverzerrungen und Schulterverstauchungen waren«. Und die Behörde schließt daraus: »Man kann annehmen, dass sich bei den hiesigen berittenen Waffen immer eine Anzahl in dieser Weise beschädigter Pferde befindet.«[31]

Eine Kommission aus vier Offizieren wird gebildet, den Vorsitz führt Oberstleutnant von Woellwarth. Zusammen mit Baurat Heimerdinger vom Kriegsministerium kommt sie am 16. Juli 1864 zum Lokalaugenschein und konstatiert, was

*Ulanenregiment 20: Sprung über den Wassergraben (um 1910).*

alle schon längst wissen: Das Hauptübel sei in der »höchst ungünstigen Lage« des Exerzierplatzes zu suchen, »indem der Fall [das Gefälle] desselben in der Richtung gegen Süden ein sehr bedeutender ist«. Und die Sachverständigen fordern, was andere vor ihnen schon gefordert haben: Sickerlöcher und flache Abzugsrinnen anzulegen, die beim Exerzieren nicht stören. Auf gleiche Weise wäre der Kleine Exerzierplatz zu behandeln, der nach Norden hin fast 2,6 Prozent Gefälle aufweist und deshalb ganz ähnliche Sorgen bereitet. Denn eins ist sicher: »Bei dem jetzigen Stand an Mannschaft und Pferden und bei den festgestellten Anforderungen hinsichtlich der taktischen Ausbildung der Truppen erweisen sich die Übungs-Plätze für die hiesige Garnison keineswegs als genügend.«[32]

Vorsorglich rät die Kommission noch davon ab, die vorgeschlagenen Arbeiten »durch präsente Mannschaft ausführen zu lassen, indem der militärischen Haltung und Disciplin nichts so nachtheilig ist, als gerade dergleichen Beschäftigungen«. Also reicht die Kasernenverwaltung am 26. Juli 1864 einen Kostenvoranschlag nach: 2602 Gulden wären für die Sanierung des Kleinen und des Großen Exerzierplatzes aufzuwenden.[33] Doch für Generalleutnant Baur vom Garnisons-

gouvernement ist es eine ausgemachte Sache, dass die Pflege des Exerzierplatzes nur in die richtigen Hände kommen müsse. Wie war es denn in früheren Jahren gewesen? Da hatten sich Offiziere und Mannschaften des Pionierkorps um den Exerzierplatz gekümmert, Fachleute sozusagen. 1857 aber war das Pionierkorps nach Ulm abgezogen worden. Mit der Folge, dass »die jährliche Herstellung jetzt durch Mannschaften erfolgt, welche in Erdarbeiten wenig oder gar nicht geübt ist, und – was die Hauptsache ist –, die Aufsicht wird durch Offiziere geführt, welche gleichfalls nicht orientiert sind«.

Damit spricht der Generalleutnant auch den vier Offizieren der Gutachterkommission den nötigen Sachverstand ab. Das Lahmwerden einiger Pferde rechtfertige solch bedeutende Ausgaben nicht, schreibt er, denn: »Auch in Ulm und Stuttgart, wo die Exerzierplätze eben und ohne Furchen sind, werden Pferde lahm.« Die Praxis der Felddienstübungen sah freilich anders aus. Verlangte doch das Kriegs-

*In Gefechtsstellung (um 1913).*

ministerium von der Kavallerie äußerste Schonung ihrer Tiere und erließ sogar Beschränkungen für das Galoppieren.[34]

Im Übrigen weiß Generalleutnant Fidel von Baur besser, auf welche Weise der Exerzierplatz wohlfeil zu sanieren sei: nämlich durch »gründliches Pflügen der Quere nach« und durch »Ausgleichen der Furchen und Beseitigen der großen Steine durch Auflesen«. Die ganze Operation veranschlagt er auf 245 Gulden. Danach seien nur noch regelmäßige Ausbesserungsarbeiten notwendig, am besten zweimal jährlich unter der Aufsicht eines geeigneten Offiziers.

Im Kriegsministerium war man skeptisch, dass sich dieses Problem durch bloßes Pflügen beseitigen ließe; solches sei schon vor 30 Jahren vorgeschlagen und als zwecklos verworfen worden.[35] Hauptargument war auch hier die Kostenfrage: Es sei nicht vertretbar, 2602 Gulden auszugeben, ohne damit ein für alle Mal »radicale Abhilfe« zu schaffen. Aber die Einfahrt könne man wenigstens erhöhen, weil von der Straße her bekanntermaßen eine Menge »wildes Wasser« eindringe.

Hauptmann Loeffler vom Pionierkorps solle sich der Sache annehmen und gleich auch mit ein paar Zuchthäuslern den Umfassungsgraben regulieren.

So geschah am Ende ein weiteres Mal wenig oder nichts. Das Militärwesen stand ohnehin nicht hoch im Kurs, da die Linke im Landtag gerade mit der Volksbewaffnung liebäugelte und im stehenden Heer lediglich ein dynastisches Spielzeug oder ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes sah.[36] So hören wir auch in den darauf folgenden Jahren stets von »schuhtiefen Wasserrissen«, von »den so häufigen Verletzungen der Pferde« und von Sanierungsplänen, die denen von 1864 aufs Haar gleichen. Immerhin erfahren wir in diesem Zusammenhang, dass man den Exerzierplatz jetzt abgeteilt und jeder Waffengattung einen Bereich zugewiesen hat.[37]

Dabei hätte es fürs Erste schon genügt, das Scheibenschießen vom Exerzierplatz

*Der Garnisonsschießstand beim Gießhaus in der Stadt. Auf dem Wall steht die 7 Meter hohe Blende aus Holzbohlen. Wurde sie in ihrem unteren Teil durchschlagen, prallten die Kugeln an der dahinter stehenden Stadtmauer ab.*

zu verbannen. Wohl gab es den 1820 eingerichteten Schießstand beim Gießhaus in der Stadt. Der war 200 Schritt lang (ca. 150 Meter) und reichte von der Kreuzung Solitudestraße/Leonberger Straße bis zur Ecke Friedrichstraße/Seestraße. Geschossen wurde in südöstlicher Richtung, wobei die drei Meter hohe Böschung vor der Stadtmauer einen natürlichen Kugelfang bildete. Für Hochschüsse hatte man auf dem Wall eine »Schutzwand« aus drei Lagen tannener Bohlen errichtet, gut sieben Meter aufragend und 77 Meter lang. Kamen nun aber auf eine Stelle mehr und mehr Treffer, so gruben sich die Kugeln immer tiefer ins Holz, bis sie eines Tages hindurchdrangen. Im unteren Teil prallten sie zwar noch an der Stadtmauer ab, die ungefähr zehn Schritt hinter der Blende stand und hier zwischen Stuttgarter Tor und Gießhaus knapp vier Meter hoch war. Durchschlugen Fehlschüsse aber den oberen Teil der Blende, so nahmen sie Kurs auf die Felder außerhalb der Stadtmauer.[38]

Als die Garnisonsverwaltung von November 1840 bis April 1841 Versuche mit »gezogenen Gewehren« unternahm, musste sie diese »auf dem freyen Felde, in der Umgebung der Stadt« vornehmen. Denn die neuen Waffen trugen mehr als 300 Meter weit.[39] Zudem war infolge der Kriegsgefahr von 1840, als Frankreich den Rhein forderte, die Aushebungsquote erhöht und die Präsenzzeit verlängert worden[40], so dass die Schießbahn jetzt auch stärker genutzt wurde. Der eigentliche Grund dafür, dass nun plötzlich seit 1842 mehr und mehr Bürger über Gefährdungen durch das Schießen klagten, dürfte aber in der verbesserten Waffentechnik zu suchen sein. Weil der Schießstand beim Gießhaus längere Distanzen ohnehin nicht zuließ, richtete man 1843 eine Schießbahn auf dem Großen Exerzierplatz ein und warf dazu an seiner südwestlichen Ecke einen Erdwall als Kugelfang auf.[41]

Doch damit war das Problem nicht aus der Stadt geschafft. Im März 1846 wandten sich abermals »die Besitzer verschiedener, außerhalb der Stadtmauer in der Schusslinie liegender Grundstücke« an den Stadtrat mit der Klage, dass sie »unabweisliche Gefahr laufen, von Kugeln, welche durch die Bretterwand hindurch und über die Stadtmauer oder über beide wegfliegen, getroffen zu werden«. Der Stadtrat selbst gab zu bedenken, dass die Schießbahn nach Fertigstellung der Eisenbahnlinie ohnehin nicht mehr zu halten sei.[42]

Das Kriegsministerium ließ solche Bedenken freilich nicht gelten und sprach von »sehr übertriebenen Vorstellungen einer Gefährlichkeit, aus Mangel an richtiger Beurtheilung der Schießübungen«.[43] Seit 26 Jahren werde hier nun »ohne irgendeine erhebliche Anfechtung geschossen«, und noch nie sei »ein Unfall für das Publikum entstanden«. Was aber die Eisenbahn betreffe, so werde diese ohnehin in einem Geländeeinschnitt fahren und somit »vollkommen geschützt« sein.[44] Indes, die Stadtväter sahen die Dinge keineswegs so unbekümmert: Wie ungenügend die Schutzmaßnahmen seien, das zeigten doch »die unzähligen Spuren von Kugeln« an der Stadtmauer. Sie forderten daher »eine massive steinerne Mauer mit einer 40 bis 50 Schuh langen Wiederkehr« – also seitliche Blenden –, »und zwar von solcher Höhe, dass das Darüberfliegen von Kugeln nicht mehr möglich sey«.

Obwohl die Stadtverwaltung sich nun auch an die Kreisregierung wandte, blieben ihre Bemühungen um mehr Sicherheit vergeblich. Fatal war, dass just zur selben Zeit sich auch gegen das Schießen auf dem Großen Exerzierplatz Bürgerprotest regte. Weil in Ost-West-Richtung gefeuert wurde, waren hier die Kornwestheimer Bauern betroffen: Felder, die in der Gefahrenzone lagen, durften an zwei Vormittagen der Woche nicht betreten werden. Drei Jahre lang hatten die Kornwestheimer gute Miene zum Spiel gemacht. 1846 aber war ihre Geduld am Ende: Die Herren Militärs sollten »in Zukunft für diese Übungen einen anderen, geeigneteren Platz auswählen«, murrten sie.[45]

Das Kriegsministerium wusste, dass dem mit umständlichen schriftlichen Verhandlungen nicht beizukommen war. Es galt vielmehr, »derlei an sich übertriebene Gefahrbefürchtungen an Ort und Stelle möglichst zu beschwichtigen«. Denn erfahrungsgemäß war es bei derlei »ungemäßigten Anforderungen oft genug nur auf pecuniäre Vortheile mittelst Geld-Entschädigungen abgesehen«. Mit andern Worten: Die Kornwestheimer Güterbesitzer würden sich wohl mit einem »billigen Geld-Aversum« (Zuwendung) begnügen und auch künftig »an den voraus zu bestimmenden Schießtagen von diesem Felde sich entfernt halten«. Die Kasernenverwaltung stimmte zu, weil ein neuer Schießplatz nicht finanzierbar war.[46]

*Dragonerregiment Königin Olga: die Herren Offiziere speisen (um 1913).*

Am 28. Januar 1847 führte der Oberamtmann zusammen mit Regimentsquartiermeister von Kirn die Verhandlungen. Die Kornwestheimer Bauern blieben zunächst hartnäckig, ihr Widerstand war »nur mit der größten Klugheit der Beamten und des Ortsvorstehers zu besiegen«, wie Generalleutnant von Brand dem Kriegsminister berichtete. Der Vertrag sah je Morgen drei Gulden Entschädigung vor; betroffen war eine Fläche von 30 Morgen westlich des Kugelfangs. Dafür durfte dann in den Monaten Mai bis August an zwei Tagen in der Woche geschossen werden.[47]

Nachdem seit 1849 Versuche mit Zündnadelgewehren angestellt worden waren, unternahm die Kasernenverwaltung im Oktober 1852 auf dem Exerzierplatz Schießproben mit dem Minié-Gewehr.[48] Von dem Franzosen Claude-Étienne Minié entwickelt, war der Vorderlader dank seinem gezogenen Lauf den bisher verwendeten Perkussionsflinten deutlich überlegen, sowohl was Tragweite als auch Treffsicherheit betraf. Da der Exerzierplatz eine Seitenlänge von 470 Metern hatte, musste bei jenen Versuchen im Herbst 1852 »der Schieß-Abstand von der Scheibe weit in die Güter auf Aldinger Markung zurückverlegt werden«.[49]

Der 1847 mit den Kornwestheimern geschlossene Vertrag wurde bis 1855 erneuert, die Gefahrenzone dabei auf knapp 54 Morgen erweitert.[50] Als Württemberg unter dem Eindruck des Krimkrieges 1854 das Minié-Gewehr einführte[51], wollte die Kasernenverwaltung das Schießen auf dem Exerzierplatz über die vereinbarten Monate Mai bis August hinaus aufs ganze Jahr ausdehnen.[52] Während bereits die Mobilmachung von 1855 im Gang war, berief das Kriegsministerium eine »Kommission zur Ausmittlung eines Schießplatzes«. Die legte am 1. Juli 1855 ihren Bericht vor und kam zu dem Schluss, dass der Exerzierplatz als Ausbildungsstätte für das Scharfschießen schon allein deshalb ungeeignet war, weil er nicht die erfor-

derliche Länge aufwies. Auf den Straßen und Feldern ringsum herrschte zudem »lebhafter Verkehr«; selbst eine 40 Fuß hohe und 100 Fuß lange Mauer hätte keine vollkommene Sicherheit gegen »das Verrücken des Gewehres« beim Schuss geboten.

Folglich hatte die Kommission mögliche andere Standorte untersucht: eine Senke am Fußweg nach Pflugfelden, das Gelände am Neckar bei Harteneck, das Zigeunertäle bei Hoheneck, das Osterholz und den Abschnitt der Stadtmauer zwischen Schorndorfer und Aldinger Tor. Offenbar ließ man es aus Kostengründen dabei bewenden, um im folgenden Jahr, 1856, eine andere – weniger aufwendige – Variante durchzuspielen: die Verlängerung des Garnisonsschießstandes in südöstlicher Richtung auf 520 Meter, und zwar bis zur Ecke Stuttgarter Straße/Elmar-Doch-Straße. Dort wäre eine 70 Meter lange Mauer als Kugelfang zu errichten gewesen.[53] Doch das Schießen auf zwei Hauptverkehrswege hin war gefährlich und musste auf energischen Widerstand bei der Stadtverwaltung stoßen.[54] Das Kriegsministerium entschied daher, vorerst habe »alles Weitere zu beruhen«. Auf den Erwerb eines größeren Schießplatzes in der Umgebung Ludwigsburgs aber müsse schon »der großen Kosten wegen unter allen Umständen verzichtet werden«.[55]

Seit 1860 stand dann das Brühltal bei Urach für Schießübungen zur Verfügung.[56] Dem Großen Exerzierplatz brachte es jedoch keine Entlastung, weil zu gleicher Zeit »von der Reiterei und dem Arsenale vermehrte Anforderungen gestellt wurden«.[57] Zudem wurden 1861 Aushebungsquote und Präsenzzahl der Infanteriemannschaft erhöht sowie Landwehrübungen eingeführt.[58]

Da die Kornwestheimer nun die missliche Lage der Militärs sahen, schraubten sie ihre Forderungen in den Jahren nach 1858 weidlich in die Höhe. 1861 diktierten sie ihre Bedingungen: Der Kugelfang musste erhöht werden, während der Heu-

*Das Feldartillerieregiment 65 beim Geschützexerzieren (um 1910).*

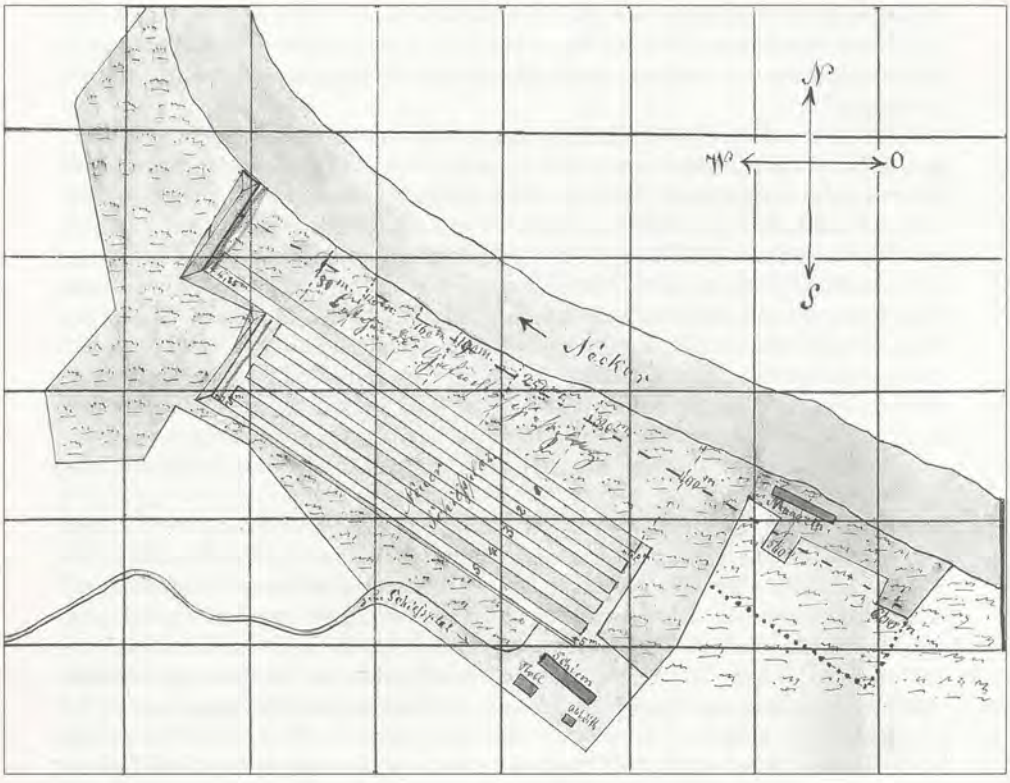
und Kartoffelernte war das Schießen drei Monate lang einzustellen, und die Kavallerie hatte den Kornwestheimer Bauern verbilligt Dünger (Pferdemist) zu liefern. Generalleutnant von Baur gab wohl oder übel klein bei, denn: ohne Vertrag kein Schießen.[59]

Indes ist den Leuten von der Kasernenverwaltung selbst die Sache nicht mehr ganz geheuer. Man müsse stets damit rechnen, heißt es 1864, dass ein Pferd durchgehe und der Reiter so in die Schusslinie gerate; oder dass einem Schützen das Gewehr aus Zufall in der Richtung der exerzierenden Truppe losgehe.[60] Tatsächlich ist es bereits zu Unfällen gekommen.[61] Auch auf dem Schießstand in der Stadt spitzt sich die Lage zu. Das Mathildenstift etwa führt schon seit Jahren Klage; 1865 aber wird es hinter der Stadtmauer geradezu lebensgefährlich, so dass Hausvater Strobel sich an die Kasernenverwaltung wendet: Seine Leute trauten sich kaum mehr auf die Felder hinaus, weil ihnen da immer wieder Kugeln um die Ohren pfiffen.[62] Eine Kommission verhandelt mit dem Mathildenstift und anderen betroffenen Güterbesitzern, will eine Regelung wegen Arbeitsbeschränkung nach dem Muster des Großen Exerzierplatzes treffen und erwägt bessere Schutzmaßnahmen.[63]

Doch erst der Krieg von 1866 und in seiner Folge die Einführung des Zündnadelgewehrs bei den württembergischen Truppen 1867 erzwingen endlich die große Lösung. Am 18. November 1868 macht sich erneut eine Kommission auf, um einen Schießplatz für die Garnison in der näheren Umgebung Ludwigsburgs zu »recognosciren« (erkunden).[64] Abermals im Gespräch sind die Favoriten von 1855. Doch das linke Neckarufer oberhalb von Harteneck war Standort der Militärschwimmschule und Badeplatz für die Ludwigsburger. Das Zigeunertäle bei Hoheneck lag zu nahe an einer belebten Straße; dasselbe galt für das Neckarufer bei Beihingen. Blieb noch das Osterholz – wo ja später tatsächlich Schießstände gebaut wurden – und das linke Neckarufer zwischen Poppenweiler und Neckargröningen. Dort ließ sich ein Schießplatz »auf jede erforderliche Länge und auf durchschnittlich 100 Schritt [75 Meter] Breite ohne jegliche Planierungsarbeiten« anlegen. Es gab sogar einen natürlichen Kugelfang von 50 Metern Höhe, nämlich »die das westliche Ende des Platzes begrenzende Poppenweiler Halde«, so dass die Talsohle vor Projektilen ausreichend geschützt war. Wege oder Straßen führten in gehörigem Abstand vorbei. Wenig gefährdet war die Talschifffahrt auf dem Neckar; denn der Fluss lag deutlich tiefer, und überhaupt konnte man das Schießen ja einstellen, sobald sich ein Floß oder Schiff näherte. Außerdem sollte der Zeiger – der aus der Deckung heraus Treffer auf der Scheibe anzeigte – Alarm schlagen, sobald ein Schiff oder Floß in Sicht kam. Bergwärts fahrende Schiffe waren selten; sie mussten nötigenfalls durch einen besonderen Wachtposten angekündigt werden.

Freilich, einen Nachteil hatte dieser Standort: Er war 1 ½ Stunden Fußmarsch von der Garnison entfernt. Vielleicht ließ sich das Kriegsministerium mit seiner Entscheidung deshalb noch ein Jahr Zeit. Erst am 29. November 1869 erhielt Revisor Eberspächer Order, den Grunderwerb auf den Markungen Oßweil und Neckargröningen einzuleiten. Am 10. Januar 1870 bestellte er eine Schätzungskommission, zwei Wochen später hatte er alle 73 Kaufverträge unter Dach und Fach.[65] Der weitaus größte Teil des Areals war Oßweiler Gebiet. Erst 1993 kam das Schießtal durch Flächentausch ganz auf Remsecker Markung zu liegen.

Bei dem Schießplatzgelände handelte es sich durchweg um Wiesen, die mit Fel-




*Kroki des Schießtals 1874, kurz nach seiner Fertigstellung. Vier Schießbahnen sind 320 Meter lang, eine 400 Meter. Zwischen den Bahnen und an ihren Enden sind Erdwälle aufgeworfen. Am Neckarufer der Gefechtsschießstand. Der Anmarschweg von Oßweil her heißt im Volksmund heute noch das »Soldatensträßle«.*

ben bestanden waren. Auf das Holz dieser Weidenbäume, die ja im Schussfeld gerodet werden mussten, hatten es nun die Oßweiler und Neckargröninger abgesehen, und sie waren so erpicht darauf, dass der Kauf fast noch daran gescheitert wäre. Nur am Neckarufer durften die Felbenbäume stehen bleiben, des Schattens wegen, den sie an heißen Sommertagen gaben.

Ein Plan aus dem Jahre 1874 zeigt die bereits fertig ausgebaute Anlage.[66] Auf dem Schulschießstand, wo das Scheibenschießen in den verschiedenen Anschlagsarten geübt wurde, gab es fünf Bahnen. Vier davon waren 320 Meter lang, eine maß 400 Meter. In Schussrichtung, nach Westen zu, und an den Längsseiten jeder Bahn fing ein drei Meter hoher Erdwall verirrte Kugeln ab. Entlang der Erdwälle liefen Entwässerungsgräben. Die ganze Anlage war ungefähr 100 Meter breit; dabei maß die einzelne Bahn zwischen den Erdwällen knapp neun Meter. Zum Neckar hin schloss sich der Gefechtsschießstand an. Dort fand die taktische Schießausbildung statt, wurde das Schießen unter den Bedingungen des Ernstfalls trainiert. Hier ließ sich auch eine behelfsmäßige 600-Meter-Bahn einrichten. Muni-

tions- und Scheibenmagazin, Stall und Schirm (offener Unterstand) waren noch in Holzbauweise errichtet.

Den Fortschritt in der Waffentechnik spiegelt ein Plan aus der Zeit um 1890 wider: Jetzt ist eine Bahn des Schulschießstands bereits auf 600 Meter Länge ausgebaut.[67] Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schirmen dann hohe hölzerne Blenden die Schießstände ab. Es sind bereits etliche massive Gebäude entstanden; für die

*Das Schießtal auf einer Postkarte aus dem Jahre 1904.*

Soldaten gibt es ein Marketenderhaus, und dem Aufseher baut man eine hübsche kleine Villa im Stil der Zeit.

Nicht nur für Ludwigsburg und seine Garnison war das Terrain zum Neckar hin von jeher ein bevorzugtes Gebiet für Felddienstübungen. Eine Manöverkarte aus dem Jahr 1759 zeigt die Aufstellung der Treffen zwischen Aldingen und Neckargröningen; eine große Schanze wurde damals errichtet.[68] Doch als im Lager ein Fieber ausbrach, musste eine Anzahl Soldaten die Übung mit dem Leben bezahlen, obwohl eilends ein Feldlazarett aufgeschlagen worden war.[69] Das Heerlager der kaiserlichen Truppen bei Aldingen im September 1797 hat ja dann Goethe besichtigt und beschrieben.[70] Später hielt die württembergische Artillerie Schießübungen in der Gegend von Aldingen, und die Pioniere schlugen Brücken über den Neckar.[71]

Als Preußen und Österreich 1866 um die Vorherrschaft kämpften, stellte sich Württemberg auf die Seite der süddeutschen Staaten und nahm mit 15 Bataillonen, 14 Schwadronen und 48 Geschützen am Feldzug teil. Nach 50-jähriger Friedenszeit und den Versäumnissen unter Kriegsminister Moriz von Miller seit 1850 sollten jetzt die Feldtruppen noch rasch eine kriegsmäßige Ausbildung erhalten. Zu diesem Zweck erging am 3. Mai 1866 der Befehl vom Kriegsministerium, auf dem

Großen Exerzierplatz ein Lager für fünf Feldbataillone aufzuschlagen. Für Exerzier- und Schießübungen wäre dabei aber kaum die Hälfte des Platzes übrig geblieben. Also machte sich der Generalquartiermeisterstab auf die Suche nach einer nahe gelegenen Ausweichfläche.[72] Er fand sie in den Gewannen Stürze und Halden, auf der Anhöhe oberhalb von Aldingen. 55 Morgen oder 17 Hektar war das Areal groß, am 16. Mai 1866 wurde es abgesteckt.[73] Keine zwei Wochen später gaben die Aldinger Bauern ihr Einverständnis, obwohl es sich um ihre besten und ertragreichsten Flächen handelte. Doch waren sie meist mit Dinkel angebaut, nur zum geringen Teil mit Roggen oder Klee. Und wenn die Winterfrucht verdarb, so konnte man das noch am ehesten verschmerzen, denn die Getreidepreise waren tief gefallen.[74]

90 Gulden Entschädigung verlangten die Aldinger für den Morgen, machte insgesamt 4950 Gulden. Die Leute vom Generalquartiermeisterstab fangen an zu handeln. Der Stand der Früchte ist ja nur ein mittelmäßiger, sagen sie, die Äcker sind dünn bestockt und infolge der ungünstigen Witterung noch nicht sehr weit gediehen. Umso mehr Unkraut ist zu sehen, und die gelbe Farbe der Frucht zeigt allenthalben Frostschäden an. Am Ende einigt man sich auf 85 Gulden Schadensersatz pro Morgen. Dafür dürfen die Aldinger schnell noch ihre grüne Frucht einheimsen.

Die Militärs aber haben sich das Recht ausbedungen, zwei verschüttete Brunnen in der Nähe des Lagers zu aktivieren. Denn Trinkwasser war rar dort auf der Höhe. Andererseits gab es unten im Flecken reichlich Brunnenwasser. So schaffte man anfangs Wasser mit Trainpferden zum Lager, bis dann wenig später eine Pumpleitung gelegt war.[75]

Am 1. Juni setzte sich Kriegskommissär Kratzer hin und rechnete aus, was die fünf Bataillone mit ihren 4500 Mann an täglicher Verpflegung brauchten. Er orientierte sich dabei am Bundesverpflegungsreglement: 2800 Laib Brot zu drei Pfund, 2250 Pfund Ochsenfleisch, 900 Pfund Reis, 1125 Pfund Nudeln und Grütze, 2250 Pfund Erbsen, Linsen und Bohnen, 200 Pfund Salz, 2 Pfund Pfeffer, 94 Pfund Kaffee und 100 Pfund Zucker. Dazu jede Menge Lagerstroh und Brennholz. Beim Wein erhob der Generalquartiermeister allerdings Einspruch; an den Rand der Akte schrieb er: »Ein Schoppen Wein [ein halber Liter] erscheint mir zu viel. Die Garnison hat dieselben Übungen und erhält nichts. Dann dürften für das Lager 3/4 Schoppen zur Verbesserung des Wassers genügen.«[76]

Hauptmann Emil von Loeffler ließ das Lager von 360 Mann seines Pionierkorps binnen 15 Tagen erstellen. So konnte es noch vor dem 11. Juni 1866, dem Tag der Mobilmachung, bezogen werden. Ab 6. Juni gingen die Angebote zur Belieferung und Bewirtschaftung ein.[77] Da bewarb sich zum Beispiel der Restaurateur Autenrieth aus Stuttgart um die Marketenderei im Lager und auch bei einem späteren Feldzug. Der Konditor Bayer aus Esslingen bot an, Likör und gebranntes Wasser auszuschenken. Franz Holz, seines Zeichens Schreiner und Bierwirt in Stuttgart, schrieb: »Bei dieser kriegerischen Zeit geht das Geschäft nicht mehr.« Weil er aber drei Kinder habe und sein Brot auf redliche Weise verdienen wolle, bitte er um die Erlaubnis, im Lager Speisen und Getränke verkaufen zu dürfen. Und er legte sein Entlassungszeugnis als Pionier Erster Klasse bei.

Wie das Lager aussah, verrät ein Kostenvoranschlag des Hauptmanns Loeffler. Danach kampierte die Hälfte der Soldaten in Zelten. Für die übrigen Mannschaften, für die Offiziere und Kranken standen 164 Baracken zur Verfügung.[78] Es gab

*Das Lager bei Aldingen im Juni 1866.*

Feldbacköfen, Feldschlächtereien, Feldställe für fast 300 Pferde, Dunglegen und verschließbare Latrinen für die Herren Offiziere.

Das Lager war kaum fertig gestellt, die Mobilmachung noch in vollem Gang, als am 14. Juni der Krieg ausbrach und die Division zwei Tage später den Marschbefehl erhielt. Nachdem die Vereinigung mit dem bayerischen Armeekorps misslungen war, erschöpfte sich die kriegerische Tätigkeit in Kreuz- und Quermärschen durch Odenwald und Spessart. Zwei Tage vor Friedensschluss, als auf den böhmischen Schlachtfeldern bei Königgrätz die Entscheidung bereits gefallen war, holten sich die Württemberger noch blutige Köpfe, im Gefecht gegen die Preußen bei Tauberbischofsheim.

Bei diesem Gefecht zeigte sich, dass die preußischen Zündnadelgewehre weit überlegen waren. Das Minié-Gewehr der Württemberger schoss zwar nicht schlecht; aber man benötigte 17 Handgriffe, um es schussfertig zu machen. Liegend war der Vorderlader überhaupt nicht zu bedienen, so dass der Schütze sich aus der Deckung erheben musste. Der preußische Hinterlader hingegen hatte nur sieben Handgriffe nötig, war also einfacher zu bedienen und hatte eine wesentlich raschere Schussfolge.[79] Bereits 1867 führte Württemberg das Zündnadelgewehr ein und mit ihm das preußische Exerzierreglement. Selbst die Mütze wich jetzt der Pickelhaube. Die Neuorganisation nach preußischem Vorbild trug bereits im Krieg 1870/71 Früchte, da die Württemberger sich achtbar schlugen.

Ludwigsburg nahm als Garnison nach dem deutsch-französischen Krieg noch an Bedeutung zu. Zwei Infanterieregimenter, ein Dragoner- und ein Ulanenregiment, ein Feldartillerieregiment und ein Trainbataillon lagen jetzt in der Stadt.[80] 1872 begann man das Zeughaus zu bauen. Die Heeresverwaltung kaufte derweil 1872 von 66 Kornwestheimer Bauern mehr als 19 Hektar Land hinzu, um den

Exerzierplatz nach Westen hin zu erweitern.[81] Er maß jetzt knapp 41 Hektar, doch an seinem schlechten Zustand änderte das nicht viel. Um der Erosion Herr zu werden, säte man ihn mit englischem Raigras ein, schonte ihn auch wochenlang.[82] Doch es war vergebliche Mühe: Immer wieder machte der Platz seinem Flurnamen »Alter See« Ehre.

Drei Jahre nach Abschluss der Militärkonvention von 1870 ging der Exerzierplatz in den Besitz des Reiches über. Das änderte freilich nichts an seinem Zustand. 1875 erwarb der Reichsfiskus Grundstücke an der Südseite, um einen Entwässerungsgraben anzulegen. Doch erst in den Jahren 1896 bis 1898 konnte man das Übel an der Wurzel packen. Die Militärverwaltung kaufte damals auf Kornwestheimer Markung knapp 93 Hektar hinzu.[83] Jetzt dehnte sich der Exerzierplatz auf eine Fläche von 133 Hektar aus. Er war damit die Nummer 3 im Königreich; lediglich die Plätze in Ulm und Cannstatt waren mit 153 bzw. 143 Hektar noch größer. Alle anderen folgten in weitem Abstand: Mergentheim hatte 36, Heilbronn 34, Weingarten 31, Gmünd 25, Wiblingen 15 und Tübingen neun Hektar. Im Bereich der Ludwigsburger Garnison gab es mittlerweile auch den Übungsplatz bei Eglosheim mit knapp zwölf Hektar und den ein Hektar großen Schanzplatz im Salonwald.

Mit der Erweiterung von 1896/98 bekam man gleichzeitig die Sache mit dem Oberflächenwasser in den Griff. Jetzt bildete nämlich der Frauenriedbach die Südgrenze. In seinem Verlauf wurden Staumauern gebaut, so dass »Sammelweiher« – heute würde man sagen: Rückhaltebecken – entstanden.[84] Bald erwies sich diese Maßnahme aber immer noch als ungenügend. Denn, so stellte man fest, beim Exerzieren wurde die Lössschicht der neu erworbenen Flächen aufgewühlt. Regen schwemmte sie ab, so dass der blanke, undurchlässige Lehmboden zutage trat. 1903 entschloss sich die Korpskommandantur, eine vierte Staumauer zu

*Staumauer des Sammelweihers Nr. 2 am Frauenriedbach, erbaut 1898/1903 (Aufnahme 1998).*

bauen und die anderen Staukronen zu erhöhen; damit fassten diese Weiher je 11 000 Kubikmeter. Der Frauenriedbach selbst wurde begradigt, seine Sohle verbreitert und die Uferböschungen befestigt.

Die Aufrüstung des Reiches unter Kaiser Wilhelm II. griff mithin auch auf den Exerzierplatz über. Lange vorher schon, im Dreikaiserjahr 1888, hatte sich dort Merkwürdiges zugetragen. Die Geschichte begann in Sachsen, wo Zeitungen 1887 von einem Mann namens Friedrich Wölfert berichteten. Der hatte mit seinen 37 Jahren einen kuriosen Lebenslauf hinter sich: Von Hause aus studierter Theologe, arbeitete er als Buchhändler, gründete dann einen Verlag und gab seit 1878 eine »Zeitschrift gegen Verfälschung der Lebensmittel« heraus. Seit 1879 aber war dieser Wölfert aus unerfindlichen Gründen von der Idee besessen, ein lenkbares Luftschiff zu bauen.[85] Er fand Geldgeber, stellte Versuche mit Luftschiffen an und stieg mit solch einem Apparat auch wirklich Anfang Oktober 1887 in Dresden auf. Luftschrauben sollten den nötigen Vortrieb bewirken. Der Zwei-Meter-Mann Wölfert kurbelte aus Leibeskräften, doch seine Muskelkraft reichte nicht aus.

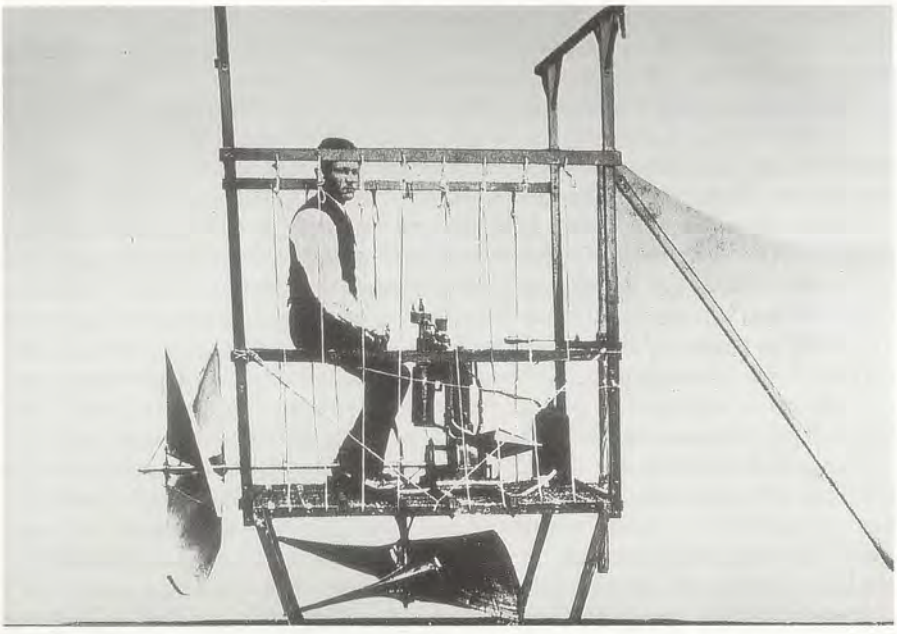
Da liest Gottlieb Daimler einen Zeitungsbericht über Wölferts Experimente. Er lädt ihn nach Cannstatt ein, in seine Werkstatt, und zeigt ihm einen 2-PS-Motor, den man seiner Form halber die »Standuhr« nennt. Daimler hat seinen schnelllaufenden Verbrennungsmotor bereits in Kutschen eingebaut, in ein Zweirad, auch in ein Boot. Warum soll man ihn nicht in der Luft verwenden können?

Die »Standuhr« bringt 84 Kilogramm auf die Waage, die spezifische Leistung liegt also bei 42 Kilogramm pro PS. Sie soll zwei Luftschrauben antreiben: Eine senkrecht stehende sorgt für die Vorwärtsbewegung, und eine horizontale Schraube ermöglicht die Landung, ohne dass Wölfert Gas ablassen muss. Gelenkt wird mit einem segelartigen Steuerruder.

Es ist Freitagmorgen, der 10. August 1888. Im Hof der Daimler'schen Werkstatt auf dem Cannstatter Seelberg macht Wölfert sein Luftschiff startklar. Doch es hebt nicht ab. Man hat ihm minderwertige Schwefelsäure geliefert, so dass die daraus produzierte Wasserstofffüllung nicht rein genug, sprich: mit schwereren Gasen vermengt ist. Kurzerhand überredet er einen schmächtigen Daimler-Mechaniker namens Gotthilf Wirsum, in der Gondel Platz zu nehmen. Der junge Mann ist zwar 30 Kilogramm leichter als Wölfert, aber immer noch zu schwer. Also muss Wirsum alle unnötige Kleidung ablegen, die Stiefel zieht er aus, den Geldbeutel lässt er zurück. Als Wölfert auch noch das Steuerruder abschraubt, ist das Luftschiff endlich austariert, es schwebt in die Höhe.

Nun wirft Wirsum den Motor an. Wölfert hat ihn kurz unterwiesen, wie das Luftschiff zu handhaben sei. Und obwohl das Steuerruder fehlt, kann Wirsum offenbar mit Hilfe der Luftschraube nördlichen Kurs halten, so dass er – wie die »Schwäbische Kronik« berichtet – »bei Kornwestheim auf beabsichtigtem und günstigem Plaze« landet.[86] Die Ludwigsburger Zeitung schildert das Abenteuer am selben Tage noch ausführlicher: »Der Insasse ließ den Ballon bei Kornwestheim am Aldinger Exerzierplatz niedergehen und wurde bei der Landung durch die Herren Offiziere, welche vom Exerzierplatz herbeigeeilt waren, sowie von den anfänglich misstrauischen und erstaunten Landleuten bereitwilligst unterstützt.«[87]

Damit war der erste Motorflug in der Geschichte der Luftfahrt geglückt. Mit Wölfert selbst nahm es ein tragisches Ende. Er stürzte am 12. Juni 1897 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin tödlich ab, als sein Luftschiff Feuer fing und explodierte.



*Gotthilf Wirsum in der Gondel des Wölfert-Luftschiffes am 10. August 1888. Die vertikale Schraube links sorgte für den Vortrieb, die horizontale Schraube unter der Gondel ermöglichte das Landen, ohne Gas abzulassen. Rechts das Steuersegel. (Aus: Peter Kleinheins: Die Motorluftfahrt begann vor hundert Jahren, 1988.)*

Auf dem Großen Exerzierplatz ist es mit der Fliegerei dann erst Jahrzehnte später weitergegangen. Unter dem 100 000-Mann-Heer der Weimarer Republik wurde die Ludwigsburger Garnison klein und der Exerzierplatz zu groß. Kleingärtner durften jetzt zehn Hektar Land in seinem östlichen Teil unter den Spaten nehmen. 1925 und 1927 fanden Flugtage statt. Im März 1928 wurde der Flugverein Ludwigsburg gegründet, der in der Nordwestecke des Exerzierplatzes eine Flugzeughalle und gleich daneben das Hermann-Köhl-Kasino erstellte.

Hermann Köhl[88], 1888 in Neu-Ulm geboren, war schon im Weltkrieg Kommandeur eines Bombergeschwaders gewesen. 1919 kam er zur Polizeifliegerstaffel nach Böblingen, trat 1921 ins Ludwigsburger Infanterieregiment 13 ein, wurde hier Kompaniechef und heiratete 1922 eine Tochter des hiesigen Fabrikanten Max Feyerabend. Nach dem Verbot der deutschen Militärluftfahrt nahm Köhl 1925 seinen Abschied, ging zur Junkers Luftverkehrs-AG – der späteren Lufthansa – und leitete dort die Nachtflugabteilung. Seit Lindberghs Ozeanflug von 1927 traf Köhl Vorbereitungen, den Nordatlantik auch in der meteorologisch schwierigeren Ost-West-Richtung zu überfliegen. Am 12. April 1928 startete er vom irischen Flugplatz Baldonnel aus; mit an Bord waren Günther Freiherr von Hünefeld und der Ire James Fitzmaurice. Nach 36-stündigem Flug erreichten die drei Labrador, und in New York wurden sie mit einer Parade auf der 5th Avenue gefeiert. Seine letzten Lebensjahre – Köhl starb 1938 – verbrachte er in München, zurückgezogen von

*Taufe der »Ludwigsburg« durch Oberbürgermeister Dr. Erich Schmid auf dem Großen Exerzierplatz (1928).*

*Doppeldecker in der Flugzeughalle auf dem Großen Exerzierplatz (1928).*

den neuen Herren, die seit 1933 zur Luft, zu Wasser und zu Lande rüsteten.

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1936 beendete nicht nur die Kleingartenidylle auf dem Exerzierplatz. Bereits im Februar hatte das Heeresbauamt Ludwigsburg bei der Gemeinde Aldingen das Baugesuch für ein Barackenlager eingereicht. An der Nordseite des Exerzierplatzes sollten damit Unterkünfte für das Ersatzbataillon des Ludwigsburger Infanterieregiments 13 geschaffen werden. Östlich davon entstand 1938 ein Wehrkreis-Pferdelazarett. Unweit des Barackenlagers gab es seit 1923/24 einen Sportplatz mit Aschenbahnen und Anlagen für die leichtathletischen Disziplinen. Jetzt wurde dieses Stadion erweitert.[89]

Während sich die Ludwigsburger Garnison in jenen Jahren verdreifachte und zugleich Kornwestheim zum neuen Stationierungsstandort aufstieg[90], erfuhr der Exerzierplatz 1936 eine enorme Ausdehnung. Da es sich zumeist um ortsnahes, gutes Ackerland handelte, kam es in manchen Fällen auf rigorose Weise zur Zwangsenteignung. Aldingen musste 67 Hektar abgeben, Kornwestheim 117 Hektar und Mühlhausen sogar 133 Hektar. Für Aldingen bedeutete das einen Verlust von nahezu zehn Prozent seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche, für Kornwestheim waren es 20 und für Mühlhausen sogar 26 Prozent. Der Viesenhäuser Hof lag jetzt innerhalb des Exerzierplatzes; er hatte seine gesamten Wirtschaftsflächen verloren und konnte nur als Schweinemastbetrieb überleben. Erst während des Krieges wurden Teile des Geländes, auch aus Gründen der Tarnung, wieder angebaut. Bis dahin wurde der Exerzierplatz – jetzt mit einer Fläche von 450 Hektar – landwirtschaftlich fast ausschließlich als Schafweide genutzt.[91]

Kriegerisches Treiben herrschte nun: Ein Handgranatenwurfplatz und Maschinengewehr-Schießstände wurden angelegt, die Pioniere bekamen einen Übungsplatz, über den Frauenriedbach und den Gänsbach (Mussenbach) wurden – heute noch bestehende – Brücken geschlagen.[92] Nachdem das Ersatzbataillon den Exerzierplatz sofort bei Kriegsbeginn verlassen hatte, war das Barackenlager seit Dezember 1939 unter der Bezeichnung »Stalag VA« mit französischen Kriegsgefangenen belegt. Diese durften sich innerhalb der näheren Umgebung ungehindert bewegen und waren in den umliegenden Orten beschäftigt. Nicht so freizügig wird man hernach mit den russischen Kriegsgefangenen verfahren sein. Schon 1941 war das Barackenlager bedeutend erweitert worden, zuerst mit Hilfe von Zelten, wenig später durch feste Bauten.[93]

Im Schießtal hatten 1933 sofort umfangreichere Veränderungen eingesetzt. Munitionshäuser und Packmittelschuppen waren gebaut worden, das ganze Areal hatte eine Platzbeleuchtung mit Alarmanlage erhalten. 1935 begann die Erweiterung der Schießbahnen nach Westen hin. Auf einem 200 Meter langen »Sonderschießstand« konnte nun mit dem Maschinengewehr vom fahrenden Wagen aus auf ein stehendes Ziel geschossen werden.[94] Doch es waren nicht immer Übungen, wenn dort draußen Schüsse fielen: 1944 sind französische Widerstandskämpfer aus dem Ludwigsburger Zuchthaus im Schießtal hingerichtet worden.[95]

Gleich nach Kriegsende begann man einen Teil des Exerzierplatzes zu parzellieren, damit die Bevölkerung sich als Selbstversorger betätigen konnte. Auch heimatvertriebene »Flüchtlingsbauern« versuchten auf diese Weise neu Fuß zu fassen. Noch war das Gelände von Deckungs- und Schützengräben durchzogen. Das Barackenlager wurde zum »Internment Camp 71« der US-Armee; bis 1946 saßen hier die unteren Chargen der NS-Partei ein.[96] Ab 1947 fanden Heimatvertriebene

*Hubertusjagd der Reichswehr auf dem Exerzierplatz (1925).*

*Auf dem Exerzierplatz in den 1930er Jahren.*

*Das Barackenlager für das Ersatzbataillon des Infanterieregiments 13 (um 1939).*

*Kriegsgefangene im Barackenlager (um 1940).*

und Flüchtlinge hier Unterkunft. Und das Wohnen in der Grünbühlsiedlung – wie man das einstige Lager bald nannte – war damals durchaus begehrt. Denn in den einstigen Wehrmachtsbaracken bekam jede Familie ein Zimmer für sich. Die Grünbühlsiedlung lag zwar auf Aldinger Markung, wurde aber von Ludwigsburg aus verwaltet und schließlich 1955 nach Ludwigsburg eingemeindet. Ihr Grundriss deckt sich heute noch mit dem ursprünglichen Exerzierplatz-Gelände von 1830.[97]

In den Gebäuden des einstigen Pferdelazaretts waren die »displaced persons« untergebracht, wie die Amerikaner jene heimatlosen Ausländer nannten, die der Krieg zurückgelassen hatte. 1950 errichtete die Gemeinde Aldingen hier die DP-Siedlung, auch »Staatliches Wohnheim« genannt.[98]

Mittlerweile gab es wieder Kriege, sie hießen Koreakrieg und Kalter Krieg. Die Amerikaner verstärkten daraufhin ihre Präsenz in Europa, bauten »Housing Areas« für die hier stationierten Soldatenfamilien. So entstand 1951 die Sonnenbergsiedlung. 1952 aber beschlagnahmte die US-Armee große Teile des ehemaligen Exerzierplatzes. Die Aldinger Bauern mussten zu ihrem Verdruss mit ansehen, wie dieses Land mehr als ein Jahr lang brachlag. Im Januar 1954 aber ging es los; mitten im Winter fuhren riesige Baumaschinen an, die den gefrorenen Boden aufrissen. Und binnen neun Monaten war eine Stadt mit 1000 Wohnungen fertig gestellt: Pattonville. Westlich davon legten die Amerikaner einen Golfplatz an, der – so heißt es – zu den größten Europas zählt. Auf dem ehemaligen Exerzierplatz wird nun keiner mehr gedrillt. Höchstens die Golfspieler exerzieren hier noch ihre Abschläge und Lochspiele.

## Anmerkungen

1 Paul Sauer: Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und des Norddeutschen Bundes, Stuttgart 1958, S. 21 ff.
2 Wolfgang Läpple: Streiflichter aus der militärischen Vergangenheit Ludwigsburgs, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 46, 1992, S. 48–83.
3 Johann Heinrich Zedler: Großes vollständiges Universal-Lexicon, Bd. 8, Halle/Leipzig 1734, Sp. 2223 f.
4 Der Große Brockhaus, 15. Aufl., Bd. 5, Leipzig 1930, S. 765.
5 Ebd. – In Württemberg galten ums Jahr 1830 folgende im Druck erschienenen Vorschriften: Exerzir-Vorschrift für die K. Württ. Infanterie, Stuttgart 1819; Änderungen der Exercir-Vorschrift für die K. Württ. Infanterie und Nachträge, Stuttgart 1830; Exercir-Vorschrift für die K. Württ. Reiterei, Stuttgart 1820; Exerzir-Vorschrift für die K. Württ. Artillerie. 5 Teile, Stuttgart 1824–1829.
6 Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Bd. 1, Ludwigsburg 2000, S. 642 (Plan um 1760), S. 643 (Plan Anfang der 1760er Jahre) und S. 646 f. (Stoll'scher Plan von 1782).
7 Christian Lober: Orts- und Markungskunde von Kornwestheim, Typoskript im Stadtarchiv Kornwestheim (1931–33), S. 79. Zum ebenfalls 1773 verkauften und gerodeten Lerchenholz mit seinem Wegenetz vgl. Günther Bergan: Das Lerchenholz, in: Hie gut Württemberg 51, 2000, S. 17–19.
8 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 271c Bü 2754, Nr. 30.
9 HStAS E 271c Bü 2754, 9. Oktober 1829.
10 HStAS E 271c Bü 2754, Nr. 35 und 45.
11 HStAS E 271c Bü 2754, ad Nr. 45. – Wo der Graben kein Wasser ableiten musste, sondern lediglich zur Markierung der Grenze diente, sollten 1 Fuß Tiefe und 1 ½ Fuß Breite genügen.

12 HStAS E 271c Bü 2754, Nr. 40 und Bericht vom 19. April 1830.
13 HStAS E 271c Bü 2754, ad Nr. 45 und Nr. 46.
14 HStAS E 271c Bü 2754, Nr. 48 sowie Notenwechsel des Finanzministeriums (23. März 1831) und des Kriegsministeriums (8. April 1831). – Das Kriegsministerium hatte 1820 den Jägerhof abgetreten und wollte nun diese 40 Morgen große Wiesenfläche kompensiert wissen.
15 HStAS E 271c Bü 2754, Nr. 47.
16 HStAS E 271c Bü 2754, Kreisregierung an Oberamt Ludwigsburg, 10. Juli 1830.
17 HStAS E 271c Bü 2754, Kornwestheim an Kriegsministerium, 24. Juli 1830 und 15. Oktober 1831.
18 HStAS E 271c Bü 2754, Dreher ans Kriegsministerium, 18. September 1830.
19 HStAS E 271c Bü 2754, Kriegsministerium an Oberamt Ludwigsburg, 7. Oktober 1830.
20 Wie Anm. 17.
21 Vgl. die einschlägigen Aktenstücke in HStAS E 271c Bü 2755 und 2756.
22 HStAS E 271c Bü 2755, Bericht des Oberamts Ludwigsburg, 29. August 1834.
23 Sauer (wie Anm. 1) S. 76.
24 Ludwigsburger Tagblatt 21. Juni 1857.
25 Sauer (wie Anm. 1) S. 22, 153.
26 Berichte über Schießunfälle auf dem Großen Exerzierplatz finden sich in HStAS E 271c Bü 2759.
27 Ludwigsburger Tagblatt 7. September 1855.
28 Sauer (wie Anm. 1) S. 160–163.
29 HStAS E 271c Bü 2755, Kommissionsbericht vom 17. Juli 1864.
30 Sauer (wie Anm. 1) S. 151.
31 HStAS E 271c Bü 2755, Kommissionsbericht vom 17. Juli 1864.
32 Ebd. – Auf 1376 Schuh Länge ist hier das Gefälle mit 35 Schuh angegeben.
33 HStAS E 271c Bü 2755, Kostenvoranschlag vom 26. Juli 1864.
34 HStAS E 271c Bü 2755, Bericht v. Baur, 28. Juli 1864; Sauer (wie Anm. 1) S. 80.
35 HStAS E 271c Bü 2755, Marginalie zum Bericht Baur, 9. August 1864.
36 Sauer (wie Anm. 1) S. 175–185.
37 HStAS E 271c Bü 2756, Meldung des Gouvernements, 16. Februar 1870.
38 HStAS E 271c Bü 2757, »Beschreibung der Schutz-Wand des Garnisons-Schießplatzes« vom 19. Dezember 1847 samt Risszeichnungen.
39 HStAS E 271c Bü 2758, Meldung des Gouvernements, 26. Mai 1841.
40 Sauer (wie Anm. 1) S. 103.
41 HStAS E 271c Bü 2758, Bericht des Kriegsministeriums, 21. November 1846. – Die Datierung auf 1843 lässt sich erschließen aus einem Bericht des Gouvernements Ludwigsburg vom 18. August 1846, in dem es heißt, die Schießbahn auf dem Großen Exerzierplatz sei »vor 3 Jahren« entstanden; HStAS E 271c Bü 2758.
42 HStAS E 271c Bü 2758, Gutachten ans Kriegsministerium, 21. November 1846.
43 HStAS E 271c Bü 2758, Kriegsministerium an Stadtrat Ludwigsburg, 21. November 1846.
44 HStAS E 271c Bü 2758, Gutachten ans Kriegsministerium, 21. November 1846.
45 Ebd.
46 Ebd., und Zustimmung des Kriegsministers zu diesem Vorgehen, 15. Dezember 1846.
47 HStAS E 271c Bü 2758, von Brand an Kriegsministerium, 4. Februar 1847.
48 HStAS E 271c Bü 2758, Bericht der Kasernenverwaltung über die Schießversuche mit Gewehren nach dem System von Minié & Löw, 17. Oktober 1852. – Zu Minié: Nouvelle Biographie Générale, Bd. 35, Paris 1861, Sp. 598.
49 HStAS E 271c Bü 2758, Bericht der Kasernenverwaltung über die Schießversuche, 17. Oktober 1852.
50 Ebd., mit revidierter Karte der Gefahrenzone.
51 Sauer (wie Anm. 1) S. 157.
52 HStAS E 271c Bü 2757, Nr. 51 f.
53 HStAS E 271c Bü 2757, Nr. 99 und 103. Hier auch ein Situationsplan der bestehenden Schießbahn und ihrer geplanten Verlängerung auf 700 Schritt. Schießrichtung wäre jetzt Nordwesten gewesen.

54 HStAS E 271c Bü 2757, Bericht des Gouvernements über die »Tunlichkeit einer Verlängerung des jetzigen Schießplatzes dahier«, 1. September 1856.
55 HStAS E 271c Bü 2757, Marginalie vom 1. Oktober 1856.
56 Emil von Loeffler: Geschichte des k. württ. Pionierbataillons Nr. 13, Ulm 1883, S. 185 f.
57 HStAS E 271c Bü 2758, Meldung des Gouvernements, 8. Juli 1861.
58 Sauer (wie Anm. 1) S. 170.
59 Wie Anm. 57.
60 Wie Anm. 29.
61 HStAS E 271c Bü 2759, Unterfaszikel »Unfälle auf dem Schießstand des Großen Exerzierplatzes und Verbesserungen deswegen«, 1862.
62 HStAS E 271c Bü 2759, Unterfaszikel »Gefährdung von Feldern des Mathildenstiftes, die hinter dem Garnisonsschießplatz liegen«, 1865.
63 HStAS E 271c Bü 2759, Berichte der Kommission, 28. Juni und 13. Juli 1865.
64 HStAS E 271c Bü 2762, Bericht der Kommission, 20. November 1868.
65 HStAS E 271c Bü 2754.
66 Gemeindearchiv Remseck NGA vorl. 191.95.
67 Ebd.
68 HStAS N 5 Nr. 51.
69 Gottlob Friedrich Müller: Ortschronik Aldingen, 1898 (masch.-schr. Abschrift), S. 135.
70 Goethe reist durchs Schwabenland. Aus Goethes Tagebüchern und Briefen, hrsg. v. Erika Neuhäuser, Stuttgart 1945, S. 56 f.
71 Sauer (wie Anm. 1) S. 47 f.
72 HStAS E 271c Bü 563, Meldung des Generalquartiermeisterstabs, 11. Mai 1866.
73 HStAS E 271c Bü 563, Meldung des Generalquartiermeisterstabs, 17. Mai 1866.
74 HStAS E 271c Bü 563, Verhandlungsniederschrift des Oberamts, 28. Mai 1866.
75 Müller (wie Anm. 69) S. 136.
76 HStAS E 271c Bü 563.
77 Ebd.
78 HStAS E 271c Bü 794. – Die Baracken sollen 1870/71 für das Kriegslazarett im Salon wieder verwendet worden sein; vgl. Hans F. Autenrieth: Blitzkrieg vor 100 Jahren, in: Hie gut Württemberg 21, 1970, S. 29.
79 Württembergisches Heerlager bei Aldingen Juni 1866, in: Ludwigsburger Zeitung, Juni 1936.
80 Hans-Joachim Harder: Militärgeschichtliches Handbuch Baden-Württemberg, Stuttgart 1987, S. 272.
81 Lober (wie Anm. 7) S. 80. Die Flächenangabe der Erweiterung findet sich in HStAS M 33/1 Bü 62 (Übersicht über die Exerzierplätze im Bereich des 13. A.K., 1899). Demnach maß die Erweiterung genau 19 ha 15 ar.
82 HStAS E 271c Bü 2756, Meldung des Obersten von Hügel, 14. Januar 1870.
83 Lober (wie Anm. 7) S. 80.
84 Dies und das Folgende nach HStAS M 323 Bü 141.
85 Zu Wölfert und seinen Luftschiffen vgl. Peter Kleinheins: Die Motorluftfahrt begann vor hundert Jahren, Wahlwies 1988.
86 Schwäbische Kronik 12. August 1888.
87 Ludwigsburger Zeitung 10. August 1888.
88 Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, Berlin 1980, S. 298 f.; Ernst Kapp: Hermann Köhl, in: Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben 5, 1956, S. 416–429.
89 Vgl. die Akten und Pläne in HStAS M 323 Bü 17, 279, 280, 313, 386.
90 Läpple (wie Anm. 2) S. 78; Christian Schneller: Standort-Chronik Kornwestheim, Typoskript 1941.
91 Curt Sigle: Entstehung, Aufteilung und Anbau des auf den Markungen Kornwestheim, Aldingen und Mühlhausen gelegenen »Ludwigsburger Exerzierplatzes«. Hausarbeit zur landwirtschaftl. Diplomprüfung, Hohenheim 1946 (masch.-schr.), S. 12–17.
92 Vgl. den Lageplan von 1938 mit den einzelnen Objekten in HStAS M 323 Bü 16, auch Bü 143. – Ein markiger Bericht im Stil der Zeit bei Helmut Blume: Soldat in Stuttgart, Ulm 1938, S. 38–40 (»Der Große Exerzierplatz«).

93 Pläne, auch für Arrestbaracken, in HStAS M 323 Bü 279, 280, 283.
94 Pläne und Abrechnungszeichnungen in HStAS M 323 Bü 162, 164.
95 Läpple (wie Anm. 2) S. 79.
96 Ulrich Müller: Die Internierungslager in und um Ludwigsburg 1945–1949, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 45, 1991, S. 171–195.
97 Frank Schlatterer: Chronik Grünbühl, Ludwigsburg 1986.
98 Ulrich Müller: Displaced persons (DPs) in Ludwigsburger Kasernen 1945–1951, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 43, 1989, S. 127–139.

# August Lämmle (1876–1962)

## Vom Oßweiler Bauernsohn zum schwäbischen Heimatdichter und Volkskundler*

von Paul Sauer

Selten ist einer unserer schwäbischen Dichter seinem Geburtsort so sehr verbunden geblieben, hat ihm zeitlebens eine solch tiefe Liebe bewahrt wie August Lämmle seinem Heimatort Oßweil. Dabei hat er dort lediglich die ersten 15 Jahre seines Lebens zugebracht. Aber diese Kinderjahre waren für ihn ungemein reich an prägenden Eindrücken. Er erlebte in dem Bauerndorf östlich von Ludwigsburg mitten im alten Württemberg menschliche Wärme und Geborgenheit, eine kleine Welt voller Wunder, naturnah und natürlich, mit Menschen, die als Landwirte und Handwerker hart um ihr tägliches Brot ringen mussten und die doch in ihrer überwiegenden Mehrheit dankbar und zufrieden waren, die im Einklang mit der Natur lebten, nichts als selbstverständlich hinnahmen, sondern sich bewusst waren, dass der Grund und Boden, den sie bewirtschafteten, ein ihnen von Gott anvertrautes Gut war. Im Rückblick auf sein Leben bekennt der 75-Jährige 1951: »Ich glaube nicht, dass ich in meinem späteren Leben etwas so sinnenhaft, so wahrhaft, so dauerhaft kennen lernte, wie ich als Siebenjähriger mein Heimatdorf mit seinen Inhalten kannte.«

August Lämmle erblickte am 3. Dezember 1876 in dem damals 1700 Einwohner zählenden Dorf Oßweil als viertes Kind des Bauern Johann Adam Lämmle und dessen Frau Christiane Pauline geb. Haußmann das Licht der Welt. Sein 1844 in Kirchberg an der Murr geborener Vater hatte in Oßweil eingeheiratet, d. h. den von den Eltern seiner Frau stammenden Grundbesitz übernommen. Es war dies ein mittlerer bäuerlicher Betrieb. Doch bei den fruchtbaren Böden der Gemarkung ernährte er die wachsende Familie. Freilich waren die Ansprüche, die die altwürttembergische bäuerliche Bevölkerung damals an das Leben stellte, bescheiden. Mit Blick auf seine seit vielen Generationen in den heutigen Landkreisen Ludwigsburg und Esslingen sowie im Rems-Murr-Kreis bodenständig gewesenen Vorfahren – die meisten von ihnen Bauern, einige auch Weingärtner – schreibt August Lämmle: »Alle haben mühevolles Brot. Allen ist, der altwürttembergischen Regel gemäß, religiöse Lebensführung und innige Herzensfrömmigkeit Zuflucht und Hilfe.« Auch in seinem Elternhaus war dies so. Die alte Familienbibel betrachtete man als wertvollsten Besitz und hielt sie in hohen Ehren. Das 200 Jahre alte Buch war zerlesen, sein Papier modrig, Holz und Leder des Einbandes wurmstichig und brüchig. Dennoch bildete es noch immer den Quell »lebendigen Wassers« und, wie Lämmle dies formuliert, »den nährenden Grund jener alten und tiefen Herzensbildung, wie sie mir in Vater und Mutter und Ahne [Großmutter] als unerreichbares Vorbild vor Augen stehen. Keine Richtschnur habe ich, die

* Vortrag bei der Feier zum 125. Geburtstag August Lämmles am 9. Dezember 2001 im Evangelischen Gemeindehaus in Oßweil.

*August Lämmle (2. von rechts) als Achtjähriger mit seinen Eltern und Geschwistern.*

sicherer führte als das Wort: ›Du aber bleibe in dem, was du gelernt hast und dir vertraut ist, sintemal du weißt, von wem du gelernt hast!‹«

Lämmle hat sich nie von dem Wurzelgrund seiner christlichen Glaubensüberzeugung gelöst, und als er aller Wahrscheinlichkeit nach in den Jahren der NS-Gewaltherrschaft einmal massiv bedrängt wurde, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten, lehnte er dies mit der Begründung ab, es stehe ihm nicht zu, daran etwas zu ändern, was Vater und Mutter in ihrer großen Liebe für ihn begonnen und gesegnet hätten.

Im Dorf war der aufgeweckte und wohl auch recht eigenwillige Bub, der sich für alle Aspekte des bäuerlichen Lebens und für das ländliche Handwerk interessierte und sich, wenn er nicht gerade vom Vater oder von der Mutter zu kleinen Arbeiten gebraucht wurde, offensichtlich viel in den Gassen herumtrieb, gern gesehen und respektiert. Die Bezeichnung »em Adam sei Baoser (Baiser)«, sein Böser, war nicht abwertend, sondern durchaus anerkennend gemeint. Von 1883 bis 1887 besuchte er die Oßweiler Schule. Es spricht für die Weitsicht der Eltern, dass sie bei ihrem mäßigen Güterbesitz nur einen ihrer beiden Söhne für die Landwirtschaft vorsahen. August erhielt deshalb die Möglichkeit, seine schulische Ausbildung in der Ludwigsburger Lateinschule, dem Lyzeum, dem heutigen Schiller-Gymnasium, fortzusetzen. Im Dorf musste sich der »Suppenlateiner« manchen Spott gefallen lassen. 1890 wurde August in der Oßweiler Kirche konfirmiert. Im Jahr darauf pachtete der Vater das Hofgut Ruhetal bei Ulm. Die Familie verließ Oßweil. Auch die geliebte Großmutter, die Ahne, übersiedelte einige Monate später, nachdem sie dem Enkel noch den Schuljahresabschluss in Ludwigsburg ermöglicht hatte, in das ihr fremde Hofgut Ruhetal.

August Lämmle hatte sich für den Beruf des Volksschullehrers entschieden. Seine Fachausbildung erhielt er zunächst im Lehrerseminar Nürtingen, dann im Lehrerseminar Esslingen. Kaum 20 Jahre alt, wurde er in den staatlichen Schuldienst übernommen. Eine bewegte Lehr- und Wanderzeit begann. Der württembergische Staat mutete seinen angehenden Lehrern damals viel zu. Die erste Stelle wurde Lämmle im Dorf Asch bei Blaubeuren zugewiesen: eine Schulklasse von über 60 Kindern, mit denen er aber gut zurechtkam. Einen bescheidenen jährlichen Zusatzverdienst von 10 Mark erwarb er sich durch den von ihm erteilten Turnunterricht in der Oberklasse. In Asch, wo er als erster Fahrradbesitzer Aufsehen erregte, blieb er gerade 19 Monate. 1897 schickte ihn die Schulverwaltung als Aushilfslehrkraft nach Erkenbrechtsweiler auf die Neuffener Alb (Lkr. Esslingen). 1899/1900 unterrichtete er in Kusterdingen (Lkr. Tübingen), dann ab Anfang März 1900 ein halbes Jahr in Geradstetten (Gde. Remshalden, Rems-Murr-Kreis). Es folgten bis November 1901 Kurzaufenthalte von vier bis sieben Monaten in Oberteuringen (Bodenseekreis), Aidlingen (Lkr. Böblingen) und in Bad Waldsee (Lkr. Ravensburg).

Am 3. Juni 1901 heiratete er die 21-jährige Esslinger Fabrikantentochter Albertine Raible. Es wurde eine glückliche Ehe. Albertine stand ihrem Mann in guten und bösen Tagen zur Seite, teilte seine Interessen und förderte in gleicher Weise sein dichterisches Werk wie seine volkskundlichen Aktivitäten. Jetzt endlich hörte das unstete Wanderleben des Junglehrers auf. In dem kleinen Weiler Rossach (Gde. Schöntal, Hohenlohekreis), der nur wenig mehr als hundert Einwohner zählte, trat er im November 1901 seine erste ständige Stelle an. Er blieb dort gute viereinhalb Jahre. Zum 1. August 1906 wurde er nach Steinenberg (Gde. Ruders-

berg, Rems-Murr-Kreis) versetzt. In Rossach wurden die drei Kinder von Albertine und August Lämmle geboren: am 30. April 1902 Gustav Adolf Eberhard, am 16. April 1903 Margarethe Anna Luise und am 31. Mai 1906 Hermann Karl August. Leider erlag das Töchterchen, gerade vier Monate alt, einer Brechruhr – ein schwerer Schlag für die Eltern.

Als junger Lehrer kam August Lämmle in die verschiedensten Regionen Württembergs: neben dem altwürttembergischen Kernland auf die Alb, nach Oberschwaben und Hohenlohe. Er empfand den raschen Wechsel seiner Dienstorte keineswegs als schikanöse Behandlung durch die Schulbehörden, vielmehr als einzigartige Chance, bisher unbekannte Gegenden und die Lebensart der dort lebenden Menschen kennen zu lernen. »Unendlich viel Gutes und Schönes« habe er den Dörfern und Städten zu verdanken, in die ihn sein Beruf geführt habe. Später sei er dann viele Jahre in die Schweiz, nach Vorarlberg und Tirol, nach Baden, ins Rheinland, an die Nordsee, nach Berlin, Hamburg, Dresden und Graz, ja selbst nach Italien gereist, um gewissermaßen im Vergleich das Besondere, das Ureigene der Heimat zu erkennen, und so sei es durch eine glückliche Fügung des Schicksals dahin gekommen, dass er es sich zur Aufgabe gemacht habe, »diesem Besonderen nachzugehen, darüber zu schreiben, seinen Wert zu erkunden und zu zeigen«. Der Lehrerberuf brachte die in ihm angelegte Begabung zur Reife, wies ihm den Weg zum Dichter, zum Heimatschriftsteller und zum Volkskundler. »Ich kann es nicht einmal beiläufig sagen«, schrieb er 1951 rückblickend, »was ich all diesen Landschaften und Ortschaften an Unterricht und Lehre, an Wissen und Können, an Erkenntnis und Erfahrung verdanke, welche unbeschreiblichen Geschenke ich von Männern und Frauen, besonders aber aus dem Umgang mit den Kindern empfangen habe, was täglich an Vertrauen und Liebe zu mir kam und was mir die dörfliche Kultur mit ihren unerschöpflichen Schätzen und Reichtümern der Sprache, der Lieder und Geschichten, der Lebensform in Sitte und Brauchtum mit auf den Lebensweg gab. Die Heimat war mir der beste Lehrer und ihre Schule war Volksschule und Hochschule zugleich!«

Die fruchtbarsten Lernorte waren für ihn das hohenlohische Rossach und das am Rande des Welzheimer Waldes gelegene Steinenberg. Hier erfuhr er eine reiche Fülle von »Bauernsprichwörtern und sprichwörtlichen Redensarten und anderen Kostbarkeiten«. Dass der weltoffene, den schönen Dingen des Lebens zugewandte altwürttembergische Protestant in Oberschwaben mit dem neuwürttembergischen Katholizismus in engste Berührung kam und dass er dort mit unvoreingenommener Herzlichkeit auf- und angenommen wurde, hat ihm diesen Teil Schwabens in gleicher Weise zur Heimat werden lassen. Nirgendwo standen nach seiner Überzeugung Protestantismus und Katholizismus einander näher als in Württemberg.

Die Jahre in Steinenberg überforderten August Lämmle. Die von ihm unterrichtete Mittel- und Oberklasse bestand jeweils aus 50 bis 60 Schülern, eine für heutige Verhältnisse kaum noch vorstellbare Zahl. Der junge Lehrer gab sein Bestes. Neben der Schule leitete er als Dirigent den örtlichen Liederkranz. Außerdem übernahm er das Amt des Rechners der Darlehenskasse und betätigte sich als Organist in der Kirche. Daneben setzte er seine volkskundlichen Forschungen intensiv fort. 1909 gab er im Schorndorfer Bacher-Verlag sein erstes Buch heraus, die heimatkundliche Publikation »Der Bezirk Schorndorf in alter und neuer Zeit«, die in der Öffentlichkeit eine gute Aufnahme fand. 1910 erlitt er einen

*August Lämmle und Albertine Raible bei ihrer Verlobung.*

gesundheitlichen Zusammenbruch. Der Arzt wollte ihm die »Schulmeisterei« gänzlich verbieten. Doch das Kultministerium war nicht bereit, auf den engagierten Pädagogen zu verzichten. Lämmle wurde zum Realschullehrer ernannt. Er unterrichtete zunächst in Ulm, dann in Göppingen und seit 1913 in Bad Cannstatt. Dort bezog er mit seiner Familie in der Taubenheimstraße 35 eine Wohnung. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs musste der lediglich garnisonsverwendungsfähige Reservist das Reservelazarett III in Tübingen leiten.

1913 und 1914 veröffentlichte er seine beiden ersten Gedichtbände: »Schwobeblut« und »Oiges Brot«. Sie wiesen ihn als Meister des schwäbischen Dialekts aus. Jahre zuvor hatte er urplötzlich entdeckt, welch einmaligen Schatz die Mundart in sich barg. Diese Erkenntnis sei wie ein Blitz in ihn geschlagen, berichtete er später, und sie sei ihm Wille und Befehl zugleich gewesen, was er von seinen Vätern ererbt, zu erwerben, um es zu besitzen. Wie sich das Edle und das Unedle der Sprache bediene, so auch der Mundart. Aus dem menschlichen Wesen ströme in die Sprache, gewissermaßen wie in ein Gefäß, strahlende Schönheit wie Torheit und Dummheit ein. Es gelte nun, das reine Wesen der Sprache wie des Dialekts, den edlen Inhalt, zum Ausdruck zu bringen. Er dichte in der Sprache der eng begrenzten bäuerlichen Welt seines Heimatdorfes Oßweil. Diese Sprache stehe »wohl an Menge wie an Möglichkeit hinter der deutschen Hochsprache zurück, aber nicht an lebendigem heiterem Geiste und eigener Kraft. Ja, ich möchte diese schlichte Mundart um ihrer feinen Sinnlichkeit und um ihres Wort- und Formenreichtums willen eine wahrhaft gebildete Sprache nennen!«

Lämmle erkannte in der Mundart seiner schwäbischen Heimat etwas Kostbares, Edles, einen Schatz, der dem mit ihm vertrauten Dichter die Möglichkeit gab, seine Mitmenschen reich zu beschenken. Für ihn war der Dialekt nichts Minder-

wertiges, das den Ungebildeten für derbe, unerfreuliche Sprüche vorbehalten war, keine Vulgärsprache, sondern die Mundart stand mit der Hochsprache auf gleicher Stufe und bereicherte sie. 1917 brachte Lämmle den Gedichtband »Sonntig« heraus, 1926 den Band »Sonnestrauß« und 1938 die Gedichtsammlung »Es leiselet im Holderbusch«. Seine Gedichte in schwäbischer Mundart machten ihn weithin bekannt. Vielen seiner Landsleute sprachen sie aus dem Herzen. Sie wurden gern gelesen und noch mehr rezitiert. Man verglich August Lämmle mit Johann Peter Hebel, der gut hundert Jahre früher mit seinen »Alemannischen Gedichten« den Dialekt gewissermaßen literaturfähig gemacht hatte. Freilich, den Bekanntheitsgrad Hebels erreichte er nicht, und im Gegensatz zu dem badischen Dichter begann sein Ruhm schon bald nach seinem Tod zu verblassen.

Ein solches Vergessen hat jedoch August Lämmle nicht verdient. Manche seiner Gedichte sind von solcher Gemütstiefe und dichterischer Leuchtkraft, dass sie uns heute noch ebenso in ihren Bann ziehen wie dereinst unsere Groß- und Urgroßeltern. Ich greife das Gedicht »Das ist mein Land« heraus, das mich besonders anspricht:

Steig nuf de Berg, guck naus ens Land,
was mir e schöne Hoamet hant!

Doa leit für sich e kleine Welt,
drom-rom send Berg ond Hügel gstellt,
ond drüber ist dr Hemmel deckt,
ond dronter ist dei' Welt versteckt!

Ond Wiese hats ond Wälder
ond Wengert viel ond Felder
ond Bächle hell mit Brucke,
mr ka's schier net vergucke.

's ist überal ebbes, was oan freut;
als hättet Kender Bloame gstreut,
leit doa e Dörfle, dort e Haus,
ond drüber guckt dr Kirchturm naus.

E stiller Friede ist drom her,
wie wenn's doa äll Tag Sonntig wär!
So lieb ist älles ond vertraut,
als häb's dr Herrgott z-semme baut.

Nun habe ich selbst keine dichterische Ader, ich bin auch kein Literaturwissenschaftler und kein Volkskundler, sondern ein Landeshistoriker, doch komme ich aus demselben sozialen Milieu – aus einer kleinbäuerlichen Familie – und aus derselben Gegend. Mein Heimatdörflein Wolfsölden (Gde. Affalterbach) ist nur etwa 15 Kilometer von Oßweil entfernt, und obwohl ich mehr als ein halbes Jahrhundert nach August Lämmle das Licht der Welt erblickt habe, sind meine Kindheitserlebnisse ganz ähnlicher Art. Die Oßweiler Welt der 1870er und 1880er Jahre war auch in vielem noch meine Welt der 1930er und frühen 1940er Jahre.

In den Gedichten Lämmles finde ich daher meine Kindheit und Jugend wieder.

In seinem literarischen Werk beschränkte sich August Lämmle nicht auf die heimatliche Mundart. Er liebte in gleicher Weise die deutsche Hochsprache und bediente sich ihrer in Lyrik und Prosa. Mundart und Hochsprache befruchteten sich bei ihm wechselseitig. Vor allem als Geschichtenerzähler ist er hier hervorgetreten. 1916 erschienen seine »Spinnstubengeschichten«, 1936 »Schwäbisches und Allzuschwäbisches«, 1937 »Der Herrgott in Allewind«, ebenfalls 1937 und in einer Neuauflage 1946 »Die Reise ins Schwabenland«, 1948 der Band »Kleines Geschenk«, 1951 »Unterwegs. Erlebnisse und Begegnungen«.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Lämmle vom Schuldienst beurlaubt. Im Auftrag des Unterrichtsministeriums sollte er sich zwei Jahre dem Studium volkskundlicher Disziplinen widmen. Und er nutzte diese Zeit. Enge Kontakte knüpfte er zu Theodor Bäuerle, dem die Förderung der Volksbildung vornehmstes Anliegen war und dessen zu diesem Zweck gegründeter Verein in den Jahren der Weimarer Republik eine ungemein fruchtbare Tätigkeit entfaltete. Zusammen mit Bäuerle zog er von Dorf zu Dorf, hielt Heimatabende ab, trug dort seine Gedichte und Geschichten vor, um seinen Landsleuten ein vertieftes Verständnis für Heimat und Volkskultur zu vermitteln.

1923 durfte er seine »Gabe«, wie er selbst sagte, zu seiner Lebensaufgabe machen. Er wurde zum hauptamtlichen Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege berufen und hier mit der Leitung der neu geschaffenen Abteilung Volkskunde betraut. Dies empfand er als »Geschenk Gottes«. »Ich hatte«, erinnerte er sich später, »mit Landeskunde und Geschichte, mit der Kunst und der Wirtschaft, vor allem aber mit der volkstümlichen Überlieferung täglichen Umgang und an ihnen die vortrefflichsten Lehrmeister.« Nicht genug wundern konnte sich Lämmle darüber, dass man ihm hier in Württemberg, wo Examina so viel galten und man erreichte wissenschaftliche Grade und Titel sogar auf die Grabsteine setzte, in entgegenkommendster Weise den Weg zu solch anspruchsvoller wissenschaftlicher Betätigung freigegeben hatte.

Die Errichtung der Abteilung Volkskunde ging auf die Initiative einiger Männer zurück, denen die Volks- und Erwachsenenbildung ein besonderes Anliegen war und die der »Brauchtumspflege« einen wissenschaftlichen Mittelpunkt geben wollten. Zu nennen sind hier die Universitätsprofessoren Peter Goeßler und Karl Bohnenberger, der Nestor der schwäbischen Mundartforschung, sowie Theodor Bäuerle. Sie sahen in Lämmle die Persönlichkeit, die für eine solche Aufgabe die erforderlichen Voraussetzungen besaß, und ihnen gelang es dann auch, die zuständigen staatlichen Stellen für ihre Ideen zu gewinnen.

Dichtung, Schriftstellerei sowie die Hebung und Erschließung des reichen Schatzes schwäbischer Volkskunde flossen bei Lämmle ineinander. »Ich bin dazu da«, schrieb er, »dass ich über das Leben der Menschen, zu denen ich gehöre, nachdenke und das, was ich erfahren und gefunden habe, niederschreibe in einer Sprache, die alle verstehen, und in einer Form, die auf Heiterkeit ausgeht.« Auf solche Weise sollten »unsere durch so schwere Schicksale getriebenen guten Menschen an das Gute und Schöne glauben lernen oder doch wenigstens bei mir eine frohe Stunde haben«. Der Vorsteher der Brüdergemeinde Korntal hatte dies wie wenig andere begriffen. Er führte Lämmle – es war wohl 1924 – vor den Altar des Gemeindehauses, auf dem die aufgeschlagene Bibel lag. Der Dichter meinte, der Vorsteher habe ihn missverstanden: Er wolle doch keinen Gottesdienst halten,

sondern schwäbische Gedichte vortragen. »Ja«, sagte dieser, »hier lesen Sie den ›Sonntig‹ und den ›Heuet‹. Mundart kann auch Gottes Wort sein.« Für Lämmle war dies das Schönste, was ihm je als Schriftsteller zuteil geworden war.

In der Abteilung Volkskunde des Landesamts für Denkmalpflege – übrigens eine damals in Deutschland einmalige Einrichtung zur Pflege der bodenständigen Kultur – entfaltete Lämmle als Sammler und Organisator eine große Aktivität. Die ihm übertragene Aufgabe formulierte er später so: »die volkstümlichen Überlieferungen als Ausdruck und Denkmal volkstümlicher und kultureller Eigenart in Württemberg zu sammeln, zu ordnen, kritisch durchzusehen und das Gute lebendig zu erhalten«. Unterstützt wurde er durch eine große Zahl von Beratern und Helfern, so für die Flurnamensammlung von 1200 und für den Volkskunde-Atlas von 1400 Mitarbeitern. 1924 begründete er die Schriftenreihe »Schwäbische Volkskunde«, deren Programm er in einer 1925 veröffentlichten Schrift »Unser Volkstum« erläuterte. Bis 1931 brachte es diese Reihe auf sieben Bände, deren beide ersten Bände – über das Sprichwort und das Volkslied in Schwaben – seiner Feder entstammten. Mit der seit 1929 erscheinenden Zeitschrift »Württemberg«, als deren Schriftleiter und Herausgeber er bis 1938 fungierte, rief er ein viel beachtetes und wegweisendes Organ für Heimatkunde und -pflege ins Leben.

Schwerstes Leid brach über Albertine und August Lämmle 1928 und 1931 herein. Innerhalb von drei Jahren verloren sie ihre beiden Söhne. Zuerst fiel ihr 22-jähriger Sohn Hermann einem Bergunfall zum Opfer, dann starb ihr 29-jähriger Sohn Eberhard an den Folgen einer Blinddarmoperation. August Lämmle äußerte sich Jahre später einmal: »Nur wer seine eigenen verloren hat, weiß, wie schwer es ist, ohne Kinder zu sein.« Ihm half wie vielen anderen in solcher Not der starke Glaube der Eltern und Voreltern und ebenso die Poesie. Er schrieb: »In keiner Zeit der Irrung oder des größten Leids versagte dieser Freund [die Poesie], nie hörten die edlen Gedanken der Dichter auf, mir zu helfen, mich zu weisen.« Sie waren es wohl auch, die ihm die Kraft gaben, seiner lange von schwerer Krankheit heimgesuchten Frau zur Seite zu stehen.

Die Machtübernahme durch Hitler Anfang 1933 in Deutschland begrüßte Lämmle ebenso überschwänglich wie unzählige andere Deutsche. Bereits am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei. Er erhoffte sich von der nationalsozialistischen Regierung eine großzügige Förderung der Volkskunde. In seinem 1935 erschienenen Buch »Brauch und Sitte im Bauerntum« schrieb er: »Es hat darum der nationalsozialistische Staat klar und fest die ganz primitive Forderung der Entwicklung alles geist-seelischen Lebens im deutschen Volke auf Blut und Boden gestellt, und er hat die Pflege bäuerlichen Brauchtums dazu als praktische Aufgabe gegeben.« Und an anderer Stelle des Buches stellte er fest: »Der nationalsozialistische Staat hat die Pflege bäuerlichen Brauchtums gefordert. Und er hat damit allen denen, die selber in der Bauernarbeit stehen oder die durch ihr Wesen mit dem Bauerntum verbunden sind, aus der Seele gesprochen. Denn es ist Zeit, dass mit der oberflächlichen Anschauung gebrochen wird, als ob das Bauerntum ungesund, rückständig und der Anpassung an den Zeitgeist und den Zeitgeschmack bedürftig sei.« Der Ansicht Lämmles nach mussten Kultur und Bildung nicht aufs Land gebracht werden, sie waren dort vorhanden.

Noch 1937 hoffte er, den NS-Machthabern, dem »neuen Reich«, das vom Marbacher Schiller-Nationalmuseum betreute »herrliche Erbe an geistigen Gütern« unverfälscht nahe bringen zu können, diese einzigartige »Kraft- und Segens-

quelle« für das deutsche Volk. Freilich, dies war ein vergebliches Bemühen. Indes scheint auch bei ihm allmählich Ernüchterung eingetreten zu sein. Seine Auffassungen von Volkskunde und namentlich von der ländlich-bäuerlichen Welt ließen sich nicht mit denen der nunmehrigen Herren Deutschlands zur Deckung bringen. Ihm missfiel das laute Wesen der Machthaber, ihr pseudogermanisches, militantes Gehabe, ihre Intoleranz, ihre Überheblichkeit, ihr schon bald einsetzender Kampf gegen das Christentum. Nur Hohn bei den Herrschenden konnte er erwarten, wenn er in seinem 1944 erschienenen Buch »Es scheinen die Sterne so hell« als Sinn des Lebens den edlen, gütigen Menschen bezeichnete und wenn für ihn die eigentlichen Reichtümer des Menschen Liebe und Freundschaft, Gesundheit, die eigene Persönlichkeit, die ehrliche Arbeit und Leistung, die Freude an der Natur, an der Kunst und an allem Schönen, das deutsche Vaterland und die großen Deutschen waren. »Den Reichtum in Gott« nannte er einen »Reichtum in sich«. Während er in der Liebe eine beseligende Bindung, eine menschliche Bereicherung, sah, war Hass für ihn quälende Befreiung, Verarmung. »Mit dem gehassten Gegenstand verliert man die ganze zu dem Gehassten gehörige Welt.« Schon als Bub hatte ihn der Krieg geschreckt. Das Waffengeklirr eines Kaisermanövers in den 1880er Jahren, dessen Augenzeuge er gewesen war, hatte ihm Unbehagen bereitet.

Während seines ganzen Lebens hatte er Mitleid mit den Unbemittelten, den Schwachen und Behinderten, ebenso mit den Randgruppen wie den Sinti und Roma. Eindruck machte ihm als Kind, mit welcher Güte und Freundlichkeit der Oßweiler Polizeidiener eine Gruppe dieser Nichtsesshaften behandelte. Nie mehr in seinem Leben habe er eine solch menschliche Amtsführung erlebt, und zu seinem Vater sagte er nachher, »gelt mir hents guet«, und der Vater bestätigte dies. Auf die Juden war er schlechter zu sprechen, hier vermochte er gewisse Vorurteile nicht zu überwinden, doch halten sich in seinen während des Dritten Reichs erschienenen Büchern unerfreuliche antisemitische Äußerungen sehr in Grenzen.

Von 1933 bis 1945 gehörte Lämmle der Reichsschrifttumskammer und der Reichskulturkammer an. Ohne die Mitgliedschaft in diesen beiden NS-Organisationen wäre ihm jede schriftstellerische Tätigkeit und jede Aktivität auf dem Gebiet der Volkskunde untersagt worden. Vier Jahre (1934 bis 1938) war er außerdem Mitglied der Reichspressekammer und gleichfalls vier Jahre (1933 bis 1937) Mitglied des Reichsdozentenbundes.

Bereits 1933 ersetzte das Regime politisch missliebige Wissenschaftler wie Peter Goeßler durch linientreue Blut-und-Boden-Repräsentanten. Lämmle hing an seiner volkskundlichen Arbeit – er nannte sie eine der schönsten, die je einem Mann übertragen worden sei –, und er wollte sie mit seinen Kollegen Prof. Dr. Hans Schwenkel und Dr. Richard Schmidt fortführen. Doch rasch stellten sich für das Parteimitglied, das kein Amt in der NSDAP übernahm, Parteiversammlungen mied, nie eine NS-Uniform, nicht einmal das Parteiabzeichen trug, Schwierigkeiten ein. Ohne seine Mitwirkung gründete der NS-Lehrerbund eine eigene Sektion für Volkskunde, die nach und nach einen Teil der von ihm bislang wahrgenommenen Aufgaben an sich zog. Die ihm in Aussicht gestellte Leitung des Schwäbischen Schillervereins erhielt nach dem Ausscheiden des hoch verdienten Geheimrats Otto von Güntter der tiefbraune Gaukulturwart Georg Schmückle. Der für den Sommer 1933 in Stuttgart vorgesehene »Deutsche Volkskundetag«, den Lämmle vorbereitet hatte, passte nicht in das Konzept der nationalsozialistischen Kreise; er

wurde abgesagt und an seiner Stelle 1934 eine entsprechende Tagung in Heidelberg anberaumt. Der von August Lämmle dort gehaltene Vortrag »Brauch und Sitte im Bauerntum« wurde unter etwa zehn Referaten als Gabe für die Mitglieder des Volkskundebundes ausgewählt und im Jahr darauf in dem renommierten Berliner Verlag Walter de Gruyter als Buch herausgebracht. Da in ihm dem christlichen Erbe, vor allem den kirchlichen Feiertagen, ein hoher Stellenwert beigemessen wurde, lehnten es die einem dubiosen heidnisch-germanischen Kulturerbe huldigenden tonangebenden NS-Volkskundler ab. Das Buch wurde auf die Liste unerwünschter Publikationen des NS-Chefideologen Rosenberg gesetzt. Ohne Zweifel eine harte Maßregelung. Immerhin wurde Lämmle, »dem bodenverbundenen Schilderer schwäbischer Menschen und Erhalter unseres schwäbischen Brauchtums«, am 10. November 1936, dem Geburtstag Schillers, zusammen mit Anna Schieber und Ludwig Finckh von Ministerpräsident und Kultminister Christian Mergenthaler der schwäbische Dichterpreis verliehen.

Seine frühere Zugehörigkeit zu der Freimaurerloge »Drei Cedern« machte Lämmle den Kreisen der NSDAP suspekt. Wegen angeblich falscher Angaben auf seinem Partei-Fragebogen ermittelte mehrere Jahre die NSDAP parteigerichtlich gegen ihn. Im Zusammenhang mit diesem Flecken auf seiner Weste musste er sich manche Demütigung gefallen lassen. Darüber hinaus wurde er scharf attackiert, weil er einmal auf einer Versammlung der Kommunistischen Partei einen Vortrag mit dem Thema »Die seelische Krisis der bäuerlichen Bevölkerung« gehalten hatte und weil die Abgeordneten der KPD im Landtag bei seiner Berufung ins Landesdenkmalamt dereinst ein positives Votum abgegeben hatten.

Seine Arbeit als Leiter der Abteilung Volkskunde im Landesdenkmalamt, die sich noch immer im Wesentlichen an Leitlinien der Weimarer Zeit orientierte, wurde zunehmend erschwert. Die primitive Blut-und-Boden-Ideologie hatte er allenfalls pro forma übernommen. Sein 60. Geburtstag im Dezember 1936 gab ihm deshalb die willkommene Gelegenheit, seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Diesem Antrag wurde im Frühjahr 1937 stattgegeben. Die Redaktion der Monatszeitschrift »Württemberg« führte er noch ein Jahr fort.

Der Ruhestand erlaubte ihm, sich wieder stärker seinem dichterischen Werk zuzuwenden. Freilich, den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes hatte er noch immer nicht voll durchschaut. In dem menschenverachtenden Diktator Hitler sah er offenbar auch jetzt noch den gottgegebenen »Führer«. Dabei hätte er erkennen müssen, welch maßloses Unrecht politischen und ideologischen Gegnern des Regimes zugefügt wurde, wie jüdische Mitbürger immer mehr entrechtet und zum Verlassen Deutschlands gezwungen wurden. Dem Dichter Bernhard Blume, der mit einer jüdischen Frau verheiratet war, half er mit einem Geldbetrag, die einer Emigration entgegenstehenden Hürden vollends zu überwinden. Dabei riskierte er es sogar, wegen eines Devisenvergehens belangt zu werden. Der ihm wohlwollende nationalsozialistische Dichterkollege Georg Schmückle bewahrte ihn vor Schlimmerem.

1938 schrieb er für die Neuauflage seines 1924 erstmals erschienenen Buches »Das Herz der Heimat« ein Vorwort, in dem er Hitler glorifizierte: »Und da Gott dem Mutigen hilft, gebar er uns den Führer, den gläubigsten und mutigsten Mann in der Geschichte der Deutschen (. . .), er gewann die deutschen Länder und Völker zurück und holte die vor hundert und mehr Jahren ausgewanderten Söhne und Töchter heim ins Großdeutsche Reich, das er nun hält in seiner starken Hand, das

er führt in seinem edlen Geiste, darin ihm alle Herzen zugetan sind.« Die Neuauflage, die erst 1940 erschien, wies Lämmle als begeisterten Nationalsozialisten aus, der er nicht war. Vor der Entnazifizierungsspruchkammer Leonberg verteidigte er sich 1947 damit, dass er das ominöse Vorwort unter dem Eindruck des so genannten Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 geschrieben habe. Auf einer Reise nach Österreich unmittelbar danach und im Herbst 1938 habe er in Innsbruck, Linz, Wien und auch anderswo in der nunmehrigen Ostmark bei den Menschen eine Begeisterung ohnegleichen erlebt, eine Glorifizierung des »Führers«, der den sehnlichsten Wunsch der Österreicher – »Heim ins Reich« – erfüllt habe. Dieser Enthusiasmus habe auf ihn ansteckend gewirkt.

Es trifft zwar zu, dass weitaus die Mehrheit der Österreicher die Eingliederung ihres Landes in das Deutsche Reich zunächst begeistert begrüßt hat. Lämmle aber hätte nach seinen unerfreulichen Erfahrungen mit dem Regime nüchterner reagieren müssen. Er hat es nicht getan. Für uns ist dies heute schwer verständlich. Nun war Lämmle ohne Zweifel ein recht unpolitischer Mensch. Freilich, auch dies entschuldigt seinen schlimmen Ausrutscher nicht.

August Lämmle hat vor der Spruchkammer nichts beschönigt. Er sprach von einer bitteren Lehre. Aber er habe nicht wissen und auch nicht denken können, dass hinter dem Mann, der am 28. Februar 1938 im Reichstag den Herrgott um seinen Segen gebeten und der vom Grab seiner Eltern aus eine Fahrt durch Österreich unternommen habe, ein solch wahnsinniger Narr stecken könnte, habe doch auch das Ausland damals Hitler ein ungewöhnliches Vertrauen entgegengebracht. Mit seinen glorifizierenden Sätzen habe er im übrigen nur das zu Papier gebracht, was die übergroße Mehrheit der Deutschen und Österreicher im Frühjahr 1938 über den NS-Diktator gedacht und gesagt habe. Hinzu komme, dass der Dichter von einer Idee ausgehe und dass er die Menschen nicht zeichne, wie sie tatsächlich seien, sondern wie sie sein sollten.

Politisch integre Persönlichkeiten, unter ihnen entschiedene Gegner des NS-Regimes, setzten sich für Lämmle ein, so der Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, Dr. Eberhard Müller, die Oberkirchenräte Reinhold Sautter und Wilhelm Pressel, die Dichter Bernt von Heiseler und Albrecht Goes, der Fabrikant Dr. Hans Roser, der Oberlehrer Eugen Wendel. Sie alle bezeugten, dass August Lämmle seiner Gesinnung nach kein Nationalsozialist gewesen sei, dass man mit ihm auch während der Hitler-Zeit frei und offen habe reden können und dass er sich für Verfolgte eingesetzt habe.

Die Spruchkammer reihte den Dichter in die Kategorie der Mitläufer ein, erlegte ihm allerdings als Sühne 2000 RM, die Höchstsumme für Mitläufer, auf, und dies wegen seines frühen Parteieintritts und wegen des ominösen Vorworts, das in der Tat ein »Eintreten für den Nationalsozialismus« bedeutet habe, auch wenn es ein einmaliger Ausrutscher gewesen sei. Im übrigen attestierte sie ihm, er sei vor allem deshalb schon 1933 Mitglied der NSDAP geworden, damit er die ihm am Herzen liegende Arbeit auf dem Spezialgebiet »Schwäbisches Brauchtum« habe fortsetzen können, und er habe, abgesehen von dem Vorwort für die Neuauflage seines Buches »Das Herz der Heimat«, in keinem seiner in der Zeit des Dritten Reiches veröffentlichten Bücher und auch nicht als viel gefragter Vortragsredner Propaganda für den NS-Staat gemacht.

Obwohl August Lämmle später kaum einmal davon sprach, er geradlinig seinen Weg als Dichter weiterging und seiner Heimat noch einige bedeutsame Bücher

*August Lämmle an seinem 75. Geburtstag.*

schenkte, so hat ihn doch seine Blindheit gegenüber dem Nationalsozialismus und namentlich das Vorwort von 1938/40 arg belastet. In seinem Altersgedicht »Abschied« kommt dies zum Ausdruck:

Ich habe, was schön ist und gut in der Welt,
ich hab' auch des Leid's viel gekannt,
und wenn nun mein Apfel vom Lebensbaum fällt,
das Liebende bleibet dem Land.

Ich gehe nun still in den Tod hinein,
wie der Fluss still hingleitet ins Meer –
und es wird dann mein Herze ganz stille sein,
und die Seele sie schämt sich nicht mehr.

Wir Nachgeborenen, die wir allenfalls noch als Kinder die NS-Zeit erlebt haben, sollten uns nicht als Richter aufspielen und in einer Art Bilderstürmerei die Erinnerung an einen Mann auslöschen, der uns als Dichter und Volkskundler viel gegeben hat und auch heute noch zu geben vermag. Die Eiferer von Kusterdingen und Tübingen sowie von einigen anderen Orten, die dies vor einigen Jahren unter Hinweis auf die NS-Vergangenheit Lämmles versucht haben, sollten sich einen Spruch des Dichters zu Herzen nehmen: »Du bist nicht der Richter und Seelsorger der Welt! Lass das. Du hast dazu viel zu wenig Wissen, Erfahrung und Verstand. Und deine Meinung und dein Urteil sind weder allrichtig noch allwichtig.«

Andererseits sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass auch der alte August Lämmle noch lernfähig war. Er bekannte: »Wir haben es früher nicht so verstanden und gewürdigt, dass die Freiheit das höchste Gut eines Menschen und Volkes ist. Heute wissen wir, dass nur unter ihrer Sonne Menschlichkeit und Friede und Schönheit ist.«

Im Sommer 1944 wurde die Cannstatter Wohnung des Ehepaars bei einem Fliegerangriff schwer beschädigt. Albertine und August Lämmle zogen in ihr »Gartenhaus« nach Leonberg, das sie dann in den Nachkriegsjahren zu ihrem ständigen Wohnsitz ausbauten. Nach 1945 genoss der greise Dichter, nachdem das Spruchkammerverfahren durchgestanden war, die freiheitliche Atmosphäre des demokratischen Staates. Menschlich hilfreich war ihm die Mitarbeit in der neuen Evangelischen Akademie Bad Boll; ihr verdankte er manche ermutigenden geistigen Anstöße. Anlässlich seines 75. Geburtstags am 3. Dezember 1951 verlieh ihm die Landesregierung von Württemberg-Baden den Titel Professor. Sein alter Freund, Kultminister a. D. Theodor Bäuerle, würdigte »den Menschen, den Schwaben und den Sänger unserer Heimat«. Am 1. Dezember 1956, unmittelbar vor seinem 80. Geburtstag, traf sich ein illustrer Kreis im Stuttgarter Ratskeller, unter anderen Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, die Minister Wilhelm Simpfendörfer und Oskar Farny, der Präsident der Deutschen Schillergesellschaft Dr. Wilhelm Hoffmann. Die Festrede hielt Josef Eberle (Sebastian Blau). Er rühmte den aus »tiefen Brunnenstuben geschöpften Humor« des Jubilars, dessen Gelassenheit des Herzens und Heiterkeit des Gemüts, und dies, obgleich das Leben des Achtzigjährigen alles andere als ein »Schleckhafen« gewesen sei. Nicht nur seine Freunde, so schloss Eberle, sondern das ganze schwäbische Volk dankten ihm für »das unvergängliche Geschenk seines Werks«.

Am 8. Februar 1962 starb August Lämmle im Paul-Lechler-Krankenhaus in Tübingen. Fünf Tage danach wurde er auf dem Stuttgarter Waldfriedhof beigesetzt. Unter den Trauergästen befanden sich Kultusminister Dr. Gerhard Storz sowie die Oberbürgermeister von Stuttgart, Ludwigsburg und Leonberg, Dr. Arnulf Klett, Dr. Anton Saur und Otto Rexer. In seiner Grabrede nannte Dr. Eberhard Müller, Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, August Lämmle einen der reichsten Männer unseres Landes. Er sei nicht reich an Geld und Gut gewesen, wohl aber an Schätzen des Volkstums, die er gesammelt, zu neuem Glanz gebracht oder durch seine dichterische Gestaltungskraft hervorgebracht habe. Der begnadete Sammler, Schöpfer und Schatzverwalter schwäbischen Volkstums sei zugleich ein Seelsorger und Erzieher gewesen. Tiefe Demütigungen und harte Schicksalsschläge hätten einen entscheidenden Einfluss auf sein Leben und Schaffen ausgeübt. Und nun einige Sätze der Grabrede Dr. Müllers wörtlich: »In der Beugung unter Gottes Willen, die auch im Kreuz an der Liebe zu Gott und den Menschen festhält, und in der Selbstbegrenzung, die demütig die von Gott gesetzten Grenzen einhält, gewann August Lämmle eine wunderbare Kraft. Er konnte den Einsamen und Bitteren, den Überklugen und Dummen, den Hohen und den Niedrigen ein rechtes Wort sagen voll tiefem Ernst und doch überglänzt von dem Humor, der Menschen die Freiheit gibt, über sich selbst zu lachen. August Lämmle gehörte zu den Menschen, die die Wahrheit des menschlichen Lebens aufdecken können, ohne zu vernichten. Denn er sah die ganze Welt und unser menschliches Leben überglänzt von dem Licht der Liebe Gottes.«

Albertine Lämmle, die mehr als 60 Jahre aufs engste mit ihrem Mann verbunden gewesen war und mit ihm zusammen viel Schweres hatte erdulden müssen, starb am 1. Dezember 1966.

Die Lebens- und Weltsicht des greisen August Lämmle findet ihren Ausdruck in einem Gedicht, das ich an den Schluss des von mir gezeichneten Lebensbildes stellen möchte:

Freunde, also steh' ich hier
mit dem Rücken an der Tür,
schaue nach dem Leben aus,
hinter mir das sichre Haus,
über mir des Himmels Licht,
in mir heit're Zuversicht.

Mag der Wind die Wolken treiben
vor das himmlische Gesicht.
Sonne, Mond und Sterne bleiben,
doch die Wolken bleiben nicht.
Aus der Nacht erblüht der Tag,
aus dem Leid der Sinn des Lebens –
wer sich dem nicht fügen mag,
der lebt ziellos und vergebens.

# Die Marbacher Schillerverehrung im Wandel der Zeiten

von Hermann Schick

Marbach, die Schillerstadt – das sagt sich leicht und schreibt sich leicht. Aber wie kam es eigentlich dazu? Wie wurde Marbach im allgemeinen Bewusstsein zur Schillerstadt? Wer neu in die Stadt kommt, wundert sich vielleicht auch, an allen Ecken und Enden auf den Namen Schiller zu stoßen. Und dann mag die Frage auftauchen, wie ist das alles gekommen? Seit wann ist das so, wo doch die Stadt selber sehr viel älter ist. Im Folgenden soll gezeigt werden, wie man in Marbach mit der Tatsache umgegangen ist, dass einer der größten deutschen Dichter am 10. November 1759 hier geboren wurde.

Als Stadt wurde Marbach vermutlich im Jahre 1797 erstmals mit dem Dichter Friedrich Schiller in Verbindung gebracht. Er lebte zu der Zeit in Jena und war bekannt als Autor der »Räuber«, des »Fiesko« und von »Kabale und Liebe«, die Werke der Reifezeit waren noch nicht geschrieben. In jenem Jahr erschien eine erweiterte Fassung des »Geographischen statistisch-topographischen Lexikons von Schwaben«, das der Marbacher Diakonus Philipp Ludwig Hermann Röder anonym veröffentlichte. Darin hieß es: »Marbach ist der Geburtsort des berühmten Astronomen Tobias Maier und des noch lebenden Herrn Hofrats Schiller.« Als Geistlicher hatte Röder natürlich Zugang zu den Taufbüchern, er muss sich jedoch auch in der Welt der Literatur ausgekannt haben, denn der Titel eines Hofrats hätte allein den Eintrag in das Lexikon nicht gerechtfertigt. Damit war die Verbindung des Dichters mit Marbach öffentlich gemacht, und mit Schillers wachsender Berühmtheit gewann diese stetig an Bedeutung.

Nach dem frühen Tod des Dichters versuchten immer mehr Verehrer, auch seinen irdischen Spuren nachzugehen. In Marbach war dies freilich schwierig: Die Familie Schiller hatte spätestens im Spätherbst 1763 die Stadt verlassen, die Großeltern Kodweiß, deren einziges Kind Dorothea Elisabeth Schiller gewesen war, lebten längst nicht mehr, und es gab nichts, was noch an den Aufenthalt ihrer Familie erinnerte. Angesichts der zunehmenden Anfragen nach dem Geburtshaus des Dichters organisierte ein Marbacher Bürger, nämlich der aus Sachsen stammende Gürtler Carl Gottlob Franke, im Jahre 1812, also sieben Jahre nach Schillers Tod, eine Befragung alter Einwohner, wobei nach allgemeiner Übereinstimmung das Haus des Secklers Schöllkopf als das Geburtshaus bezeichnet wurde. Es sei kein Umstand bekannt geworden, schrieb der Oberamtmann, durch den irgendein Zweifel an dem Ergebnis der Befragung begründet werden könne. In welcher Weise das Haus dann gekennzeichnet wurde, ist nicht bekannt, doch zeigen schon die ältesten Abbildungen, die es davon gibt, ein Schild auf der Giebelseite.

Die erste Schillerfeier fand zum zwanzigsten Todestag des Dichters 1825 in Stuttgart statt. Dort hatte der ein Jahr zuvor gegründete Liederkranz auch die

Pflege von Schillers Andenken ausdrücklich zu einem seiner Ziele gemacht, hatte doch der junge Schiller als Zögling der Karlsschule und danach als Regimentsmedikus sieben Jahre lang in Stuttgart gelebt. Uneingeladen nahmen aus Marbach Oberamtmann Veiel, Oberamtsrichter Rooschüz und Stadtschultheiß Brecht an der Feier teil, bei der auch für ein Denkmal gesammelt wurde. Der freundliche Empfang für die Marbacher Delegation täuschte diese darüber hinweg, dass für die Stuttgarter Honoratioren nur ein Denkmal in der Hauptstadt in Betracht kam. Zehn Jahre lang wurden Spenden gesammelt, dann muss es den Marbachern bewusst geworden sein, dass ihre Hoffnungen auf ein Denkmal bedroht waren, weshalb sie vom Stuttgarter Denkmalverein verlangten, er solle die berechtigten Wünsche Marbachs anerkennen und der Geburtsstadt des Dichters wenigstens ein bescheidenes Gegenstück zu einem Denkmal in Stuttgart zugestehen. Die schroffe Ablehnung dieses Ansinnens und die Unterscheidung zwischen dem leiblichen und dem geistigen Geburtsort machten deutlich, dass Marbach auf kein Entgegenkommen hoffen konnte.

Darauf wurde im Juni 1835 in Marbach ein »Verein für Schillers Denkmal« gegründet, der zu Spenden aufrief. Ziel war ein einfaches, allgemein zugängliches Denkmal, das, wie es hieß, »sich dazu eignete, ein Mittelpunkt von feierlichen Versammlungen, namentlich der Gesang-Vereine zu bilden und auf diese Weise Eigenthum des ganzen Landes würde«. Dagegen wehrten sich nun die Stuttgarter, die wohl fürchteten, dass, wenn mögliche Spender von zwei Vereinen angegangen würden, an keinem Orte die nötige Summe zusammenkäme. In Zeitungsartikeln gab es heftige Attacken hin und her, und das ging so weit, dass der Innenminister zwei königlichen Beamten in Marbach, dem Oberamtsrichter und dem zweiten Pfarrer, weitere Aktivitäten im dortigen Verein untersagte, weil königliche Beamte nicht gegen die Interessen der königlichen Residenzstadt agitieren sollten.

In Stuttgart reichte schließlich das Geld für ein Denkmal, der Däne Thorwaldsen schuf es, und 1839 wurde es auf dem jetzigen Schillerplatz enthüllt. Ganz zufrieden war man übrigens nicht damit, weil der Dichter gar so nachdenklich dargestellt war.

Schon vorher, am 22. Juni 1835, beschlossen die Marbacher bürgerlichen Kollegien, das gemeindeeigene Steinbruchgelände »Schelmengrüble« für ein Denkmal bereitzustellen, und König Wilhelm I. stiftete Bäume und Sträucher aus der Baumschule in Hohenheim für die Anlage. Die Umgestaltung des Platzes war mühsam und teuer, Felsen mussten gesprengt und die ganze Anlage anschließend planiert werden. Dabei gelang es, diese Arbeiten zur Sache der ganzen Stadt zu machen. Ottilie Wildermuth hat die dabei praktizierte Arbeitsteilung beschrieben: »Selbst die ärmsten Handwerker und Tagelöhner verpflichteten sich zu unentgeltlicher Arbeit dabei. [...] Muntere Jungen schafften die Steine fort, die kräftige Männer ausgruben, andere führten gutes Erdreich herbei, um dem dürren Grund aufzuhelfen; wieder andere gruben tiefe Löcher, worin die neuen Bäume, Platanen, Akazien, Kastanien, eingesetzt werden sollten. [...] Und die gebildete Bevölkerung, die nicht Steine graben und Karren führen konnte, die lustwandelte unter den emsigen Arbeitern, um sie durch freundliche Worte zu ermuntern, und spendete in reicher Fülle den guten Neckarwein aus ihren Kellern, um sie bei frischem Muth zu erhalten.« Zu mehr als der kleinen Parkanlage reichte damals das Geld nicht.

Die von Ottilie Wildermuth geschilderte Begeisterung der Marbacher Einwoh-

*Das »Schelmengrüble«, die spätere Schillerhöhe, nach der Umgestaltung, Aquarell um 1840.*

ner zeigte sich übrigens auch darin, dass nur etwas mehr als drei Wochen nach dem Beschluss der bürgerlichen Kollegien auf dem für das Denkmal bestimmten Platz ein Liederfest abgehalten wurde, zu dem auch aus Ludwigsburg und Stuttgart Gäste kamen. Natürlich hatte das »Schelmengrüble« bis dahin noch nichts von seinem Steinbruchcharakter verloren, und die Darbietungen des erst drei Jahre zuvor gegründeten Marbacher Liederkranzes waren noch mehr als bescheiden. Darüber machte sich ein anonymer Berichterstatter in einer Stuttgarter Zeitung lustig, wohl um die Lächerlichkeit der Marbacher Bemühungen vorzuführen.

Seit alter Zeit hatte es in Marbach ein Frühjahrsfest, den Maientag, gegeben. Da Schillers Todestag der 9. Mai war, konnte man Schillergedenken und Maifest zusammen begehen. Aus dem Jahr 1840, also nach Beendigung der Arbeiten im »Schelmengrüble«, ist ein erstes Schillerfest bezeugt, von dem wir jedoch nur wissen, dass ein gewaltiges Gewitter ihm ein vorzeitiges Ende bereitete. Fromme Pietisten führten das Unwetter auf den götzendienerischen Schillerkult zurück, was von den Geistlichen als Gotteslästerung zurückgewiesen wurde.

Aus den nächsten Jahren sind keine Aufzeichnungen überliefert. In einer im Turm der Alexanderkirche niedergelegten Denkschrift von Stadtschultheiß Klein hoffte dieser, dass, »wenn es uns auch nicht gelingen sollte, den dazu ausersehenen Platz mit einem Denkmal zu besetzen, [die Anlage] vielleicht durch die Nachkommen mit einem solchen noch versehen wird«. Aber zunächst war der Schwung weg, und 1847 klagte ein Leserbriefschreiber, warum in Mannheim und Leipzig Schillers Geburtstag gefeiert werde, nicht aber in Marbach.

Die Feier von Schillers 100. Geburtstag im Jahre 1859 wurde in ganz Deutschland zu einem nationalen Fest. Überall wurde gefeiert, weil Schiller vor allem als Dichter der Freiheit und als Symbol für die Einheit aller Deutschen angesehen

*Schillers Geburtshaus, Stahlstich um 1850.*

wurde. In Marbach zeichnete sich eine solche Betrachtungsweise schon zehn Jahre früher ab. Im November 1849 nämlich lud der Marbacher Volksverein ein zu einer Gedenkfeier zum ersten Jahrestag der Erschießung des Paulskirchenabgeordneten Robert Blum in Wien, und bei dieser Gelegenheit sollte gleichzeitig auch der Geburtstage von Martin Luther und Friedrich Schiller gedacht werden, denn alle drei galten als Vorkämpfer der Freiheit. Der knappe Bericht über die Veranstaltung geht leider nur auf das politisch aktuelle Geschehen ein.

In den folgenden Jahren sind von dem »Verein für Schillers Denkmal« keine Aktivitäten überliefert. Es gibt auch keine Nachrichten über Maientage. Erst im Dezember 1857 verlangten einige Vereinsmitglieder in einem Leserbrief von dem »verehrlichen Ausschuss« Auskunft über dessen Bemühungen. Dies scheint der Auslöser für die vielfachen Tätigkeiten zur Jahrhundertfeier 1859 gewesen zu sein. Ziel der Bemühungen war in Marbach nach wie vor die Errichtung eines Denkmals. Aber dann ergab es sich im Sommer 1858, dass Bäckermeister Fischer, der damalige Besitzer des Geburtshauses, bereit war, sein Haus dem Schillerverein zu überlassen, wenn dieser in der Lage war, den Preis von 4000 Gulden dafür zu bezahlen. Darauf erließ der Schillerverein einen Spendenaufruf, dem sich auch auswärtige Autoren und Literaturfreunde anschlossen. Um die gleiche Zeit veröffentlichte die Schriftstellerin Ottilie Wildermuth in Berlin einen Aufsatz »Aus Schiller's Heimath«, in dem sie auf die Möglichkeit des Erwerbs des Geburtshauses hinwies und damit indirekt auch zu Spenden ermunterte. Das Echo war überwältigend und erbrachte die Summe von 10 539 Gulden. In diesem Betrag waren

auch 1455 Gulden enthalten, die auf Initiative von sieben Gymnasiasten aus Hanau von Schülern aus 52 deutschen Gymnasien gesammelt wurden. So stand dem Kauf des Geburtshauses nichts mehr im Wege.

Zwar war ursprünglich die Errichtung eines Denkmals das Ziel der Marbacher Bemühungen gewesen, aber die Gelegenheit zum Erwerb des Geburtshauses durfte nicht versäumt werden. Damit besaß Marbach etwas, was es von allen anderen Schillerstädten unterschied und womit jene nicht konkurrieren konnten. Für beides aber, Geburtshaus und Denkmal, reichte das Geld nicht. Immerhin aber war es so viel, dass das Haus sofort umgebaut werden konnte. Seit den Tagen, in denen die Familie Schiller darin gewohnt hatte, war es wiederholt verändert worden und glich keineswegs einer weihevollen Gedenkstätte. Dazu sollte es jetzt gemacht werden und dafür wurde der Stuttgarter Hofbaumeister Christian Friedrich Leins gewonnen. Ohne Rücksicht auf den früheren Zustand veränderte er das Haus innen und außen. Der Schillerverein forderte »Eigenthümer von Hausgeräten und Fahrnisstücken, von denen mit Bestimmtheit behauptet werden kann, dass sie dem Dichter oder seinen Eltern gehörten«, auf, diese zu stiften, damit das Haus wieder in seinen früheren Zustand versetzt werden könne.

Schillers 100. Geburtstag wurde dann, wie schon erwähnt, im ganzen deutschen Sprachraum mit ungeheurem Aufwand begangen. Wir wissen von 440 deutschen und 50 ausländischen Feiern, weil Schillers jüngste Tochter die Programme gesammelt hat. Seit Januar 1859 war in Marbach bekannt, dass die Stadt in die von Stuttgart ausgehenden Veranstaltungen integriert war. Das ganze Jahr über gingen Spenden ein.

Nachdem am 9. und 10. November in Stuttgart mit Festvorstellung im Theater, Festzug, Festakt und Festmählern gefeiert worden war, brachte am 11. November

*Die Schillerfeier in Marbach am 11. November 1859 mit Festredner Johann Georg Fischer.*

ein Sonderzug die Teilnehmer nach Ludwigsburg, von wo sie mit Wagen und zu Fuß nach Marbach zogen. Das örtliche Festkomitee unter Vorsitz von Oberamtmann Stockmayer hatte ein Programm mit 14 sehr ins Einzelne gehenden Punkten erarbeitet. Der Stadtschultheiß empfing die Gäste im Rathaus, dann bewegte sich ein in elf Gruppen gegliederter Festzug zum Geburtshaus, wo Johann Georg Fischer, der in Stuttgart an der Polytechnischen Schule unterrichtete und als Lyriker und Dramatiker bekannt war, eine Rede hielt. Er nannte das Geburtshaus ein Nationaldenkmal, das als Gegenstand der Weltgeschichte durchaus mit den Denkmälern Athens und Roms verglichen werden könne. Schiller sei derjenige, den das deutsche Volk unter allen seinen großen Dichtern sich am liebsten als Vorbild denke. Anschließend ging der Zug hinauf zu der jetzt Schillerhöhe genannten Anlage im »Schelmengrüble«, wo für ein Denkmal wenigstens der Grundstein gelegt wurde, in den man eine zuvor im Schillerhaus unterschriebene Urkunde legte. Nachmittags um vier Uhr reisten die auswärtigen Gäste wieder ab. In Marbach gab es abends noch einen Fackelzug zum Geburtshaus.

Zwei andere Umstände wurden in Marbach für die Zukunft noch wichtig. Aus Anlass von Schillers 100. Geburtstag war angeordnet worden, dass an allen »Gelehrten und Realschulen« des Landes Schillerfeiern abzuhalten seien. Und die Hanauer Schüler hatten verfügt, dass von ihrem Geld 100 Gulden abgezweigt und fest angelegt werden sollten, damit von deren Zinsen alljährlich ein Lorbeerkranz gekauft werden konnte, mit dem der beste Schüler der Marbacher Lateinschule bei der Geburtstagsfeier die Büste im Geburtshaus schmücken sollte. Schon aus diesem Grunde musste nun auch in jedem Jahr eine solche Feier stattfinden. Daraus ergab sich eine Veränderung bei den Schillerfeiern überhaupt. Bisher hatte man, wie gezeigt wurde, das Schillergedenken mit dem Todestag verknüpft, den man mit dem Maienfest in Verbindung bringen konnte. Für Feiern im Freien war dies sicher die bessere Jahreszeit. Jetzt hatte man das Geburtshaus, und da lag es nahe, dass nun dort auch der Geburtstag gefeiert wurde. Dabei wurden vor allem Gedichte vorgetragen, einige Lieder gesungen, und ein Lehrer hielt eine Rede. Bei der geringen Schülerzahl der Lateinschule machte es keine Schwierigkeiten, wenigstens die Oberklasse geschlossen in dem kleinen Haus unterzubringen. Dafür hielt dann der Schillerverein am Todestag eine »Geschäftssitzung«, bei der es um den jährlichen Tätigkeitsbericht und die regelmäßigen Wahlen ging. Bis heute hält die Deutsche Schillergesellschaft an dieser Tradition fest und legt ihre Jahreshauptversammlung auf diesen Termin.

Noch etwas geht auf die Jahrhundertfeier zurück. Die in Moskau lebenden Deutschen wollten ebenfalls einen Beitrag leisten und veranstalteten auch eine Geldsammlung, von deren Erlös sie eine Glocke gießen ließen, die für die Alexanderkirche in Marbach bestimmt wurde. Da im 19. Jahrhundert Schillers »Lied von der Glocke« außerordentlich beliebt war, rief diese Stiftung ganz besondere Freude hervor. Auf dem Turm der Alexanderkirche hing damals überhaupt keine Glocke, weshalb diese »Schillerglocke«, die am 15. August 1860 auf dem Bahnhof in Ludwigsburg abgeholt werden konnte, in Marbach mit großer Begeisterung begrüßt wurde. An Schillers Geburtstag 1860 wurde sie erstmals geläutet, damals eine Stunde lang, heute geschieht es noch zweimal je zehn Minuten.

Aus den folgenden Jahren gibt es nur wenige Nachrichten. Die Schillerfeiern waren damals hauptsächlich eine Sache der Lateinschule, die dazu die Öffentlichkeit einlud. Präzeptor Becht wollte im Jahre 1860 seine Schillerrede nicht in der

Lokalzeitung abdrucken lassen, weil sie nur für die Schüler gedacht sei. 1863 sang erstmals der Liederkranz am Abend des Geburtstages vor dem Schillerhaus, wobei nicht zu klären ist, ob dieser Auftritt einmalig war. Aus dem Jahr 1868 ist bekannt, dass in Wien eine Vereinigung von Literaturfreunden, die sich »Die Glocke« nannte, einen Preis für einen Marbacher Schüler stiftete, von dem es im folgenden Jahr hieß, er sei für notorisch Arme bestimmt.

Aber noch immer hatte Marbach kein Denkmal. Dreißig Jahre nach dem ersten Aufruf wandte sich der Schillerverein noch einmal an das deutsche Volk. Vorstand war damals Altstadtschultheiß Klein, der schon 1835 zu den Unterzeichnern gehört hatte. Das Echo war gering. Darauf wurde beschlossen, eine Lotterie aufzulegen und auf diesem Wege zu Geld zu kommen, doch diesmal verzögerten die Kriegsereignisse 1870/71 das Projekt.

Auch nach dem Krieg klappte es nicht mit der Lotterie. Später ließ das württembergische Kriegsministerium eine Marbacher Bitte um Zuweisung von Erz aus der Kriegsbeute unbeantwortet. Da entschied sich der findige Stadtschultheiß Fischer für einen anderen Weg. Er wandte sich an den für Marbach zuständigen Reichstagsabgeordneten, den früheren württembergischen Außenminister von Varnbüler. Dieser hatte die richtigen Verbindungen und erreichte es, dass Kaiser Wilhelm I. die Lieferung von 32 Zentnern französischer Geschützbronze an den Erzgießer Pelargus in Stuttgart anordnete. Damit konnte jener das von dem Bildhauer Ernst Rau entworfene Denkmal gießen, das an Schillers 71. Todestag, am 9. Mai 1876, auf der Schillerhöhe mit viel Aufwand enthüllt wurde.

Weil Marbach noch keinen Eisenbahnanschluss hatte, organisierte man die Beförderung der vielen Gäste durch Fuhrwerke, die schon ab halb sechs Uhr morgens in Ludwigsburg bereitstehen mussten. Zwei Ehrenpforten waren errichtet worden, eine am Eingang zur Stadt an der Ludwigsburger Straße und eine zweite am Eingang zur Schillerhöhe. Dort waren um das verhüllte Denkmal drei Ehrentribünen aufgeschlagen worden. Außer Vertretern des Stuttgarter Geisteslebens, wie dem Dichter Johann Georg Fischer und dem Redakteur Elben, waren es hauptsächlich Gesangvereine, die zu dem Fest kamen. Viele von ihnen hatten sich die Pflege von Schillers Andenken zum Ziel gesetzt und wollten jetzt nicht fehlen.

Um zehn Uhr riefen Trommler vor den einzelnen Wirtshäusern die Sänger zur Aufstellung des Festzuges vor das Rathaus. An der Spitze stand eine Kapelle, danach kamen die Marbacher Schuljugend, 24 Festjungfrauen, die Ehrengäste und das Marbacher Schiller-Komitee, es folgten die Beamten und die bürgerlichen Kollegien und schließlich die lange Reihe auswärtiger Vereine. Den Schluss bildeten die Marbacher Vereine: Liederkranz, Turnverein und Kriegerverein. Der Zug marschierte vom Rathaus zum Schillerhaus, wendete im Bereich des jetzigen Cotta-Platzes, zog wieder hinauf zum Rathaus und von dort durch den oberen Torturm hinaus zur Schillerhöhe. Dort wurde die Veranstaltung eröffnet mit einer eigens zu diesem Anlass komponierten Kantate für Blechbläser und Männerchor auf Verse von Johann Georg Fischer, der nach der Enthüllung des Denkmals auch diesmal wieder die Festrede hielt; es sei seine 24. Schillerrede gewesen. Das Denkmal wurde dann in die Obhut der Stadt gegeben, Kränze wurden niedergelegt, und mit dem Reiterlied aus »Wallensteins Lager« schloss die Feier.

Eigentlich hätte das Komitee für Schillers Denkmal damit seinen Zweck erfüllt gehabt und sich auflösen können. Doch schon erwuchs eine neue Aufgabe, denn

*Das 1876 enthüllte Schillerdenkmal auf der Schillerhöhe, vor 1903.*

nun galt es, die Anlage um das Denkmal herum in Ordnung zu halten; und das Geburtshaus war ja ebenfalls Eigentum des Vereins und musste verwaltet werden. Es gab also genug zu tun, und deshalb blieb das Komitee als Schillerverein weiterhin bestehen.

Dieses Denkmal wurde schnell ein wichtiger Anziehungspunkt in der Stadt. Aus dem ganzen Land wählten es Gesangvereine, Turnvereine, Kirchenchöre, Feuerwehren und andere Gruppen als Ausflugsziel. Ein förmliches Ritual bildete sich heraus, besonders nachdem Marbach 1879 Eisenbahnanschluss erhalten hatte. Die Vereine kamen mit dem Zug, oft hatten sie ihre Fahne dabei, vom Bahnhof marschierte man in Dreierreihen zur Schillerhöhe, dort hielt der Vereinsvorstand eine Rede und legte einen Kranz nieder, man sang einige Chöre, und dann marschierte man zurück in die Stadt und stärkte sich in einer der 36 Wirtschaften, bis es Zeit war zur Heimfahrt.

Die Schillerbegeisterung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich heute kaum mehr nachvollziehen. Zur 100-Jahr-Feier 1859 stifteten wohlhabende Damen in Riga einen Abendmahlskelch, einen Teller für Oblaten und eine Altardecke für die Alexanderkirche. 1873 rief die Schriftstellerin Ottilie Wildermuth im Verbreitungsgebiet der Zeitschrift »Daheim« zu Spenden für einen Kindergarten in Schillers Geburtsstadt auf. Aus Wien kam 1872 die Bitte um einen Stein von der Marbacher Schillerhöhe als Grundstein für ein Schillerdenkmal, zu dessen Enthüllung der Stadtschultheiß sogar eingeladen wurde. Und als die Stadt Stuttgart 1900 das Elektrizitätswerk in Marbach in Betrieb nahm, da sagte der zuständige Baurat Kölle, man habe mit der für die Zwecke des Werks gerade nicht notwendig gewesenen reicheren Ausstattung des Äußeren der Schillerstadt eine besondere Aufmerksamkeit erweisen wollen.

Stadtschultheiß Fischer, der die Bemühungen um das Schillerdenkmal zu einem guten Ende gebracht hatte, starb im Februar 1883 im Alter von nur 59 Jahren. Auf ihn folgte Traugott Haffner, der in der Verbindung Marbachs mit Schiller sogar ein Motiv für seine Bewerbung um das Amt gesehen hat. Haffner war entschlossen, die »Pflege des Schillerkultes« mit allen Mitteln zu fördern, und seinen Bemühungen ist die Errichtung des Schillermuseums zu einem großen Teil zu verdanken.

Als im Jahre 1890 in Stuttgart der deutsche Neuphilologentag veranstaltet wurde, organisierte der Gymnasialprofessor Dr. Otto Güntter für die Teilnehmer eine Ausstellung von schwäbischen Dichterhandschriften, Portraits und Büchern, die allgemeines Aufsehen erregte und sogar verlängert werden musste. Auch der Marbacher Stadtschultheiß besuchte die Ausstellung und fand, dass sie genau das sei, was er sich für Marbach wünschte. Johann Georg Fischer machte Haffner mit Güntter bekannt, und die beiden Männer verstanden sich auf Anhieb ganz ausgezeichnet. Im kleinen Geburtshaus reichte der Platz nicht mehr aus, da der Sammlung immer mehr Erinnerungsstücke, dazu Bilder und Handschriften vermacht wurden. Ein Museum schien notwendig, um alle diese Schätze zu verwahren.

Durch Fischer machte Haffner auch die Bekanntschaft des Bankiers Kilian von Steiner, der auf vielfache Weise Kunst und Künstler förderte. Er stiftete in den nächsten Jahren wiederholt wertvolle Stücke für das Schillerhaus und stellte auch die Verbindung zu König Wilhelm II. her. Dem Zusammenwirken dieser drei Männer – Haffner, Güntter und Steiner – ist es zu verdanken, dass der Monarch 1895 verfügte, es solle in Marbach ein Schillermuseum und Schillerarchiv errichtet und als Träger ein Schwäbischer Schillerverein gegründet werden. Der Wunsch des

Königs war Befehl, ein in Marbach hochwillkommener. Der Verein wurde gegründet und der Chef des königlichen Kabinetts wurde sein Vorsitzender. Der König kam selber nach Marbach, um die von Haffner ins Auge gefassten möglichen Bauplätze anzusehen. Der schließlich gewählte Platz am Hang westlich des Denkmals war sicher, auch noch nach heutigem Verständnis, der beste, und der billigste war er noch dazu.

Ein Problem für die Marbacher Schillerverehrer war das Verhältnis des bestehenden Marbacher Schillervereins zu dem zu gründenden Schwäbischen Schillerverein. Sollte der Marbacher Verein mit jenem verschmelzen, oder hatte er daneben noch seine eigene Aufgabe? Ebenfalls diffizil war die Frage, wer künftig Eigentümer der bisher im Besitz des Marbacher Vereins befindlichen Erinnerungsstücke sein sollte. Schließlich waren manche in Sorge, dass nach Marbach gestiftete Stücke an einen anderen Ort verbracht werden könnten. Dies waren alles heikle Probleme, deren Lösung viel Feingefühl erforderte. Zunächst wurde der Marbacher Schillerverein, wie übrigens so ziemlich alle Marbacher Vereine, korporatives Mitglied im Schwäbischen Schillerverein; noch heute haben seine Mitglieder freien Eintritt im Schiller-Nationalmuseum.

Während die Vorbereitungen zum Museumsbau liefen, bahnte sich in Marbach eine Erweiterung der jährlichen Schulfeiern zu Schillers Geburtstag an. Schülerinnen der höheren Töchterschule in Landau in der Pfalz schickten im November 1897 dem Schillerverein eine Rose mit einer Schleife. Diese trug die Aufschrift »Dem Sänger der Frauenwürde« und sollte von einer Schülerin der Mädchenoberklasse als Geburtstagsgruß am Denkmal niedergelegt werden. Eine solche Klasse gab es jedoch nur in der Volksschule, weshalb diese dadurch nun auch zu ihrer Geburtstagsfeier kam. Wegen des Orts gab es keine Probleme, aber wegen der einzuladenden Ehrengäste durfte diese Feier zeitlich natürlich nicht mit jener der Lateinschule zusammenfallen. Sie wurde deshalb auf den Nachmittag gelegt und begann um zwei Uhr. Damit war für die Zukunft eine Tradition begründet, innerhalb derer sich zu einem unbekannten Zeitpunkt, vermutlich nach dem Ersten Weltkrieg, das heute noch geübte Blumenwerfen entwickelte.

Bei dem Architektenwettbewerb für den Museumsbau spielte die Frage eine Rolle, wie das Denkmal zu dem neuen Bau in Beziehung zu setzen sei, ob der bisherige Platz beibehalten werden könnte oder ob das Denkmal gar versetzt werden müsste. Den ersten Preis erhielt ein Entwurf der Architekten Eisenlohr und Weigle, der sich ganz bewusst an die Bauten des Herzogs Carl Eugen und damit an die Zeit Schillers anlehnte. Die Grundsteinlegung fand – übrigens, auch um Kosten zu sparen, ohne auswärtige Beteiligung – im Mai 1901 statt.

Der Bau ging rasch voran, und Schillers Todestag am 9. Mai 1903 konnte als Termin für die Eröffnung ins Auge gefasst werden. Doch wegen einer Reise des Königs wurde sie auf den Herbst verschoben. Dem zu dieser Zeit schon schwer kranken Stadtschultheißen verlieh der König die »Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft«, eine außergewöhnliche Ehrung. Vier Wochen später starb Traugott Haffner an seinem 50. Geburtstag. Durch Geschenke und Gehaltserhöhungen hatte der Gemeinderat schon zu seinen Lebzeiten seine außergewöhnlichen Leistungen gewürdigt. Ein Vierteljahrhundert später ehrte ihn die nachfolgende Generation dadurch, dass sie der aus der Kernstadt zur Schillerhöhe führenden Straße seinen Namen gab.

Wenige Wochen nach Haffner starb auch Kilian von Steiner, der große Gönner

und Förderer des Museums, dessen »Urmäzen«, wie er bisweilen genannt wird. Von den drei Männern, durch deren Zusammenwirken das Museum geschaffen wurde, erlebte nur Otto Güntter dessen Eröffnung.

Die eigentliche Einweihung des Museums wurde am Geburtstag Schillers 1903 mit einem Besuch des Königspaares verbunden. Es wurde ein großer Festtag für die Stadt. Nachdem die Spitzen der Regierung mit einem planmäßigen Zug eingetroffen waren, kam das Königspaar mit seinem Sonderzug und wurde von Stadtschultheiß Johannes Härtner, der drei Monate zuvor zum Nachfolger Traugott Haffners gewählt worden war, am Bahnhof empfangen. Nach einem kurzen Besuch des Geburtshauses fuhren die Gäste durch das Spalier der Schuljugend zur Schillerhöhe, wo sie vom Vorstand des Schwäbischen Schillervereins begrüßt wurden. Nach einem Rundgang durch das Museum besuchte der König auch noch die Schillerfeier der Mädchenoberklasse vor dem Schillerdenkmal. Ein gewisser Missklang entstand dadurch, dass bei der Auswahl der geladenen Gäste sich manche Marbacher zurückgesetzt fühlten. An die Vorstellung, dass das neue Museum eine überörtliche Einrichtung sei, musste man sich erst gewöhnen.

Verbunden mit der Eröffnung war die Frage nach der inneren Organisation des Museums und vor allem nach dessen Leitung. Ein fünfköpfiges Gremium erwies sich als zu schwerfällig, mit der Arbeit eines aus dem Schuldienst beurlaubten Archivars war man nicht zufrieden. Erst mit der Berufung Otto Güntters als hauptamtlicher Leiter und geschäftsführendes Vorstandsmitglied war die endgültige Form gefunden.

Noch zweimal galt es in jenem Jahrzehnt, Schiller zu feiern. Anlässe waren der 100. Todestag im Mai 1905 und der 150. Geburtstag im November 1909. Nachdem jetzt das Museum fertig gestellt war, fühlte man sich in Marbach dazu auch besonders verpflichtet. Überhaupt kann man die Zeit zwischen der Eröffnung des Schillermuseums und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs als den Höhepunkt der bürgerschaftlichen Schillerverehrung in Marbach ansehen.

*König Wilhelm II. und Königin Charlotte beim Verlassen des Schillermuseums am 6. Mai 1905.*

Zu dem Gedenktag 1905 stellte Otto Güntter eine große Ausstellung zusammen, die am 6. Mai in Anwesenheit des Königspaares eröffnet wurde. Wieder kamen König und Königin mit ihrem Sonderzug und fuhren durch die fahnengeschmückte Stadt. In der Haffnerstraße standen die Schüler und Vereine Spalier, und im Schillermuseum erwarteten der Vorstand des Schwäbischen Schillervereins, die Spitzen der Hofgesellschaft und Mitglieder der Regierung das Monarchenpaar. Nach einem Rundgang durch die Ausstellung fand am Denkmal eine Feier statt, in deren Verlauf der Liederkranz, der Männergesangverein und der Kirchenchor sangen, Schillers Urenkel Alexander von Gleichen-Rußwurm eine Rede hielt und das Königspaar sowie andere Mitglieder des Königshauses Kränze am Denkmal niederlegten.

Zwei Tage später fand in der Turnhalle eine Feier für die Marbacher Einwohnerschaft statt, bei der wieder die drei Chöre mitwirkten. Oberpräzeptor Dr. Schott hielt eine Rede, und dann spielten Marbacher Laien drei Szenen aus »Wilhelm Tell«. Am Todestag selber feierten morgens die Schüler, die von den Schulhäusern in der Unteren Holdergasse zur Turnhalle zogen, wo Lieder gesungen und Gedichte vorgetragen wurden und wo Stadtpfarrer Klinger den Schülern in einer Ansprache Schiller als Vorbild vor Augen stellte. Am Nachmittag bewegte sich ein »Huldigungszug« quer durch die ganze Stadt zur Schillerhöhe. Alle Schulen nahmen daran teil, die bürgerlichen Kollegien, die Vereine mit ihren Fahnen und 18 Festwagen, von denen die beiden ersten sich auf Schiller bezogen und die anderen die in Marbach vertretenen Gewerbezweige darstellten. Auf der Schillerhöhe gab es wieder Reden und Lieder, danach blieben die Festteilnehmer gesellig beisammen. Abends zog man noch zu einem Höhenfeuer auf den Galgen, und nachdem die Nationalhymne gesungen worden war, ging es mit Fackeln zurück zum Wilhelmsplatz, wo diese zusammengeworfen und verbrannt wurden. Glaubt man den Zeitungsberichten, so war wirklich die ganze Stadt auf den Beinen.

Ein so großer Aufwand war 1909 zum 150. Geburtstag des Dichters nicht schon wieder möglich. Man beließ es daher bei einer Feier im Museum, nachdem vorher die Schulen eine gemeinsame Feier in der Turnhalle abgehalten hatten. Wieder kam das Königspaar, diesmal per Automobil, und Otto Güntter hielt vor geladenen Gästen im Museum eine Rede. Dort wurde in Gegenwart des Königs auch die Preisverteilung an Marbacher Schüler vorgenommen. König und Königin legten anschließend im Geburtshaus noch einen Kranz nieder. Weil aber diese Feier doch in einem weitgehend geschlossenen Kreis stattfand und dies dem Marbacher Selbstverständnis keineswegs entsprach, so wurde am Abend noch eine eigene Schillerfeier in der Turnhalle veranstaltet mit Darbietungen der Gesangvereine und Szenen aus »Kabale und Liebe«.

Bezeichnend für das Jahrzehnt zwischen 1903 und 1914 ist die große Zahl derer, die an den Schillerfeiern aktiv teilnahmen und sich mit Schillers Werken beschäftigten. Fast in jedem Jahr wurden bei den Geburtstagsfeiern Szenen aus Schillerstücken von Laien in der Turnhalle aufgeführt. 1901 und 1908 war es »Die Braut von Messina«, 1905 im Frühjahr »Wilhelm Tell«, im November »Die Jungfrau von Orleans«, 1906 Szenen aus den »Räubern«, 1907 aus »Maria Stuart«, 1909 »Kabale und Liebe«. Im Jahre 1911 spielte man ein von Oberpräzeptor Kleinknecht verfasstes Festspiel mit Motiven aus Werken Schillers, und 1913 wurden unter dem Titel »Frauengestalten aus Schillers Werken« Monologe und Dialoge aus allen Dramen der Reifezeit, vom »Wallenstein« bis zum »Tell« aufgeführt. Natürlich

Marbach a. N.

---

**Freitag den 10. November 1905**

**vormittags 11 Uhr**

# Schulfeier

## der Latein- und höheren Töchterschule

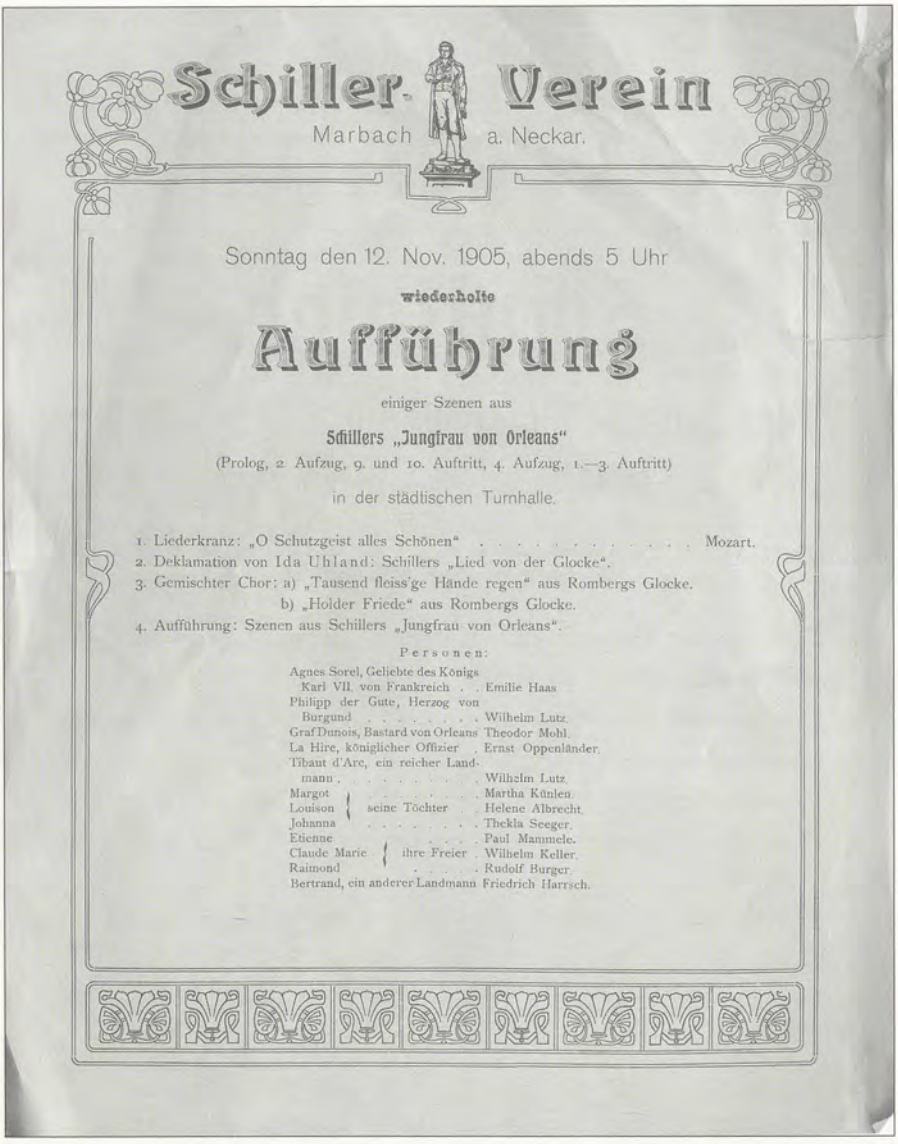
**zum Gedächtnis der Geburt Friedrich Schillers**

(10. November 1759)

**im Geburtshause des Dichters.**

1. Einleitender Gesang der Kinder: „Stimmt an mit hellem, hohem Klang".
2. Deklamation einiger Lateinschüler: „Der Graf von Habsburg".
3. Ansprache von Oberpräzeptor Dr. Schott über „Schillers letzte Lebensjahre und Tod".
4. Deklamation einiger Töchterschülerinnen: Szenen aus „Maria Stuart".
5. Bekränzung der Büste des Dichters durch den Lateinschüler Otto Mak im Namen der deutschen Jugend.
6. Deklamation einiger Lateinschüler: Anfangs-Szenen aus „Wallensteins Lager".
7. Verteilung der Schillerpreise an 2 Lateinschüler:
   a) des Wiener Preises an Oskar Damm aus Marbach.
   b) des Hanauer Preises an Otto Mak vom Makenhof.
8. Schlussgesang der Kinder: „Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd!"

*Programm zur Schulfeier am 10. November 1905.*



Schiller-Verein
Marbach a. Neckar.

Sonntag den 12. Nov. 1905, abends 5 Uhr

wiederholte

Aufführung

einiger Szenen aus

Schillers „Jungfrau von Orleans"

(Prolog, 2. Aufzug, 9. und 10. Auftritt, 4. Aufzug, 1.—3. Auftritt)

in der städtischen Turnhalle.

1. Liederkranz: „O Schutzgeist alles Schönen" . . . . . Mozart.
2. Deklamation von Ida Uhland: Schillers „Lied von der Glocke".
3. Gemischter Chor: a) „Tausend fleiss'ge Hände regen" aus Rombergs Glocke.
   b) „Holder Friede" aus Rombergs Glocke.
4. Aufführung: Szenen aus Schillers „Jungfrau von Orleans".

Personen:

Agnes Sorel, Geliebte des Königs Karl VII. von Frankreich . . Emilie Haas
Philipp der Gute, Herzog von Burgund . . . . . Wilhelm Lutz.
Graf Dunois, Bastard von Orleans Theodor Mohl.
La Hire, königlicher Offizier . Ernst Oppenländer.
Tibaut d'Arc, ein reicher Landmann . . . . . Wilhelm Lutz.
Margot, Louison, Johanna — seine Töchter . . . . . Martha Künlen. Helene Albrecht. Thekla Seeger.
Etienne, Claude Marie, Raimond — ihre Freier . . . . Paul Mammele. Wilhelm Keller. Rudolf Burger.
Bertrand, ein anderer Landmann Friedrich Harrsch.

*Programm zur Schillerfeier des Schillervereins, 1905.*

waren dies Laiendarstellungen, aber sie setzten eine Beschäftigung mit den Stücken voraus. Die meist jungen Männer und Frauen lasen ihren Dichter und waren weit entfernt von passiver Konsumhaltung. Dass sie mit ihren Aufführungen die Turnhalle füllen konnten, ab und zu sogar mehrmals, zeigt, dass ihr Tun auf Verständnis traf, dass viele gerade diese Art der Schillerverehrung schätzten. Im Jahre 1913 übernahm die Rolle der Berta von Bruneck aus dem »Tell« übrigens

Dr. Johanna Mellinger, die seit 1909 als wissenschaftliche Hilfskraft im Museum beschäftigt war. All dies ging unter im Ersten Weltkrieg.

In den Kriegsjahren fanden zwar die Schulfeiern weiterhin statt und der Liederkranz sang auch am Geburtshaus, aber sonst zeigte nur das Läuten der Schillerglocke den Geburtstag des Dichters an. Dafür gab es Sonderzüge mit verwundeten Soldaten, denen ein Besuch des Schillermuseums ermöglicht wurde.

Das Schillerdenkmal war im Jahre 1917 äußerst gefährdet, denn angesichts der allgemeinen Rohstoffnot sollte es eingeschmolzen werden, ebenso die Schillerglocke. Der Gemeinderat richtete einen leidenschaftlichen Appell an das Oberamt und erreichte tatsächlich, dass beide erhalten blieben. Nach dem Krieg vernichtete die große Inflation von 1923 das Kapital aller Stiftungen, von denen die Wiener und die Landauer nicht erneuert wurden. Dafür erinnerte Otto Güntter durch eine Erich-Güntter-Gedächtnisstiftung an seinen im Krieg gefallenen Sohn.

Mit dem Sturz der Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs verlor der Schwäbische Schillerverein und das von ihm getragene Museum seine wichtigste Stütze. Otto Güntter, der auch schon bisher die Geschäfte des Vereins geführt hatte, wurde statt des königlichen Kabinettchefs nun auch dem Namen nach Vorsitzender des Schwäbischen Schillervereins. Da er als Direktor im Amt blieb, war im Museum für Kontinuität gesorgt. Mit der Umbenennung in Schiller-Nationalmuseum sollte 1922 der Hauch des Provinziellen abgestreift werden.

Für die Stadt Marbach bedeutete der Übergang zur Republik den Verlust ihrer engen Verbindung mit der Spitze des Staates, denn die häufigen Besuche des Königspaares hatte man stets als besondere Auszeichnung empfunden. Die Feiern der Lateinschule und der Volksschule fanden in der traditionellen Weise ab 1919 wieder statt, nachdem im November 1918 die Schulen wegen einer Grippe-Epidemie geschlossen gewesen waren. Abends sang der Liederkranz am Geburtshaus, und der Schillerverein lud auf sieben Uhr in den Kronensaal ein, wo Oberpräzeptor Dr. Wächter über »Schiller und die Revolution« sprach. Daneben gab es wie früher Gedichtdeklamationen und Liedvorträge des Liederkranzes. Diese Form der Schillerfeiern mit Feiern beider Schulen im Geburtshaus und am Denkmal, dem abendlichen Singen des Liederkranzes am Geburtshaus und einer Veranstaltung des Schillervereins im Kronensaal wurde mit Abwandlungen bis 1933 beibehalten. Die Darbietung einzelner Szenen aus Schillers Werken erfolgte jetzt aber hauptsächlich durch Schüler. Museumsdirektor Güntter, seit 1909 Ehrenbürger der Stadt, nahm fast immer an den Geburtstagsfeiern teil.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden die Schillerfeiern weithin in den Dienst der Propaganda gestellt. Dies ist deutlich abzulesen an den Themen der Lehrervorträge bei den Feiern im Geburtshaus. Einige Beispiele seien genannt: »Nationalsozialismus bei Schiller« (1934), »Schiller als Nationalsozialist« (1936), »Schillers Räuber nationalsozialistisch betrachtet« (1938). Auch die Abendveranstaltungen wurden weithin von der Hitlerjugend gestaltet, wobei einige Male auch wieder Szenen aus Werken von Schiller aufgeführt wurden. Ab 1941 fanden am Abend des Geburtstages keine Veranstaltungen mehr statt, während der Liederkranz noch bis 1944 zu seinen Liedvorträgen am Geburtshaus zusammenkam.

Der Platz zwischen Schillerdenkmal und Museum wurde schon in der Begründung der Wettbewerbsentscheidung zum Museumsbau als Festplatz bezeichnet. Dazu nützen ihn die Nazis weidlich aus. Im Juni 1934 veranstaltete die Reichsju-

*Bei der Schillerfeier 1929 spielten Marbacher Schüler »Die goldene Gans«.*

*Bei der Feier zum 175. Geburtstag von Friedrich Schiller am 10. November 1934 auf der Schillerhöhe: Reichsaußenminister Konstantin von Neurath (vorne in Zivil) in Begleitung von Reichsstatthalter Wilhelm Murr (vorne links) und Museumsdirektor Otto Güntter (rechts).*

gendführung der Hitlerjugend gemeinsam mit dem Reichsrundfunk eine »Schillerhuldigung der deutschen Jugend zur Sonnwend«. Ein großer Staffellauf wurde veranstaltet, der von den äußersten Grenzen des damaligen Reiches ausging und in einem Sternlauf über viele Tausende von Kilometern hinweg nach Marbach führte. Zwischen Denkmal und Museum waren am Abend des 21. Juni 1934 800 »Hitlerjungen« und »Jungmädel« aufmarschiert, um die Schlussläufer der einzelnen Stafetten zu empfangen und ihre Grußbotschaften zu hören, die vom Rundfunk über alle deutschen Sender übertragen wurden. In der Botschaft aus Ostpreußen hieß es unter anderem: »Wir bekennen uns zu Schiller, weil er viel verlangt, und weil ihm ein halber Mensch nicht genügt. Wir verehren Schiller als ein Vorbild für jeden einzelnen. Denn er hat sich verzehrt im Dienst an seinen Aufgaben.« Vom Schlageter-Denkmal auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf brachte eine Sonderstaffel eine brennende Fackel, mit der dann auf der Schillerhöhe das Sonnwendfeuer entzündet wurde.

Im gleichen Jahr war noch der 175. Geburtstag Schillers zu begehen, verbunden mit der Einweihung des erweiterten Schiller-Nationalmuseums. Drei Tage lang wurde gefeiert. Am ersten Tag waren die Schulen an der Reihe, und abends wurde auf der Eck ein Höhenfeuer entzündet. Hauptfesttag war der zweite Tag mit einem Festakt vor dem Schillerdenkmal, an dem fast die ganze württembergische Regierung teilnahm. Die Reichsregierung war vertreten durch den Reichsaußenminister Konstantin von Neurath, der 1917/18 als Chef des württembergischen Zivilkabinetts Vorsitzender des Schwäbischen Schillervereins gewesen war. Während der Vorbereitungen rechnete man, dass etwa 7000 Menschen vor dem Museum Platz finden würden, weitere 12 000 könnten nördlich des Museums (wo heute das Literaturarchiv steht) über Lautsprecher die Feier verfolgen. Am dritten Tag schließlich gab es noch zwei Aufführungen der »Räuber« in der ehemaligen Spielplatzhalle, die jetzt SA-Heim hieß.

Aber nicht nur Schiller wurde auf dem Museumsplatz gefeiert. Auch bei der Gautagung der so genannten Deutschen Christen versammelten sich dort 1935 etwa 7000 Teilnehmer, um den von Hitler eingesetzten Reichsbischof Müller zu hören, der zu der Tagung nach Marbach gekommen war.

Mit Vollendung des 80. Lebensjahres trat Otto Güntter Ende 1938 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde der nationalsozialistische Schriftsteller Georg Schmückle, der gleichzeitig das Amt des Gaukulturwartes innehatte. In der kurzen Zeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte er keine Gelegenheit, das örtliche Geschehen wesentlich zu beeinflussen.

Der Wiederbeginn der Schillerfeiern nach dem Zweiten Weltkrieg ist schlecht überliefert. Der Schulunterricht begann stufenweise wieder ab Oktober 1945, an eine Schillerfeier war da nicht zu denken. Die amerikanische Militärregierung hatte alle Vereine für aufgelöst erklärt, Zusammenkünfte waren verboten, und Übertretungen wurden streng bestraft, wie der Marbacher Liederkranz zu spüren bekam. Nur aus dem Rechenschaftsbericht des Schulleiters ist bekannt, dass im Herbst 1946 von der Oberschule im Geburtshaus eine Schillerfeier abgehalten wurde.

Im folgenden Jahr 1947 beschloss der Gemeinderat, wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage auf eine Schillerfeier zu verzichten; man ermunterte jedoch die Schulen, ihre Feiern in der herkömmlichen Weise abzuhalten. Der Gemeinderat beschloss auch, dass der noch nicht wieder begründete Marbacher Schillerverein

selbständig bleiben und nicht in der Deutschen Schillergesellschaft, wie der Trägerverein des Schiller-Nationalmuseums jetzt hieß, aufgehen sollte.

Diese Umbenennung war erfolgt auf Initiative von Dr. Erwin Ackerknecht, der 1946 die Leitung des Museums und den Vorsitz im Schwäbischen Schillerverein übernommen hatte. Er war es auch, der im Laufe des Jahres 1947 die Rückführung der im Krieg in das Salzbergwerk Kochendorf ausgelagerten Museumsbestände veranlasste, so dass im September dieses Jahres das Museum wieder eröffnet werden konnte.

Ein Jahr später konnten im November 1948 die Feiern zu Schillers Geburtstag

*Seit Mitte des 19. Jahrhunderts Tradition: Am Abend von Schillers Geburtstag singt der Marbacher Liederkranz vor dem Geburtshaus des Dichters (Aufnahme vom 10. November 1951).*

wieder in dem gewohnten Umfang aufgenommen werden. Zusätzlich zu den Feiern der Schulen lud auch der Marbacher Schillerverein wieder zu einer Gedenkfeier ein. Davor sang der Liederkranz wieder am Geburtshaus, und jetzt beteiligte sich auch die Stadtkapelle an den musikalischen Darbietungen. Die eigentliche Feier fand in der Spielplatzhalle statt. Ihr Programm ist nicht überliefert, bekannt sind nur die Mitwirkenden: Neben dem Liederkranz und der Stadtkapelle waren dies der Tenor Karl Jautz aus Benningen und am Flügel Amtsgerichtsrat Majer aus Marbach und eine Frau Leonhard aus Ludwigsburg.

Damit war für die nächsten Jahre die Form gefunden, die es dann jeweils mit Inhalt zu füllen galt. Der Schillerverein bemühte sich, für seine Feiern Redner zu gewinnen, bei der Oberschule wechselten die Lehrkräfte jährlich mit Reden über ein Schillerthema im Geburtshaus ab. Und die Volksschule zog geschlossen auf die

Schillerhöhe, wo der Schulchor sang, Schüler Gedichte vortrugen und der Rektor eine Rede hielt. Höhepunkt war dann immer das Blumenwerfen am Denkmal.

Eine Bereicherung war für die Oberschule 1951 der Besuch einer Schülergruppe von der Hohen Landesschule in Hanau, mit dem an den Anteil der Hanauer Schüler an der Geldsammlung zum Erwerb des Schillerhauses 1859 erinnert werden sollte. Dieser Besuch begründete eine neue Tradition, die bis zur Gegenwart lebendig geblieben ist.

Nur indirekt mit der Marbacher Schillerverehrung hat jenes Ereignis zu tun, durch das die Situation auf der Schillerhöhe sich ganz grundlegend verändert hat. Im Jahre 1952 erwarb Josef Eberle, der Herausgeber der Stuttgarter Zeitung, die Handschriftensammlung des Verlags Cotta und übergab sie dem Schiller-Nationalmuseum als Leihgabe. Zwei Jahre später übergab er auch das mehr als 5000 Bände umfassende Zeitungs-, Zeitschriften- und Bucharchiv des Cotta-Verlags. Diese Leihgaben bildeten einige Jahre später den Grundstock für das Deutsche Literaturarchiv.

Mitte und Ende der 1950er Jahre waren wieder zwei Schillergedenktage von besonderer Bedeutung zu begehen: der 150. Todestag im Jahre 1955 und der 200. Geburtstag im Jahre 1959. Nach allem, was seit den großen Feiern am Anfang des 20. Jahrhunderts geschehen war, konnte nicht mehr an die frühere Form angeschlossen werden. Außerdem musste die Deutsche Schillergesellschaft über Marbach hinausschauen, wogegen der Marbacher Schillerverein nach wie vor »den großen Sohn der Stadt« im Blick hatte.

Für die Geburtsstadt war der Geburtstag zweifellos das wichtigere Ereignis. Andererseits hatte die Deutsche Schillergesellschaft am Sterbeort Weimar keine Möglichkeit, aktiv zu werden, weshalb auch die Gedenkfeier zum Todestag im Großraum Stuttgart stattfinden musste, da in der alten Bundesrepublik kein Ort mit Schiller enger verbunden gewesen wäre. Für die Stadt Marbach stellte sich damit auch die Frage nach einem geeigneten Raum für mögliche Feiern, da weder die Spielplatzhalle noch der Kronensaal den veränderten Anforderungen entsprachen. Als der Gemeinderat sich Anfang 1954 mit dem Problem befasste, war klar, dass bis Mai des folgenden Jahres eine Lösung nicht gefunden werden konnte und man auf die Ausrichtung der Hauptfeier verzichten musste. Der Todestag selber fiel auf einen Montag, deshalb hielt die Deutsche Schillergesellschaft eine festliche Versammlung schon am Samstagnachmittag in der Alexanderkirche ab. Der eigentliche Festakt fand am Sonntagvormittag im Stuttgarter Staatstheater statt, wobei Thomas Mann seine berühmt gewordene Rede hielt. Am Abend folgte dann am gleichen Ort noch eine Festvorstellung von »Maria Stuart«.

Bei all diesen Veranstaltungen war jedoch die Marbacher Bürgerschaft allenfalls am Rande beteiligt. Dies entsprach keineswegs der Marbacher Überlieferung. Die Einwohner wollten selber teilhaben an den Gedenkfeiern. Aus diesem Grunde organisierte der Schillerverein für den Samstagabend eine Feier auf dem Platz vor dem Denkmal. Vom König-Wilhelm-Platz zogen die Vereine, Stadtkapelle, Liederkranz und Männergesangverein, hinaus zur Schillerhöhe, wo das Denkmal durch Scheinwerfer angestrahlt wurde und Schüler mit brennenden Fackeln auf den Treppenstufen standen. Es gab Musikvorträge, Rezitationen und Kranzniederlegungen und die »Theaterfreunde Marbach« führten die Rütliszene aus dem »Tell« auf. Die Aufmerksamkeit der anwesenden Marbacher wurde allerdings dadurch beeinträchtigt, dass Bundespräsident Heuss von einem Fenster des

*Schillerfeier der Marbacher Schulen auf der Schillerhöhe, um 1960 (auf der Treppe: Bürgermeister Hermann Zanker).*

Museums aus die Feier verfolgte, weshalb die Lokalzeitung später über ihre Mitbürger schrieb: »Sie waren zwischen Schiller und Heuss buchstäblich hin und her gerissen.« Zum Schluss zog ein Fackelzug zum Geburtshaus, wo der Liederkranz noch einmal sang.

Der Montag dann, der eigentlichen Todestag, war der Tag der Schulen. Um die Mittagszeit versammelten sich die Schüler beider Schulen auf der Talseite des Museums. Auch hier wurden Schillertexte vorgetragen und Lieder gesungen. Während der Feier besuchte Thomas Mann das Schiller-Nationalmuseum und wandte sich von dem Balkon aus an die Schüler mit den Worten: »Liebe Kinder, ich danke euch vielmals, dass ihr gekommen seid. Es macht mir Spaß, auf euch herabzublicken und euch zu begrüßen. Ihr seht einen modernen deutschen Dichter, der unserem, eurem Schiller seine Huldigung darbringt.« Die Kinder, so der Bericht der Marbacher Zeitung, gaben durch heftiges Klatschen ihrer Freude Ausdruck. Der Tag wurde beschlossen durch ein Konzert des Süddeutschen Kammerorchesters aus Ludwigsburg in der Spielplatzhalle.

Zu der Geburtstagsfeier des gleichen Jahres erschien auch eine Delegation aus Landau, die an die Blumenspende der dortigen höheren Töchterschule im Jahre 1897 erinnerte. Zu einer Erneuerung der Verbindung kam es jedoch nicht. Am Abend jenes Tages spielten die Marbacher Theaterfreunde in der Spielplatzhalle »Wilhelm Tell«.

Die Feiern zu Schillers 200. Geburtstag wurden in Marbach als eine besondere Herausforderung empfunden. Deshalb beschloss der Gemeinderat schon im April

1955 den Bau einer Stadthalle, die einen würdigen Rahmen für die Veranstaltungen dieses Jubiläumsjahres abgeben sollte. Bereits im Herbst 1957 konnte der Neubau am Rande der Schillerhöhe eingeweiht werden, so dass man für das Schillerjahr gewappnet war.

Weil jedoch der Beitrag der Stadt sich nicht im Materiellen erschöpfen sollte, stiftete der Gemeinderat auch einen Schillerpreis. Nun gab es im Lande aber schon zwei Schillerpreise für literarische Leistungen. Deshalb musste der Marbacher, wenn er daneben Bedeutung gewinnen sollte, sich auf ein anderes Sachgebiet beziehen, für das es bislang keine Auszeichnung gab. Daher wurde festgelegt, dass der Preis alle zwei Jahre verliehen werden sollte für »eine hervorragende Arbeit auf dem Gebiet der Landeskunde in Württemberg«. Durch diese Eigenständigkeit gewann der Preis hohes Ansehen; er wurde im Laufe der Jahre Gelehrten aus den verschiedensten Disziplinen verliehen.

Die Veranstaltungen des Schillerjahres 1959 begannen im Januar mit einem Vortrag des Redakteurs der Marbacher Zeitung, Dr. Oberkampf, und endeten am 13. November mit der Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie durch das Sinfonieorchester des Süddeutschen Rundfunks unter dem berühmten Dirigenten Karl Böhm. Dazwischen gab es fast in jedem Monat Schüler-Aufführungen, Rezitationsabende, Konzerte, Sternwanderungen und Dichterlesungen. Am 7. November erhielt der Stuttgarter Archivar Walter Grube den Schillerpreis für sein Buch »Der Stuttgarter Landtag 1457–1957«. Im Anschluss daran sprach der Schriftsteller Rudolf Hagelstange über »Friedrich Schiller und die Deutschen«. Am Vortag des Geburtstages feierten die Schulen in der gewohnten Weise, denn der Festakt der Deutschen Schillergesellschaft musste natürlich am eigentlichen Geburtstag stattfinden. Als Redner hatte man den Schriftsteller Carl Zuckmayer gewonnen, der vor viel Prominenz als Dramatiker über den Dramatiker sprach. Ähnlich wie vier Jahre zuvor, wollte auch 1959 die Marbacher Bürgerschaft ihren Anteil an den Feiern. Am Abend des Geburtstages zog ein Fackelzug zur Schillerhöhe, wo der Männergesangverein einige Chorsätze sang und Bürgermeister Zanker einen Lorbeerkranz am Denkmal des Dichters niederlegte. Dann ging der Fackelzug unter Führung der Stadtkapelle zum Geburtshaus, wo, wie die Zeitung berichtete, »ein fast unbeschreibliches Gedränge herrschte, in das aber durch die Ruhe der Polizei und der Aufsichtspersonen bald Ordnung gebracht wurde«. Hier sang, wie es der Tradition entsprach, der Liederkranz, die Stadtkapelle spielte, und Dr. Paul Raabe vom Literaturarchiv hielt eine kurze Ansprache. Nach einem Gedichtvortrag dankte der Bürgermeister allen Teilnehmern.

Für die Zukunft waren damit die Weichen gestellt, denn in jedem zweiten Jahr wurde von nun an der Marbacher Schillerpreis verliehen und am Geburtstag übergeben, so dass man sich nur für die Jahre dazwischen immer etwas einfallen lassen musste. Da gab es dann Theatergastspiele oder Schüleraufführungen, Konzerte und Vorträge.

Zwischen 1945 und 1966 verdoppelte sich in Marbach die Zahl der Einwohner. Die Neubürger hatten natürlich nicht die gleiche gefühlsmäßige Bindung an die herkömmliche Schillerverehrung, sie waren nicht schon als Schüler zum Blumenwerfen auf die Schillerhöhe gezogen. So ließ das Interesse an den Veranstaltungen nach. Mehr Einwohner hieß aber auch mehr Schüler, die Schulen wuchsen, und im Geburtshaus war um 1965 nicht einmal mehr Platz für eine einzige Klasse des jetzigen Progymnasiums, dessen Ausbau zur Vollanstalt dringend gefordert wurde.

Außerdem wurden neue Schulen gegründet: 1966 eine Sonderschule für Lernbehinderte, 1969 eine Realschule und schließlich 1973 eine Nachbarschaftsschule, zu der die Hauptschulen von Marbach, Rielingshausen, Affalterbach, Benningen und Erdmannhausen nach Abtrennung der jeweiligen Grundschulen zusammengeschlossen wurden. Damit gab es in Marbach fünf Schulen, die am 10. November in irgendeiner Weise den Geburtstag des Dichters begehen sollten.

Nach etlichen Beratungen wurde folgende Regelung getroffen: Das Friedrich-Schiller-Gymnasium veranstaltete auch weiterhin am Geburtstag eine Feier im Geburtshaus. Dazu wurde öffentlich eingeladen, doch von der Schule nahmen daran nur die für gute Leistungen auszuzeichnenden Schüler des jeweiligen Abitursjahrgangs und die jährlich aus Hanau anreisende Schülergruppe teil. Ein Lehrer hielt eine kurze Ansprache und ein Schüler schmückte die Büste im Geburtszimmer mit einem Blumenstrauß, durch den der früher übliche Lorbeerkranz 1968 ersetzt wurde. Im Anschluss daran fand – und findet bis heute – im Schulgebäude eine Feier in größerem Rahmen statt, bei der in den letzten Jahren mehr und mehr auch Schüler beteiligt wurden. Fester Bestandteil blieb nur die Übergabe von Preisen. Für die Anne-Frank-Realschule und die Tobias-Mayer-Hauptschule wurde eine völlig neue Lösung gefunden, indem für die Abschlussklassen beider Schulen eine zeitgenössische Autorin oder ein Autor zu einer Lesung eingeladen wurden. Die Feier am Denkmal auf der Schillerhöhe wurde Sache von Grundschule und Uhlandschule, der Sonderschule für Lernbehinderte. Das bewährte sich aber auf die Dauer nicht, und heute feiert die Grundschule allein, während die Abschlussklasse der Uhlandschule zu der Dichterlesung geht.

Die veränderte Bevölkerungsstruktur wirkte sich in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch auf die Schillerfeiern aus. Bei allen Schulen, die Grundschule ausgenommen, kam die Mehrzahl der Schüler aus den umliegenden Orten, und auch die Mehrheit der Lehrer wohnte nicht mehr am Dienstort, für dessen örtliche Traditionen sie zumeist wenig Interesse entwickelten. So war in jenem Jahrzehnt viel vom »Abschneiden alter Zöpfe« die Rede. Im Schillerverein versuchte man der veränderten Situation dadurch gerecht zu werden, dass in der neuen Satzung 1977 der Vereinszweck um die Förderung von Stadtgeschichte und Heimatpflege erweitert wurde, wodurch der Verein ein weiteres Tätigkeitsgebiet erhielt.

Gegen Ende der siebziger Jahre erreichte das Gedankengut der Studentenrevolte auch Marbach. Ein junger Studienrat erarbeitete mit einer Gruppe von Schülern 1979 eine Schiller-Revue. Ihr Thema sei, so schrieb er im Dezember 1980 in der Zeitschrift »Diskussion Deutsch«, der »Missbrauch Schillers und dessen Missbrauchbarkeit für die verschiedensten politischen Ideologien und für die Selbstdarstellung kulturbeflissener und imagesüchtiger Kleinstadthonoratioren«. Aufgeführt wurde diese Revue mehrfach im Bärensaal. Sie bezog ihren Hauptwitz aus der Konfrontation des wiederkehrenden Revolutionärs Schiller mit der – etwas verzerrt gesehenen – Gegenwart. Der augenblickliche Erfolg, speziell unter den älteren Schülern, war groß, doch ließ er sich nicht wiederholen. Schon im nächsten Jahr war die Folgeveranstaltung inhaltlich deutlich schwächer, und als die damalige Generation das Abitur hinter sich hatte und der Lehrer die Schule verließ, war fast alles wie zuvor. Nur bei den Verleihungen des Schillerpreises war die Stadthalle noch zu füllen, sonst wich man lieber in den kleineren Vortragssaal des Deutschen Literaturarchivs aus.

*Verleihung des Schillerpreises der Stadt Marbach durch Bürgermeister Heinz Georg Keppler an Professor Dr. Paul Sauer, 10. November 1977.*

Nach einem Generationswechsel in verschiedenen Einrichtungen bahnte sich in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Entwicklung an. An den Schillerfeiern der Schulen sollte zwar nichts geändert werden und auch nicht an den Auftritten des Liederkranzes und der Stadtkapelle am Geburtshaus. Neu war aber die »Schillerwoche«, die im Oktober 1998 die Stadt Marbach in einer Pressemitteilung ankündigte. Darin hieß es: »Die Marbacher Schillerwoche bietet mit drei Veranstaltungen ein Forum, Schiller wieder mehr in die Gegenwart und seine Stadt zurückzuholen. Angesprochen sind gleichermaßen die Traditionalisten wie die Neuerer, die Jungen und die Alten, diejenigen, die gern zuhören, aber auch die, die lieber mitmischen.« Folglich gab es am Geburtstag selber einen Balladenabend im Literaturarchiv, bei dem ein Scherenschnittkünstler die vorgetragenen Balladen illustrierte. Am Tag darauf spielte das Kölner Jugendtheater »Tacheles« in der Stadthalle ein Stück, in dem es um die Auseinandersetzung mit Schillers »Räubern« ging. Die dritte Veranstaltung fand im Bärensaal statt; dabei trug der Schriftsteller Jens Sparschuh einen Text über sein Bild von Schiller vor und die Anwesenden hatten Gelegenheit, eigene Texte zu dem Thema vorzutragen. Diese Mischung verschiedenartiger Darbietungen kam gut an. Besonders bewährte sich deren Verteilung auf unterschiedliche Lokalitäten. Im nächsten Jahr wurde das Angebot noch erweitert durch einen von der Deutschen Schillergesellschaft organisierten Schiller-Vortrag eines angesehenen Wissenschaftlers.

Im Jahre 2002 wird zum fünften Mal zur Marbacher Schillerwoche in dieser

Form eingeladen. Sie ist ein Zeichen dafür, dass die Stadt Marbach sich ihrer Verpflichtung gegenüber dem Andenken ihres großen Sohnes bewusst ist. Seit rund 200 Jahren hat jede Generation sich bemüht, für ihre Zeit die entsprechenden Formen dafür zu finden. So ist zu erwarten, dass auch die jetzige Form einmal abgelöst werden wird. Aber solange die Marbacher wissen, was sie Schiller verdanken, werden sie auch immer wieder Wege finden, an ihn zu erinnern.

## Quellen und Literatur


Stadtarchiv Marbach
Gemeinderatsprotokolle; Protokollbücher des Marbacher Schillervereins; verschiedene Ausgaben des »Postillons« und der »Marbacher Zeitung«.

*Bergold, Albrecht* und *Pfäfflin, Friedrich:* Schillers Geburtshaus in Marbach am Neckar, Marbach 1988.

*Güntter, Otto:* Mein Lebenswerk, Stuttgart 1948.

*Keppler, Heinz Georg:* 160 Jahre Marbacher Schillerverein, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49, 1995, S. 201–208.

*Koschlig-Wiem, Irene:* Das Schiller-Nationalmuseum in Marbach am Neckar in den Jahren 1939–1949, in: Schwäbisches Heimatbuch 1949, S. 158–160.

*Kress, Wolfgang W.:* Vom Zinn zum Erz. Die Stuttgarter Kunsterzgießerfamilie Pelargus, in: Schwäbische Heimat 38, 1987, S. 100–111.

*Lohkamp, Christiane:* Schillers Geburtshaus. Bau- und Besitzgeschichte eines Marbacher Handwerkerhauses, Marbach 1997.

*Möller, Dierk:* Das Schillermuseum in Marbach. Die Geschichte der Gründung 1895–1903, Marbach 1983.

*Munz, Eugen:* Dem Dichter ein Denkmal. Schillerverehrung in Marbach 1812–1876, Marbach 1976.

*Schäfer, Else:* Traugott Haffner, Stadtschultheiß in Marbach 1883–1903, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 36, 1984, S. 206–221.

*Schick, Hermann:* Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Bd. 2 (1871–1959), Marbach 1992.

*Schick, Hermann:* Marbach auf dem Weg zur Schillerstadt, in: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Bd. 1 (bis 1871), Ubstadt-Weiher 2002, S. 641–748.

*Wildermuth, Ottilie:* Aus Schiller's Heimath. Mit einem Nachwort von Rosemarie Wildermuth, Marbach 1995.

*Wintterlin, August:* Württembergische Künstler in Lebensbildern, Stuttgart 1895.

# Die Entstehung des »Großkreises« Ludwigsburg

## Bemerkungen zur Kreisreform von 1973

von Thomas Schulz

Am 1. Januar 1973 traten in Baden-Württemberg an die Stelle von ehemals 63 Landkreisen 35 neue Landkreise. Nur drei der alten Landkreise – Emmendingen, Göppingen und Heidenheim – blieben nahezu unverändert. Diese gegen erhebliche Widerstände realisierte Kreisreform war die größte Verwaltungsreform in Baden-Württemberg nach dem Kriege und jahrelang landespolitisches Thema Nummer eins. Für unseren Raum bedeutete sie die Auflösung der Kreise Vaihingen, Leonberg und Backnang, Aufteilung ihrer Gebiete und Vergrößerung des Landkreises Ludwigsburg um einige dieser Teile sowie um einen kleinen Teil des Landkreises Heilbronn.

Die Vorgeschichte der Kreisreform geht bis ins Jahr 1955 zurück. Damals, drei Jahre nach Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg, beschäftigte sich der Landtag erstmals mit einem Entwurf eines »Gesetzes zur Neuordnung des Gebiets von Landkreisen«, der eine zumindest teilweise Korrektur der 1936/38 von den nationalsozialistischen Machthabern gezogenen Kreisgrenzen vorsah. Ein erfolgreiches Wirken der Landkreise als Selbstverwaltungskörperschaften setze, so hieß es in der Begründung der Landesregierung, eine gewisse Leistungsfähigkeit und damit eine gewisse Größe, Steuerkraft und strukturelle Ausgeglichenheit voraus.

Doch der Reformanlauf der Allparteienregierung des Ministerpräsidenten Gebhard Müller scheiterte. Zwar betonten Abgeordnete aller Parteien bei der Beratung des Gesetzentwurfs die Notwendigkeit einer Reform der Verwaltung, aber der Umfang einer solchen Reform war umstritten, und vor allem wurde der Zeitpunkt, so kurz nach dem Zusammenschluss der Länder, als verfrüht angesehen. Es müsse, so war der allgemeine Tenor, abgewartet werden, bis das neue Bundesland zusammengewachsen sei. Dann müsse diese Frage erneut aufgegriffen und zu einem geeigneten Zeitpunkt einer Lösung zugeführt werden.

Die Landesregierung beauftragte wenig später im Einvernehmen mit dem Landtag eine Kommission unabhängiger Sachverständiger mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung. Diese Kommission sollte unter anderem auch Vorschläge zu einer Kreisreform erarbeiten und insbesondere prüfen, wie die Landkreise »ihrem Umfang und ihrer Funktion nach« aussehen müssten, um eine »optimale Leistungsfähigkeit zu garantieren«. Das 1958 vorgelegte Gutachten dieser Kommission fiel allerdings anders als erwartet aus, kamen die Sachverständigen doch zu dem Ergebnis, dass »die derzeitige Größe der Landkreise für zweckmäßig und auch für ausreichend gehalten wird, um die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen«. Die inzwischen von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger geführte Landesregierung erklärte daraufhin Ende 1959, dass sie in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr beab-

sichtige, einen Gesetzentwurf über das Problem der Kreisgrenzenregelung einzubringen. Das Thema »Kreisreform« war somit vorerst vom Tisch.

Eine Wende gab es, als nach der Wahl Kiesingers zum Bundeskanzler im Dezember 1966 der bisherige Innenminister Hans Filbinger die Regierungsgeschäfte in Stuttgart übernahm. Der neue Ministerpräsident bildete anstelle der seit 1964 amtierenden CDU-FDP-Regierung ein neues, wesentlich verjüngtes Kabinett der Großen Koalition aus CDU und SPD, die im Landtag über eine satte Zweidrittel-Mehrheit verfügte. Auf diese breite Basis gestützt war es leichter möglich, die im Lande anstehenden großen und schwierigen Aufgaben – und hierzu gehörte neben der ebenfalls bereits seit vielen Jahren diskutierten Schulfrage vor allem auch die Verwaltungsreform – in Angriff zu nehmen. Schon in seiner ersten Regierungserklärung am 19. Januar 1967 vor dem Landtag erklärte Ministerpräsident Filbinger, dass die Regierung die Verwaltungsreform »als eine wichtige Aufgabe« betrachte und dass dabei auch eine »Reform der kommunalen Verwaltungsstruktur« einbezogen werden müsse. Damit war auch die seit 1959 aufs Eis gelegte Kreisreform wieder im Gespräch.

### *Denkmodell der Landesregierung*

Erstes Ergebnis der Reformüberlegungen war das unter der Federführung von SPD-Innenminister Walter Krause erarbeitete und Anfang Dezember 1969 veröffentlichte »Denkmodell der Landesregierung zur Kreisreform«. Als vorrangiges Ziel einer Landkreisreform wird darin ganz allgemein die Erhöhung der Leistungskraft der Verwaltung bezeichnet, die »an den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft und des demokratischen Sozial- und Leistungsstaats« ausgerichtet werden müsse. Dies lasse sich aber mit den Landkreisen alten Zuschnitts nicht erreichen, sondern sei nur in »größeren Einheiten« zu verwirklichen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen sah das Denkmodell eine radikale Veränderung der Verwaltungsstruktur vor: Die Zahl der Landkreise sollte von 63 auf 25 reduziert werden, die Zahl der Stadtkreise von neun auf fünf sinken. Ferner wurde vorgeschlagen, fast alle staatlichen Sonderbehörden wie zum Beispiel Vermessungs- und Gesundheitsämter in die Kreisverwaltung zu überführen und die Anzahl der Regierungsbezirke von vier auf zwei zu verringern sowie Regionalverbände zu schaffen.

Nach den Plänen des Denkmodells sollte sich der Landkreis Ludwigsburg künftig »aus den Mittelbereichen Ludwigsburg, Besigheim-Bietigheim und Vaihingen/Enz sowie einem Teil des Mittelbereichs Stuttgart« zusammensetzen. Konkret bedeutete dies eine Zerschlagung der Kreise Vaihingen und Leonberg. Denn vom Kreis Vaihingen wurde der Westteil mit dem »Mittelbereich Mühlacker« nicht dem Landkreis Ludwigsburg, sondern dem Kreis Pforzheim und somit der künftigen »Region Nordschwarzwald« zugeordnet, da – so die Begründung – dieser Raum »schon deutlich Anzeichen einer engen Verflechtung mit dem Wirtschaftsraum Pforzheim« zeige. Und das abstrakt als »Teil des Mittelbereichs Stuttgart« umschriebene Gebiet umfasste nichts anderes als das so genannte »Vorderamt« des Kreises Leonberg, von dem ansonsten drei Gemeinden ebenfalls zum Kreis Pforzheim kommen und der übrige Teil samt der Stadt Leonberg an Böblingen fallen sollten.

Die Veröffentlichung des Denkmodells schlug wie eine Bombe ein. Vor allem in den zur Auflösung vorgesehenen Landkreisen formierte sich natürlich sofort massiver Widerstand. Mancherorts sprach man unverhohlen von einem regelrechten »Krieg gegen die Landkreise«. Sachlich wurde Krauses Modell vorgeworfen, dass es statt der intendierten »Bürgernähe« durch überdimensionierte Kreise »Bürgerferne« schaffe, den Verwaltungsaufwand erhöhe und überdies historisch gewachsene Räume auseinander reiße.

Vaihingens 1966 gewählter Landrat Erich Fuchslocher betonte in einer ersten Stellungnahme, dass das Denkmodell »bezüglich des Landkreises Vaihingen nicht akzeptabel« sei. Es weiche nicht nur stark von den bisherigen Beschlüssen zum Landesentwicklungsplan ab, es stimme auch nicht, dass eine »wirtschaftliche Verflechtung des Mühlacker Bereichs mit Pforzheim« bestehe. Der Kreis sei viel enger mit dem Mittleren Neckarraum verbunden. Und dass die Bevölkerung »ihren gehobenen Bedarf« in Pforzheim decke, stelle keine so enge Bindung dar, »wie immer behauptet wird«. Im Übrigen habe sich der Kreis Vaihingen gut entwickelt und als leistungsfähig erwiesen. Er sei bisher in der Lage gewesen, alle seine Aufgaben zu erfüllen. Es bestehe daher auch kein Grund, ihn zu zerstückeln.

Ähnlich äußerte sich auch der seit 1954 amtierende Leonberger Landrat Wolfgang Ramsauer. Der Kreis Leonberg sei so leistungsfähig geworden, dass er in der Lage sei, »sowohl seinen Aufgaben jederzeit nachzukommen als auch weitere in der Zukunft auf ihn zukommende Aufgaben zu übernehmen«. Er habe in den letzten Jahrzehnten eine »weit über dem Durchschnitt liegende rasch aufsteigende Entwicklung genommen«, und seine Steuerkraft habe sich seit 1952 verzwölffacht. Die beabsichtigte Auflösung des Kreises würde der »seitherigen zielstrebigen Entwicklungstendenz des Kreises« direkt entgegenstehen. Die Gemeinden des Kreises und ihre Einwohner seien in aller Regel auf Leonberg und im weiteren Bereich auf Stuttgart ausgerichtet. Ein »Abbiegen auf Böblingen und Ludwigsburg« würde weder den Belangen der Bevölkerung noch denjenigen der Wirtschaft gerecht werden. Und: Das in der Denkschrift der Landesregierung formulierte Ziel, die Verwaltungsräume den Wirtschafts- und Lebensräumen anzupassen, spreche nicht für eine Auflösung, sondern im Gegenteil für die Erhaltung des Landkreises.

In seiner Ablehnung des Reformmodells konnte Landrat Ramsauer übrigens ohne weiteres auf den Wortlaut der Denkschrift verweisen, in der bestätigt wurde, dass der Bereich Leonberg »fast in seiner gesamten Ausdehnung im Berufsverkehrsraum Stuttgart aufgeht« und die Verflechtungen zwischen den Mittelbereichen Leonberg und Böblingen-Sindelfingen »heute noch nicht besonders eng sind«. Als Begründung für die Maßnahme ist in der Denkschrift lediglich angegeben, dass die Zusammenfassung der beiden Mittelbereiche zu einem Landkreis »trotzdem zweckmäßig« sei, und zwar »im Interesse einer möglichst großen Ausgewogenheit der Landkreise um Stuttgart«. Bei einer solch vagen Aussage, so Landrat Ramsauer, falle »es einem wirklich schwer, den Argumenten der Schrift zu folgen«. Auch die Zuordnung der Gemeinden des »Vorderamts« zum Kreis Ludwigsburg wurde in der Denkschrift nicht näher begründet. Nach Ansicht Ramsauers konnte es hierfür auch keine Begründung geben und handelte es sich um eine »Notlösung«.

Krauses Denkmodell hat landauf, landab heftige Reaktionen und überaus intensive Diskussionen ausgelöst. Auch innerhalb der Regierungskoalition war es nicht unumstritten. Die Landtagsfraktion der CDU hielt die im Denkmodell vorgeschlagenen 25 Kreise für zu groß, um eine bürgernahe Verwaltung zu gewährleisten. Sie entwickelte daher ein sehr viel weicheres Alternativmodell, das Ende Februar 1970 vorgestellt wurde und 38 Großkreise vorsah. Einzelne Sachverständige erarbeiteten in der Folgezeit noch drei weitere Modelle, die eine Einteilung des Landes in 46 bis 49 Landkreise in Vorschlag brachten, so dass im Mai 1970 fünf verschiedene Gebietsmodelle vorlagen.

Am Ziel, die Zahl der Landkreise deutlich zu verringern, hielten alle Vorschläge fest, so sehr sie sich im Detail auch unterschieden. Unklar war jedoch weiterhin, wie viel und welche Kreise es letztlich »treffen« würde. Allen Spekulationen und Zahlenspielen wurde dann aber ein Ende bereitet, als es zwischen der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen am 24. Juli 1970 zu einer Einigung über den Umfang der anzustrebenden Kreisreform kam: Auf der Grundlage eines im Auftrag der Landesregierung erstellten Expertengutachtens verständigte man sich darauf, das Land ab 1. Januar 1973 in 35 Landkreise und acht Stadtkreise zu gliedern.

Damit war die Frage nach der künftigen Zahl der Landkreise grundsätzlich entschieden. Denn die in zähem Ringen ausgehandelte neue Konzeption bildete die Grundlage des endgültigen Gesetzentwurfs der Regierung. Vor dessen parlamentarischen Beratung im Landtag erhielten jedoch die Gemeinden und Kreise im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens die Gelegenheit, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, wobei sich die Regierung »vorbehalten« hatte, aufgrund des Ergebnisses der Anhörung »Einzelheiten der Konzeption« noch zu ändern.

### *Empörung in Leonberg und Vaihingen*

In Bezug auf die Kreise Vaihingen und Leonberg unterschied sich die neue Konzeption – von einigen eher unbedeutenden Korrekturen in der Grenzziehung abgesehen – nicht vom ursprünglichen Denkmodell. Auch nach dem neuen Entwurf sollten sie aufgelöst und ihr Gebiet auf die Nachbarkreise aufgeteilt werden. Verständlicherweise reagierte man darauf mit großer Enttäuschung und Empörung.

In der Sitzung des Leonberger Kreistags am 28. Juli 1970 sprachen sich die Sprecher aller Fraktionen in einer leidenschaftlichen Debatte übereinstimmend gegen die Konzeption der Regierung aus. Landrat Ramsauer betonte unter Verweis auf die schon früher angeführten Argumente, dass »anerkanntermaßen keine Verflechtungen mit den Landkreisen Ludwigsburg und Böblingen bestehen«, die eine Zuordnung von Teilen des Kreises Leonberg zu diesen Landkreisen rechtfertigen würden. Die vorgesehene Lösung könne daher »nur als willkürlich« bezeichnet werden, und da sie jeder sachlichen Begründung entbehre, müsse sie unbedingt einer Revision dahingehend unterzogen werden, dass der Landkreis Leonberg in seinem Bestand erhalten bleibt. Hinzu komme, dass der Kreis Leonberg mit seinen 136 000 Einwohnern schon jetzt größer sei als ein Viertel aller nach dem Regierungsentwurf neu zu bildenden Landkreise.

Einhellig wurde es als empörend empfunden, dass die Regierung die Gegenargumente, die der Landkreis schon in der Diskussion über das Denkmodell vorge-

bracht und nochmals im Mai in einer ausführlichen schriftlichen Stellungnahme zusammengefasst hatte, einfach ignoriere und mit einem Federstrich über die Belange der Bevölkerung hinweggehe. Nachdem anscheinend schriftliche Proteste ungelesen in den Papierkorb wanderten, müsse man – wie es Ditzingens Bürgermeister Hans Scholder unter allgemeiner Zustimmung seiner Kreistagskollegen formulierte – »sich mit Kampfmaßnahmen bis an den Rand des demokratisch Erlaubten für die Erhaltung des Landkreises einsetzen und alle verfügbaren Rechtsmittel gegen geplantes Unrecht auf dem Boden der Demokratie nutzen«. Und ein anderer Kreisverordneter rief dazu auf, »auf die Barrikaden zu steigen« und in sämtlichen Gemeinden mit Transparenten, Plakaten und Aushang in allen Geschäften die Bevölkerung gegen die »unter dem Deckmantel von Reformen geplante unrechtmäßige« Auflösung des Kreises und eine »niemals den berechtigten Interessen der hier lebenden Menschen entsprechende Zerstückelung« zu mobilisieren, indem der Regierung zugerufen werde: »Hände weg vom Landkreis Leonberg!«

Auch im Vaihinger Kreistag, der am 30. Juli zu einer Sitzung zusammentrat, kamen die Enttäuschung und Empörung über die Pläne der Landesregierung deutlich zum Ausdruck. Da war von einem »Tohuwabohu« um die Kreisreform die Rede, von »politischem Kuhhandel, bei dem es nur um Parteiprestige geht«, und dem »Versuch, Vaihingen zum Hinterland zu machen«. Ein Kreisverordneter ging in der Diskussion sogar so weit, vorzuschlagen, man solle doch nach Stuttgart ziehen »und dem Landtag die Scheiben einschmeißen oder Autos umwerfen«. Jetzt, da sachliche Argumente offensichtlich nicht mehr gehört würden, müsse man dem Protest eben lautstark Nachdruck verleihen. In dieser Hinsicht könne man »von den Studenten lernen«. Ebenso unmissverständlich, nur im Ton selbstverständlich wesentlich moderater, fiel dann die offizielle Entschließung des Kreistags aus. Unter Hinweis auf die große Wirtschaftskraft des Kreises – mit 211 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner stand der Landkreis Vaihingen in der Industrie-Beschäftigten-Dichte noch vor solch industriestarken Kreisen wie Esslingen (193) und Ludwigsburg (182) – hieß es dort: Angesichts der engen Verflechtungen zwischen den Mittelbereichen Mühlacker und Vaihingen und deren eindeutiger Orientierung zum Mittleren Neckarraum sei weder eine Aufteilung des Kreises noch eine Zuordnung Mühlackers zur Region Nordschwarzwald akzeptabel. Vielmehr müsse der Landkreis Vaihingen als wirtschaftliche Einheit erhalten und dem Mittleren Neckarraum zugeordnet werden.

### *Unüberbrückbare Differenzen im Kreis Vaihingen*

Noch in der gleichen Sitzung hatte der Vaihinger Kreistag eine achtköpfige Sonderkommission gebildet, die Alternativvorschläge zur Regierungskonzeption ausarbeiten sollte. Mitte August einigte sich diese Kommission auf den Vorschlag, den Landkreis Vaihingen als Ganzes mit dem Landkreis Pforzheim zu einem Großkreis zusammenzulegen. Man sah darin eine Lösung, von der erwartet wurde, dass sie bei der Regierung und im Landtag »auf den geringsten Widerstand stoßen wird«. Am 19. Oktober 1970 beschloss die Kommission ein Vier-Punkte-Programm, das neben der Forderung nach einer Zuordnung des ins Auge gefassten Kreises Vaihingen-Pforzheim zur Region Mittlerer Neckarraum auch einen Vor-

schlag zur zunächst ausgeklammerten Frage des Kreissitzes enthielt: Kreissitz solle die Stadt Mühlacker werden, für die sowohl die »geografische Mitte« als auch ihre verkehrsgünstige Lage spreche.

Landrat Fuchslocher rührte eifrig die Werbetrommel für die Lösung mit Pforzheim. Am 5. November 1970 stimmte der Kreistag mit großer Mehrheit – 26 Kreisverordneten votierten mit Ja, sechs mit Nein, zwei enthielten sich – dem Vorschlag der Sonderkommission zu. Doch die Freude über diesen »Erfolg« währte nicht lange. Denn wenige Tage später wurde aus dem Pforzheimer Landratsamt eindeutig signalisiert, dass man zwar eine Zusammenlegung der beiden Kreise nicht grundsätzlich ablehne, jedoch sowohl die Errichtung des Kreissitzes in Mühlacker als auch die regionale Zuordnung des neuen Kreises zum Mittleren Neckarraum auf keinen Fall akzeptieren könne. Damit war aber der ganzen Konstruktion der Boden entzogen.

Aber auch im Kreis Vaihingen selbst war der Alternativvorschlag der Sonderkommission heftig umstritten und fand er keineswegs die breite Unterstützung, wie dies der mit großer Mehrheit gefasste Kreistagsbeschluss vermuten lässt. So plädierte der Vaihinger Gemeinderat, der sich noch Anfang August für die Erhaltung des Kreises Vaihingen stark gemacht hatte, bereits am 21. Oktober eindeutig für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg. Nicht nur weil man Mühlacker als Kreissitz ablehnte, sondern auch weil Vaihingen – so die Argumentation der Stadt – als »Anhängsel« an Ludwigsburg noch immer bessere Entwicklungschancen als in einem Kreisgebilde Vaihingen-Pforzheim hätte. Und die Stadt Vaihingen stand mit dieser Auffassung nicht allein: Als Mitte Dezember 1970 das gesetzlich vorgeschriebene Anhörungsverfahren abgeschlossen war, zeigte sich, dass sich zehn weitere Kreisgemeinden – Ensingen, Sersheim, Horrheim, Oberriexingen, Enzweihingen, Hochdorf, Eberdingen, Wurmberg, Ölbronn und Knittlingen – für die Regierungskonzeption und damit für die Aufteilung des Landkreises ausgesprochen hatten, während 23 den Alternativvorschlag unterstützten.

Der Riss ging quer durchs Kreisgebiet und bestätigte, so schrieb damals ein Zeitungskommentator, erneut den Januskopf, den der Kreis Vaihingen seit seinem Bestehen – seit der 1938 diktatorisch angeordneten Vereinigung der ehemaligen Oberämter Maulbronn und Vaihingen zum Landkreis Vaihingen – schon mehrfach gezeigt habe: Das eine Gesicht blicke mehr nach West, das andere mehr nach Ost.

### *Geschlossene Abwehrfront im Kreis Leonberg*

Ganz anders sah es hingegen im Kreis Leonberg aus. Hier vertraten alle Gemeinden einhellig den Standpunkt des Kreistags, wonach der Regierungsentwurf abzulehnen sei und der Landkreis erhalten werden müsse. Im Kampf um die Selbständigkeit und gegen die Auflösung des Landkreises erhielten Kreisverwaltung, Kreistag und Gemeinden außerdem auch nachhaltige Unterstützung aus der Bürgerschaft, so vor allem durch ein Anfang November 1970 gegründetes »Bürgerkomitee zur Erhaltung des Landkreises Leonberg«, dem neben Bürgern aller Schichten unter anderem auch Vertreter der IHK, der Kreishandwerkerschaft, der Gewerkschaften, des Bauernverbandes sowie der kreisbezogenen Einrichtungen wie Kreiskrankenhaus, Kreisberufsschule oder AOK angehörten.

In ihrer Ablehnung der Regierungspläne konnten sich die Kommunalpolitiker somit nicht nur auf die bereits oben erwähnten Sachargumente, sondern auch stets auf den Bürgerwillen berufen. Und wie eindeutig dieser war, zeigte sich, als am 17. Januar 1971 in sämtlichen Kreisgemeinden Bürgerentscheide abgehalten wurden: Bei einer durchschnittlichen Beteiligung von 75 Prozent sprachen sich 94,5 Prozent der Abstimmenden gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Aufteilung des Landkreises aus!

*Der »Kampf« ums obere Bottwartal*

Im Regierungsentwurf war vorgesehen, die Kreisgrenze zwischen den Kreisen Ludwigsburg und Heilbronn unverändert zu belassen. Für die Gemeinden im oberen Bottwartal hieß dies, dass sie wie seit 1938 auch künftig zu zwei verschiedenen Kreisen gehören sollten, und zwar Beilstein und Schmidhausen sowie Gronau mit Prevorst zum Kreis Heilbronn und Oberstenfeld zum Kreis Ludwigsburg. Dies wurde von vielen Seiten als unbefriedigend empfunden. Die bessere Lösung sei, die vier Gemeinden als Einheit zu betrachten und das ganze obere Bottwartal einem Landkreis zuzuordnen. Umstritten war allerdings, welcher Kreis dies sein sollte – und über diese Frage entzündeten sich monatelang heftige Diskussionen und Kontroversen.

Ausgelöst hatte sie zunächst der Bietigheimer Landtagsabgeordnete Claus Weyrosta, der schon im April 1970, als noch über das ursprüngliche Denkmodell der Landesregierung diskutiert wurde, nachdrücklich für eine Einbeziehung von Beilstein und Gronau in den künftigen Großkreis Ludwigsburg plädiert hatte, da diese Orte »heute bereits mehr nach Ludwigsburg als nach Heilbronn tendieren«. In Beilstein stieß diese Darstellung freilich umgehend auf energischen Widerspruch. Richtig sei vielmehr, so die wenige Tage später im städtischen Amtsblatt veröffentlichte Erklärung des Gemeinderats, dass sowohl die Stadt Beilstein selbst als auch die nach dem Entwurf des Landesentwicklungsplans zu ihrem Verflechtungsbereich gehörenden Gemeinden Gronau und Schmidhausen »zum Oberzentrum Heilbronn tendieren und nicht zum Unterzentrum Marbach oder Mittelzentrum Ludwigsburg«.

Neu entfacht wurde die Diskussion dann Anfang Oktober durch eine offizielle Stellungnahme des Landratsamts Heilbronn zum Landesentwicklungsplan. Denn darin wurde nicht nur die Zuordnung von Gronau und Schmidhausen zum Kleinzentrum Beilstein als »richtig«, sondern darüber hinaus auch eine Zuordnung von Oberstenfeld zum Verwaltungsraum Beilstein als »für die künftige Entwicklung vorteilhaft« bezeichnet. Zumal zu erwarten sei, dass die Gemeinde Oberstenfeld sich »in Zukunft in ihren sozialökonomischen Verflechtungen mehr als bisher auf das Oberzentrum Heilbronn ausrichten« werde, müsse sie in den Kreis Heilbronn eingegliedert werden, wenn ein gemeinsamer Verwaltungsraum mit Beilstein, Gronau und Schmidhausen gebildet werden sollte.

Für Oberstenfeld waren diese Vorstellungen freilich völlig indiskutabel. Sie seien, so Bürgermeister Manfred Läpple, reine Utopie und »ein Wunschtraum des Herrn Landrats von Heilbronn, der nie in Erfüllung gehen wird«. Denn es sei Tatsache, dass Oberstenfeld fast ausschließlich in Richtung Ludwigsburg-Stuttgart »orientiert ist und bleibt«. Dies ergebe sich schon aus der Topographie. Aber auch

alle anderen Fakten, die für die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Landkreis von Bedeutung sind, sprächen eindeutig für Ludwigsburg, und überdies sei Oberstenfeld wirtschaftlich eindeutig mit dem Mittleren Neckarraum und nicht mit der Region Franken verflochten. Der Oberstenfelder Schultes befürwortete zwar auch im Prinzip den Vorschlag, die vier Orte zu einem Verwaltungsraum zusammenzufassen. Dies wäre ohne Zweifel, wie er am 19. Oktober in einer Sitzung des Ludwigsburger Kreisrats meinte, eine Ideallösung. Doch diese Verwaltungseinheit sei kaum durchführbar, weil Beilstein bei Heilbronn bleiben wolle. Dringend notwendig sei jedoch, Gronau dem Raum Ludwigsburg zuzuordnen. Denn Oberstenfeld wachse mit Gronau zusammen, und es sei undenkbar, dass nicht nur eine Kreisgrenze, sondern auch eine Grenze der neu zu bildenden Regionalverbände die beiden Orte trennen soll.

Sowohl Oberstenfeld als auch die Stadt Beilstein – und in ihrem Schlepptau auch Schmidhausen – hatten sich also eindeutig festgelegt. Für die angestrebte »große Lösung« gab es somit ganz offensichtlich keine Chance. Umso heftiger wurde aber um Gronau geworben. Während dabei Oberstenfeld vor allem das Wirtschaftspotential der Region Mittlerer Neckar hervorhob und die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gemeinden betonte, verwies die Stadt Beilstein auf ihre Schulen, die auch von Schülern aus Gronau und Prevorst besucht wurden, und die Bedeutung der Gemeinden für den Fremdenverkehr und führte ihr Bürgermeister Otto Rohn des Weiteren an, dass Heilbronn doch »wesentlich mehr zu bieten« habe als die Kreisstadt Ludwigsburg.

Die Oberstenfelder Argumente waren ohne Zweifel überzeugender, und eine Bürgerversammlung am 7. November in Gronau sprach sich daher einmütig gegen das Konzept der Landesregierung und für einen Anschluss an den Kreis Ludwigsburg aus. Nicht ganz so eindeutig war allerdings das Meinungsbild im – fünf Kilometer entfernten und durch die Markung Beilstein von der Muttergemeinde Gronau getrennten – Teilort Prevorst, wo am Tag zuvor ebenfalls eine Bürgerversammlung stattgefunden hatte und man zwar weiter zu Gronau gehören, aber auch im Kreis Heilbronn bleiben wollte. Ungeachtet der Prevorster Vorbehalte beschloss der Gronauer Gemeinderat zwei Wochen später einstimmig, bei einem Scheitern der »Viererlösung« eine Verwaltungsgemeinschaft mit Oberstenfeld anzustreben und die Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg zu beantragen.

In Heilbronn war man ob dieser Entwicklung stark beunruhigt. Landrat Otto Widmaier sprach von einer »von Oberstenfeld her und einigen Parteigängern inszenierten massiven Werbekampagne und Stimmungsmache«, in der mit einseitigen Argumenten versucht werde, der Bürgerschaft eine Umkreisung schmackhaft zu machen. Die bisherige Kreisgrenze sei richtig, der Landkreis Heilbronn werde sich gegen alle Versuche, sie zu ändern, wenden und insbesondere diesen Bestrebungen entgegentreten, wenn sie sich auf Prevorst »im Herzen des für Heilbronn wichtigen Erholungsgebiets« bezögen. Auch bezweifle er, so der Landrat weiter, ob der Kreis Ludwigsburg »gleiche Entwicklungsleistungen für das Gebiet Gronau-Beilstein bieten will oder kann, wie sie die Zentrale Heilbronn erbringt«.

Diese Aussage kam natürlich im Ludwigsburger Landratsamt alles andere als gut an. Hatte man sich dort bisher an die Maxime gehalten, nicht in Diskussionen um die so genannte Feinabgrenzung, d. h. um die Zuordnung einzelner Gemeinden einzugreifen, so wurde jetzt unmissverständlich Stellung bezogen: Die topographische Zuordnung von Gronau und Oberstenfeld sei eindeutig, beide Gemein-

den erwögen eine Verwaltungsgemeinschaft, eine Kreis- oder sogar Regionalgrenze würde hier, ließ Landrat Dr. Ulrich Hartmann seinen Heilbronner Kollegen wissen, »ernsten kommunalpolitischen Flurschaden anrichten«. Zudem gebe es keinen Grund, an der Leistungsfähigkeit des Landkreises Ludwigsburg zu zweifeln, der willens und in der Lage sei, »ihm eventuell neu zugeordnete Gemeinden gut zu versorgen«. Die Gronauer Bürger wüssten, dass solche Zweifel unberechtigt seien, denn sonst hätten sie sich in ihrer Bürgerversammlung wohl kaum für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg ausgesprochen. Und im Übrigen seien sich Gemeinderäte und Bürgermeister durchaus und »ohne Nachhilfeunterricht« darüber klar, mit welcher Nachbargemeinde sie zum Nutzen ihrer Einwohner am besten zusammenarbeiten können.

Eine völlig neue Situation ergab sich, als die Landesregierung am 21. Januar 1971 ihren auf der Grundlage des Anhörungsverfahrens formulierten endgültigen Gesetzentwurf vorstellte. Denn dieser ordnete nicht nur erwartungsgemäß und dem Antrag der Gemeinden entsprechend Gronau samt Prevorst sowie die im ersten Entwurf noch dem Kreis Waiblingen-Backnang zugewiesene bisherige Backnanger Kreisgemeinde Rielingshausen jetzt dem Kreis Ludwigsburg zu, sondern darüber hinaus auch überraschenderweise Beilstein und Schmidhausen. Mit dieser Entscheidung hatte nach Lage der Dinge eigentlich niemand rechnen können. In Oberstenfeld und Gronau wurde sie natürlich einhellig begrüßt, zumal sich dadurch wieder eine Chance zur Realisierung der angestrebten »Viererlösung« eröffnete, und Gronaus Bürgermeister Heinz Heeger zeigt sich fest davon überzeugt, dass die Entscheidung von allen Partnern akzeptierte werde, denn jetzt sei der Weg frei »für eine optimale Entwicklung unseres Raumes, welche letzten Endes dem Wohle aller Gemeinden und deren Einwohner dient«.

Doch mit dieser Einschätzung hatte er sich gewaltig getäuscht. Denn in Beilstein und Schmidhausen wollte man von einer Zuordnung nach Ludwigsburg keinesfalls etwas wissen. Sofort nach Bekanntwerden des neuen Entwurfs ging eine Welle der Entrüstung durch beide Orte und kam es mehrfach zu Aktionen des Zorns in verschiedenen Bevölkerungskreisen. Eine umgehend gegründete Bürgerinitiative kündigte massive Proteste an, und in eiligst einberufenen Bürgerversammlungen kam es zu hitzigen Diskussionen, die teilweise von falschen Behauptungen, Diffamierungen und persönlichen Angriffen geprägt waren. Selbstgefertigte Plakate, die hier wie dort zu sehen waren, brachten die unterschiedlichen Standpunkte auf einen einfachen Nenner: Während in der Stadt unterm Langhans gefragt wurde: »Warum darf Beilstein nicht im Kreis Heilbronn bleiben?« und »Wer hat Beilstein verschaukelt?«, hieß es in Oberstenfeld: »Das Bottwartal den Bottwartälern« oder »Bottwartal nicht ins Unterländer Armenhaus«.

Die Gegner des Regierungsentwurfs begründeten ihre Ablehnung – so auch Landrat Widmaier auf der am 2. Februar demonstrativ in Beilstein abgehaltenen Sitzung des Heilbronner Kreistags – unter anderem mit dem Hinweis, dass die Entscheidung der Regierung auf eklatante Weise den Willen der Bevölkerung missachte. Um dies zu untermauern, wurden am 7. Februar Bürgerbefragungen durchgeführt, wobei bei jeweils sehr hoher Wahlbeteiligung in Beilstein und Schmidhausen 93 bzw. 88 Prozent für einen Verbleib im Kreis Heilbronn votierten, hingegen in Gronau 71 Prozent und in Prevorst 29 Prozent und somit in der Gesamtgemeinde Gronau 57 Prozent für den Regierungsentwurf stimmten.

Gestützt auf diese Ergebnisse des Plebiszits stellte der Heilbronner Landtagsabgeordnete Günter Erlewein in dem zur Vorberatung des Kreisreformgesetzes eingesetzten Sonderausschuss des Landtags den Antrag, Beilstein, Schmidhausen und Prevorst im Kreis Heilbronn zu belassen, was aber der Ausschuss Mitte März mit knapper Mehrheit ablehnte. Doch der Heilbronner Abgeordnete gab nicht auf und wollte wenigstens Prevorst für den Kreis Heilbronn retten. Sein neuer Vorschlag lautete, Prevorst mit dem benachbarten Beilsteiner Teilort Stocksberg in die Stadt Löwenstein einzugliedern. Bei den Prevorster Bürgern stieß er damit allerdings auf wenig Gegenliebe: In einer erneuten Bürgerbefragung stimmten lediglich fünf Prozent diesem Vorschlag zu, 95 Prozent sprachen sich hingegen für die Alternative aus, und die hieß: Verbleib Prevorsts bei Gronau und damit Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg.

Die Entscheidung über die künftige Kreiszugehörigkeit der Orte im oberen Bottwartal hatte letztlich der Landtag zu treffen, der das Thema am 8. Juli 1971 im Rahmen der zweiten Lesung des Kreisreformgesetzes beriet. Heraus kam gewissermaßen ein Kompromiss: Beilstein und Schmidhausen wurden beim Kreis Heilbronn belassen, Gronau mit Prevorst dem Kreis Ludwigsburg zugeordnet. Damit hatte sich der Landtag für eine Lösung entschieden, die zwar in den Augen der »Planer« und Befürworter der »Viererlösung« zu bedauern war, aber doch dem erklärten Willen der jeweiligen Einwohnerschaft entsprach.

### *Endgültiges »Aus« für Leonberg*

Keine Rücksicht auf den Bürgerwillen nahm der Landtag freilich bei seiner Entscheidung über den Landkreis Leonberg. Trotz des eindeutigen Ergebnisses der Bürgerbefragung vom 17. Januar 1971 hielt er an der Auflösung des Kreises fest. Zwar gab man sich in Leonberg zunächst zuversichtlich, den Kreis doch noch retten zu können, nachdem Ministerpräsident Filbinger am 11. Februar in einem Gespräch mit Landrat Ramsauer und Vertretern des Bürgerkomitees ausdrücklich zugesichert hatte, alle Argumente nochmals sorgfältig prüfen zu lassen. Doch alle Hoffnungen zerbrachen spätestens, als der Sonderausschuss des Landtags am 19. März den von den Leonberger Landtagsabgeordneten gestellten Antrag, den Kreis Leonberg zu erhalten, nach einer – wie der Ausschussvorsitzende, der damalige Überlinger Landrat und spätere Innenminister Karl Schieß, betonte – »sehr langen Debatte« mit 16 gegen neun Stimmen ablehnte.

Die Abstimmung am 8. Juli im Plenum war danach eigentlich nur noch reine Formsache, auch wenn der FDP-Abgeordnete Hans Albrecht noch einen letzten Versuch unternahm: Sein Antrag, den Kreis Leonberg nicht aufzulösen, sondern durch Gemeinden des Kreises Vaihingen zu ergänzen, wurde mit 82 gegen 24 Stimmen abgelehnt. 14 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten, darunter auch zur großen Enttäuschung der Leonberger die eigenen Wahlkreisabgeordneten der beiden Koalitionsparteien.

### *Doch noch Fusion Vaihingens mit Pforzheim?*

Obwohl der Sonderausschuss des Landtags am 19. März 1971 mit großer Mehrheit der im Regierungsentwurf vorgesehenen Auflösung des Kreises Vaihingen zuge-

stimmt und dem Alternativvorschlag, die Kreise Vaihingen und Pforzheim zu vereinigen, eine klare Absage erteilt hatte, warb Vaihingens Landrat Fuchslocher weiterhin unverdrossen für eine Fusion der beiden Kreise. Um die festgefahrenen Verhandlungen mit dem Kreis Pforzheim wieder in Fluss zu bringen, war er jetzt sogar bereit, unter bestimmten Voraussetzungen den Pforzheimer Wünschen in der bislang umstrittenen Frage des Kreissitzes entgegenzukommen und Pforzheim als Kreissitz zu akzeptieren. Auch der Vaihinger Kreistag sprach sich am 23. März mit großer Mehrheit dafür aus, am Alternativvorschlag festzuhalten und den Kampf gegen diese »Willkür und nicht den vorgetragenen Argumenten Rechnung tragende Fehlentscheidung« des Sonderausschusses weiterzuführen.

Freilich, mit der gleichen Entschiedenheit, mit der der Kreistag mehrheitlich für die Fusion mit Pforzheim eintrat, wurde sie auch nach wie vor vom Vaihinger Gemeinderat abgelehnt. Und nachdem Landrat Fuchslocher und der Kreistag Bereitschaft signalisiert hatten, über die Bedingungen einer solchen Fusion neu zu verhandeln und von einigen bisher als unabdingbar geltenden Voraussetzungen abzurücken, nahm im östlichen Kreisteil die Zahl der Gegner einer solchen Lösung weiter zu. Neben den Gemeinden, die bereits im Vorjahr im Rahmen des Anhörungsverfahrens dem Regierungsentwurf zugestimmt hatten, schwenkten jetzt auch Kleinglattbach, Nussdorf, Häfnerhaslach, Hohenhaslach, Riet, Ochsenbach und Spielberg auf die Pro-Ludwigsburg-Linie um. Mitte April erklärten ihre Bürgermeister in einer öffentlichen Stellungnahme, dass »auf Grund der Gemeinderatsbeschlüsse die Zuordnung ihrer Gemeinden nach heutiger Lage nur noch zum Landkreis Ludwigsburg erfolgen kann, sofern eine Kreisreform notwendig ist«.

Die Befürworter der Fusion mit Pforzheim gaben jedoch auf die Einwände der Gegner nicht viel und unternahmen den Versuch, über einen Antrag im Landtag die Auflösung des Kreises Vaihingen und die Zuordnung des östlichen Kreisteils zum Landkreis Ludwigsburg umzustoßen. Der Vaihinger Gemeinderat, der am 7. Juli – ein Tag vor der zweiten Lesung des Kreisreformgesetzes im Landtag – zu einer Sitzung zusammentrat, quittierte diesen Versuch mit wütenden Protesten. Man sprach von einem »Verschachern des Mittelbereichs an Pforzheim«, mit dem man sich nie abfinde werde, und stellte die Frage: »Was haben wir in einer Region Pforzheim oder Nordschwarzwald, was bei einem Regierungspräsidium Nordbaden oder in Karlsruhe zu suchen?« Für die Stadt und ihr Umland wäre es zwar das Beste, wenn der alte Kreis erhalten bliebe. Da dies aber nicht mehr gehe, sei jetzt die im Gesetzentwurf vorgesehene Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg der »einhellige Wunsch und Wille der Betroffenen«. Eine davon abweichende Entscheidung wäre nicht nur ein »Krebsschaden örtlicher Bedeutung«, sondern zugleich auch »ein schwerer Schlag gegen das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit unseres parlamentarisch-demokratischen Systems«. Noch in gleicher Nacht sandte der Gemeinderat ein Eiltelegramm an die Fraktionsvorsitzenden, den Präsidenten des Landtags und die Abgeordneten des Wahlkreises Vaihingen-Leonberg und beschwor sie förmlich, keinem solchen Antrag, »der den elementarsten Interessen des Mittelbereichs Vaihingen und dessen Bevölkerung zuwiderliefe«, zuzustimmen. Und Bürgermeister Gerhard Palm wurde ermächtigt, falls ein solcher Antrag eine Mehrheit im Landtag fände, sofort Protestaktionen in der Stadt Vaihingen und ihrer Umgebung in die Wege zu leiten.

Die vom Kreistag favorisierte Lösung einer Fusion mit Pforzheim stieß in Vaihingen und seinen Nachbargemeinden nicht nur bei den Bürgermeistern und

Gemeinderäten, sondern auch bei der großen Mehrheit der Bevölkerung auf entschiedene Ablehnung. Dabei spielten in der Diskussion um die künftige Kreiszugehörigkeit je länger, je mehr neben Sachargumenten auch Emotionen eine Rolle, die von der jahrzehntelangen Rivalität zwischen Vaihingen und Mühlacker und Vorbehalten gegen das »badische« Pforzheim herrührten. Es war daher kein Wunder, dass es zu einer regelrechten Explosion des Volkszorns kam, als der Landtag am 8. Juli mit knapper Mehrheit den Antrag des Pforzheimer Abgeordneten Fritz Bauer billigte, den Kreis Vaihingen abweichend vom Gesetzentwurf nicht auf die Landkreise Ludwigsburg und Pforzheim aufzuteilen, sondern als einheitlichen Raum dem Kreis Pforzheim und der Region Nordschwarzwald zuzuordnen.

Die Bürger in und um Vaihingen waren schockiert und fassungslos. Von den Fernsehschirmen weg, vor denen sie die Abstimmung im Landtag verfolgt hatten, gingen sie auf die Straße und machten ihrem Ärger Luft. In spontanen Aktionen wurden Häuser und Straßen mit Protestparolen überzogen – »Wir gehen nicht nach Pforzheim«, »Wir sagen Nein zur Entscheidung des Landtags« –, und an Straßenschildern wurde das Wort Pforzheim durch Überkleben ausgelöscht. In Vaihingen zogen mehrere Personen wütend vor das Landratsamtsgebäude, verrammelten dessen Eingang mit Brettern und errichteten davor einen symbolischen Galgen für Landrat Fuchslocher. Innerhalb von zwei Tagen trugen sich über 2000 Bürgerinnen und Bürger in eine Protest-Liste ein, die in der Eingangshalle des Vaihinger Rathauses aufgelegt worden war. Man sah sich als Opfer von Intrigen und eines »Kuhhandels hinter den Fraktionskulissen«, als dessen Drahtzieher der Landrat galt.

Zielscheibe der Kritik war nicht zuletzt auch der Kreistag, dem vorgehalten wurde, mit seinen Beschlüssen gegen die Interessen und den erklärten Willen der Städte und Gemeinden im östlichen Kreisteil gehandelt zu haben. Den Zorn der Bürgerinnen und Bürger auf die »Pforzheim-Fraktion« im Kreistag bekamen die Kreisverordneten unmissverständlich aufgezeigt, als sie am 14. Juli im Landratsamtsgebäude zu einer Sitzung zusammenkamen. Ihnen bot sich, so schrieb damals der Berichterstatter der örtlichen Presse, »das Bild einer Demonstration, wie sie in Vaihingen seit Menschengedenken nicht stattgefunden hat. Ein langer Zug von Traktoren, dazwischen Fußgängergruppen mit Transparenten, und eine ansehnliche Menschenmenge zogen durch die Franckstraße und an dem Sitzungsgebäude vorbei. Über Lautsprecher ertönten Proteste gegen den Beschluss, Vaihingen Pforzheim zuzuordnen. Die Plakate enthielten teilweise auch massive Angriffe gegen Landrat Fuchslocher und den Kreistag.« Der Kreistag ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken und votierte erneut mehrheitlich für die Fusion mit Pforzheim.

Auch von vielen neutralen Beobachtern wurde der Beschluss des Landtags als »Sündenfall Vaihingen« kritisiert. Er sei eine Fehlentscheidung, die unbedingt korrigiert werden müsse. Hoffnung in diese Richtung machte neben mehreren Landtagsabgeordneten auch Innenminister Krause, der sich schon in der Landtagssitzung nachdrücklich gegen die Änderung des Gesetzentwurfs ausgesprochen hatte und nun erklärte, in Sachen Zuordnung des Mittelbereichs Vaihingen sei das letzte Wort noch nicht gesprochen und den Gemeinden werde die Gelegenheit gegeben, bis zum Beginn der dritten und entscheidenden Lesung des Kreisreformgesetzes am 22. Juli nochmals Stellung zu nehmen.

Wie sehr man übrigens auch im Hause des Innenministers von der Entscheidung des Landtags überrascht worden war, verdeutlicht folgende, eher kuriose

Begebenheit: Am 9. Juli informierte das Innenministerium in einem Erlass alle betroffenen Gemeinden offiziell darüber, dass sie nach dem Beschluss des Landtags nunmehr dem Landkreis Pforzheim zugeordnet werden sollen. Ein solcher Erlass ging aber auch auf dem Rathaus in Hochberg am Neckar ein und löste dort natürlich nicht geringes Erstaunen aus. In der Hektik hatte ein Beamter des Innenministeriums ganz offensichtlich das im östlichen Teil des Landkreises Ludwigsburg, unmittelbar an der Kreisgrenze nach Waiblingen gelegene Hochberg mit der Vaihinger Kreisgemeinde Hochdorf verwechselt.

*Landtag korrigiert seine Entscheidung*

Die massiven Proteste, wie sie außer in Vaihingen auch in Sersheim, Oberriexingen und Horrheim laut geworden waren, verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Vaihingen-Leonberg, die sich bei der Abstimmung am 8. Juli noch der Stimme enthalten hatten, erklärten, sie seien zwar der Meinung gewesen, alles versuchen zu müssen, um die Kreiseinheit zu bewahren. Doch jetzt seien sie bereit, die Anträge der Gemeinden zu unterstützen, die nach Ludwigsburg wollen. Am 21. Juli kündigten sie einen entsprechenden interfraktionellen Antrag an, der dann vom Landtag in der Plenarsitzung am nächsten Tag mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Der Landtag hatte somit seinen zwei Wochen zuvor gefassten Beschluss revidiert. Mit ausschlaggebend hierfür war, dass es im Fall Vaihingen nicht um eine »Feinabgrenzung«, sondern letztlich um die Frage der regionalen Zugehörigkeit ging. Dies zeigen mit aller Deutlichkeit die Ausführungen des damaligen Ludwigsburger Abgeordneten Rolf Schöck, der in der Begründung des Antrags vor dem Landtag betonte: Mit Rücksicht darauf, dass die Region Mittlerer Neckar künftig außerordentlich stark, der Nordschwarzwald dagegen relativ schwach sein werde, könne man die Eingliederung von Mühlacker und seinen Nachbarorten zu Pforzheim gerade noch akzeptieren. Eine Zuordnung Vaihingens zum Nordschwarzwald und damit weg vom Mittleren Neckar wäre jedoch geradezu unsinnig.

*Auf dem Weg zum neuen Kreis*

Durch das Kreisreformgesetz ist der Kreis Ludwigsburg um mehr als 20 Städte und Gemeinden mit insgesamt rund 97 000 Einwohnern vergrößert worden. Im Einzelnen handelte es sich dabei um: Ditzingen, Schöckingen, Heimerdingen, Hirschlanden, Gerlingen, Hemmingen, Korntal und Münchingen aus dem Kreis Leonberg, Rielingshausen und Affalterbach aus dem Kreis Backnang, Gronau mit Prevorst aus dem Kreis Heilbronn sowie Vaihingen, Aurich, Ensingen, Enzweihingen, Gündelbach, Horrheim, Kleinglattbach, Riet, Roßwag, Sersheim, Eberdingen, Hochdorf, Nussdorf, Oberriexingen, Häfnerhaslach, Hohenhaslach, Ochsenbach und Spielberg aus dem Kreis Vaihingen.

Um die Eingliederung der neuen Gebiete zum 1. Januar 1973 zu gewährleisten, mussten entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Hierzu wurde im Mai 1972 ein Koordinierungsausschuss gebildet, dem neben den Landräten Dr. Hart-

mann und Fuchslocher mehrere Kreisverordnete aus den Kreisen Ludwigsburg, Vaihingen, Leonberg und Backnang angehörten und der sich auf mehreren Sitzungen insbesondere um organisatorische Fragen kümmerte. Im September konstituierte sich dann – wie im Kreisreformgesetz vorgeschrieben – ein vorläufiger Kreistag, bestehend aus den 78 Mitgliedern des Ludwigsburger Kreistags und 33 Kreisverordneten, die bisher Mitglieder der Kreistage in Vaihingen, Leonberg und Backnang waren und ihren Wohnsitz in den Städten und Gemeinden hatten, die zum 1. Januar 1973 zum Kreis Ludwigsburg kamen. Dieser vorläufige Kreistag hatte nach den Bestimmungen des Kreisreformgesetzes alle Aufgaben wahrzunehmen, die nicht bis zu der im Frühjahr abzuhaltenden Wahl des neuen Kreistags aufgeschoben werden konnten und andererseits nicht in die Zuständigkeit der bisherigen Kreistage fielen, die noch bis 31. Dezember amtierten. Auf seiner ersten Sitzung am 19. September 1972, die im Ratskeller in Ludwigsburg stattfand, wählte der vorläufige Kreistag Landrat Dr. Hartmann zum Amtsverweser des neuen Kreises Ludwigsburg und beschäftigte er sich unter anderem mit der Einrichtung von Außenstellen des Landratsamts in Vaihingen und Gerlingen. Themen der bis Mai 1973 abgehaltenen vier weiteren Sitzungen waren unter anderem der Bau der beruflichen Schulzentren in Ludwigsburg und Bietigheim, die Erweiterung des Ludwigsburger Kreiskrankenhauses, die Beschlussfassung über den Kreissozialplan und den Kreisjugendplan, der Bau der Neckartalstraße sowie die Verabschiedung des Haushaltsplans und verschiedener Satzungen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten der Organe des neuen Kreises geregelt wurden.

Die Verantwortlichen im Altkreis Ludwigsburg, Landrat wie auch Kreistag, hatten stets Verständnis für den Kampf der Kreise Leonberg und Vaihingen um ihren Fortbestand gezeigt und sich aus der Diskussion um den künftigen Zuschnitt der Kreise weitgehend herausgehalten und – wie es einmal formuliert wurde – »rhetorische Ausflüge und Raubzüge in die Gebiete der für eine Auflösung vorgesehenen Nachbarkreise« unterlassen. Dies hat das Zusammenwachsen des neuen Kreises wesentlich erleichtert, da dadurch weder im Kreis Leonberg noch im Kreis Vaihingen Emotionen gegen den Kreis Ludwigsburg aufgebaut worden sind – Emotionen, die in zahlreichen anderen Gegenden des Landes das Zusammenleben in den neuen Kreisen zumindest eine Zeit lang erschwert hatten.

So konnte Gerlingens Bürgermeister Wilhelm Eberhard in seiner Eigenschaft als Obmann der Bürgermeister des Kreises Leonberg in der konstituierenden Sitzung des vorläufigen Kreistags erklären: »Unsere Bürger hatten vergeblich alle Kräfte mobilisiert, die sich der Erhaltung des finanzkräftigen und überschaubaren Kreises Leonberg verschrieben. Der einmütige Kampf wurde aber nicht gegen den neuen Kreis Ludwigsburg geführt, sondern galt der Bewahrung der historisch und organisch gewachsenen Einheit des alten Kreises. Nun aber sind die Weichen neu gestellt. Vergangenem nachzutrauern, wäre sentimental und unproduktiv. Wir müssen uns den Gegebenheiten anpassen, das Beste daraus machen und ohne Vorurteil eine echte Integration anstreben. Als gesunde und blühende Gemeinwesen versprechen wir dem neuen Kreis und seinen Organen unsere Loyalität.«

Kreisarchiv Ludwigsburg
Az. 006.3 (Kreisreform); Kreistagsprotokolle der Landkreise Ludwigsburg (1970–1973) und Vaihingen (1969–1972).

Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996.

Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, hrsg. vom Staatsministerium Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1972/76.

*Krause, Walter:* Die Kreisreform in Baden-Württemberg. Vor 10 Jahren fiel die Entscheidung, in: Landkreisnachrichten 19, 1980, S. 87–89.

*Scheck, Manfred:* Vaihingen als Kreisstadt (1938–1972), in: Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz 6, 1989, S. 183–236.

*Schmierer, Wolfgang:* Der Landkreis Ludwigsburg von 1945 bis zur Gegenwart, in: Der Kreis Ludwigsburg, hrsg. von Ulrich Hartmann, Stuttgart 1994, S. 142–161.

*Speidel, Hans:* Verwaltungs- und Gebietsreform, in: Vogteien, Ämter, Landkreise in Baden-Württemberg, hrsg. vom Landkreistag Baden-Württemberg, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 7–55.

# Berichte und Notizen

## Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 2001/2002

### I. Die Vorträge im Winterhalbjahr 2001/2002 im Staatsarchiv Ludwigsburg

**1. Donnerstag, 11. Oktober 2001:** Den ersten Vortrag im Winterhalbjahr 2001/2002 »Durchbruch zur Weltfirma Salamander – die erste Amerikareise von Ernst Sigle« bestritt Professor Dr. Hanspeter Sturm aus Kornwestheim, Polizeipräsident a. D. und Professor für Verwaltungsrecht, aber auch Historiker mit einem besonderen Interesse an der Geschichte der Firma Salamander.

Der Firmengründer, Jakob Sigle, hatte sich 1885 als Schuhmachermeister in Kornwestheim weitgehend unbemerkt selbständig gemacht. Ernst Sigle (1872–1960) begann als Lehrling im Betrieb seines älteren Bruders, erwies sich als anstellig und konnte bald selbständige Arbeiten in dem kleinen Betrieb übernehmen. Das Unternehmen im alten Ortskern von Kornwestheim stellte alle Schuharten her, vom Hausschuh bis zum Rohrstiefel. Neue Teilhaber, wie der Lederkaufmann Max Levi, ein genialer Vertriebsmann mit weitreichenden Verbindungen, gaben entscheidende Impulse.

Bei der Schuhfabrikation waren am Ende des 19. Jahrhunderts die Vereinigten Staaten führend. Ernst Sigle wurde daher nach Amerika geschickt, obwohl er kein Englisch konnte und vorher nie außerhalb von Württemberg gewesen war. Mit der Eisenbahn ging es im März 1896 zunächst nach Rotterdam, wo er sich einschiffte. In den USA begab er sich sogleich in die Bibliotheken, um Bücher über Schuhfabrikation zu studieren. Das heißt, er schaute sich vor allem die Abbildungen an, denn lesen konnte er ja den englischen Text nicht. Dann ließ sich Ernst Sigle als einfacher Arbeiter in eine der modern eingerichteten Schuhfabriken anheuern, studierte die Maschinen ebenso wie den Produktionsablauf und übermittelte in Briefen regelmäßig seine Erkenntnisse nach Kornwestheim. Selbst das Gebäude hielt er in Zeichnungen minutiös fest.

Die Übertragung amerikanischer Methoden (»Goodyear System«) verhalf der Firma zu einem rasanten Aufstieg. Mit wenig Eigenkapital entstand ein Riesenunternehmen. Die Produktion stieg rapide an: Produzierte Jakob Sigle & Co zu Beginn des 20. Jahrhunderts 200 000 Paar Schuhe in Kornwestheim, so waren es 1910 bereits über eine Million und drei Jahre später sogar über zwei Millionen Paar Schuhe. Direkt am Bahnhof entstand damals, nach amerikanischem Vorbild, das riesige Produktionsgebäude.

Ein weiterer genialer Schachzug war der Aufbau eines weitverzweigten Vermarktungsnetzes mit eigenen Verkaufsstellen (»Salamander-Läden«). 50 bis 60 Grundstücke in bester Lage in allen deutschen Städten erwarb das Kornwestheimer Unternehmen in wenigen Jahren. Für die gigantische Summe von einer Million Goldmark kaufte die Firma die Rechte am Markenzeichen »Salamander«. Im Laufe der Zeit drängte das Markenzeichen den Namen Sigle immer mehr zurück.

Vieles konnte Professor Sturm aus erster Hand erzählen: Er hatte als Lehrling bei Salamander angefangen und kam in Kontakt mit der Gründerfamilie. Um 1950 konnte er den achtzigjährigen Ernst Sigle interviewen. Aber erst zwanzig Jahre später tauchte in einem Tresor das Durchschreibebuch der Briefe von Ernst Sigles Amerikareise auf. Freilich in denkbar schlechtem Zustand; doch gelang es mit Hilfe kriminaltechnischer Methoden, zumindest ein Drittel der Briefe wieder lesbar zu machen.

Im Anschluss an den Vortrag konnten die zahlreichen Zuhörer, unter ihnen auch der Urenkel von Ernst Sigle, noch Salamander-Schuhe aus den 1920er Jahren und aus dem Jahr 1945 in Augenschein und in die Hand nehmen. *ev*

**2. Donnerstag, 8. November 2001:** Über ein wichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte, die Moskaureise von Bundeskanzler Adenauer im September 1955, sprach ein Zeitzeuge, Professor Dr. Rolf-Dietrich Keil. Sein Thema lautete: »Mit Adenauer in Moskau – Erinnerungen eines Dolmetschers«.

Die russische Sprache hatte Keil bereits als Schüler in Sprachkursen am Deutsch-Russischen Gymnasium in Berlin gelernt. Nach seiner Rückkehr aus fünfjähriger russischer Kriegsgefangenschaft studierte er Slawistik und unterrichtete gleichzeitig an einem Gymnasium. Als die Einladung der Sowjetunion in Bonn einging, meldete er sich beim Auswärtigen Amt als Dolmetscher für die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers. Männer wie er wurden dringend gebraucht: Das Auswärtige Amt besaß damals keinen einzigen Mitarbeiter mit Russischkenntnissen. Als bester Absolvent eines Kurses für Konferenzdolmetscher wurde er tatsächlich genommen.

Am 21. August 1955 startete er mit einem Vorauskommando nach Moskau. 26 Stunden dauerte die Anreise. Dort erwartete die beiden Dolmetscher, Keil und Prof. Braun, Schwerstarbeit. Das Übersetzen während der Vorbereitungen gestaltete sich schwieriger als bei den eigentlichen Verhandlungen; alle zwei Stunden ein neues Sachgebiet mit eigener Terminologie und immer neuen Gesprächspartnern. Am 8. September brach die Spitze der Delegation mit zwei Sonderflugzeugen der Lufthansa auf. Das Gros der größten Delegation, die jemals Adenauer auf einer Auslandsreise begleitete, war mit einem Sonderzug der Deutschen Bundesbahn bereits vor Ort eingetroffen.

Der Bundeskanzler wurde am Flughafen vom sowjetischen Regierungschef Bulganin empfangen, zeigte sich aber vom feierlichen Zeremoniell wenig beeindruckt. »Ach wissen Se, ich halte nicht soviel von militärischen Schauspielen«, erklärte er seinem Gastgeber. Am dritten Tag begannen die eigentlichen Verhandlungen. Zentral für die deutsche Delegation war die Frage der Kriegsgefangenen und der deutschen Einheit, für die russische Seite die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die beiden Dolmetscher wechselten sich gegenseitig ab. War Keil tagsüber bei Gesprächen von Adenauer mit Bulganin und Chruschtschow in einer Regierungs-Datscha nicht anwesend gewesen, so durfte er am Abend bei einer Ballettaufführung von »Romeo und Julia« im Bolschoi-Theater direkt für den Bundeskanzler übersetzen.

Die Standpunkte der beiden Verhandlungspartner schienen unvereinbar zu sein. Erst als Adenauer die Flugzeuge für eine vorzeitige Abreise bestellen ließ, kam Bewegung in die Verhandlungen. Vereinbart wurde die Freilassung der »zurückgehaltenen deutschen Personen« – vor allem der etwa zehntausend Kriegsgefangenen – gegen die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Es gab keine schriftliche Zusicherung der sowjetischen Seite, nur mündliche Zusagen. Jedes Wort

wurde auf die Goldwaage gelegt. Noch das Schlusskommuniqué drohte an dem Begriff »vorbehaltlich« zu scheitern. Vor der abschließenden Pressekonferenz kehrte Keil zurück nach Deutschland.

Von 1955 bis 1962 war Professor Keil an der Universität Hamburg tätig, später Regierungsdirektor im Bundessprachenamt Hürth. Heute ist er Vorsitzender der Deutschen Puschkin-Gesellschaft. *ev*

**3. Donnerstag, 13. Dezember 2001:** Eduard Theiner, Gemeindearchivar von Remseck, sprach über die wechselvolle Geschichte des Großen Exerzierplatzes vor den Toren Ludwigsburgs. Der Vortrag ist in erweiterter Fassung im vorliegenden Heft veröffentlicht.

**4. Donnerstag, 10. Januar 2002:** Unter ungewöhnlichen Umständen fand der erste Vortrag im neuen Jahr statt. In klirrender Kälte warteten die zahlreichen Interessenten des Vortrags »Ein unhäb Maul wider die Obrigkeit« von Dr. Susanne Dieterich vergeblich vor dem Staatsarchiv Ludwigsburg. Die Türen blieben verschlossen, die Fenster dunkel. Die Buchhandlung Aigner, auf der gegenüber liegenden Seite des Arsenalplatzes, bot Asyl. Die Verkaufsräume wurden kurzerhand in einen Vortragssaal verwandelt.

Dr. Susanne Dieterich stellte in ihrem Vortrag »Mobbingfälle aus der württembergischen Landesgeschichte« vor. Mobbing, das bedeutet, ein Mensch wird ins Abseits gedrängt von einem, der ihn loswerden will, dem er unbequem wird, ein Dorn im Auge ist. Das geschieht nicht offen, sondern subtil zermürbend mit der stillschweigenden Duldung, dem Wegschauen von Kollegen und Vorgesetzten. Nach neuesten Studien sind von 35 Millionen Beschäftigten in Deutschland eineinhalb Millionen Ziel von Mobbing-Attacken.

Gegeben hat es den Vorgang schon immer. Im ausgehenden 16. Jahrhundert war der humanistische Gelehrte Nicodemus Frischlin ein solches Opfer. Er wollte durchaus nicht freiwillig aus den geordneten Bahnen eines Tübinger Professors ausbrechen, wurde aber als unorthodoxer Konkurrent von seinen Kollegen geschnitten, seine fachliche Kompetenz angezweifelt, sein Familienleben diffamiert, er selbst beim Herzog angeschwärzt. Er war zu einem unsteten Wanderleben gezwungen, versuchte sich zu wehren, verfasste Schmähschriften gegen seine Gegner unter den Professoren, wurde verhaftet. Bei einem Fluchtversuch vom Hohenurach stürzte er ab und starb. Sein »unhäb Maul wider die Obrigkeit«, so sah er es selbst, war ihm zum Verhängnis geworden.

Fast 300 Jahre später spielt der Fall des Ludwigsburger Literaturwissenschaftlers Friedrich Theodor Vischer. Er hatte die Ästhetik als wissenschaftliche Disziplin über alle anderen akademischen Fächer gestellt, das heißt auch über die Theologie. Er wurde daraufhin für zwei Jahre von seinem Amt suspendiert. 1855 erhielt er einen Ruf nach Zürich, wo er elf Jahre wirkte, ohne sich das »Maul verbieten« zu lassen. Ein Beispiel für den Versuch, einen auszugrenzen, an den Rand zu drängen, der tüchtig misslungen ist, weil da einer unbeugsam und stark geblieben ist.

Familienmobbing trieb Christiane Hegel, die Schwester des weltberühmten Philosophen aus Stuttgart, in den Selbstmord. Weggemobbt bis in den Suizid endete auch der Reutlinger Nationalökonom Friedrich List, ein bewusst verkanntes, ein unterdrücktes Genie, seiner Zeit weit voraus. Politisches Mobbing traf Johann Jakob Moser, den »Vater des deutschen Staatsrechts«. Herzog Carl Eugen schickte ihn auf den Hohentwiel, da unter seiner Leitung die Landschaft, also das »Parlament«, respektwidrige Schriften gegen die Obrigkeit verfasse.

Ein weiterer Ludwigsburger und ein Beweis, dass es Mobbing auch in der Kirche gibt, ist David Friedrich Strauß. Seine theologischen Vorlesungen hatten die Philosophieprofessoren der Universität gestört. Diese witterten – zu Recht – Konkurrenz, sie empfanden Eifersucht, Neid und Angst. Der klassische Beginn von Mobbing. Seine Vorlesungen wurden verboten. Endgültig zum Außenseiter wurde er durch sein Buch »Das Leben Jesu«, das ihn zum berühmtesten Theologen des 19. Jahrhunderts machte. Zur Strafe wurde der Professor als einfacher Lehrer an die Lateinschule in Ludwigsburg versetzt. Gerade ein Jahr hielt er durch, dann kündigte er die aufgezwungene Stelle und lebte die risikoreiche Existenz eines freien Schriftstellers. Als er auf den Züricher Lehrstuhl für Dogmatik berufen wurde, sorgten massive Proteste orthodoxer und pietistischer Kreise dafür, dass die Berufung wieder rückgängig gemacht wurde, noch ehe Strauß sein neues Amt angetreten hatte. Sein Werk war Epoche machend, seinen Verfasser kostete es Amt und Karriere. *ev*

**5. Donnerstag, 14. Februar 2002:** Bis auf den letzten Platz war der Vortragssaal im Staatsarchiv Ludwigsburg besetzt, wo der Kunsthistoriker Michael Wenger seine Forschungsergebnisse über das »Schloss Solitude – Vom Jagdsitz zur Sommerresidenz« vorstellte. Die heutige Anlage ist nur ein Torso; vor allem fehlt die gewaltige Gartenanlage. Um sie zu verstehen, muss man einiges von der Vorgeschichte und dem historischen Hintergrund wissen.

Der Hof des Herzogs Carl Eugen war der prächtigste in Europa. Und das mitten im Siebenjährigen Krieg. Württemberg stand an der Seite Frankreichs gegen den preußischen König Friedrich II. Herzog Carl Eugen, der das Militärspektakel liebte, wollte als Feldherr glänzen, was aber misslang. Während Europa im Krieg versank, fanden die größten Festivitäten Carl Eugens gerade in jener Zeit in Ludwigsburg statt. Größte Unbilden bereitete ihm der Brand des Stuttgarter Neuen Schlosses im Jahre 1762. Aber dies könnte ihm auch zum Vorwand gedient haben, einen lange schon ausgeheckten Schritt zu vollziehen, nämlich die Residenz nach Ludwigsburg zu verlegen. Doch noch war es nicht so weit. Mit dem Ende des Siebenjährigen Krieges zerschlugen sich seine Pläne; weder Frankreich noch Österreich konnten ihm die Kurwürde verschaffen. Ein Jahr später klagten die Stände gegen Carl Eugen. Dies gab ihm den – vielleicht sogar willkommenen – Anlass, die Residenz aus Stuttgart, der Stadt der aufrührerischen Stände, nach Ludwigsburg zu verlegen, wo er sich sowieso nach 1755 häufig aufgehalten hatte.

Bereits im Herbst 1763 war mit dem Bau der Solitude begonnen worden mit der Intention einer Eremitage oder zumindest eines Refugiums. Ein Rückzug, den der Adel des Rokoko häufig umsetzte, da er sich von Etikette und Zeremoniell, die sein Leben bestimmten, in Privatheit zurückziehen wollte. Die Tradition als Jagdrevier gab den Ausschlag bei der Wahl des Standorts. Bereits Herzog Eberhard Ludwig hatte hier gejagt. Dazu kam die beherrschende Aussicht über das Land. Politische Umstände führten nun zum Projekt eines »Schmollwinkels«, der dann innerhalb kurzer Zeit als Lustschloss und Jagdsitz ausgebaut wurde. Dies geschah ohne einheitlichen Plan; der Herzog erweiterte nach Bedürfnislage. Da die ordentliche Sommerresidenz, also Ludwigsburg, nun zur Residenz erklärt worden war, musste aus La Solitude zumindest ein reguläres Lustschloss – wenn nicht mehr – werden. Beim Bau wurde nicht das Schloss, sondern die Nebengebäude zuerst fertig gestellt. Denn dort wohnte der Herzog. Neben einem Versorgungstrakt gab es auch eine Kapelle und ein Theater. Das eigentliche Schloss diente aus-

schließlich der Repräsentation, der Herzog hat es nicht bewohnt. Gegen den Prunk höfischer Repräsentation kontrastierte die Einfachheit seiner realen Wohnung.

Beeindruckend ist die Größe der Gesamtanlage. Sie zeigt die Bedeutung, die Carl Eugen der Solitude beimaß. Es entstand ein aufgelockertes Pavillonsystem. Das Schloss besaß keine Dominanz für den Garten. Städtische Strukturen entstanden am Monumentplatz mit der evangelischen Kirche. Häuser standen seitlich am Platz, einer von Orangenkübeln gesäumten Freifläche, und davor ein gewaltiges Reiterstandbild Carl Eugens. Der Herzog ließ sich als Imperator darstellen, der Platz wurde zum Forum. Der Garten war dagegen ein Mikrokosmos, der sich von der Außenwelt abschottete, sehr spielerisch und darauf bedacht, die Hofgesellschaft zu beschäftigen. Während des Ausbaus der Anlage, die auch baulich weit über Pavillonensembles herkömmlicher Sommerresidenzen hinausging, änderte sich auch der Gartenstil: ein klassizistischer Garten diente mehr der Repräsentation. Mit der Schaffung des Lorbeersaals, der Reithalle und des Marstalls zur gleichen Zeit hatte auch dieser Teil der Anlage stadtähnlichen Charakter angenommen. Hier wurde nicht mehr nur gejagt, hier wurde Staats- und Landesrepräsentation betrieben.

Die Blütezeit der Solitude dauerte kaum mehr als ein Jahrzehnt, dann verfiel sie. Die Kirche wurde abgerissen und in der Stuttgarter Innenstadt als Eberhardskirche wieder aufgebaut. Gleiches geschah mit dem Marstall. Die Entwicklung zu einer weiteren Residenz war jäh abgebrochen. Nur noch Reste künden von der einstigen Pracht. *ev*

**6. Donnerstag, 14. März 2002:** Der letzte Vortragsabend des Winterhalbjahres begann mit der Mitgliederversammlung. In seinem Tätigkeitsbericht gab der Vorsitzende Dr. Wolfgang Bollacher zunächst einen Überblick über die Aktivitäten des Vereins im Berichtsjahr. Ferner wies er auf die neue Spendenregelung hin, wonach Spenden direkt an den Historischen Verein zu richten sind. Bis 100 Euro reicht der Einzahlungsbeleg gegenüber dem Finanzamt aus, bei Summen, die darüber liegen, stellt der Verein eine Zuwendungsbestätigung aus. Sorge bereitet der Mitgliederschwund, trotz Eintritts neuer Mitglieder. Grund ist die Überalterung des Vereins. Dr. Bollacher rief daher zu verstärkter Mitgliederwerbung auf. Er gedachte des verstorbenen langjährigen Mitglieds Walter Kirschler und gratulierte nachträglich Professor Dr. Paul Sauer zu seinem 70. Geburtstag. Er dankte den Mitglieder für ihr Interesse und den Vorstandsmitgliedern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Abschließend dankte er allen Spendern, namentlich der Wüstenrot-Stiftung, dem Kreis und der Stadt Ludwigsburg.

Den Kassenbericht erstattete der Kassenverwalter, Herr Hövel. Im Etat des Vereins sind auf der Ausgabenseite die Ludwigsburger Geschichtsblätter der größte Posten. Um die Herstellungskosten zu decken, müssen die Zuschüsse von Landkreis und Stadt und die gesamten Mitgliedsbeiträge aufgewendet werden. Trotzdem verbleibt eine Differenz, die nur durch Spenden geschlossen werden kann. Da der Spendenzufluss aber erfreulich ist, steht der Historische Verein auf gesunden Füßen. Die Kassenprüferin hatte am 7. März 2002 die Kasse geprüft und in Ordnung befunden. Die Mitgliederversammlung erteilte daraufhin einstimmige Entlastung.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung referierte Dr. Ingo Stork vom Landesdenkmalamt über die »Untersuchungen zum römischen Dorf auf der Ott-

marsheimer Höhe«. Seit 1988 graben die Archäologen auf der Ottmarsheimer Höhe im Wettlauf mit den Baggern. Insgesamt 4½ Hektar, die gesamte bebaute Fläche des heutigen Industriegebietes, konnten bisher untersucht werden. Schon 1925 waren dort im Gewann »Steinmäurich« Teile eines vorzüglich erhaltenen Kellers freigelegt worden. Eine genaue Untersuchung erfolgte damals nicht. Erst die Rettungsgrabungen führten zur Wiederaufdeckung des Kellers, der wohl zu einem römischen Gutshof gehörte. Wandfläche und Abstellnischen waren farbig ausgestaltet. Ungewöhnlich qualitätvolle Funde machten die Ausgräber, von Leuchtern bis zu den Bronzebuchstaben einer Inschrift. Ein Schutzhaus sichert heute den Bestand und vermittelt den Besuchern grundlegende Informationen über die Anlage.

Ein zentrales Problem war auf der Ottmarsheimer Höhe immer die Wasserversorgung. Es existierte ein ganzes System von sehr tiefen Wasserkanälen, in denen hölzerne Teuchelleitungen verlegt waren. Das Wasser kam aus neun Brunnen; zu viele für einen einzelnen Gutshof, vielmehr das Zeichen für eine größere Siedlung. Seit 1996 ist endgültig nachgewiesen, dass nicht ein Hof, sondern eine ausgedehnte Dorfsiedlung, ein »vicus«, vorliegt. In einem fast zehn Meter tiefen Brunnen diente ein altes Weinfass als Brunnenstube, das sich auf das Jahr 127 n. Chr. datieren ließ. In der feuchten Umgebung blieben weitere organische Reste erhalten, vom Weidenkorb bis zur ledernen Schuhsohle.

Ein Brandgräberfeld mit 27 Gräbern wurde aufgedeckt; relativ wenig für eine Siedlung, doch hat die Erosion gerade auf der Ottmarsheimer Höhe viel Boden abgetragen. Zur alten Oberfläche fehlen heute rund anderthalb Meter. Dadurch verschwanden auch die Mauern der Wohnhäuser; nur noch die Keller sind vorhanden. Was oberirdisch zugänglich war, lieferte jahrhundertelang begehrtes Material für die Stützmauern der nahen Weinberge.

Ungewöhnlich tiefe und fundarme Gruben geben noch Rätsel auf. Vielleicht gehörten sie zu einer Gerberei. Ebenfalls auf eine gewerbliche Nutzung, in diesem Fall auf eine Töpferproduktion, lassen die Reste eines sehr großen Ofens mit Kuppelgewölbe schließen.

Latrinen sind wahre Fundgruben, z. B. für Tafelgeschirr (Terra Sigillata). Auf der Unterseite hatte der Besitzer seinen Namen eingeritzt. Ein Herr »Sacirus« scheint sehr auf sein Geschirreigentum bedacht gewesen sein – eine Eigenschaft, die besonders beim römischen Militär sehr verbreitet war. Waffenfunde bestätigen die militärische Komponente im Fundmaterial, auch wenn ein Militärlager bisher nicht gefunden wurde. Existiert haben muss es aber, denn der Limes wurde erst Jahrzehnte später weg vom Neckar tiefer in germanisches Gebiet vorverlegt. Eine Zivilsiedlung ohne militärischen Schutz ist in dieser frühen Phase schwer vorstellbar.

Beim Bau der Bodenseewasserleitung wurden die Fundamente eines großen Gebäudes angeschnitten, das sich als Mithrasheiligtum erwies. Zunächst betrat man eine Vorhalle, dann den Vorraum und schließlich durch eine zweite Tür den tiefer liegenden eigentlichen Kultraum. Besonders kostbar sind der Altar der Luna, charakterisiert durch die Mondsichel, und der Altar des Sol, erkennbar am Strahlenkranz. Zwischen Schwarzwald und äußerem Limes war dies eine einzigartige Anlage; sie ist erst das vierte bekannte Mithräum in Baden-Württemberg.

Die Grabungen auf der Ottmarsheimer Höhe sind noch lange nicht abgeschlossen, denn das Industriegebiet soll erweitert werden. Neue, vielleicht auch wieder überraschende Ergebnisse sind zu erwarten. *ev*

**1. Samstag, 1. Juni 2002:** Ganztagesfahrt nach Ladenburg.

Die Stadt Ladenburg, am Unterlauf des Neckars zwischen Mannheim und Heidelberg auf einem Schwemmkegel des Flusses gelegen, zählt heute 11 600 Einwohner und hat dank einer bedeutenden Industrie 6000 Arbeitsplätze. Sie gehört zum Rhein-Neckar-Kreis des Landes Baden-Württemberg und ist wohl die älteste deutsche Stadt rechts des Rheins.

Das Stadtgebiet ist seit über 5000 Jahren besiedelt. Ladenburg war keltischer Gaumittelpunkt, dann – seit Kaiser Trajan (98–117) – Stadt und Hauptort der römischen Civitas Ulpia Sueborum Nicrensium. Es besaß Kastell, Theater, Forum, Bad und eine große Marktbasilika mit Curia. Nach Zerstörung durch die Alamannen zu Ende des dritten nachchristlichen Jahrhunderts entstand an gleicher Stelle eine fränkische Siedlung mit Königshof, die 628 vom Frankenkönig Dagobert dem Bistum Worms geschenkt wurde. Im 10. Jahrhundert wurde eine erste und um 1200 – nach Erweiterung Ladenburgs – eine zweite Stadtmauer errichtet. 1705 fiel Ladenburg an die Kurpfalz und 1803 an das Großherzogtum Baden. Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz zwang 1565 der Stadt die calvinistische Religion auf.

Die gut erhaltene Stadt, die durch ihre reiche Geschichte, ihre Lage im fruchtbaren Mündungsgebiet des Neckars und die Tüchtigkeit und den Stolz ihrer Bürger geprägt ist, hat Charme. Der Historische Verein hatte als Stadtführer Prof. Dr. Rainer Beedgen gewonnen, der den Stadtrundgang am Wasserturm begann. Hier erinnern Wohnhaus und die erste steinerne Garage der Welt an den berühmten Automobilkonstrukteur Carl Benz (1844–1929) und seine resolute Frau Bertha. Die vom weitläufigen Anwesen Benz aus sichtbare Neckarbrücke wurde 1846 als erste Eisenbahnbrücke Deutschlands gebaut. Sie war 1849 Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen badischen Aufständischen und preußisch-mecklenburgischen Truppen.

Über einen verlandeten Neckararm wurde dann die ehemalige Zwingermauer des Bischofshofs und dieser selbst erreicht. Eine offen gelassene Ausgrabungsgrube gewährt Einblick in die Vergangenheit dieses Bezirks mit Resten der römischen Kastellmauer, der zweiten mittelalterlichen Stadtbefestigung und dem Stumpf des dazu gehörenden Pfaffenturms. Davor erhebt sich die Nachbildung einer in der Stadt geborgenen Jupitergigantensäule. Der Bischofshof präsentiert sich heute in barocker Gestalt mit prächtigen Wappentafeln einstmals hier wirkender Bischöfe. 1073 lag Kaiser Heinrich IV., der sich 1077 in Canossa dem Papst beugte, schwer erkrankt in der bischöflichen Saala und 1502 besuchte Kaiser Maximilian hier seinen Freund, den bedeutenden Frühhumanisten Bischof Johann von Dalberg.

Die Bodenöffnung gegenüber der bischöflichen Hofkapelle St. Sebastian gibt den Blick frei auf die konservierten Fundamente eines Turms der Porta Praetoria des mit Reiterei belegten römischen Kastells sowie Mauerzüge mittelalterlicher Bauten. Die Hofkapelle selbst, deren Anfänge in romanische Zeit zurückreichen, beeindruckt durch ihren Turm mit einer um 1270 entstandenen steinernen zeltähnlichen Haube, die auf syrische, durch die Kreuzzüge nach Mitteleuropa transportierte Einflüsse zurückgeht. Das Innere schmücken Fresken von beachtlicher Qualität.

Außerhalb des ummauerten Bischofshofs erhebt sich mit einer Statue des Pestheiligen Rochus über dem Eingang das Güntersche Waisenhaus, ein lang gestrecktes Barockgebäude von 1770. Reste des römischen Forums und des Hauptgebäudes des Kastells, darunter eine wieder zusammengesetzte verputzte und bemalte Wand der »Kommandantur«, finden sich im teilweise verglasten Untergeschoss eines modernen Geschäftshauses in der Metzgergasse. In der Kirchenstraße sieht man im Straßenbelag den durch farbige Pflastersteine kenntlich gemachten Verlauf der Mauern der gewaltigen römischen Basilika, ebenso das einzigartige, gut gepflegte Fachwerkhaus »Zur Sackpfeife« von 1598 im »oberelsässischen Stil«. Die zweitürmige gotische St. Galluskirche ist auf Fundamenten der römischen Basilika erbaut. Die Länge der Kirche entspricht dabei gerade der Breite eines der Flügel der Basilika, woraus deren Ausdehnung zu erahnen ist. Von der interessanten Ausstattung der Kirche sind die 1967 von Valentin Feuerstein aus Neckarsteinach geschaffenen leuchtend farbigen Fenster zu erwähnen, die neben biblischen Motiven auch Ereignisse aus Ladenburgs Geschichte wiedergeben. Den Marktplatz zieren der Marienbrunnen, dessen Mariensäule allerdings eine Replik ist, und schöne Fachwerkhäuser, von denen das »Neunhellerhaus« besondere Beachtung verdient.

In der Färbergasse befindet sich das Geburtshaus des 1646 geborenen Färbersohnes Johann Friedrich Adam, dessen Aufgewecktheit dem Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz auffiel. Er förderte ihn. Adam wurde Jurist und arbeitete sich zum Berater und schließlich Kanzler am Wiener Hof empor. Weil er 1713 das österreichische Erbfolgegesetz, die so genannte »Pragmatische Sanktion« schuf, welche die Unteilbarkeit der habsburgischen Lande und die Regelung der Erbfolge nach dem Erstgeburtsrecht im männlichen und weiblichen Stamm festlegte, wurde er zum »Reichsgrafen von Seilern« geadelt.

Das ehemalige Antoniushospital (Antonius der Einsiedler ist übrigens der Stadtheilige Ladenburgs), Tabakscheunen, die von Ladenburg als einstigem Zentrum des Tabakanbaus in der Kurpfalz künden, die Baulücke, welche den Standort der 1938 zerstörten Synagoge markiert, und Blicke auf Martinstor und Hexenturm – Teile der mittelalterlichen Stadtbefestigung – vervollständigten den Stadtrundgang, dem sich am Nachmittag der Besuch des Lobdengau-Museums anschloss. Dessen römische Abteilung hat weit über Ladenburg hinaus Bedeutung. Sie enthält unter anderem hochwertige Keramik, Bronzen, Gläser, die Reste einer Getreidedarre, spätrömische Meilensteine, aus einem Mithräum ein Altarbild, das Mithras, den Sonnengott Sol und den Stier zeigt, ein 16 mal vier Meter großes Lackprofil des Schnitts durch die Befestigungsanlage des Kastells, ärztliche Instrumente aus einem reich ausgestatteten Medizinergrab und Theatersitzstufen mit Stifterinschriften.

Schon auf der Anreise hatte Prof. Dr. Paul Sauer in die Geschichte des Lobdengaus eingeführt und insbesondere zur Geschichte der Kurpfalz Ausführungen gemacht. Die bei schönstem Wetter durchgeführte Exkursion schloss mit einer Einkehr im Gasthof »Sonne« in Bad Friedrichshall. *wb*

**2. Samstag, 21. September 2002:** Halbtagesfahrt nach Wiesensteig und zum Reußenstein.

Ziel der Herbstexkursion war Wiesensteig im oberen Filstal, einst Mittelpunkt der Reichsgrafschaft Helfenstein. Wiesensteig wurde nach Erlöschen der Helfensteiner 1627 kurbayrisch-fürstenbergisches Kondominat, kam 1752 durch Kauf in kurbayrischen Alleinbesitz und 1806 an Württemberg.

Urkundlich fassbar ist Wiesensteig seit 861. Damals gründete ein Adliger namens Rudolf mit seinem Sohn Erich auf Bitten König Ludwigs des Deutschen zu Ehren des heiligen Cyriakus ein Benediktinerkloster auf dem heutigen »Malakoff«. 1130 wurde es in ein Chorherrenstift umgewandelt, wovon noch die Stiftspropstei erhalten ist, die unter den Schutz der Maria Immaculata gestellt war. Zum Gründungsgut des Klosters gehörte auch die Kirche von Weinheim an der Bergstraße. Von Rudolf lässt sich über die Zähringerin Richinza (um 1100) ein Erbgang auf die Helfensteiner wahrscheinlich machen.

Unter Graf Ulrich XVII. (1524–1570) wurde Wiesensteig evangelisch. Seine Gemahlin Katharina von Montfort blieb der alten Lehre treu. Streitigkeiten zwischen der Lutherischen Kirche und Sekten, der Tod seines gleichfalls evangelisch gewordenen Bruders Sebastian, seine schwere Krankheit und der Besuch des Jesuitenpaters Petrus Canisius aus Dillingen führten dazu, dass Ulrich erneut konvertierte und wieder katholisch wurde. Aus seiner »evangelischen Zeit« stammt das illustrierte Gebetbuch des Kurfürsten von Sachsen, das in die Bibliothek des Hauses Fürstenberg gelangte. Unter Ulrich grassierte im Tal der Hexenwahn. Allein zwischen 1562 und 1566 wurden siebzig Frauen hingerichtet. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 800 war mindestens jede dritte Familie betroffen.

Die Führung, die in den Händen von Herrn Walter Hausch lag, begann an dem auf Wiesensteiger Gemarkung gelegenen Reußenstein, einer der romantischsten Ruinen der Schwäbischen Alb. Auf hoch aufschließendem Fels liegt die Kernburg, seit 1311 »Stein« geheißen. Sie besteht aus fünfstöckigem Wohnbau, Bergfried und kleinem Innenhof sowie Unterburg. Die niemals eingenommene und im Kampf zerstörte Burg wurde am Ende des 13. Jahrhunderts als östlicher Vorposten der Herrschaft Teck erbaut und war um 1340 im Besitz der Ritter Reuß von Kirchheim-Neidlingen, die ihr zum Namen »Reußenstein« verhalfen. Auf dem Reußenstein suchte 1851 ein Bruder von Ottilie Wildermuth den Freitod. In den ihn umgebenden Wäldern erlegte der Wiesensteiger Revierförster Marz 1846 den letzten deutschen Luchs. Die Burg wurde seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert als Steinbruch genutzt, bis sich 1828 eine »Gesellschaft für die Erhaltung der Ruine Reußenstein« bildete und den weiteren Verfall des Denkmals beendete.

Von den ehemaligen Post- und Bahnhofsgebäuden – Wiesensteig war von 1903 bis 1969 durch eine vollspurige Stichbahn mit Geislingen/Steige verbunden – führte ein Abstecher in die Grabenstraße, wo auf der noch erhaltenen Stadtmauer das älteste profane Bauwerk der Stadt steht, das 1513 als »Manghaus« erwähnt ist und den Helfensteinern gehörte. Später wurde es herrschaftlicher Fruchtkasten und in neuerer Zeit Jugendherberge. In der Hauptstraße befindet sich das Renaissance-Schloss, Sitz der Helfensteiner, von dem allerdings nur noch ein – inzwischen restaurierter – Flügel steht. Er besitzt einen Kreuzgewölbesaal, den ehemaligen Marstall, einen stattlichen Residenzsaal, an der Innenhofseite seltene Sgraffiti und über dem Portal das gut gearbeitete Allianzwappen des Ehepaares Rudolf Graf zu Helfenstein-Gundelfingen und der Anna Maria geb. Freiin zu Staufen aus dem Jahre 1600. Drei Flügel des Schlosses wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts abgebrochen. Frau Dr. Christin, die Eigentümerin des liebevoll hergestellten und zum Wohnhaus umgestalteten »alten Pferdestalles« von 1562, gestattete die Besichtigung des interessanten Gebäudes, das ursprünglich ebenfalls zur Schlossanlage gehörte.

Das 1945 bei einem Tiefffliegerangriff zerstörte Rathaus ist im alten Maßstab wieder in Fachwerk aufgeführt. Vor ihm befand sich der Pranger. Der Marktbrun-

nen wurde 1718 geschaffen. Der steinerne Stock des achteckigen Brunnentrogs trägt auf korinthischem Kapitell das Stadtwappen mit dem Elefanten. Möglicherweise hat man das »Helfen« mit dem »Elefanten« in Verbindung gebracht, weshalb dieser zum Helfensteiner und schließlich Wiesensteiger Wappentier wurde. Gesichert ist dies aber nicht.

Gegenüber dem Brunnen erhebt sich der 1364 von Graf Ulrich d. Ä. und seiner Gemahlin Maria von Bosnien gestiftete Spital zum Heiligen Geist. Dem begüterten Spital oblag in der Grafschaft die Armen- und Krankenpflege, teilweise auch die Besoldung von Lehrern und Ärzten. Die mächtige Stiftskirche St. Cyriakus reicht mit ihren Anfängen in die Klosterzeit zurück. Sie hat zwei Türme, wovon einer die Jahreszahl 1466 trägt. Bei dem durch schwedische Soldateska ausgelösten Stadtbrand von 1648, der zwei Drittel der Stadt vernichtete, brannte auch die Kirche aus. Die Spitzhelme der Türme wurden danach durch »welsche Hauben« ersetzt. Der zunächst barockisierte Innenraum erhielt in den Jahren 1775–1780 sein heutiges klassizistisches Aussehen. An der Ausgestaltung waren bedeutende Künstler wie der aus Wiesensteig gebürtige Münchner Hofbildhauer Johann Baptist Straub, der Münchner Maler Christian Weik und der Freskomaler Joseph Anton Huber aus Augsburg beteiligt. Vom Schmuck der Kirche sind die »Dotzburger Madonna« (Syrilinschule um 1490) und das Kruzifix, letztes Werk von Straub (um 1775), besonders zu erwähnen.

An der südwärts blickenden Außenmauer des Langhauses befindet sich ein »Ölberg«. Südlich der Kirche erhebt sich die schon erwähnte ehemalige Propstei oder Dechanei, zeitweise als Kameralamt und als Andachtsraum der evangelischen Gemeinde genutzt. Zwischen der Stiftskirche und dem 1809 abgebrochenen Selteltor stand einst ein Frauenkloster.

Das Wiesensteiger Tal, in dem früher viele Geißen gehalten wurden, woher der Name »Geißentäle« rührt, brachte viele gute Stuckateure hervor, die auswärts arbeiteten, ebenso Hersteller chirurgischer Instrumente. Aus Wiesensteig selbst stammen neben dem oben genannten Johann Baptist Straub (1704–1784) auch Franz Xaver Messerschmidt (1736–1783), Hofbildhauer in Wien, Felix Joseph von Lipowsky (1764–1842), Diplomat, Historiker und Begründer des Oktoberfestes in München, und der »Kundtpaßmacher« und Konstrukteur astronomischer Instrumente Ulrich Schniep (um 1510–1588).

Bei der abschließenden Einkehr im Gasthaus »Selteltor« wurde Herrn Hausch und Herrn Prof. Dr. Paul Sauer, der den Teilnehmern auf der Hinfahrt zur Landesgeschichte vorgetragen hatte, herzlich gedankt. *wb*

Der Jahresbericht fußt auf den (Zeitungs-) Berichten von Dr. Wolfgang Bollacher *(wb)* und Dr. Erich Viehöfer *(ev)*. *Wolfgang Läpple*

# Rückblick auf das Jahr 2001

## Januar

3. Bei einem Brand im Wasserkraftwerk Marbach der Neckarwerke Stuttgart wird ein Generator zerstört. Der Schaden beträgt rund eine Million Mark.

8. Rund 1200 Bürger folgen einem Aufruf des Gemmrigheimer Gemeinderats und ziehen mit Plakaten und Spruchbändern vor das Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar, um gegen die dort geplante Einrichtung eines Atommüll-Zwischenlagers zu demonstrieren. Zwei Wochen später lehnt der Gemeinderat das Baugesuch für dieses Projekt ab, gleichzeitig genehmigt jedoch das Bundesumweltministerium die Lagerung weiterer Brennstäbe im Kraftwerk.

12. Beim Neujahrsempfang des Landkreises werden die rund 14 Millionen Mark teuren Erweiterungsbauten am Beruflichen Schulzentrum in Bietigheim-Bissingen eingeweiht.

15. Innenminister Thomas Schäuble zeichnet die Ludwigsburger Kampagne »Aktiv gegen Männergewalt an Frauen, Mädchen und Jungen« mit dem Präventionspreis der Polizei aus. Ludwigsburg war im Jahr 2000 als erste baden-württembergische Stadt dem Aufruf des Europaparlaments gefolgt, Aktionen gegen Gewalt an Frauen zu initiieren. – Der im Frühjahr 1996 fristlos entlassene ehemalige AVL-Geschäftsführer Klaus Marbach, unter dessen Leitung die kreiseigene Abfallverwertungsgesellschaft in ein finanzielles Fiasko geriet und zuletzt ein Defizit von 180 Millionen Mark aufwies, wird vom Landgericht Stuttgart wegen Vorteilsannahme und versuchter Steuerhinterziehung zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung und Zahlung von 150 000 Mark Schadenersatz verurteilt. Vom Vorwurf der Untreue und Bestechlichkeit wird der frühere Müll-Manager freigesprochen.

16. Die Stadt Ludwigsburg erhöht ihren Anteil an der Film- und Medienzentrum-GmbH von 40 auf 80 Prozent und übernimmt auch den gesamten Zuschussbedarf für das Gründerzentrum von jährlich rund 250 000 Mark.

17. Die Neu- und Umbaumaßnahmen der Klinik Schillerhöhe in Gerlingen sind abgeschlossen. Das 1953 eröffnete Krankenhaus in der Trägerschaft der Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg ist in den letzten zehn Jahren für 100 Millionen Mark umfassend renoviert und vergrößert worden und ist nun bundesweit eines der modernsten Zentren für Lungenkrankheiten und Brustkorbchirurgie.

19. Beim Kreisbauerntag in Schwieberdingen steht das Thema Rinderwahnsinn im Mittelpunkt der Diskussionen. Ministerpräsident Erwin Teufel sagt Bauern und fleischverarbeitendem Gewerbe Hilfe der Landesregierung zu, wenn sie wegen der BSE-Krise in finanzielle Probleme geraten.

28. Die Stadt Ditzingen zeichnet den Unternehmer Professor Berthold Leibinger für seine »herausragende Dienste um den Wirtschaftsstandort Ditzingen« und für sein »beispielhaftes Engagement in zahlreichen Ehrenämtern« mit dem Ehrenbürgerrecht aus.

31. Die traditionsreiche Domäne Monrepos stellt den landwirtschaftlichen Betrieb ein. Von den zuletzt bewirtschafteten 36 Hektar werden 30 Hektar für die Erweiterung des Golfplatzes des Golfclubs Schloss Monrepos verwendet, der Rest wird an Landwirte verpachtet.

## Februar

2. Um die Finanzierung der Ludwigsburger Schlossfestspiele zu sichern, schließen die Stadt Ludwigsburg und das Land einen Vertrag ab, in dem sich beide Seiten verpflichten, den Festspielen bis zum Jahr 2003 jährlich einen Mindestbetrag von 1,56 Millionen Mark als Zuschuss zur Verfügung zu stellen.

4. Die Sachsenheimer »Urzeln« sind Gastgeber des diesjährigen Landesnarrentreffen der württembergischen Narrenzünfte. Am »Großen Narrensprung« beteiligen sich 4000 Hästräger.

8. Erleichterung an der Robert-Franck-Schule in Ludwigsburg: Nachdem eine Schülerin an Tuberkulose erkrankt war, hatte das Gesundheitsamt bei 950 Schülern und Lehrern der Schule Hauttests und Röntgenuntersuchungen durchführen lassen, bei denen jedoch keine weiteren Krankheitsfälle festgestellt wurden.

14. Finanzminister Gerhard Stratthaus weiht den auf dem Gelände der früheren Luitpoldkaserne erstellten Neubau für das Ludwigsburger Finanzamt ein. In dem 27,5 Millionen Mark teuren Bau sind jetzt alle Dienststellen des Amtes, die bisher auf sieben Gebäude im Stadtgebiet verteilt waren, unter einem Dach vereint.

20. Die Stadt Bönnigheim erwirbt für 5,6 Millionen Mark das stillgelegte Fabrikgelände der Nähgarnfabrik Amann. Auf dem knapp zwei Hektar großen Areal sollen unter anderem eine neue Stadthalle, Parkplätze und großzügige Grünflächen entstehen.

21. Der Ludwigsburger Gemeinderat ordnet die Kompetenzen im Rathaus neu: Nach wochenlanger heftiger Kritik muss Erster Bürgermeister Eberhard Wurster die Aufgabenbereiche Wirtschaftsförderung und Finanzen an Oberbürgermeister Dr. Christof Eichert abtreten und erhält dafür die Zuständigkeit für Kultur, Schulen, Sport und Soziales.

22. Prominenter Besuch im Landkreis: Bundeskanzler Gerhard Schröder weiht zusammen mit Porsche-Chef Wendelin Wiedeking und Bahn-Chef Hartmut Mehdorn das neue Versandterminal der Firma Porsche auf dem Areal des Kornwestheimer Containerbahnhofs ein.

23. In Schwieberdingen können die Erschließungsarbeiten für das Neubaugebiet »Ost-Hülbe IV« fortgesetzt werden. Der Verwaltungsgerichtshof hat Normenkontrollklagen von Anliegern gegen den Bebauungsplan zurückgewiesen. Auf dem 15 Hektar großen Gelände sollen einmal rund 1200 Menschen wohnen.

7. In Kornwestheim beginnen die Bauarbeiten auf dem so genannten Gall'schen Areal. Auf dem seit den siebziger Jahren brachliegenden Gelände gegenüber dem Bahnhof sollen in den nächsten zwei Jahren für insgesamt 26,5 Millionen Mark eine große Seniorenwohnanlage, Ladengeschäfte, Büros und Eigentumswohnungen entstehen.

11. Auf dem Korntaler Friedhof wird ein neues Mahnmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs und die Opfer des Nationalsozialismus enthüllt. Über das Konzept und die Gestaltung der Gedenkstätte war zwischen Stadtverwaltung und Opferverbänden lange kontrovers diskutiert worden.

13. Klinikseelsorger Joachim Harner wird zum neuen Dekan des katholischen Dekanats Ludwigsburg gewählt. Bei der Abstimmung im Dekanatsrat des größten Dekanats der Diözese Rottenburg-Stuttgart erhält er deutlich mehr Stimmen als der bisherige Amtsinhaber Heinrich Klöpping.

16. Die Gartenschau Blühendes Barock startet im wahrsten Sinne des Wortes mit Volldampf in die diesjährige Saison: Mit der Eröffnung durch Landrat Dr. Rainer Haas wird zugleich als neue Attraktion eine Märchenbahn in Betrieb genommen. – Die Karlshöhe Ludwigsburg weiht ihr neues Internat für körperbehinderte Auszubildende ein. Das so genannte Wernerhaus ist in den letzten zwei Jahren für rund sechs Millionen Mark erweitert und modernisiert worden.

18. In Bissingen wird die für rund 1,2 Millionen Mark neu gestaltete katholische Kirche »Zum Guten Hirten« mit der Altarweihe durch Weihbischof Kreidler eingeweiht. Die Renovierung hat im Vorfeld wegen der hohen Kosten für große Unruhe in der Kirchengemeinde gesorgt.

23. Im Strafvollzugsmuseum Ludwigsburg wird die neu konzipierte Dauerausstellung eröffnet. Sie spannt nun den Bogen von einem Richtschwert aus dem 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart in der Justizvollzugsanstalt Stammheim.

24. Das Schwieberdinger Ortsmuseum »Im alten Pfarrhaus« wird nach vierjähriger Zwangspause wieder eröffnet. Rund 1,3 Millionen Mark investierte die Gemeinde in die Sanierung des 1360 erstmals urkundlich erwähnten Gebäudes.

25. Die CDU ist auch im Kreis Ludwigsburg klare Siegerin der Landtagswahl. Kultusministerin Dr. Annette Schavan, Klaus Herrmann und Günther Oettinger erringen für sie die drei Direktmandate. Christine Rudolf und Claus Schmiedel von der SPD sowie Heike Dederer und Jürgen Walter von den Grünen schaffen über die Zweitauszählung den Sprung in den Landtag.

28. Das Regionalparlament verabschiedet nach sechsjährigen Vorarbeiten den Regionalverkehrsplan, der unter anderem den Bau eines vierspurigen Nordostrings um Stuttgart vorsieht, der eine Verbindung zwischen der B 27 bei Kornwestheim und der B 14/B 29 zwischen Waiblingen und Fellbach schaffen soll, und auch eine Trasse für eine Verlängerung der Bahnlinie Markgröningen-Ludwigsburg über Remseck nach Waiblin-

gen freihält. Zugleich wird beschlossen, dass die Region sich mit weiteren 55 Millionen Mark an der Finanzierung des Projekts »Stuttgart 21« beteiligt.

29. Nach rund 25-jähriger Planungsphase können die Bauarbeiten für die Westumfahrung von Münchingen beginnen. Die Bauzeit für die 26 Millionen Mark teure Straße ist auf drei bis vier Jahre veranschlagt.

30. Das Berufliche Schulzentrum Ludwigsburg/Kornwestheim ist für rund 18 Millionen Mark erneuert und erweitert worden. Anlässlich der offiziellen Einweihung der sanierten und der neuen Räume erhält die Gewerbliche Schule II den Namen »Oscar-Walcker-Schule«.

## April

1. Die Zahl der Arbeitslosen ist im ersten Quartal des Jahres erneut deutlich zurückgegangen, die Arbeitslosenquote im Landkreis von 4,2 auf 4,0 Prozent gesunken. Nach Ansicht des Arbeitsamtes ist die Situation für Arbeitsuchende so gut wie seit Jahren nicht mehr und steuert der Arbeitsmarkt im Kreisgebiet in Richtung Vollbeschäftigung.

7. Zwei Dutzend engagierte Bürger richten in freiwilliger Arbeit den Radweg zwischen Oberriexingen und Unterriexingen her. Damit ist die letzte Lücke im 115 Kilometer langen Enztalradweg geschlossen, der von der Quelle der Enz bei Enzklösterle bis zu ihrer Mündung in den Neckar bei Besigheim führt.

9. Der für die Abfallwirtschaft zuständige Ausschuss des Kreistags lehnt Pläne zur Teilprivatisierung der kreiseigenen Abfallverwertungsgesellschaft ab. Stattdessen sollen neue Verträge mit den Abfallunternehmen die Kosten bei der Müllentsorgung drücken und die Gebührenzahler deutlich entlasten.

17. In Besigheim beginnen die Renovierungsarbeiten am so genannten Steinhaus. Die Sanierung des aus dem 13. Jahrhundert stammenden Gebäudes soll bis zur 850-Jahr-Feier der Stadt 2003 abgeschlossen sein.

18. Die Regional Bus Stuttgart GmbH nimmt zwei so genannte Niederflurbusse in Betrieb, die Rollstuhlfahrern oder Eltern mit Kinderwagen ein barrierefreies Einsteigen ermöglichen. Die zwei je 400 000 Mark teuren Fahrzeuge werden auf den Linien Ludwigsburg-Sachsenheim und Markgröningen-Aldingen eingesetzt und kommen so insbesondere auch den Bewohnern des Behindertenheims in Markgröningen zugute.

20. Wochenlange Nässe auf den Feldern macht den Landwirten zu schaffen. Sie kommen nicht dazu, ihre Frühjahrssaat auszubringen.

24. Während die Gemmrigheimer seit Monaten mit aller Macht gegen die Einrichtung eines Zwischenlagers beim Kernkraftwerk Neckarwestheim kämpfen, bleibt auch der Abtransport der abgebrannten Brennstäbe heftig umstritten: Hunderte von Atomkraftgegner protestieren gegen den Transport so genannter Excellox-Behälter in die britische Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield. Rund 2500 Einsatzkräfte der Polizei sorgen dafür, dass die Behälter ohne Zwischenfälle zur Verladestation im Kraftwerk Walheim gelangen.

27. Die Stadt Freiberg weiht ihr 15 Millionen Mark teures Bürgerhaus »Prisma« im Ortszentrum ein. – Eigentlich wollte Bietigheim-Bissingen mit dem englischen Surrey-Heath das 30-jährige Bestehen ihrer Städtepartnerschaft feiern. Doch der Festakt wird abgesagt, nachdem die Behörden wegen der auf der britischen Insel grassierenden Maul- und Klauenseuche die dringende Bitte geäußert hatten, auf Gruppenreisen von und nach England zu verzichten. Die für Tiere lebensbedrohliche Seuche stellt lange Zeit auch die Abhaltung des Ludwigsburger Pferdemarkts in Frage.

28. In Bietigheim wird die »Enztalwoche« eröffnet. 200 Unternehmen aus Handel, Handwerk und Dienstleistung präsentieren auf dem Gelände unter dem Viadukt neun Tage lang ihre Produktpalette. – Die Kornwestheimer feiern die Wiedereröffnung ihres für 750 000 Mark renovierten Freizeitparks an der Aldinger Straße.

## Mai

5. In Vaihingen-Kleinglattbach wird der Erweiterungsbau der örtlichen Grundschule eingeweiht. Um die wachsende Kinderschar aus dem vor allem von jungen Familien bewohnten Neubaugebiet Kleinglattbach-Süd unterbringen zu können, hat die Stadt Vaihingen rund 1,8 Millionen Mark in sechs neue Klassenräume investiert.

6. Die Karlshöhe Ludwigsburg feiert ihr 125. Jahresfest und erinnert mit einem umfangreichen Festprogramm an ihre Gründung als »Brüder- und Kinderanstalt«.

12. Kornwestheim und die russische Stadt Kimry feiern mit einem Festakt im Kornwestheimer Kulturhaus das zehnjährige Bestehen ihrer Städtepartnerschaft.

13. Das Schiller-Nationalmuseum in Marbach öffnet nach über einjähriger Generalsanierung wieder seine Pforten. Zur Wiedereröffnung hält die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Professor Jutta Limbach, eine viel beachtete Rede über Schiller und das Recht.

16. Zwei Jahre nach dem Bürgerbegehren, das den Umbau der Wilhelmstraße zu Fall gebracht hat, fasst der Ludwigsburger Gemeinderat den Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung der Cityachse: Zwischen Schillerplatz und Sternkreuzung soll eine Allee mit nur noch zwei Fahrspuren entstehen.

17. Das für 4,8 Millionen Mark umgebaute Asperger Freibad wird eingeweiht. Anlass für die umfassende Sanierung war der unsichere geologische Untergrund des Geländes und die Gefahr, dass sich der Boden teilweise erheblich absenken kann.

20. Der »Bietigheimer Tag« steht unter dem Motto »Ausländer rein? Möglichkeiten und Grenzen von Zuwanderung und Integration«. Prominentester Gastredner ist Bundesinnenminister Otto Schily.

22. In Hirschlanden beginnen die Bauarbeiten für die Südumfahrung des Ortes. Von der 1,5 Kilometer langen und rund elf Millionen Mark teuren Trasse erhofft man sich eine deutliche Verkehrsentlastung für den

Ortskern, durch den zurzeit noch täglich rund 17 000 Fahrzeuge rollen. – Der Startschuss für ein Großprojekt wird auch in Marbach gegeben, wo mit dem ersten symbolischen Spatenstich die auf 18 Millionen Mark veranschlagten Erschließungsarbeiten für den Energie- und Technologiepark auf dem Areal des stillgelegten Dampfkraftwerks anlaufen. Auf dem 17 Hektar großen Baugelände sollen sich in erster Linie technologieorientierte und arbeitsplatzintensive Firmen niederlassen. Die Vermarktung der Flächen erweist sich jedoch aufgrund der herrschenden Konjunkturflaute als ziemlich schwierig.

24. Zwei Tage nach dem Ende des traditionellen Pferdemarkts verbreitet auf dem Ludwigsburger Karlsplatz ein »französisches Dorf« aus 300 bemalten Häuserkulissen mit einem reichen Angebot an Musik und kulinarischen Spezialitäten einen Hauch von Savoir-vivre.

26. Ein großer historischer Umzug und die Einweihung des neu sanierten Kelterplatzes bilden den Abschluss mehrerer Festveranstaltungen, mit denen die Eglosheimer an die Eingemeindung ihres Ortes nach Ludwigsburg vor 100 Jahren erinnern.

## Juni

8. In Ludwigsburg beginnt das 1. Internationale Straßenmusikfestival. In den Gärten rund ums Residenzschloss bieten Musiker aus allen fünf Kontinenten drei Tage lang eine bunte Vielfalt der Musikrichtungen.

11. Zum Fahrplanwechsel startet die neue Bus-Direktverbindung zwischen Ludwigsburg und Waiblingen, die es vor allem den Pendlern aus den an der Strecke liegenden Kommunen leichter machen soll, auch über die Kreisgrenze hinweg schnell ihre Arbeitsplätze in Ludwigsburg oder Waiblingen zu erreichen.

16. In Eberdingen-Hochdorf wird das »Keltengehöft« eröffnet. Das neben dem Keltenmuseum gelegene neue Freilichtmuseum gibt Einblicke in das Alltagsleben vor rund 2500 Jahren.

18. Mit einer Auftaktveranstaltung in der Filmakademie beginnt der »Ludwigsburger Monat der Bürgergeschichten«. Im Rahmen der bis 18. Juli dauernden Gesprächsreihe berichten an unterschiedlichen Orten im Kreis ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger über ihre Freud- und Leidmomente im Dienst an der Allgemeinheit.

23. Zur Erinnerung an die 1962 entdeckte keltische Stele von Hirschlanden, die als älteste vollplastische lebensgroße Menschendarstellung in Mitteleuropa gilt, wird am ursprünglichen Fundort im Gewann »Holzheim« eine originalgetreue Kopie aufgestellt.

25. Die Ludwigsburger Kraftwerk Altwürttemberg AG (Kawag) schließt sich mit vier weiteren Stromunternehmen zur Süwag Energie AG zusammen.

30. In Marbach wird im Rahmen des Stadtfestes der renovierte Obere Torturm eingeweiht. Nach der 2,45 Millionen Mark teuren Sanierung ist der 1290 erstmals urkundlich erwähnte Turm nun auch für Besucher zugänglich.

## Juli

1. Auf dem Ludwigsburger Marktplatz führen internationale Starsolisten der Mailänder Scala und der Arena di Verona Giuseppe Verdis Freiheitsoper Nabucco auf. 3000 Besucher sind von der Open-Air-Inszenierung begeistert.
4. Bei einem Großbrand in einer Lagerhalle der Gemmrigheimer Papierfabrik verbrennen 1000 Tonnen Papier und entsteht ein Schaden von mehreren Millionen Mark.
6. Die Stadt Kornwestheim kündigt ihre Mitgliedschaft in der interkommunalen Aktion »Grüne Nachbarschaft«. Das eingesparte Geld soll für Umweltschutz-Projekte ausgegeben werden.
13. Der Kreistag verabschiedet ein neues Abfallkonzept, das unter anderem vorsieht, bei der Müllentsorgung ab dem Jahr 2003 eng mit dem Enzkreis zu kooperieren.
15. Bei der Bürgermeisterwahl in Pleidelsheim erhält Ralf Trettner 54,6 Prozent der gültigen Stimmen. Der 28-jährige Diplomverwaltungswirt tritt im September die Nachfolge von Ulrich Bahmer an, der nach nur drei Jahren an der Spitze der Spargelgemeinde als Erster Beigeordneter nach Ditzingen wechselt.
19. In Ludwigsburg werden zwei wichtige städtebauliche Entscheidungen getroffen: Mit der Erteilung des Bauvorbescheids stellt die Stadtverwaltung nach jahrelangen Diskussionen und Verhandlungen die Weichen für die künftige Nutzung des Post-Karrees; im so genannten Wilhelmsbau soll bis 2004 ein großes innerstädtisches Einkaufszentrum als Gegengewicht zu den Einkaufsmärkten auf dem Tammer Feld entstehen. Vom Tisch sind hingegen Pläne, durch die Untertunnelung des Favoriteparks Eglosheim vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Stattdessen soll so schnell wie möglich die Planung für einen Tunnel unter der Frankfurter Straße in Angriff genommen werden.
23. Die Stadt Kornwestheim investiert 7,5 Millionen Mark in den Ausbau ihres Gründerzentrums für Technik, Mobilität und Umwelt: Auf dem Gelände der ehemaligen Wilkinkaserne wird ab Mitte November für das Techmoteum ein 3000 Quadratmeter großer Bürokomplex errichtet.
24. Der Bietigheim-Bissinger Gemeinderat beschließt, 13 Millionen Mark für den Ausbau der Realschule im Aurain bereitzustellen.
26. Die Stadt Sachsenheim stellt Investitionspläne für rund 30 Millionen Mark vor. Sie sehen den Bau einer Umgehungsstraße, den Ausbau des Lichtensterngymnasiums, die Neuordnung des Geländes am Bahnhof sowie den Bau eines Kleeblatt-Pflegeheimes für Kleinsachsenheim und eines Jugendhauses vor.
30. Viel Lob gibt es für die Freiberger Stadtbücherei: In einem bundesweiten Leistungsvergleich öffentlicher Bibliotheken belegt sie bei den Städten der Kategorie 15 000 bis 30 000 Einwohner den ersten Platz.
31. Zum zweiten Mal in diesem Jahr werden Behälter mit radioaktiven Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim zum Eisenbahnanschluss im Walheimer Dampfkraftwerk transportiert. Der schwer bewachte Konvoi erreicht ohne jeglichen Zwischenfall sein Ziel.

## August

1. Die Württembergische Weingärtner-Zentralgenossenschaft in Möglingen setzt auf neue Technik: Wasserentzug und Zentrifugieren sollen die Qualität der Rebensäfte verbessern.
8. Besigheim, Bietigheim, Markgröningen und Vaihingen gehören zu den insgesamt 15 baden-württembergischen Kommunen, die vom Touristikverband Deutsche Fachwerkstraße als offizielle Stationen an den beiden neuen Regionalstrecken im Land aufgenommen werden.
10. Die Geschäftsführung des Ludwigsburger Forums kann eine rundum positive Jahresbilanz präsentieren. Das Kultur- und Kongresszentrum erwies sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut als Besuchermagnet und erreichte sowohl beim Umsatz als auch bei der Raumbelegung neue Rekordmarken.
15. Die seit Tagen anhaltende Hitzewelle erreicht mit fast 36 Grad neue Höchstwerte. Der ganze August ist ungewöhnlich warm. Die Tagesmitteltemperatur liegt mit 20,7 Grad um 2,8 Grad über dem langjährigen Durchschnitt.
16. Die Wirte der Ludwigsburger Weinlaube müssen auf ungewohntes Terrain ausweichen. Wegen der Bauarbeiten auf dem Rathaushof findet das Fest erstmals auf der Bärenwiese statt. Die Bilanz fällt nach zwölf Tagen überaus positiv aus: Es kamen so viel Besucher wie noch nie.
26. Bilderbuchwetter beschert dem Markgröninger Schäferlauf einen neuen Besucherrekord. Über 120 000 Gäste kommen zum ältesten Heimatfest Württembergs in die ehemalige Reichsstadt.

## September

7. Im Ludwigsburger Residenzschloss findet auf Einladung des Daimler-Chrysler-Konzerns eine Benefizgala zugunsten der Kinderhilfsorganisation World Childhood Foundation statt. Ehrengast unter den 160 prominenten Gästen aus Politik und Wirtschaft ist Königin Silvia von Schweden.
8. Dauerregen sorgt dafür, dass die mit viel Aufwand vorbereitete Venezianische Messe in Ludwigsburg deutlich weniger Besucher als erwartet anzieht.
10. In Ludwigsburg wird die neue Deutsch-Französische Filmakademie eröffnet. Sie startet zunächst mit der so genannten Masterclass.
11. Die brutalen Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington lösen auch bei uns lähmendes Entsetzen, Trauer und Angst vor einem Krieg aus. Zahlreiche Menschen versammeln sich spontan zu Gedenkgottesdiensten für die Opfer dieser unfassbaren Verbrechen.
14. In Murr wird die in 18-monatiger Bauzeit erstellte neue Sporthalle eingeweiht. Der 8-Millionen-Bau konnte ohne Kredite finanziert werden.
15. In Asperg wird der auf einem ehemaligen Sportgelände angelegte neue Bürgergarten eröffnet. Um die Nutzung der alten Sportplätze hatte es

ein jahrelanges Tauziehen zwischen Stadtverwaltung und einer Bürgerinitiative gegeben. – In Korntal stellt die Feuerwehr bei einem Tag der offenen Tür ihr neues Gerätehaus vor.

17. Auf dem Ludwigsburger Marktplatz versammeln sich rund 11 000 Schüler zur Auftaktveranstaltung für die Aktion »Respekt – Gewaltfreie Schulen«. An dem im Land noch einzigartigen Projekt beteiligen sich 21 von insgesamt 25 Ludwigsburger Schulen.

18. Nach einer anonymen Bombendrohung muss am frühen Vormittag das Marstall-Center in Ludwigsburg geräumt werden. Nach einer guten Stunde kann Gott sei Dank Entwarnung gegeben werden. Auch in den folgenden Tagen sorgen in verschiedenen Kreisgemeinden angeblich versteckte Bomben wiederholt für Aufregung. Die Polizei geht davon aus, dass es sich in allen Fällen bei den Tätern um »Trittbrettfahrer« handelt, die die nach den Terroranschlägen in Amerika allgemein herrschende Unsicherheit für ihre makabre Drohungen nutzen.

23. Die katholische Kirchengemeinde St. Maria in Möglingen weiht mit einem Gottesdienst und einem offiziellen Festakt ihr neues Gemeindezentrum ein.

25. Die Stadt Ludwigsburg erwirbt für 11,4 Millionen Mark das Gelände der früheren Frommannkaserne. Das 8,2 Hektar große Areal in der Weststadt soll in den nächsten drei Jahren in ein Gewerbegebiet umgewandelt werden.

28. In Münchingen wird mit einem großen Fest die Fertigstellung des Neubaus der Flattichschule gefeiert und in Kirchheim mit einem Festakt die neue Sporthalle für Schule und Vereine eingeweiht.

29. Mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm wird der zweite Bauabschnitt des Ludwigsburger Kunstzentrums Karlskaserne eingeweiht. Das für 7,5 Millionen Mark sanierte Mannschaftsgebäude der früheren Artilleriekaserne steht nun unter anderem für die Jugendmusikschule, die Kunstschule Labyrinth, die Tanz- und Theaterwerkstatt sowie Teile der Volkshochschule zur Verfügung.

30. Aspergs Bürgermeister Ulrich Storer wird mit 90,2 Prozent der gültigen Stimmen für eine zweite Amtszeit gewählt.

## Oktober

3. Das türkisch-islamische Zentrum Pleidelsheim wirbt bei einem Tag der offenen Tür für ein besseres Miteinander der Kulturen.

4. In Hemmingen wird die neue Gemeindebibliothek eingeweiht. Sie hat nun ihren Platz in einem 300 Jahre alten Fachwerkhaus, das für fünf Millionen Mark saniert und für die Nutzung als moderne Bücherei umgebaut wurde.

12. Die Ludwigsburger Schlossfestspiele können nach Abschluss der diesjährigen Saison eine rundum positive Bilanz ziehen. Die Veranstaltungen waren mit insgesamt 55 000 Besuchern überaus gut besucht und der Schuldenberg von einer Million Mark, der die Ludwigsburger Kulturinstitution noch vor zwei Jahren zu erdrücken drohte, ist abgebaut.

16. Das Pädagogisch Kulturelle Centrum ehemalige Synagoge Freudental wird »in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um den Abbau von Vorurteilen gegenüber Minderheiten und Menschen anderer Nationalitäten und die Förderung der Völkerverständigung« mit dem Stiftungspreis der Württembergischen Hypothekenbank ausgezeichnet.

17. Die Wengerter im Landkreis dürfen sich trotz des trockenen Augusts und des verregneten Septembers auf einen guten Weinjahrgang freuen. Dank des ungewöhnlich schönen Wetters in den ersten zwei Oktoberwochen bringt die später als sonst begonnene Weinlese sowohl qualitativ als auch in der Menge doch noch überdurchschnittliche Ergebnisse.

19. Der Kreistag beschließt, dass am Standort des bisherigen Kreisaltenheimes in Freudental durch die Kleeblatt gGmbh ein Ersatzneubau errichtet werden soll. Er setzt damit einen Punkt unter die langjährige Diskussion um die Zukunft des Altenheimes.

21. Ditzingen feiert mit einem Festakt sein 25-jähriges Bestehen als Große Kreisstadt.

23. Die neue Grundschule nebst Sporthalle im Ludwigsburger Wohngebiet Rotbäumlesfeld wird offiziell eingeweiht. Der Gebäudekomplex an der Danziger Straße hat rund 16 Millionen Mark gekostet.

25. Aus den Forstämtern im Kreisgebiet gibt es schlechte Nachrichten über den Zustand der heimischen Wälder. Über ein Viertel der Bäume gelten als stark geschädigt, und die hohen Schadstoffeinträge in den Böden lassen für die Zukunft noch Schlimmeres befürchten.

27. Die Stadt Steinheim investiert 16 Millionen Mark in die Erschließung des künftigen Gewerbegebiets »Kreuzwegäcker«. Sie muss dafür zwar Kredite aufnehmen, hofft aber langfristig auf steigende Gewerbesteuereinnahmen.

## November

10. Professor Bernhard Zeller, der ehemalige Direktor des Deutschen Literaturarchivs und Schiller-Nationalmuseums, wird für sein Werk »Marbacher Memorabilien« mit dem Schillerpreis der Stadt Marbach ausgezeichnet.

14. Der Planungsausschuss des Verbands Region Stuttgart lehnt den Antrag der Gemeinde Pleidelsheim ab, zur Realisierung einer Umgehungsstraße östlich der Autobahn den Regionalplan abzuändern.

16. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim erklärt die vom Gemmrigheimer Gemeinderat im Januar beschlossene Veränderungssperre zum Bebauungsplan »Bild«, mit der die Errichtung eines atomaren Zwischenlagers beim Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim verhindert werden sollte, für nichtig.

17. Beim Vaihinger Bahnhof wird ein neues Parkhaus eingeweiht. Für die rund 5000 Pendler, die täglich den Bahnhof benutzen, stehen in dem 4-Millionen-Bau nun 215 zusätzliche Parkplätze zur Verfügung.

19. Der jahrelange Rechtsstreit zwischen dem Landkreis und zwei ehemaligen Dienstleistern der kreiseigenen Abfallverwertungsgesellschaft um

Schadenersatzansprüche wird durch einen Vergleich beigelegt. Statt der geforderten 72 Millionen Mark erhalten die beiden Firmen, deren Verträge 1996 im Zusammenhang mit dem »Müllskandal« um das gescheiterte Rückbauprojekt auf der Horrheimer Deponie »Burghof« fristlos gekündigt worden waren, vom Kreis 14,5 Millionen Mark.

20. Remsecks Gemeinderat beschließt, für die inzwischen über 21 000 Einwohner zählende Gemeinde bis zum Jahr 2004 den Status einer Großen Kreisstadt anzustreben.

21. Bei einer Feier im Hohenecker Gemeindehaus erinnern Stadtverwaltung und Bürgerschaft an die Eingemeindung Hohenecks nach Ludwigsburg vor 75 Jahren.

23. Im Bietigheimer Gewerbegebiet Laiern wird mit dem »ersten Spatenstich« der Startschuss zum Bau eines neuen Dienstleistungszentrums der Firma Porsche gegeben. Der Stuttgarter Automobilhersteller will in dem 40-Millionen-Bau rund 260 Arbeitsplätze schaffen.

24. Die vor fünf Jahren begonnenen Umbauarbeiten im Vaihinger Krankenhaus sind abgeschlossen. Die Modernisierung des 1936 erbauten Hospitals hat rund 16 Millionen Mark gekostet.

28. Vor dem Freudentaler Rathaus werden zwei Gedenksteine enthüllt, die an die Vertreibung und Deportation von 88 jüdischen Bürgern Freudentals in den Jahren 1933 bis 1942 erinnern sollen.

29. Die Gemeinde Ingersheim erhält aus dem Nachlass eines 1930 nach Amerika ausgewanderten ehemaligen Mitbürgers eine Erbschaft von über einer Million Mark, die zum Bau eines Pflegeheims verwendet werden soll.

## Dezember

2. Großbottwars Bürgermeister Rainer Gerhäusser wird mit 85,2 Prozent der gültigen Stimmen für eine dritte Amtszeit gewählt.

5. Die private Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg schließt nach 50 Jahren für immer ihre Pforten, nachdem die Krankenkassen den Vertrag mit der Klinik nicht verlängert hatten, weil dort, so die Begründung, mit 150 Geburten pro Jahr zu wenig Kinder auf die Welt kommen.

10. Mit der Einweihung des neuen Eglosheimer Jugendhauses ist das erste Ziel des im Juli 2000 gestarteten Modellprojekts »Die soziale Stadt – Stadtentwicklung Eglosheim« erreicht, durch das die Lebensbedingungen im größten Ludwigsburger Stadtteil verbessert werden sollen.

13. In Sachsenheim wird nach zweimonatiger Bauzeit die für 750 000 Mark erweiterte und modernisierte Stadtbibliothek wieder eröffnet.

14. Der vom Kreistag verabschiedete Haushalt des Landkreises für das Jahr 2002 bringt den Kreisgemeinden eine deutliche Entlastung, indem die von ihnen zu bezahlende Kreisumlage von 36,5 auf 32 Prozent gesenkt wird.

15. Mit der Enthüllung des Kunstwerks »Taxidriver« feiert Bietigheim-Bissingen den Abschluss der 36 Millionen Mark teuren Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, die vor 20 Jahren begonnenen worden war.

16. Bei der Bürgermeisterwahl in Hemmingen votieren 93,8 Prozent der Wähler für Amtsinhaber Werner Nafz, der damit seine vierte Amtszeit in der Strohgäu-Gemeinde antreten kann.

17. In Kornwestheim beginnt die umfassende Umstrukturierung und Neugestaltung des Salamander-Areals. Die Salamander AG lässt die größtenteils denkmalgeschützten Gebäude ihres Stammsitzes, in denen einst mehr als 10 000 Menschen in der Schuhproduktion tätig waren, für 20 Millionen Mark zu einem neuen Dienstleistungs- und Handelszentrum umbauen.

20. Die Städte und Gemeinden im Landkreis dürfen sich über außerordentliche Einnahmen freuen. Weil der 1917 gegründete Neckar-Elektrizitätsverband sein Eigenkapital auflöst und unter seinen Mitgliedern verteilt, fließen insgesamt über 55 Millionen Mark in die Kassen der 39 Kreiskommunen. Ansonsten steht es um deren Finanzen nicht günstig. Insbesondere ein starker Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen bereitet auf den Rathäusern große Sorgen.

31. Das Kreisgebiet präsentiert sich zum Jahresende als prächtige Winterlandschaft. Die Kehrseite: Nach Dauerregen und dann einsetzenden heftigen Schneefällen treten Enz, Metter, Bottwar und Murr stellenweise über die Ufer und müssen mehrere Straßen im Kreisgebiet wegen Überflutung gesperrt werden. *Thomas Schulz*

# Buchbesprechungen

**Hans Wilhelm Eckardt, Gabriele Stüber, Thomas Trumpp: »Thun kund und zu wissen jedermänniglich.« Paläographie – Archivalische Textsorten – Aktenkunde** (Landschaftsverband Rheinland. Rheinisches Archiv- und Museumsamt, Archivberatungsstelle, Archivhefte 32). Köln 1999, 213 S., Abb.

Obwohl breites Interesse an handlichen Einführungen in die Nutzung archivalischer Quellen besteht, hat es an einer solchen Publikation bisher gefehlt. Natürlich sind hier und dort Texttafeln mit Transkriptionen publiziert worden, Handbücher für Genealogen und Familienforscher mit nützlichen Hinweisen allgemeiner Art oder auch etwa Einführungen in die Paläographie und zu den archivalischen Quellen, eine Veröffentlichung wie die vorliegende hat es aber bisher nicht gegeben: Sie bietet zugleich einen fundierten Einstieg in die Aktenkunde der frühen Neuzeit, einen Überblick zur Entwicklung der lateinischen und der deutschen Schrift, eine problemorientierte Darstellung der Grundsätze, die bei der Edition und Erschließung archivalisch überlieferter Texte zu beachten sind, Hilfestellungen zur Auflösung von Abkürzungen und zum Verständnis von Titeln und Anreden, eine solide Auswahlbibliographie zu all diesen Themen und nicht zuletzt Beispieltexte in Gestalt von Texttafeln mit jeweils einem Kurzregest, einer Quellenbeschreibung und einer paläographischen Transkription.

Der als »Übungsbuch und Lernhilfe« gedachte Band richtet sich an Archivare, Historiker und alle Interessierten, »die es mit deutschsprachigen Texten in unseren Archiven zu tun haben«, insbesondere auch an Genealogen (vgl. S. 7). Der Zielsetzung, Hilfestellungen zu geben und Grundlagen zu vermitteln für den Umgang mit archivalischen Quellen des 15. bis 20. Jahrhunderts in Studium und Beruf oder für ein Hobby, wird die Publikation durchweg gerecht. Übersichtlich gegliedert und an den Bedürfnissen der genannten Zielgruppen orientiert, ist sie vor allem auch geeignet, in akademischen Übungen und sonstigen Kursen herangezogen oder zumindest zur ergänzenden Lektüre empfohlen zu werden.

Der für Neueinsteiger schwierigste Teil steht am Anfang, beginnt doch die »systematische Einführung« in die Aktenkunde der Frühneuzeit mit dem »Versuch, die Vielfalt der im Archiv vorkommenden Textsorten darzustellen, die linguistischen Bezüge herauszuarbeiten, den einschlägigen Forschungsstand zu resümieren und für die praktische Arbeit nutzbar zu machen« (S. 12). Hier wird, angesichts des Charakters der Publikation eher unerwartet, aktenkundliches Neuland betreten, was gerade diesen Abschnitt für erfahrenere Leser – nicht zuletzt für den Rezensenten – umso lesenswerter macht, den Anfänger aber vielleicht doch zunächst etwas überfordern wird, insbesondere wenn er nicht über Grundkenntnisse der Linguistik verfügt. Hat er sich durchgearbeitet, wird sein Gewinn allerdings immens sein.

Wesentlich leichter zu verdauen sind die folgenden Kapitel, die der klassischen Einteilung in die genetische und die analytische Aktenkunde folgen. Diese Teile wie auch der folgende Überblick zur Schriftgeschichte vermitteln in äußerst ver-

ständlicher, gleichwohl auch umfassender Weise alle erforderlichen Grundkenntnisse. Die anschließende Darstellung der Transkriptionsregeln hat den Vorteil, dass hier an einer Stelle die verschiedenen Empfehlungen des Arbeitskreises »Editionsprobleme der frühen Neuzeit«, der Bayerischen Archivschule München und nicht zuletzt der Verfasser selbst, die hier als »Empfehlungen nach Eckardt-Stüber-Trumpp (EST)« publiziert sind, dargeboten werden. Diese Vielfalt wird für den Neueinsteiger möglicherweise auch zunächst etwas verwirrend sein, für den Unterricht, in dem die Unterschiede diskutiert werden können, stellt dieses Nebeneinander der verschiedenen Regeln aber eine hervorragende Materialaufbereitung dar. Und auch für das Selbststudium hat es Vorteile, lassen sich doch auch dabei die Unterschiede dann gut greifbar vergleichen. Ganz hervorragend ist der Abschnitt zur Texterschließung gelungen, der in knapper Form wiederum alles Wesentliche enthält und zudem auch die Funktion eines Hilfsmittels zur Auflösung von Abkürzungen und zur Interpretation von Anreden und Titeln leistet.

Der konzisen Einführung (S. 12–63) mit dem theoretischen Rüstzeug schließen sich sodann die eingangs beschriebenen Beispieltexte an, die den größten Raum der Publikation einnehmen (S. 65–202). Hier finden sich 50 Texttafeln mit Erläuterungen, die einen repräsentativen Einblick in die Formenvielfalt frühneuzeitlicher archivalischer Quellen bieten. Die Erläuterungen und Transkriptionen sind in übersichtlicher Weise den Abbildungen der Dokumente gegenübergestellt und überaus geeignet, zu Übungszwecken eingesetzt zu werden – sei es im Selbststudium, sei es in Kursen. Optimiert werden könnte dieser Teil allenfalls nur noch durch ein etwas größeres Format der Publikation, da bei einigen Texttafeln die Schrift doch etwas sehr klein wiedergegeben ist.

Insgesamt kann man nur dankbar sein, dass mit dem vorliegenden Band allen Interessierten ein sehr gelungener Einstieg in den Umgang mit archivalischen Quellen des 15. bis 20. Jahrhunderts zur Verfügung gestellt worden ist. Für die erste Einarbeitung wird wirklich alles geboten, was man braucht. Wer dann zur Vertiefung noch weitere Literatur, Hilfsmittel und Texttafeln einsehen möchte, dem ist mit dem Verzeichnis ausgewählter Literatur (S. 203–213) ebenfalls alles Notwendige benannt. *Robert Kretzschmar*

**Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein. Gesamtübersicht der Bestände.** Bearb. von Peter Schiffer und Wilfried Beutter. Hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg. Stuttgart 2002, 174 S.

Die Archive der Fürsten zu Hohenlohe lagerten in der Vergangenheit dezentral in verschiedenen Schlössern. Ein im Jahr 1971 zwischen dem Staatsministerium und dem Gesamthaus Hohenlohe abgeschlossener Vertrag regelte die Modalitäten der Betreuung und Nutzung des vom Gesamthaus Hohenlohe und dem Land künftig gemeinschaftlich getragenen Zentralarchivs. Gleichzeitig mit der Verlagerung der verschiedenen Teilarchive nach Neuenstein begann auch die Erschließung der Bestände. Heute ist die gesamte erhaltene Überlieferung hohenlohischer Provenienz bis 1945 im Hohenlohe-Zentralarchiv vereint. Die vorliegende Bestände-übersicht enthält alle bis Ende 2000 durch moderne Findbücher erschlossenen nutzbaren Bestände. Neben dem gemeinschaftlichen Archiv des Gesamthauses Hohenlohe und dem Archiv der Neuensteiner Linie sind die Archive Bartenstein,

Kirchberg, Langenburg, Niederstetten, Öhringen, Schillingsfürst, Waldenburg und Weikersheim in das Zentralarchiv integriert. *Günther Bergan*

**Martina Rebmann: »Das Lied, das du mir jüngst gesungen ...«** Studien zum Sololied in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Württemberg. Frankfurt 2002, 473 S., Abb.

Die umfangreiche literatur- und musikwissenschaftliche Arbeit befasst sich mit dem klavierbegleiteten Liedschaffen von fünf in Württemberg zwischen 1820 und 1850 tätigen Komponisten: Friedrich Silcher, Emilie Zumsteeg, Ernst Friedrich Kauffmann, Louis Hetsch und Peter Joseph von Lindpaintner. Nach einem einleitenden, allgemeinen Kapitel über das Musikleben im Königreich Württemberg in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts werden in den folgenden, voneinander unabhängigen Kapiteln die fünf Komponisten und ihre Lieder vorgestellt. An die einzelnen Biographien schließt sich eine ausführliche textliche und kompositorische Analyse ausgewählter stiltypischer Lieder an. Das letzte Drittel der Arbeit enthält eine umfangreiche Bibliographie, ein komplettes Liederverzeichnis jedes Komponisten samt Quellenangaben und erläuternden Anmerkungen sowie zwei Register, geordnet nach Textdichtern bzw. nach Liedanfängen und Liedtiteln. Die Noten der analysierten Lieder sind in die Arbeit nicht aufgenommen worden, sie sind aber in einem getrennten Liedanhang zusammengestellt und können bei allen wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands bezogen werden.

Die Arbeit richtet sich vom Inhalt und dessen Aufarbeitung her hauptsächlich an ein musikwissenschaftlich interessiertes Fachpublikum. Darüber hinaus ist die Arbeit aber durch die Komponisten Friedrich Silcher und vor allem Ernst Friedrich Kauffmann für Ludwigsburg allgemein interessant. Silcher war von 1809 bis 1815 in der Zeit vor seiner Musikerkarriere als Lehrer an der Ludwigsburger Mädchenschule tätig. Kauffmann, 1803 in Ludwigsburg geboren, wuchs hier auf, studierte in Tübingen Mathematik und war mit Kerner, Strauß, Vischer, vor allem aber mit Mörike, von dem er 17 Gedichte vertonte, eng befreundet. Ab 1827 bis zu seiner Verhaftung 1833 im Zusammenhang mit der Affäre Koseritz war er Mathematiklehrer an der hiesigen Realschule. Nach seiner Rehabilitierung 1841 verließ er Ludwigsburg und zog nach Heilbronn. Insgesamt sind von Kauffmann 103 Lieder bekannt. *Günther Bergan*

**Sabrina Müller: Soldaten in der deutschen Revolution 1848/49.** Paderborn, München, Wien, Zürich 1999 (Krieg in der Geschichte, Bd. 3), 358 S.

Es liegen unzählige Veröffentlichungen über die deutsche Revolution von 1848/49 vor. Gleichwohl gibt es noch manche Aspekte, die in der Forschung bislang eher wenig Beachtung gefunden haben. Eine Lücke wird nunmehr mit vorliegender Veröffentlichung geschlossen, auf deren Grundlage die Verfasserin 1997 an der Ludwig-Maximilians-Universität München promovierte.

Wie der Titel schon besagt, handelt die Studie von der Rolle des Militärs in der 48er-Revolution, das als innenpolitisches Exekutivorgan maßgeblich an der Beendigung der Revolution beteiligt war. Die Autorin untersucht den Einsatz des Militärs in Gebieten, in denen Höhe- und Wendepunkte der Revolution stattfanden (u. a. Baden, Württemberg, Hessen). Es wird der Frage nach dem Spannungsfeld

zwischen Soldaten, Staat und Gesellschaft genauso nachgegangen wie nach der Sozialisation der Mannschaften (Herkunft, zivile und militärische Sozialisation). Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage nach dem Verhältnis der Soldaten zur Revolutionsbewegung.

Die Soldaten mussten nicht nur gegen Bauern, sondern auch gegen Bürgerwehren oder Parlamentarier ausrücken. Revolutionäre Kräfte versuchten, Soldaten für ihre Sache zu gewinnen. Unter welchen Umständen waren die Mannschaften dazu bereit, die Revolutionäre zu unterstützen? Welche Disziplinierungsmaßnahmen wurden gegen Soldaten in einer Zeit des Umbruchs angewandt? Auf Fragen wie diese gibt das Buch Auskunft. Erwähnt werden soll auch, dass die Ludwigsburger Soldatenunruhen im Juni 1848 angemessen behandelt werden. Aussagekräftige Zitate, Tabellen, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein ausführliches Register runden das grundlegende und anschaulich geschriebene Buch ab.

*Wolfgang Läpple*

**Hans Dieter Flach: Ludwigsburger Fayence.** Katalog zu einer Ausstellung im Stadtmuseum Hornmoldhaus. Bietigheim-Bissingen 2002, 40 S., Farbabb.

Während Ludwigsburger Porzellan international geschätzt wird, ist die Ludwigsburger Fayence selbst hierzulande bis heute weitgehend unbekannt und deshalb unbeachtet geblieben. Um die gleiche Zeit wie die von Herzog Carl Eugen gegründete Porzellanmanufaktur arbeitete die Fayencemanufaktur parallel zu dieser auf demselben Grundstück an der Schorndorfer Straße, teilweise sogar in denselben Gebäuden und Räumen mit oftmals identischen Mitarbeitern. Zeitgenössische Attribute wie »unechtes Porzellan« oder »Porzellan des kleinen Mannes« lassen eindeutige Rückschlüsse auf die Wertstellung der Fayence und ihrer Einordnung gegenüber dem Porzellan zu.

Die kleine Ausstellung mit Ludwigsburger Fayence im Bietigheimer Hornmoldhaus – übrigens die erste seit 1959 – war deshalb schon längst überfällig, um die Ludwigsburger Fayence etwas aus dem Schatten des edleren und begehrteren Porzellans herauszuholen. Der umfangreiche Bildteil des Katalogs hilft dabei, sich einen Überblick über die Produkte der Manufaktur zu verschaffen. Figürliche Arbeiten sind dabei nur wenige bekannt; als herausragendes Beispiel sei die lebensgroße Büste von Herzog Carl Eugen aus dem Besitz von Justinus Kerner erwähnt. Der Schwerpunkt der Ludwigsburger Produktion lag auf Gebrauchsgeschirr. Deckelterrinen, Teller, Platten, Birn- und Walzenkrüge, sogar Fliesen wurden hergestellt. Bei den Geschirrformen ist die Nähe zur Porzellanmanufaktur unverkennbar, während die Maler bei den Bildmotiven meist auf die von älteren Manufakturen bekannten Blumen-, Tier- oder Personendarstellungen zurückgriffen. Eine eigene, für Ludwigsburg typische Formen- bzw. Bildsprache ist nicht ausgeprägt vorhanden, was der Qualität der Erzeugnisse allerdings keinen Abbruch tut. Herausragende Persönlichkeit der Ludwigsburger Fayencemanufaktur war Seraphia de Beckè, die den Betrieb mit rund 25 Arbeitern zwischen 1763 und 1795 leitete. Ein Literaturverzeichnis am Ende des Textteils verweist u. a. auf weiterführende Aufsätze über die Ludwigsburger Fayence.

Den Lesern der Ludwigsburger Geschichtsblätter ist Hans Dieter Flach bereits als kenntnisreicher und kompetenter Autor von vier Aufsätzen zum Thema Ludwigsburger Porzellan bekannt (Heft 47, 49, 51, 54) sowie als Verfasser des für

Liebhaber und Sammler unentbehrlichen Handbuches über die Ludwigsburger Keramikprodukte (Besprechung im Heft 53). Als Ergänzung sollen hier die thematischen Schwerpunkte weiterer Aufsätze von Hans Dieter Flach kurz angerissen werden. Gestützt auf die Ergebnisse archäologischer Ausgrabungen beschreibt er Aufbau und Wirkungsweise eines bis jetzt einmaligen, von Joseph Jakob Ringler in Ludwigsburg entwickelten und gebauten doppelten Garbrandofens. In mehreren Aufsätzen werden Ludwigsburger Künstlerpersönlichkeiten vorgestellt, u. a. die Fayence-Direktorin Seraphia de Beckè, die Manufakturistenfamilie Walcher, die Maler Kirschner und Stoll oder die Bossierer Vohler und Äss. Für Porzellanfreunde unentbehrlich ist der große Katalog des Deutschen Porzellanmuseums Hohenberg zur Ausstellung »Impulse«, in dem der Autor als Ludwigsburger Beitrag anhand von exemplarischen Beispielen vor allem das Werk von Gottlieb Friedrich Riedel vorstellt. Spannend zu lesen sind Flachs Hinweise auf versteckte Malersignaturen, sog. Kryptonyme. Für viele Leser wird neu sein, dass nach der Schließung der Porzellanmanufaktur 1824 über 100 Figurenformen zuerst nach Ulm an die dortige Manufaktur zur Weiterverwendung verkauft worden sind. Von da gelangten sie nach Amberg in die Steingutfabrik des Eduard Kick, wo aus ihnen Steingutausformungen, die sog. Amberger Figuren, hergestellt worden sind. In Nymphenburg wurden ab 1904 auf Wunsch von König Wilhelm II. sogar neue Formen nach Ludwigsburger Modellen nachempfunden bzw. abgeformt. Ähnlich wurde bei der Württembergischen Porzellanmanufaktur in Schorndorf verfahren, die ab 1918 eigene Produkte nach Ludwigsburger Modellen herstellte. Ein weiterer Aufsatz beschäftigt sich klärend und definierend mit den Grundbegriffen der Porzellankennzeichnung und schließt mit einem einschlägigen Literaturverzeichnis.

Hinweis: Rund 30 bisher von Hans Dieter Flach zum Thema Ludwigsburger Porzellan und Fayence veröffentlichte Aufsätze sind im Stadtarchiv Ludwigsburg unter der Signatur SQ5.5 (Kapselschriften) einzusehen. *Günther Bergan*

**»Erzählt es Euren Enkeln« – Ludwigsburger Oberschüler im Zweiten Weltkrieg (1939 bis 1945) im Einsatz an der »Heimatfront« und bei der Flak.** Hg. von Konrad Plieninger. Kornwestheim 2001, 112 S., Abb.

Mit 15 und 16 Jahren mussten sie, Ludwigsburger Oberschüler des Geburtsjahrganges 1928, schon »Soldaten« werden; als solche haben sie sich gefühlt, die Flakhelfer, die die deutsche Wehrmacht gegen Ende des Zweiten Weltkrieges brauchte, weil die Fronten längst zu lang und die Personaldecke viel zu kurz geworden war. Was für die bisherigen Hitlerjungen zunächst nur wie eine Steigerung der gewohnten Geländespiele aussah, wurde schnell zur blutigen Realität des Krieges. Der ortsnahe Einsatz zwischen Stuttgart, Kornwestheim und Ludwigsburg mit der Ausbildung an Waffen und Geräten und der noch andeutungsweisen Fortsetzung des Schulunterrichts im Bereich der Flakstellungen war nur ein Vorspiel, trotz der alliierten Luftangriffe auf Stuttgart. Der wirklich »scharfe« Einsatz begann mit der Verlegung der Batterien nach Oberschlesien in die unmittelbare Nähe des Konzentrationslagers Auschwitz, dem umfangreiche »kriegswichtige« Industriewerke angegliedert waren, und er kulminierte dann ab Januar 1945, als die Flakhelfer in den Strudel der Rückzüge, der Flucht und der Gefangenschaft hineingezogen wurden.

Man muss die elf Autoren, aus deren Erlebnisberichten das Buch zusammengestellt wurde, aus der damaligen Zeit heraus verstehen, wenn man ihre Schilderungen liest, den Stolz, nun mehr zu sein als nur Schüler, den Stolz auf die Kanonen und Kommandogeräte, die zu beherrschen sie lernen mussten, die »Abschusserfolge«, die errungen werden konnten. Auf Nachdenklichkeit, später auf Unfassbarkeit, stoßen die Begegnungen mit KZ-Häftlingen, wenn auch die schreckliche Wahrheit über sie verborgen bleibt, und die Konfrontation mit den ersten sowjetischen Panzern und dem toten Kameraden.

Zum Schluss wird die Frage untersucht, ob die »Luftwaffenhelfer Gehilfen des NS-Staates« waren. Streng genommen waren sie es, aber sie konnten allenfalls schuldlos schuldig werden. *Wolfgang Klusemann*

**Eremitage 1 – Zeitschrift für Literatur – Spaziergänge.** Forum Literatur. Ludwigsburg 2000, 198 S., Abb.

Die »Spaziergänge« führen in und durch eine Landschaft, wie sie abwechslungsreicher kaum sein kann. Was die 30 Autorinnen und Autoren in und um Ludwigsburg gesehen, erlebt und gefühlt haben, drücken sie auf die unterschiedlichste Weise aus, bringen sie in immer wieder andere Formen. Tiefsinniges und Nachdenkliches, Gedichte und Aphorismen, erzählte Geschichte und Geschichten, Ludwigsburg vordem und heute und sogar ein wenig Politik sind in dieser Mischung enthalten. Gerade dieser Wechsel des Erlebten und Erdachten macht den besonderen Reiz der Nr. 1 der Eremitage aus. Nur schade, dass die vielen Aquarelle nicht farbig wiedergegeben werden konnten. *Wolfgang Klusemann*

**Alfred Seizinger: Die Katharinenkirche in Eglosheim.** Ludwigsburg 2002, 28 S., Abb. und Pläne.

Nach Beiträgen im 1991 erschienenen Eglosheimer Ortsbuch und in der Jubiläumsschrift der Katharinenkirche 1998 (Besprechung im Heft 53) legt der Verfasser, selbst 24 Jahre Pfarrer an dieser Kirche, jetzt eine handliche Einzelbroschüre in Form und Aufmachung eines Führers durch die Katharinenkirche vor.

Auf eine Beschreibung des äußeren Erscheinungsbildes der Kirche mit dem typischen, abgeschnitten wirkenden Turm folgt ein Rundgang durch das Kircheninnere, durch den Chor mit den einzigen im Landkreis Ludwigsburg erhaltenen mittelalterlichen Glasgemälden und durch das Schiff mit seinem kunstvoll gegliedertem Netzgewölbe, das von elf Apostelschlusssteinen abgeschlossen wird und an den Seitenwänden auf sechs Halbfiguren-Konsolen aufsitzt (bedauerlich, dass nur vier der elf Schlusssteine abgebildet worden sind). Ein Abschnitt über die Baugeschichte und die möglichen Bauleute der Kirche beschließt die Broschüre.

*Günther Bergan*

**Geschichte der Stadt Marbach am Neckar. Band 1 (bis 1871).** Hg. vom Schillerverein Marbach. Ubstadt-Weiher 2002, 840 S., Abb.

In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe neuer Stadt- und Ortsgeschichten im Kreis Ludwigsburg erschienen. Nun liegt auch der erste Band der neuen Marbacher Stadtgeschichte vor. Er ersetzt die in die Jahre gekommene Marbacher Stadt-

geschichte von Eugen Munz und Otto Kleinknecht, die 1972 zur Tausendjahrfeier erschienen war. Auch diesmal gibt es ein Jubiläum zu feiern: Seit 700 Jahren ist Marbach eine württembergische Stadt.

Das neue, unter der Federführung des Marbacher Stadtarchivars Albrecht Gühring entstandene Buch ist fast dreimal so dick wie sein Vorgänger. An die Stelle der wenigen, ausschließlich schwarz-weißen Abbildungen bei Munz/Kleinknecht sind nun 419 schwarz-weiße und 43 farbige Abbildungen getreten. Trotz des detaillierten Inhaltsverzeichnisses vermisst der Rezensent ein Sachverzeichnis, wie es in der älteren Ausgabe noch vorhanden war. Die meisten Beiträge sind einheitlich gegliedert in politische und kriegerische Ereignisse, Verwaltung, Schulen, Landwirtschaft und Weinbau, soziale Verhältnisse, Bestrafung von Verbrechen und Vergehen, demographische Entwicklung.

Der einleitende Beitrag stammt von Rüdiger Krause. Er fasst relativ knapp die »Vor- und Frühgeschichte der Stadt Marbach«, von der Jungsteinzeit bis zur Merowingerzeit, nach dem neuesten Stand der Ausgrabungen zusammen. Der Beitrag über die »Geschichte Marbachs von den Anfängen bis zum Jahre 1302« von Hans-Ulrich Schäfer wirft neues Licht auf die Anfänge von Marbach im frühen Mittelalter. Zu den überraschenden Befunden gehört, dass nicht der Herzog von Teck um 1250 die Stadt gegründet hat, sondern der Markgraf von Baden um 1180; damit ist Marbach eine der ältesten badischen Stadtgründungen. Marbach gehörte ein halbes Jahrhundert den Herzögen von Teck und wurde von diesen 1302 an Württemberg verkauft. Paul Sauer behandelt daran anschließend »Marbach im Mittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit«, eine Zeit, als Marbach ein Lieblingsaufenthalt der württembergischen Grafen war.

Den weitaus größten Anteil haben die Beiträge von Albrecht Gühring über die Zeit von 1550 bis 1763 mit den gewohnten genealogischen Exkursen des Verfassers. Marbach war im späten Mittelalter dank seiner günstigen Lage eine der wirtschaftlich potentesten Städte der Grafschaft Württemberg. Der verheerende Stadtbrand von 1693 markiert das Ende des alten reichen Marbach und den Beginn einer neuen Epoche, im Schatten der Residenz Ludwigsburg. Die Grundlagen zu einer neuen Identität wurden mit der 1835 angelegten Schillerhöhe und dem 1859 eingeweihten Geburtshaus Schillers geschaffen, wie Hermann Schick in seinem Beitrag nachweist. Marbach war nun »auf dem Weg zur Schillerstadt«.

Von Hermann Schick stammt auch der zweite Band der Stadtgeschichte, der bereits vor zehn Jahren für die Zeit von 1871 bis 1959 erschienen ist. Ein dritter Band, der den Zeitraum ab 1959 umfassen würde, wäre ein lohnendes Ziel für das große Jubiläumsjahr von Marbach im Jahre 2009. *Erich Viehöfer*

**Albrecht Gühring: Marbach am Neckar.** Ein Führer durch die Schillerstadt und ihre Stadtteile. Marbach 2001, 160 S., Abb. und Pläne.

Nach einem knappen, auf das Nötigste beschränkten geschichtlichen Abriss lädt der Autor den durchreisenden Besucher, aber auch den auf seine Stadt neugierigen Bürger Marbachs zunächst zu einem Rundgang durch die historische Altstadt ein. Einer genauen Wegbeschreibung folgend lernt der Besucher alte und neue Sehenswürdigkeiten Marbachs kennen und erfährt dabei alles Wissenswerte über deren bau- und stadtgeschichtliche Bedeutung.

Der vorliegende neu konzipierte Stadtführer ist sehr benutzerfreundlich gestal-

tet. Das Format ist handlich, die beschriebenen Objekte sind im Text jeweils fett hervorgehoben, die Besichtigungsschwerpunkte sind durchnummeriert und in einem beigefügten Plan gut wiederzufinden. Das Büchlein ist reich bebildert, historische und aktuelle Abbildungen ergänzen den Text. Eingeschobene »Kästen« liefern zum einen zusätzliche Hintergrundinformationen und Literaturtips, die der eilige Besucher zu einem späteren Zeitpunkt in Ruhe nachlesen kann, und zum anderen Angaben über Adressen und Öffnungszeiten von Museen und öffentlichen Einrichtungen. Für Fußschwache werden sogar Hinweise auf Abkürzungen des Rundgangs gegeben, während Unersättliche erfahren, wie sie die Besichtigung an manchen Stellen noch ausbauen können. Dem Rundgang durch die Altstadt schließt sich ein Besuch von Zielen außerhalb der Stadtmauer an (Schillerhöhe, Mühlenviertel und Kraftwerke, Bahnhof, Stadtteil Hörnle). Vorschläge für einige Spaziergänge rund um Marbach beschließen den ersten Teil des Stadtführers. Der zweite Teil beschreibt in derselben Art und Weise den 1972 eingemeindeten Stadtteil Rielingshausen sowie den bereits seit 1828 zu Marbach gehörenden Weiler Siegelhausen. *Günther Bergan*

**Albrecht Gühring: Möglingen. Pforte zum Strohgäu.** Hg. von der Gemeinde Möglingen. Stuttgart 2000, 612 S., Abb.

Wenn das Wort »Was lange währt, wird endlich gut« gelten soll, so trifft dies in besonderem Maße auch auf das vorliegende Buch zu. Bereits 1966 hatte sich der Möglinger Gemeinderat ein Heimatbuch gewünscht. Allerdings wurde seinerzeit das Projekt wieder auf Eis gelegt. Knapp ein Vierteljahrhundert hat es dann gedauert, bis endlich aus Idee und Planung heraus das Buch rechtzeitig zur 725-Jahr-Feier der Gemeinde im Jahre 2000 erscheinen konnte. Entstanden ist ein inhaltsreiches und vorbildliches Buch, zu dem man der Gemeinde und allen Möglingern nur gratulieren kann.

Den zahlreichen Autoren ist es gelungen, die wechselhafte Geschichte Möglingens in allen ihren Facetten von den frühesten Anfängen bis in die Gegenwart hinein in allgemein verständlicher Weise darzustellen, ohne dabei auf wissenschaftliche Zuverlässigkeit zu verzichten. Redakteur und Hauptautor des auf breiter Quellenbasis fußenden und mit aussagekräftigem Bildmaterial reich ausgestatteten Buches ist Albrecht Gühring. Als gebürtiger Möglinger mit den örtlichen Verhältnissen bestens vertraut und als Marbacher Stadtarchivar im Umgang mit Quellenmaterial besonders erfahren, war es geradezu ein Glücksfall, dass sich Albrecht Gühring dieser immensen Arbeit unterzogen und das Werk zu einem guten Ende geführt hat.

Die einzelnen Beiträge behandeln folgende Themen: »Naturraum – Kulturraum« (Gerd Brucker), »Aus der Vor- und Frühgeschichte« (Ingo Stork), »Möglinger Nachbarn und seltsame Heilige – das mittelalterliche Dorf Vöhingen bei Schwieberdingen« (Susanne Arnold), »Spolie Hirsch oder: Dass die Götzen ja nichts schaden! Fakten, Hintergründe und Analysen zum Möglinger Viergötterstein« (Jutta Ronke), »Vöhingen im Mittelalter – die geschichtliche Überlieferung« (Joachim Jehn), »Der Streit um die Vöhinger Markung in der Neuzeit« (Albrecht Gühring), »Möglingen im Mittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit« (Robert Kretzschmar), »Vom Regierungsantritt Herzog Christophs bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges« (Albrecht Gühring), »Krieg und Frieden im 17. Jahr-

hundert« (Albrecht Gühring), »Im Sog von Ludwigsburg (1693–1762)« (Albrecht Gühring), »Erste Jahrzehnte im Amt Ludwigsburg (1762–1805)« (Albrecht Gühring), »Aus der Geschichte der Gemeindeverwaltung« (Klaus Herrmann), »Möglingen im Königreich Württemberg (1806–1871)« (Rolf Bidlingmaier), »Auswanderer aus Möglingen (1782–1938)« (Heinrich Raiser), »Möglingen im Kaiserreich (1871–1918)« (Rolf Bidlingmaier), »Die Gefallenen und Vermissten im Ersten Weltkrieg« (Heinrich Raiser), »Die Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft« (Albrecht Gühring), »Erinnerungen von Flakhelfern auf der Stammheimer Höhe« (Friedrich Freiherr von Gaisberg-Schöckingen, Martin Schreiber, Erich Schulze, Manfred Wagner), »Die Gefallenen und Vermissten im Zweiten Weltkrieg« (Heinrich Raiser), »Politische Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg« (Klaus Herrmann), »Die Entwicklung der Gemeinde seit 1945« (Albrecht Gühring), »Evangelische Kirchengemeinde Möglingen« (Ruth Mäule).

Als willkommene Ergänzung sind zu bezeichnen einige überwiegend ältere, eher populär gehaltene Beiträge, die am Ende des Bandes abgedruckt sind. Hier finden sich Möglinger Marginalien (Adolf Seybold †), Erinnerungen von Rennfahrer Otto Salzer, Gedichte sowie Informationen zur Landwirtschaft (Gerhard Giek) und zu den Vereinen. Nützlich sind die ausführlichen Anmerkungen, das Quellen- und Literaturverzeichnis, die Angaben zu Maßen, Münzen und Gewichten, einige Tabellen und Statistiken sowie das umfassende Orts- und Personenregister.

Dieses schöne Buch darf im besten Sinne ein Heimatbuch genannt werden. Es verdient, dass es nicht nur bei den Möglingern selbst, sondern bei allen interessierten Lesern den ihm gebührenden Platz findet. *Wolfgang Läpple*

**Geschichte der Stadt Vaihingen an der Enz.** Hg. von Lothar Behr, Otto-Heinrich Elias, Manfred Scheck und Ernst Eberhard Schmidt. Vaihingen an der Enz 2001, 674 S., Abb.

Nach mehr als sechs Jahrzehnten seit dem Erscheinen der »Geschichte der Oberamtsstadt Vaihingen an der Enz« von Wilhelm Feil liegt nun wieder eine Monographie zur Vaihinger Stadtgeschichte vor. Das reich bebilderte, mit großer Sorgfalt gestaltete und nicht nur vom Umfang gewichtige Werk ist in sieben Kapitel unterteilt, die in chronologischer Abfolge über rund zehntausend Jahre Vaihinger Geschichte von der Jungsteinzeit bis zur unmittelbaren Gegenwart berichten. Auch wenn das Buch über weite Strecken auf Zusammenfassung der verschiedenen Aufsätze basiert, die bereits in der seit 1979 herausgegebenen »Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz« veröffentlicht wurden, so bietet es doch viel Neues, da die Autoren sehr häufig neue, größtenteils auf eigenen Recherchen beruhende Forschungsergebnisse eingearbeitet haben.

Im Mittelpunkt des Beitrags von Rüdiger Krause über »Frühe Siedler um Enz und Stromberg« steht die bekannte bandkeramische Siedlung von Ensingen-Süd, die seit 1994 unter der Leitung Krauses ausgegraben wird und der archäologischen Forschung viele neue Erkenntnisse brachte. Dass das Vaihinger Stadtgebiet darüber hinaus mit zahlreichen weiteren interessanten Funden aus allen vor- und frühgeschichtlichen Epochen aufwarten kann, verdeutlicht namentlich der das Kapitel abschließende Katalog, der sämtliche Fundstellen im Bereich der Kernstadt und der acht Teilorte einzeln auflistet und näher beschreibt.

Das zweite Kapitel handelt vom Aufstieg und Niedergang der Grafen von Vaihingen. Gerhard Fritz stellt dabei insbesondere die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse vor, die für dieses Hochadelsgeschlecht von Belang waren. Sein Beitrag macht deutlich, dass das Vaihinger Grafenhaus für rund 300 Jahre nicht nur im Vaihinger Raum der prägende Machtfaktor war, sondern in ganz Südwestdeutschland eine bedeutende Rolle spielte, ehe es aufgrund ständiger Finanzprobleme und nach missglückten Versuchen, dem übermächtig werdenden Nachbarn Württemberg Paroli zu bieten, ab den 1320er Jahren gezwungen war, seinen angestammten Besitz Stück für Stück zu veräußern und es schließlich 1364 im Mannesstamm ausstarb. Überaus instruktiv sind auch die Ausführungen über die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Strukturen im hochmittelalterlichen Vaihingen, das wohl um 1220/30 planmäßig zur Stadt ausgebaut wurde.

Robert Kretzschmar stellt in seinem Beitrag die Entwicklung Vaihingens im Spätmittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit dar. Er zeigt, wie die 1339 über die Markgrafen von Baden und die Grafen von Oettingen in den Besitz Württembergs gekommene Stadt davon profitierte, dass sie nunmehr als Amtsstadt Zentrum eines altwürttembergischen Amts und, nicht weniger wichtig, Zollstation an der Geleitsstraße Speyer-Bruchsal-Cannstatt war. Gekonnt werden Verwaltungsstrukturen analysiert, die Beziehungen zwischen Amtsstadt und Amtsorten, das Gerichtswesen, wirtschaftliche, soziale und kirchliche Verhältnisse, aber auch die Veränderungen im Stadtbild beschrieben. Die Schilderung der Vorgänge beim Aufstand des Armen Konrad 1514, in dem Vaihingen »eher Zurückhaltung wahrte«, und im Bauernkrieg von 1525, in dem sich nun auch zahlreiche Vaihinger den Aufständischen angeschlossen hatten, schließt den Beitrag ab.

»Gesellschaftliche Erneuerung und Glaubenskriege« lautet die Überschrift des vierten Kapitels, in dem Gudrun Aker unter Beleuchtung verschiedenster Aspekte einen weiten Bogen spannt: von der Einführung der Reformation über die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges bis zu den Franzosenkriegen Ende des 17. Jahrhunderts und dem verheerenden Stadtbrand von 1693, bei dem fast alle innerhalb der Ringmauer gelegenen Häuser ein Raub der Flammen wurden. Im Anschluss daran beschäftigt sich Lothar Behr in seinem Beitrag zunächst eingehend mit dem Wiederaufbau der Stadt nach 1693 und sodann mit der allgemeinen Stadtgeschichte im 18. Jahrhundert. Themen wie Stadtverwaltung, Stadtbefestigung, Gesundheitswesen, Schulen, kirchliches Leben, Bevölkerungsentwicklung, Landwirtschaft, Handel und Handwerk sind detailliert dargestellt, und auch dem erstmals 1687 erwähnten Maientag, dem bis heute gefeierten Vaihinger Traditionsfest, ist ein eigener Abschnitt gewidmet.

Die letzten zwei Kapitel, aus der Feder von Otto-Heinrich Elias (»Aufschwung und Stagnation. Vaihingen im Königreich Württemberg«) und Manfred Scheck (»Unter dem Diktat der Weltgeschichte. Vaihingen im 20. Jahrhundert«), machen fast die Hälfte des Gesamtumfangs des Buches aus. Sie handeln jeweils ausführlich das ganze Spektrum lokalgeschichtlicher Fragestellungen ab und bieten dem Leser eine Fülle von Detailinformationen zur Vaihinger Geschichte, wobei die Autoren aber auch immer wieder über die engeren Grenzen der ehemaligen Oberamts- und Kreisstadt hinausschauen.

Ein ausführliches Orts-, Personen- und Sachregister rundet das ohne jede Einschränkung als gelungen zu bezeichnende Buch ab, dessen Einband eine farbige Abbildung des Vaihinger Löwenpokals ziert. *Thomas Schulz*

# Bildnachweis

Archiv der Ev. Stadtkirchengemeinde Ludwigsburg S. 72, 73, 79, 81, 82
Freundeskreis August Lämmle Ludwigsburg-Oßweil S. 116, 119, 126
Gemeindearchiv Remseck S. 87, 100, 101, 103, 104, 106
Hauptstaatsarchiv Stuttgart S. 41, 95, Beilage
Schiller-Nationalmuseum Marbach S. 132, 139
Stadtarchiv Ludwigsburg S. 43, 48, 51, 53, 54, 57, 63, 86, 88, 89, 91-94, 97, 98, 107, 109, 110, Umschlagbild (Druckvorlage)
Stadtarchiv Marbach S. 12-16, 18, 21, 22, 24, 27, 29, 31-33, 131, 133, 136, 141, 142, 144, 146, 148, 151
Städtisches Museum Ludwigsburg S. 46, 47, 60, 70
Sting, Albert (Löchgau) S. 61, 65, 66, 76, 77
Universitätsbibliothek Stuttgart S. 39

# »Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–2002

| Heft | Jahr | Seiten |
|---|---|---|
| **Redaktion Christian Belschner:** | | |
| 1 | 1900 | 87 |
| 2 | 1901 | 100 |
| 3 | 1903 | 106 |
| 4 | 1905 | 186 |
| 5 | 1909 | 115 |
| 6 | 1911 | 88 |
| 7 | 1913 | 57 |
| 8 | 1916 | 48 |
| 9 | 1923 | 119 |
| 10 | 1926 | 107 |
| 11 | 1930 | 133 |
| 12 | 1939 | 46 |
| **Redaktion Dr. Oscar Paret:** | | |
| 13 | 1957 | 140 |
| 14 | 1960 | 66 |
| **Redaktion Heinrich Gaese:** | | |
| 15 | 1963 | 162 |
| 16 | 1964 | 203 |
| 17 | 1965 | 207 |
| 18 | 1966 | 192 |
| 19 | 1967 | 164 |
| 20 | 1968 | 196 |
| **Redaktion Dr. Willi Müller:** | | |
| 21 | 1969 | 92 |
| 22 | 1970 | 116 |
| 23 | 1971 | 195 |
| 24 | 1972 | 272 |
| 25 | 1973 | 141 |
| 26 | 1974 | 141 |
| 27 | 1975 | 199 |
| 28 | 1976 | 161 |
| 29 | 1977 | 179 |
| **Redaktion Dr. Paul Sauer:** | | |
| 30 | 1978 | 128 |
| **Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:** | | |
| 31 | 1979 | 148 |
| 32 | 1980 | 188 |
| 33 | 1981 | 256 |
| 34 | 1982 | 176 |
| 35 | 1983 | 180 |
| 36 | 1984 | 242 |
| 37 | 1985 | 245 |
| 38 | 1985 | 196 |
| 39 | 1986 | 224 |
| 40 | 1987 | 252 |
| 41 | 1988 | 200 |
| 42 | 1988 | 224 |
| 43 | 1989 | 188 |
| 44 | 1990 | 232 |
| 45 | 1991 | 236 |
| 46 | 1992 | 232 |
| 47 | 1993 | 168 |
| 48 | 1994 | 196 |
| 49 | 1995 | 264 |
| 50 | 1996 | 200 |
| 51 | 1997 | 244 |
| **Redaktion Dr. Thomas Schulz:** | | |
| 52 | 1998 | 240 |
| 53 | 1999 | 228 |
| 54 | 2000 | 220 |
| 55 | 2001 | 256 |
| 56 | 2002 | 204 |

Hefte 1–4, 11, 13, 26, 27, 28 und 45 vergriffen, alle anderen lieferbar.

Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammelband »Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997«.

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg

LA. 2 A 4772, 56.2002

Wir Ich mit geschrieben Conrat Schenk von Winterstetten Ritter Wolff von Hartheim
Truchsess Hofmeister Marschalck Mottschafft Der ehrent Conratt von Tyerberg Und Conratt Widemann Vogt Zu
Marpach Bennen Und thun Kundt offenbar mengklich mit Dissem Brieff Als Spenn erwachssen Jrrungen stöss
Den Vesten Wilhalm von Oxhart Schnabelt berurend Und den Kleynen Bottwar eynes Und der von
Marpach mit sampt andern etlichen Dorffern In die Hartt gehörig anderes Teyls Eynes Vrtigs Gelts
So die gemelten Wilhalm von Orhart Und die von Kleynen Bottwar In Die Hartt Zu haben Vermeinten
Der selben Spenn halben Der Hochgeborne Furst Und gnediger Herr Herr Vlrich Grave Zu Wirtemberg Und Zu
Marpelgarten Etc Vorgenelt Parthyen Vff Gutt Recht hat gesetzt Und Uns Die Vorgenant Rätte Gnedt
Offen Brieff Zu Geben Und Wir ob Wir Mogen betragen Dermass haben Wir Sy gehört Und Lassen Die Genant
von Marpach Und Jr Zugewanthen Jeder Sonder Besonder Also Furnemen Sie Hetten An Walde Marckung Die Hartt
Der Wer Wir Eygen mit Grund Und Boden Und Allen Gerechtigkeit Seine Der Zum Ersten Sie Zugesprochen Und Ver
Pietten Der Probsatzen Und Ersatzen Und Den Nutz Allen Jrer Nachkommen Zugebrauchen Und Zu Nutzen An
Menigklichs Irrung Der Eben Die Vorgenanten Jr Widerpartheyen Vermeinten An Vrtrieb Zu Haben Des Sie
Gewandt Sich Nymmer Erfinden Noch Recht Sein Solt Weisen Jeder Des Nicht Mit Gestatten Und Erbietten Sich
Darumb Gegen Den Genanten Jrer Widerpartheyen Rechts An Zu Nemen Und Billich Annde Lohen Sie Des Von
Den Genanten Vorgemelt Und Gnedigen Herren Bestehen Den Winder Darumb Der Genant Wilhalm Von Orhart
Von Wegen Der Von Kleynen Bottwar Also Nach Sie Gebeten Wol Des Des Angenthumbs Der Hartt Und Von
Marpach Und Ander Etlichen Dorffer Jrer Zugewanten Were Hetten Jnen Nicht Nye Dorfen Gestatten Noch
Sie Und Herkommen Hetten Den Vrtrieb In Die Genanten Hartt Gehapt Langer Den Menigklichs Gedächtnuss
Nehten Dann Auch Sunst Gehalten Als Sie Gemeldt Wer Sie Aber Darumb Nicht Wolt Mochten Noch Wolten
Sie Dem Rechtuss Nicht Für Sin Und Wolten Nach Der Genant Wilhalm Von Orhart Von Sein Selbs Wegen
Also Jre Were Schnabelt Mit Seiner Zuthorde Von Genannte Vnsern Gnedigen Herrn Gehörig Und Gehört
Der Obgemelte Vrtrieb Auch Dorfen Und Were Auch Von Seinen Etwen Also Her Vff In Kumen Gemeldt
Durch Der Genannt Vnser Gnediger Herr Statt In Der Sach Handthaben Und Were In Des Halb Vor Kumen
Mit Vertragen Mochte Den Nutz Er Darumb Gerecht Werden Von Den Wonen Und Mit Mer Worten
Von Rechts Nicht Noten Vor Uns Gebracht Wovon Wir Sie Frauntlich Vertragen Und Also Betragen Das Der
Genant Wilhalm Von Orhart Oder Etwer Von Seinen Wegen Und Sagen Nachkomen Und Die Von Kleynen
Bottwar Als Jre Gerichtlich Ansprach Vff Die Hartt Gehapt Und Gehapt Haben Sollen Sie Dem Vrtrieb In Die Hartt
Gestellt Stillen Und Gestehen Haben Nymmer Dar In Zu Sprechen Noch Zu Ersuchen Und Wann Jemer Dett Also Gehandelt Sollen Sie Der Genentt Und
Jnnen Das Mit Vorsatzt Werden Dann Also Das Sie Alle Gepott Und Verpott Alle Gesatz Und Ordnung Der
Hartt Halben Und Derwyder Mit Sagen Stellen Und Absteinen Gerings Wends Oder Sunst Graben Frevel Buessen
Gen Dem Die Angetzeigt Ansprich Daran Haben Und Eynem Orgelobten Gericht Der Hartt Gehalten Sollen
Darumb Gestraft Werden Do Aber Eyner Meister Dar Ein Gemein Vergicht Were Nicht Gehandelt Oder Ob Hatt
Und Von Jegnen Oberkeit Were Den Die Frawen Von Stainsperg Oder Wilhelm Von Orhart Oder Die Gan
Der Hartt Oder Ein Ofnung Mit Sunderlich Gestraft Werden So Solt Ein Vogt Zu Marpach Macht Haben Den Selben
Und Solichen Nutz Handel Zu Straffen Nach Gelegenheit Der Sachen In Der Were Und Were Da Der Genannte
Frawen Von Steinsperg Oder Wilhelmen Von Orhart Und Der Nachkomen Oder Solten Auch Die Von Kleynen
Bottwar Eynen Jeden Statt Thun Gen Sperg Gerichtlichen Zu Underthon Kome Wie Den Von Alter Herkomen Ist
Und Nachdem Dann Vff Sant Jorgen Tag Nechst Ostern Und Solich Vrtrieb Mit Betten So Solten Sie Furo
Ein Abstalung Mit Jren Leuten Zu Handen Hetten Oder Gewinnen Furo Der Dung Gegenwurtig Zu Handen
Der Hartt Gehörig Und Gehandelt Werden Dergenomen Und Als Nach Alten Her Kumen Und Herbrachten
Mag Conratt Schenk von Winterstetten Ritter Und Wolff von Hartheim Hofmeister Und Vnsere
Jngesin Jn Sy Alle Offenlich Mit Disem Brieff Und Wissen Das Wir Sy Darumb Gebeten Haben
Ist Vff Montag Vor Sant Maria Magdalenen Tag Nach Christi Geburt Als Man Zalt Tusend
Vierhundert Siebenzig Und Achtzehen Jare

Die Hartgenossenschaft im Streit mit ihren Nachbarn.
Der Vergleich vom 20. Juli 1478

Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 602 Nr. 10685
Alle Rechte vorbehalten